REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 433 · 16.12.1999

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Eine Krähe wäscht die andere
2. Gegen Abschiebungen und soziale Ausgrenzung. Flüchtlingskongress der "Karawane" in Jena - h., AG3F
3. ETAren itzulera. ETA ist zurück - dem Baskenland stehen turbulente Zeiten bevor - mb.
4. Das Schweine-System. Politische Landschaftspflege - ein Rückblick auf den Flick-Skandal - Js.
5. Friedrich Flick - eine deutsche Karriere - Thomas W. Klein
6. Kohl, Kiep, Koffer voll Geld. Die Fährte führt direkt ins Zentrum der Union - Thomas Klein
7. Teamsters and Turtles. "Unamerikanische Umtriebe" in Seattle - Max Böhnel, Seattle
8. Frostiges Klima. Trotz Protesten starteten die Verhandlungen zur "Millennium-Runde" - Tom Kucharz, Madrid
9. Abschied von der "Zivilmacht" EU. Rot-Grün forciert EU-Militarisierung - Vo
10. "Germania blutet". Eine Plastik gegen den Krieg - Gruppe E.i.k.e. aus Freiburg
11. Exemplarische Strafaktion. Krieg in Tschetschenien: Terrorismus von beiden Seiten - Kai Ehlers
12. Der lange Marsch aus dem Nebel. "Gewerkschaftliche Linke" als politisches Handlungsfeld - Martin Dieckmann
13. Gewerkschaftslinke mit Perspektive? - gw.
14. Das Ende von Stars and Stripes in Panama - Boris Kanzleiter
15. Die Mutter aller Massaker. Luciano Lanza über "Bomben und Geheimnisse" - Js.
16. Der Panama-Kanal - das achte Weltwunder - Boris Kanzleiter
17. Für Sofri und Pinelli! Dario Fos theatralische Solidarität 1970 und heute - Js.
18. Das Staatsmassaker. Am 12. Dezember 1969 begannen Italiens bleierne Jahre - Js.
19. PRInosaurier leben länger. Mexiko ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen - Boris Kanzleiter
20. EigentümerInnen der Armut im Aufstand. Landlose und Gewerkschaften machen in Brasilien mobil - de Souza Alves, Jörg Nowak
21. Keine Integration in die zivile Gesellschaft. Interview mit ELN-Sprecher Pablo Beltrán über die Zukunft der Guerilla
22. "DaimlerChrysler rotiert". Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck
23. Siegreich durch die Hintertür. Indonesiens vierter Präsident ist der lachende Dritte - Rainer Werning
24. Verstopfung als Strategie. Verdauungsprobleme der Atom-Industrie - Jochen Stay
25. Grüne: Kurzparken für Atom. HEW stellt Anträge für den Bau neuer Zwischenlager - DSe
26. Was treibt die Atomwirtschaft anderswo? - Jürgen Sattari
27. Farbenspiel. Die Auswirkungen des liberalisierten Strommarktes - Jürgen Sattari
28. Raumpatroullien und Erlebnis-Shopping. Macht und Herrschaft in der neofeudalen Stadt - dk
29. "Alles muss raus!". Ein Film über Normalität und öffentliche Räume - dk
30. Mehr als Geld und Umverteilung. Konferenz "Lichter der Grossstadt" thematisiert soziale Grundrechte - dk
31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit
32. Die Entsorgung der sozialen Gerechtigkeit. Sozialabbau und soziale BürgerInnenrechte - Bachmann, Griebner, Hauer u.a.
33. Frauenhandel. Zu wenig Schutz für Frauen - Gabi Ohler, Ruth Firmenich
34. Kronzeugen a.D.? Rot-Grün lässt Kronzeugenregelung auslaufen - Rolf Gössner
35. Neue Terroristen gefunden. Europaweite Repression gegen Mitglieder der DHKP-C - Peter Nowak
36. Die Ordnung der nationalen Arbeit. Waren die Nazis "Klassenrhetoriker"? Zur faschistischen Sozialdemagogie - Michael Zander
37. Barbaren des 21. Jahrhunderts - Teil II. Die Aufrüstung der Philosophie Klassenkrieg - Detlef Hartmann
38. Inszenierter Empathie nicht auf den Leim gehen. Ist kommerzielle Fluchthilfe ein schmutziges Geschäft? - FFM
39. Im Zweifel gegen die Flüchtlinge. Die "Altfall-Regelung" ist weniger als ein fauler Kompromiss - mb.

40. "Warum bist du nicht verschleiert, Leila?" Ausstellung "Unerwünscht": Probleme eines gut gemeinten Antirassismus - Stefanie Gräfe
41. "Die Waffe Mensch" - Kultur und Politik erinnern an Holger Meins - Libertad!, Berlin
42. Aufruf zur Freilassung der letzten Gefangenen aus der RAF. Eine Erklärung zum 9. November 1999 - Libertad!, Berlin
43. "Die Widersprüche sind nach wie vor da." Interview mit H.-W. Krösinger über Geschichtsarbeit und die RAF im Theater
44. Quelldatei 39.htm
45. Neulich in der Redaktion ...
46. 60.000 DM für ak!
47. Quelldatei 46.htm
48. Krieg bald ohne USA
49. Bürgerrechte auf Sparflamme
50. "... Oh wie schön ist Panama... ?"

1. Eine Krähe wäscht die andere

Rubrik: CDU/CSU; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/union.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:union

Man soll den Ereignissen nicht vorgreifen, sicher. Aber die täglich neuen Informationen über das "Geschäftsgebaren" Helmut Kohls machen klar, wie er seine Macht organisiert hat. Die Details der Kiep-Kohl-Affäre lesen sich wie eine Geschichte aus einem proletarisch-revolutionären Agitprop-Roman: Panzer, Schmiergeld, schwarze Konten, korrupte Politiker, spendable Industriekapitäne, untergetauchte Ex-Staatssekretäre... Für die Wirtschaftswoche ein Schock: "Die Enttäuschung über Kohl, der für viele Menschen über ihre politischen Vorlieben hinaus für Ehrlichkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit stand, ist desillusionierend."

Panzer für die Saudis - Schmiergeld für die CDU. Auf diese einfache Formel lässt sich ein Aspekt dieses Skandals bringen. Dabei spielt der bayerische Kaufmann Schreiber eine zentrale Rolle. Aber Schreiber hat nicht nur die Millionenspende an den früheren CDU- Schatzmeister Leisler Kiep gezahlt. Auch bei der mit staatlichen Milliardensubventionen gebauten Mineralölraffinerie von Elf Aquitaine und Thyssen in Leuna soll er seine Hände im Spiel gehabt und als Gegenleistung kräftig auf die Konten der CDU eingezahlt haben. Die Liste der Vorwürfe wird immer länger: Bei Rüstungsgeschäften mit Kanada und den Airbus-Verkäufen an Kanada und Thailand sollen ebenfalls Gelder geflossen sein, um politische und wirtschaftliche Entscheidungen im Sinne der "Zuwender" zu beeinflussen. Marktwirtschaft wird in den Lehrbüchern irgendwie anders erklärt.

Schon mit dem Flick-Skandal wurde bekannt, welche entscheidende Rolle Geld in den internen Auseinandersetzungen der Union spielt. Allem Anschein nach hat Helmut Kohl die Schwarzkonten der Union dazu genutzt, Loyalität einzukaufen und so seine innerparteiliche Hausmacht zu sichern. 1989, als Heiner Geißler und Lothar Späth gegen Kohl zu putschen versuchten, ließ er mit auf Anderkonten geparkten Geldern diejenigen CDU-Kreis- und Landesverbände mit Computern ausstatten, mit deren Unterstützung die verhinderten Putschisten fest gerechnet hatten. Kohl hat sich immer damit gebrüstet, dass er die Partei bis hinab in die Kreis- und Ortsver-bände kenne wie kein Zweiter. Kleine Gefälligkeiten erhalten die Freundschaft - sagt schon der Volksmund.

Kohl ist in den letzten Wochen für die Union zu einer großen Last geworden. Der Skandal zieht immer weitere Kreise. Was wusste Schäuble? Soll wirklich Heiner Geißler der letzte CDU-Generalsekretär gewesen sein, der in das finanzielle Zuwendungssystem Kohls eingeweiht war? Was ist mit Rühe, Hintze und den anderen Mitgliedern des CDU-Parteivorstandes? Unklar ist die Höhe der Beträge, die die Union wegen ihrer Verstöße gegen das Parteiengesetz berappen muss. Spekuliert wird über eine Summe von fast einer halben Milliarde Mark für den Fall, dass die letzten sechs Rechenschaftsberichte der Union gefälscht waren und dann alle staatlichen Zuwendungen zurückgezahlt werden müssen.

So schlimm wird es wohl für die CDU nicht kommen. An ihrem Ruin haben auch die anderen Parteien kein Interesse. Wie sagt das Sprichwort: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.

In dieser ak-Ausgabe:

Kohl, Kiep, Koffer voll Geld

Das Schweine-System - ein Rückblick auf den Flick-Skandal

Friedrich Flick - eine deutsche Karriere Seite 4-5

2. Gegen Abschiebungen und soziale Ausgrenzung. Flüchtlingskongress der "Karawane" in Jena

Autor: h., AG3F · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:20

"Gemeinsam gegen Abschiebungen und soziale Ausgrenzung" - unter diesem Titel wird im kommenden Jahr ein 10-tägiger Flüchtlingskongress vom 21. April bis 1. Mai der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen vorbereitet. Die Idee und Initiative dazu kommt von der afrikanischen Selbstorganisation Voice, die sich mit Komitees in mehreren ostdeutschen Städten mittlerweile zu einer tragenden Säule des Karawaneprojektes entwickelt hat. Der Kongress wird vom Voice-Büro in Jena koordiniert, an der inhaltlichen Vorbereitung sind Karawanegruppen aus unterschiedlichen Städten beteiligt.

Als im Juni 1997 nicht zuletzt unter dem Eindruck der erfolgreichen Mobilisierung französischer Sans-Papiers die Kampagne kein mensch ist illegal gestartet wurde, waren sich die InitiatorInnen, die ja in erster Linie aus antirassistischen Unterstützungsgruppen kamen, des zentralen Unterschieds zwischen beiden Lädern bewusst: in der BRD gab es keinen entsprechenden Selbstorganisierungsansatz von Flüchtlingen oder gar Illegalisierten. Flüchtlingswiderstand äußerte sich zumeist in sehr punktuellen und spontanen Protesten, sei es z.B. in Form von Hungerstreiks gegen menschenunwürdige Lebensbedingungen oder mittels einzelner Kirchenasyle gegen Abschiebungen. Eine übergreifende Kontinuität konnte daraus nicht entwickelt werden. Mit kein mensch ist illegal, mit der öffentlichen Verteidigung und offensiven Aufforderung zur Unterstützung entrechteter und illegalisierter MigrantInnen, war nicht zuletzt die Zielsetzung verbunden, Handlungsräume für die Betroffenen zu schaffen bzw. zu erweitern und damit Selbstorganisierungsprozesse zu flankieren.

Diesbezüglich gab es dann 1998 gleich eine doppelte Herausforderung. Einerseits formierte sich ausgehend von einer 20-köpfigen Gruppe illegalisierter kurdischer Flüchtlinge aus Köln ein bislang einmaliger Bleiberechtskampf: das Wanderkirchenasyl in NRW mit letztlich über 400 beteiligten kurdischen Flüchtlingen, unterstützt von bis zu 50 Kirchengemeinden und dem Netzwerk kein mensch ist illegal. Zum Zweiten gelang mit dem vom Bremer Menschenrechtsverein initiierten Karawaneprojekt erstmals ein bundesweiter, herkunftsländerübergreifender und kontinuierlicher Zusammenschluss von Gruppen und Initiativen, die ganz oder wesentlich von Flüchtlingen getragen werden. Im Sommer 1998, als die Karawane während des Bundestagswahlkampfes mit der Parole "we have no vote but we have a voice" durch 44 Städte zog, schien noch fraglich, ob und wie sich das Projekt nach diesem "Kraftakt" weiterentwickeln würde.

Doch in zahlreichen, zumeist ja drei- bis fünfsprachigen (!) Konferenzen, in Minikarawanen zur Stärkung der lokalen Verankerung, mit mehreren Aktionstagen und nicht zuletzt über die zum Teil sehr erfolgreichen Faxkampagnen zur Verhinderung konkreter Abschiebungen stabilisierte sich die Karawane. 1999 stand die Beteiligung an den Aktivitäten gegen den EU- und G-8-Gipfel im Mittelpunkt überregionaler Mobilisierung. Ein 14-tägiger Hungerstreik im Kölner Büro der Grünen zwischen diesen beiden Gipfeln thematisierte als gemeinsame Aktion von Flüchtlingen aus Nigeria, Togo, Kamerun, Kurdistan, Sri Lanka und Peru die Verantwortung der reichen Länder an den Fluchtursachen. Die Aktion stand unter dem Slogan. "We are here, because you destroy our countries."

Inhaltlich-organisatorische Kraftanstrengung

Der nun geplante Kongress im April 2000 wird inhaltlich und organisatorisch an die benannten Aktivitäten anknüpfen. Die 10-tägige Dauer soll einen intensiven Erfahrungsaustausch sowie die Vertiefung der analytischen Grundlagen ermöglichen. 300 bis 500 Flüchtlinge und MigrantInnen, darunter Delegationen aus mehreren europäischen Ländern, werden erwartet. Im Zentrum des Treffens soll dabei die Ermutigung und Stärkung der Selbstorganisierung stehen. Fünf Themenkomplexe sind bislang in Vorbereitung: zur Situation und den Kämpfen in den Herkunftsländern; zur Festung Europa und der internationalen Vernetzung der Sans-Papiers; zu sozialer Ausgrenzung, staatlicher Kriminalisierung und faschistischen Angriffen; zur Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen; schließlich zu Abschiebungen als zugespitztester Form staatlichen Rassismusses.

Als praktische Exkursionen sind ein Besuch des KZ Buchenwald geplant, eine Protestaktion vor einem Abschiebegefängnis sowie eine Abschlussdemonstration zum 1. Mai, die den Rassismus gegenüber Flüchtlingen in den Mittelpunkt rückt. Insbesondere die Voice-Gruppen haben in vielen Aktionen die

Abschiebungen als Menschenrechtsverletzungen thematisiert, permanent sind ihre Mitglieder unmittelbar davon betroffen oder bedroht. Voice fordert, die Entrechtung, Illegalisierung und Abschiebung von Flüchtlingen als "fortgesetzte Instrumente des Neokolonialismus zu begreifen", sie analysieren "die gesamten Strategien der sozialen Ausgrenzung und Abschiebung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit". Und von diesem Blickwinkel aus soll auf dem Kongress ein gemeinsames Manifest erstellt werden, das eine verbesserte Grundlage für weitere Schritte der Selbstorganisierung und eines konsequenten Kampfes gegen Rassismus bildet.

"Wenn antirassistische, antifaschistische und andere soziale Organisationen wirklich daran interessiert sind, dass Flüchtlinge und MigrantInnen Teil der fortschrittlichen Bewegungen werden, dann müssen sie deren Situation, ihren finanziellen Problemen wie auch ihrer sozialen Ausgrenzung besondere Beachtung schenken." Flüchtlinge unterliegen der Residenzpflicht, schon die Durchsetzung der bloßen Teilnahme an einer 10-tägigen Veranstaltung außerhalb des zugewiesenen Aufenthaltsbezirks dürfte erfahrungsgemäß einigen politischen Nachdruck gegenüber den Ausländerbehörden erfordern.

Die Verweigerung des offiziellen Existenzminimums gemäß Asylbewerberleistungsgesetz, das "Sachleistungsprinzip" und Arbeitsverbote lassen Flüchtlingen keinerlei finanzielle Möglichkeiten. Zur Kongressvorbereitung gehört dementsprechend die Übernahme der Reisekosten sowie kostenlose Unterbringung und Verpflegung. Schließlich erfordert die notwendige Kommunikation in zumindest fünf Sprachen gute ÜbersetzerInnen und eine teure, technische Simultananlage. Es wird also vor allem viel Geld benötigt, um für den geplanten Kongress erfolgreich mobilisieren zu können und den Austausch in den Veranstaltungen zu gewährleisten.

Alle Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen, die dieses Projekt unterstützen wollen, sind dringend zu Geldspenden, zur Vermittlung von ÜbersetzerInnen oder z.B. zur Verfügungstellung von Transportmitteln/Kleinbussen aufgerufen. Eine erste Auflage mehrsprachiger Flugblätter und Ankündigungsplakate sind bereits gedruckt, sie können über die unten stehende Adresse angefordert werden, um in erster Linie interessierte Flüchtlinge und MigrantInnen zu informieren und für die Teilnahme zu gewinnen. Darüber hinaus richtet sich der Aufruf auch an die antirassistisch orientierte Linke, "deren Beitrag als wichtiger Bestandteil eines erfolgreichen Kampfes gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" angesehen wird.

h., AG3F/kein mensch ist illegal - Hanau

Kontaktadresse für den Kongress: The Voice Africa Forum, Schillergäßchen 5, 07745 Jena, Tel.: 03641/449304 Fax: 03641/420270, email: The_Voice_Jena@gmx.de, Webseiten der Karawane: http://www.humanrights.de, Spendenkonto: Voice Africa Forum, KontoNr.: 261633-905, BLZ 86010090, Postbank Leipzig.

3. ETAren itzulera. ETA ist zurück - dem Baskenland stehen turbulente Zeiten bevor

Autor: mb. · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:47

Die baskische Separatistenorganisation ETA ("Baskenland und Freiheit") hat am 28. November das Ende der von ihr vor 14 Monaten ausgerufenen Waffenruhe angekündigt. Mit dem Ende des ETA-Gewaltverzichts gewinnt die militärische Logik im Baskenland wieder Oberhand.

"Die ETA hat die Entscheidung gefällt, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen." Dieser Satz des ETA-Kommuniqués, das am 28. November in der Egin-Nachfolgezeitung Gara abgedruckt wurde, macht Schluss mit den Hoffnungen, im Baskenland könnte in absehbarer Zeit ein Friedensprozess ähnlich wie in Irland in Gang kommen. Ab dem 3. Dezember wird ETA entscheiden, wann ihre Kommandos den bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit des spanischen und französischen Baskenlandes wieder aufnehmen.

Vor 14 Monaten, am 18. September 1998, erklärte ETA eine "unbefristete Waffenruhe", nachdem einige Tage zuvor 23 soziale Gruppen, Gewerkschaften und Parteien des Baskenlandes unter Einschluss des um die KP Spaniens gruppierten linken Wahlbündnisses Izquierda Unida (Vereinigte Linke/IU) die "Erklärung von Lizarra" unterzeichnet hatten. Darin sprachen sie sich für eine politische Lösung des spanisch-baskischen Konflikts aus und rückten damit die Frage nach der künftigen Verfasstheit des Baskenlandes in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Im Ergebnis bedeutete die "Erklärung von Lizarra" aber auch, dass die Isolation der Linksnationalisten um Herri Batasuna (Volkseinheit/HB), dem politischen Arm der ETA, aufgebrochen wurde.

Strategien der Spannung

Durch die ETA-Attentate auf Kommunalpolitiker der spanisch-nationalistischen Partido Popular (Volkspartei/PP), die unter Ministerpräsident José Maria Aznar die Regierung in Madrid stellt, war in den Jahren zuvor offensichtlich geworden, dass sich ETA - und mit ihr das linksnationalistische Lager - durch die vom spanischen Staat aufgezwungene Militarisierung zunehmend isolierte. Im Juli 1997, als ETA den PP-Kommunalabgeordneten Miguel Angel Blanco zuerst entführte und dann - nachdem die spanische Zentralregierung auf ihr Ultimatum, innerhalb von 24 Stunden Zugeständnisse in der Gefangenenfrage zu machen, nicht eingegangen war - erschoss, gingen in ganz Spanien Hunderttausende auf die Straße, um ein Ende der ETA-Aktionen zu fordern. Das Bild von der kriminellen Terrorgruppe, die willkürlich mordet, feierte fröhliche Urstände. Vom Staatsterrorismus durch Polizei und Paramilitärs war keine Rede mehr.

In der Folge verschärfte der spanische Repressionsapparat die Kriminalisierung von Herri Batasuna und anderer Organisationen im Umfeld des Linksnationalismus - eine Strategie, die in der Verurteilung der gesamten HB-Führung wegen angeblicher Unterstützung einer bewaffneten Organisation zu sieben Jahren Haft im Dezember 1997 gipfelte (im Juli wurde das Urteil vom höchsten spanischen Gericht aufgehoben und die 23 ehemaligen Vorstandsmitglieder freigelassen). Ende März 1998 deckte HB auf, dass der spanische Geheimdienst CESID verschiedene Parteibüros abgehört hatte. Im Juli erfolgte die Verhaftung der Geldgeber und die Schließung der HB-nahen Tageszeitung Egin. Der spanische Innenminister Jaime Mayor Oreja dachte immer lauter über ein Parteiverbot von HB nach.

Dieser Druck führte zur politischen Öffnung von Herri Batasuna. Schon angesichts der ETA-Attentatsserie waren innerhalb der Linksnationalisten verstärkt Stimmen hörbar, die eine kritischere Haltung gegenüber ETA verlangten. Im Mai 1998 veröffentlichten beispielsweise Patxi Zabaleta, Sprecher der HB-Fraktion im Regionalparlament von Navarra, und Alberto Petri, Sprecher der Ratsfraktion in der Hauptstadt der Provinz Navarra Iruña/Pamplona, ein Papier, in dem sie die Attentate als "einen gefährlichen qualitativen Sprung in der sozialen Konfrontation" bezeichneten.

Im linksnationalistischen Lager musste man zu diesem Zeitpunkt einsehen, dass die Strategie, die sozialen Spannungen bis aufs äußerste zu steigern, schließlich auf die eigenen Reihen zurückgeschlagen war. Nach der Inhaftierung des alten HB-Vorstandes wurde eine junge Führungsgruppe gewählt, die es sich zur Aufgabe machte, die Politik des Zusammengehens mit anderen baskischen Parteien voranzutreiben und zu Ende zu führen.

Aber nicht nur im linksnationalistischen Lager kam es zu Veränderungen. Die politisch stärkste Kraft im Baskenland, der Partido Nacionalista Vasco (Baskisch-Nationalistische Partei/PNV), der seit Einführung des Autonomiestatus die Regionalregierung anführt und Aznars Minderheitsregierung in Madrid unterstütze, suchte das Gespräch mit ETA und HB. Im Klima der allgemeinen Mobilmachung gegen alles, was irgendwie mit dem Attribut "baskisch" belegt werden kann, kam PNV zu der Einschätzung, ihre Zusammenarbeit mit der Madrider Regierung könnte sich schließlich auch gegen die eigene Basis richten. Zu diesem Zeitpunkt begannen Geheimverhandlungen zwischen HB und PNV, die schließlich zur "Erklärung von Lizarra" führten. Dass ETA mit einem Waffenstillstand diesen Prozess unterstützen würde, war erwartet worden.

Euskal Presoak, Euskal Herria!

Die spanische Regierung hat allerdings von Anfang an deutlich gemacht, dass sie kein Interesse an einer politischen Lösung des baskisch-spanischen Konflikts hat und gewillt ist, die Chance für einen "irischen Weg" auszuschlagen. Die spanische Regierung und die gesamtspanischen Parteien PP und PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) fürchten, dass alleine schon eine Diskussion über die Selbstbestimmung des Baskenlandes die Einheit Spaniens gefährden würde.

Erst acht Monate nach Beginn der Waffenruhe trafen sich die spanische Regierung und Vertreter der ETA zu einem Gespräch. Zu Stande gekommen war es hauptsächlich, weil die katholische Kirche als Vermittlerin auftrat. Bei diesem Treffen verweigerte die spanische Seite jegliches politisches Zugeständnis. Ihr Angebot lautete: Verlegung der baskischen Häftlinge ins Baskenland, wenn ETA das definitive Ende des bewaffneten Kampfes erklärt. Die Forderungen der ETA - Selbstbestimmungsrecht der Basken, Verlegung der rund 450 inhaftierten ETA-Mitglieder ins Baskenland und den Abzug der spanischen Polizei und des Militärs - lehnte sie von vornherein ab.

Stattdessen setzte die spanische Zentralregierung weiter auf eine polizeiliche Lösung. Während des Waffenstillstandes gab es über dreißig Festnahmen. Selbst das einzige direkte Gespräch zwischen ETA und der spanischen Regierung nutzten die Fahnder. Ende Oktober wurde Belén Gonzáles Peñalva, die an dem Treffen teilgenommen hatte, in Frankreich festgenommen. Innenminister Oreja stellte erst vor Kurzem zum wiederholten Male klar, dass Madrid keinen Waffenstillstand erklärt habe und somit keine Zugeständnisse machen müsse.

Als großherzige Geste wollte die spanische Regierung ihre Konzessionen in der Gefangenenfrage verstanden wissen. Diese Frage ist für die Mehrheit der Menschen im Baskenland von enormer Bedeutung. Die Forderung "Euskal Presoak, Euskal Herria!" (Baskische Gefangene ins Baskenland) wird weit über das Umfeld der Linksnationalisten hinaus von einer Mehrheit unterstützt. Zu offensichtlich ist, dass der spanische Staat in dieser Frage alle rechtsstaatlichen Prinzipien über Bord wirft. So ist etwa das Recht auf eine Inhaftierung in der Nähe des Heimatortes verfassungsrechtlich garantiert. Die überwiegende Mehrheit der Häftlinge ist aber über die ganze Iberische Halbinsel, die Kanaren oder die spanische Enklave in Marokko, Melilla, verteilt. Ebenso festgeschrieben ist, dass Häftlinge, die drei Viertel ihrer Haftstrafe abgesessen haben, entlassen werden müssen, was aber im Fall von ETA-Mitgliedern offenbar keine Rolle spielt.

Betroffen von den "Maßnahmen der Regierung" waren 105 der rund 450 baskischen Gefangenen. 27 Gefangene wurden ins Baskenland verlegt, 78 Häftlinge ihm "angenähert". So wurden etwa Gefangene, die im nordafrikanischen Melilla saßen, nach Algeciras in Andalusien, auf der anderen Seite der Meerenge von Gibraltar, gebracht. Viele Familien waren also nach der Verlegung immer noch ein Wochenende unterwegs, wenn sie ihre Angehörigen für eine Stunde im Süden Spaniens sehen wollten.

57 Gefangene wurden freigelassen, weil sie drei Viertel ihrer Haftstrafen hinter sich hatten. Unter ihnen war auch Esteban Nieto, der nach seiner Entlassung noch vier Monate bis zu seinem Krebstod im September in Freiheit verbringen konnte. Wäre nicht bekannt geworden, dass der schwer kranke Nieto mit Handschellen an sein Zellenbett gefesselt wurde, wäre er auch nach 15 Jahren Haft nicht entlassen worden.

Dass die spanische Regierung selbst da, wo sie angeblich zu Konzessionen bereit ist, nur taktische Zugeständnisse machte, ist ein wichtiger Grund für das Ende des Gewaltverzichts der ETA.

Spiel mit dem Feuer

Die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes begründete ETA vor allem aber mit der Politik der gemäßigten baskischen Nationalisten um PNV und der eher sozialdemokratisch orientierten Eusko Alkartasuna (Baskische Solidarität/EA), die sich 1986 von der PNV abgespalten hatte. Bereits Ende August kritisierte ETA, dass die baskische Regionalregierung zu wenig für den Aufbau der "baskischen Nation" tue, und setzte den Parteien eine Frist von vier Monaten.

Diese Begründung irritiert, trägt doch das linksnationalistische Lager die baskische Regionalregierung mit. Auch haben PNV und EA seit Unterzeichnung der "Erklärung von Lizarra" immer wieder signalisiert, dass sie nicht mehr wie in der Vergangenheit unter allen Umständen am Autonomiestatus des spanischen Baskenlandes festhalten, sondern letztendlich die Frage über dessen zukünftigen Status durch eine "freie Entscheidung" der Bevölkerung beantwortet wissen wollen.

Im Mai schloss die zu den Regionalwahlen im Oktober gegründete Wahlkoalition Euskal Herritarrok (Baskische Bürger/ EH), deren Kern HB ist, sogar mit PNV und EA einen "Legislaturpakt", also einen Vertrag über die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Minderheitsregierung von PNV und EA, für die Legislaturperiode 1999-2002.

EH hatte schon nach den Regionalwahlen erklärt, dass sie die Minderheitsregierung von PNV und EA in allen Abstimmungen, die der "nationalen Konstruktion" des Baskenlandes dienten, unterstützen würden. Im Legislaturpakt vom Mai sprachen sich die drei Parteien für das Ende "aller Akte und Manifestationen von Gewalt" aus und verpflichteten sich, den politischen Konflikt im Baskenland "ausschließlich auf demokratischem und politischem Weg" zu lösen. Vor allem aber einigte man sich auf mehrere Gesetzesvorhaben, die der Stärkung der baskischen Kultur und Sprache zur "Wiedererlangung und Erhaltung der nationalen Identität" dienen sollen.

Getragen von den drei baskischen Parteien, kam es im September auch zur Bildung der "ersten nationalen baskischen Institution". 1.778 Gemeinderäte aus dem spanischen Baskenland, der Region Navarra und aus dem französischen Baskenland - also den historischen Regionen des Baskenlandes - riefen Mitte September in Bilbao die "Versammlung der Gemeinden" aus. Die "Udalbiltza" soll die soziale, wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Einheit des gesamten, aber territorial geteilten Baskenlandes repräsentieren und die Existenz einer "baskischen Nation" nach außen propagieren.

Welche konkrete Rolle der Versammlung allerdings zukommen soll, darüber besteht keine Einigkeit. Für EH ist die "Udalbiltza" bereits der Kern einer verfassunggebenden Versammlung, welche die Unabhängigkeit aller baskischen Teilgebiete vorbereiten soll. PNV und EA betonen dagegen, dass es sich nicht um einen Ersatz für die bestehenden baskischen Institutionen im Rahmen der Autonomie handele. Während EA sich unabhängig davon klar für eine zukünftige Unabhängigkeit des Baskenlandes ausspricht, lässt PNV offen, ob er die Zukunft des Baskenlandes eher in einer erweiterten Autonomie, einer föderalen Lösung innerhalb des spanischen Staates oder in der Unabhängigkeit sieht. Die wenigen Vertreter der französischen Basken erklärten dagegen in Bilbao, dass sie nur die Schaffung eines eigenen baskischen Départements fordern.

Nicht nur die Äußerung der französischen Gemeindevertreter zeigt, welch weiten Weg diejenigen noch vor sich haben, die für eine Unabhängigkeit des Baskenlandes eintreten. Mit 51 Prozent Mehrheit könne man die Unabhängigkeit nicht durchsetzen, gestand vor einigen Monaten Arnaldo Otegi, der Sprecher von EH und HB. Bei den Regionalwahlen im Oktober 1998 erhielten die baskischen Parteien etwa 60 Prozent der Stimmen - 40 Prozent wählten die gesamtspanischen Parteien PP oder PSOE. Das Wahlergebnis war also eine erneute Bestätigung der politischen Spaltung des Baskenlandes in zwei Lager.

Mit der "Erklärung von Lizarra" und dem Waffenstillstand der ETA sollte die Möglichkeit eröffnet werden, eine politische Lösung für das Baskenland zu erreichen. Die spanische Regierung setzte seit Beginn dieses Prozesses auf Zeit, in der Annahme, dass ETA die Geduld verliere. Indem Madrid die inhaftierten ETA-Mitglieder zu Geiseln im sogenannten Friedensprozess machte, erhöhte sie den Druck. Seit dem 28. November können die Hardliner in Madrid triumphieren.

Innerhalb der ETA haben sich augenscheinlich diejenigen durchgesetzt, die eine negative Bilanz der 14 Monate Waffenruhe ziehen. Sicherlich, der spanische Staat hat sich keinen Schritt bewegt. Madrid ist nicht einmal zu Schritten bereit, die in keiner Weise die territoriale Integrität des spanischen Zentralstaats berühren wie z.B. in der Frage der politischen Gefangenen. Im Baskenland selber wird allerdings seit der

Unterzeichnung der "Erklärung von Lizarra" nicht mehr nur alleine von den Linksnationalisten der Autonomiestatus des Baskenlandes innerhalb des spanischen Zentralstaats in Frage gestellt. Nicht mehr nur HB/EH, sondern auch PNV und EA sprechen sich mittlerweile - unterschiedlich stark, aber einhellig - dafür aus, dass die Bevölkerung selbst über den zukünftigen Status des Baskenlandes entscheiden muss.

Mit Ausnahme von IU haben sich alle Lizarra-Kräfte nach Veröffentlichung des ETA-Kommuniqués erneut für eine demokratische Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts eingesetzt, Frankreich und Spanien kritisiert und erklärt, dass mit der Aufkündigung des Waffenstillstandes eine wichtige Voraussetzung für eine politische Lösung wegfalle. Ob das Bündnis von Lizarra eine ETA-Aktion überstehen kann, ist allerdings fraglich.

mb.

4. Das Schweine-System. Politische Landschaftspflege - ein Rückblick auf den Flick-Skandal

Autor: Js. · Rubrik: CDU/CSU; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:37

Helmut Kohl hat es immer schon gewusst und auf dem CDU-Parteitag im November 1987 auch offen ausgesprochen: "Wir Menschen tragen einen Abgrund in uns." Das war kurz nach dem Ableben Uwe Barschels, und es ist zu vermuten, dass der damalige Kanzler vor allem an Menschen in "politischer Verantwortung" dachte und dass seine Sorge ernst war - Sorge vor dem "Abgrund", der den eben noch Mächtigen verschlingt, wenn er sich bei Aktionen außerhalb der Legalität erwischen lässt. Heute, zwölf Jahre nach Barschel, besteht Anlass zu der Hoffnung, dass Kohl den Weg der Verdammnis durch die öffentliche Meinung direkt vor sich hat. Denn Kohl ist ein Wiederholungstäter: Er war einer der Hauptbegünstigten in der Flick-Affäre, dem größten Korruptionsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik. Flick? Wer war das noch gleich? Da ist zum einen Friedrich Flick, der NS-Wehrwirtschaftsführer und Kriegsverbrecher (siehe Kasten). In der Flick-Affäre allerdings ging es um seinen Sohn Friedrich Karl Flick.

Die Vorgeschichte des Skandals beginnt 1975 als ein "banaler Vorgang, dessen Grundmuster bis in das ‚letzte Dorf` der Bundesrepublik geläufig sein dürfte und einen Eckpfeiler kommunalpolitischer Korruption darstellt. Da politische Entscheidungen die Marktchancen einzelner Unternehmen und Branchen befördern oder behindern können, bemühen sich die Wirtschaftsakteure um gezielte Einflussnahme." (1) Der Flick-Konzern will rund eine Milliarde DM Steuern sparen, die nach dem Verkauf seiner Daimler-Benz-Anteile an die Deutsche Bank eigentlich fällig wären. Rettungsanker ist der Paragraf 6b des Einkommenssteuergesetzes. Danach muss ein Unternehmen einen Gewinn nicht versteuern, wenn es diesen für eine "volkswirtschaftlich förderungswürdige" Investition wieder ausgibt. Über die Förderungswürdigkeit entscheiden das Wirtschafts- und das Finanzministerium. Was liegt da für das Unternehmen näher, als "Entscheidungshilfe" in Form von finanziellen Zuwendungen zu leisten?

Der hierfür zuständige "Hausmeier" des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, macht sich allerdings nicht mit dem Geldkoffer auf in die Ministerien. Das wäre erstens zu auffällig und zweitens wenig effektiv. Von Brauchitsch zahlt flächendeckend und mit längerfristigem Ziel: Es geht um die "Pflege der politischen Landschaft" - und zu der gehören neben der damals regierenden SPD/FDP-Koalition auch die oppositionellen Unionsparteien. In Sachen Steuerbefreiung hat man es allerdings mit den Regierenden zu tun. Nach ersten Sondierungen reicht der Flick-Konzern seine ersten vier Anträge ein, den sog. "ersten Geleitzug". "Volkswirtschaftlich förderungswürdig" finden die Flick-Manager den Kauf von Aktien des US-Chemiekonzerns Grace im Werte von 111 Mio. Dollar sowie Investitionen und Aktienkäufe für insgesamt 230 Millionen DM bei den Firmen Dynamit Nobel und Buderus.

Herr Nau war meistens heiter

Während Teile der SPD Flicks Anträgen kritisch gegenüberstehen, haben Kanzler Schmidt und sein Finanzminister Apel ein offenes Ohr für die Anliegen des Unternehmens. Als Vermittler fungiert SPD-Schatzmeister Nau - zur vollsten Zufriedenheit des Konzerns, der sich mit einer großzügigen Spende bedankt: Die Friedrich-Ebert-Stiftung, der Nau vorsteht, erhält von Flick eine Million DM. Zu dieser ungewöhnlich hohen Zahlung befragt, antwortet von Brauchitsch später im parlamentarischen Untersuchungsausschuss: "Ich hatte den Eindruck, dass es für unseren Zweck gut wäre, Herrn Nau heiter zu stimmen." Auf die Nachfrage des CDU-Abgeordneten Bohl: "War er heiter?" entgegnet von Brauchitsch: "Er kam dann immer wieder, wenn er nicht mehr heiter war." (2)

Besonders zuvorkommend behandelt Flicks Landschaftspfleger zwei einflussreiche FDP-Politiker: Bundeswirtschaftsminister Friderichs und Otto Graf Lambsdorff, der im Oktober 1977 dessen Nachfolger wird, als Friderichs zum Vorstandssprecher der Dresdner Bank aufsteigt. Die "Stafette 6b" (von Brauchitsch) wird an Lambsdorff übergeben und ist dort in besten Händen. Während der "erste Geleitzug" noch von Friderichs genehmigt wird, befürwortet Lambsdorff 1978 weitere Anträge Flicks auf Steuerbefreiung. Verzögerungen gibt es im von Matthöfer (SPD) geführten Finanzministerium. Aber im September 1978 erteilen beide Ministerien die Genehmigungen zu allen Anträgen des "zweiten Geleitzuges".

Insgesamt hat Flick zwischen 1976 und 1981 zwei Drittel des Gewinns aus dem Aktienverkauf steuerfrei angelegt - 840 Millionen DM sind an der Steuerkasse vorbeigeflossen. Verglichen mit dieser Summe sind die gezahlten Bestechungsgelder Peanuts. Entdeckt werden sie durch Zufälle und die Arbeit eines engagierten Steuerfahnders. Bei der Durchsuchung der Düsseldorfer Flick-Zentrale fällt den Ermittlern dann das entscheidende Beweisstück in die Hände: das schwarze Kassenbuch des Chefbuchhalters Diehl, in dem die "Spenden" säuberlich aufgezeichnet sind - "wg. Kohl 50.000,-", "wg. Dr. Friderichs 70.000,-" usw. Bei von Brauchitschs "Sonderzahlungen in einer speziellen Sache", einem besonderen Antrag auf Steuerbefreiung, gehen insgesamt 220.000 DM an sechs Politiker von SPD, FDP und CDU. Strauß erhält 250.000 DM für "Tipps, wie mit den Beamten im Finanzministerium umzugehen sei". (4) Die meisten der in Kuverts überreichten Einzelbeträge sind kleiner, summieren sich aber auf mehr als 25 Millionen DM allein zwischen 1969 und 1980.

Erste Presseberichte über dubiose Unternehmensspenden an Politiker gibt es bereits Mitte der 70er Jahre. Dabei wird auch der Trick mit sog. Beraterverträgen enthüllt: Unternehmen zahlen für nutzlose Gutachten an Briefkastenfirmen im "Steuerparadies" Liechtenstein, von dort wandert das Geld in die Parteikassen, vor allem die der CDU. Erst Ende 1982, nach dem Regierungswechsel in Bonn, werden die Parteispenden zum Skandal, der die Titelseiten beherrscht. Mit Erscheinen der Spiegel-Ausgabe vom 29.11.1982 ist der Name Flick in aller Munde. Im Mai 1983, zwei Monate nach Kohls Sieg bei der vorgezogenen Bundestagswahl, beschließt der Bundestag die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Für die Grünen, die gerade erstmals in den Bundestag gewählt worden sind, sitzt dort Otto Schily, der zum wortgewaltigen Ankläger der Korruption wird und Erklärungen fordert, auch darüber, "welche Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit der Gewährung von Waffenexportlizenzen gezahlt worden sind."

Kohls Weg nach oben wurde von Flick freigekauft

Weitere brisante Details über die Politik des Flick-Konzerns werden im Oktober 1984 bekannt. Nach Berichten der WamS und des Spiegel hat der ehemalige CDU-Vorsitzende und amtierende Bundestagspräsident Rainer Barzel von Flick, auf Umwegen über einen Beratervertrag, 1,7 Mio. DM bekommen. Damit sollte er für den Verzicht auf den Parteivorsitz, den Kohl übernahm, entschädigt werden - mit den Worten des als Vermittlers tätigen CDU-Politikers Biedenkopf, heute Ministerpräsident von Sachsen: Es sollte verhindert werden, dass Barzel nach seinem Rücktritt ein "Sozialfall" wird.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Reents bringt diesen Sachverhalt im Parlament auf die zutreffende Formel, Kohls Weg an die Spitze der CDU sei "von Flick freigekauft" worden. Für diese "Beleidigung" wird er von Bundestagspräsident Stücklen (CSU) von der Debatte ausgeschlossen. Es ist dies der historische Moment, wo Joschka Fischer den legendären Satz spricht (den er dann einen Tag später wieder zurücknimmt): "Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!"

Ungeachtet der öffentlichen Aufmerksamkeit geht die parlamentarische Aufarbeitung der Spenden-Affäre nur schleppend voran. Nach Kohls "Black-out" vor dem Ausschuss erstattet Schily Anzeige wegen Falschaussage. Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren mit der Begründung ein, es gebe keine Anhaltspunkte, Kohl habe die von ihm geleugneten "Zahlungsvorgänge wissentlich in Abrede gestellt". Auch die übrigen Beschuldigten kommen glimpflich davon. Lambsdorff tritt im Juni 1984 als Wirtschaftsminister zurück und feiert 1988 als neuer FDP-Vorsitzender ein politisches Comeback. In späteren Strafverfahren werden Lambsdorff und Friderichs zu Bewährungstrafen verurteilt - wegen Steuerhinterziehung, nicht wegen Bestechlichkeit. Es wird überhaupt niemand wegen Bestechlichkeit oder Bestechung verurteilt - für die Justiz hat es den Skandal, der "die Republik erschütterte", nicht gegeben.

Auch die involvierten Parteien erleiden keinen bleibenden Schaden. CDU/CSU und FDP gewinnen auch 1987 die Wahlen; die als einzige unbelasteten Grünen legen um 2,7 Prozentpunkte zu. Während Regierungsparteien und Sozialdemokraten sich gegenseitig als die schlimmeren Schurken beschimpfen, stellt von Brauchitsch sich demonstrativ auf die Seite der Kohl-Regierung, an deren Zustandekommen der Flick-Konzern durch gezielte Zahlungen an FDP-Politiker einigen Anteil hat. Von Brauchitsch behauptet: "Nur bei SPD-Schatzmeister Nau habe es einen Zusammenhang zwischen Spenden und Entscheidungen im Steuerbefreiungsverfahren gegeben." (4)

Irgendwann ist der Skandal dann beendet - weil die Öffentlichkeit das Interesse verliert. Bleibende Konsequenzen hat er nicht, Sicherungen gegen Wiederholungstäter werden nicht beschlossen. Insofern ist auch der Vorwurf moralisierender Kommentatoren hinfällig, die jetzt entdeckten schwarzen Kassen der CDU bedeuteten einen schlimmen Rückfall in eine überwunden geglaubte Zeit. Denn was ist Anfang der 80er Jahre geschehen? Namhafte Politiker haben sich bei leicht anrüchigen Geschäften erwischen lassen, die Parteien daraus Konsequenzen gezogen und ihre Tarnung verbessert. Wenn man Bestechlichkeit als Grundzug von Regierungsparteien voraussetzt, dann ist es ein Wunder, dass die erste Parteispenden-Affäre "nach Flick" erst so spät entdeckt wurde.

Js.

Anmerkungen:

1) Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.): Anatomie des politischen Skandals; Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1989, S. 219

2) zitiert bei Dirk Käsler u.a.: Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik; Opladen (Westdeutscher Verlag) 1991, S. 250

3) ebd., S. 253

4) ebd., S. 260

5. Friedrich Flick - eine deutsche Karriere

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Geschichte der BRD; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:38

"Friedrich Flick war ein Unternehmer eigenen Schlages - einer, der nichts gründete, nichts erfunden, nichts produziert hatte, sondern alles, was er besaß, eroberte... Ein Mann mit eisernen Prinzipien, die er jederzeit brach, wenn es zweckdienlich schien."

(Welt am Sonntag)

Die finanziellen Voraussetzungen zur Beeinflussung der jüngsten deutschen Politik konnte der Flick-Konzern auf Grundlage eines Vermögens ausbreiten, das Friedrich Flick während des Nazi-Regimes angehäuft hatte. Friedrich Flick war "einer der finanziellen Förderer der Massenmörder Hitler und Himmler und ihrer Gefährten" (Otto Schily). Flicks Stellvertreter, Otto Steinbrinck, war führendes Mitglied des "Freundeskreises des Reichsführers SS Heinrich Himmler". Auf dessen Sonderkonto überwies er jährlich hohe Beträge. Nach Schätzungen hat Flick zwischen sieben und acht Millionen Reichsmark gespendet und diesen Betrag als lohnende Investition betrachten können. Denn er bereicherte sich im Gegenzug an der sogenannten Arisierung jüdischen Vermögens, an der Ausbeutung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern. Große Gewinne erzielte Flick in der Rüstungsproduktion. Unter der NS-Herrschaft baute Flick das größte Firmenimperium des Landes auf. "Niemand hat die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer mehr verdient als Friedrich Flick", schrieb die NS-Zeitung Das Reich.

Der "Wehrwirtschaftsführer" musste sich nach dem Ende der NS-Herrschaft im Kriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg verantworten. Friedrich Flick wurde zu einer vergleichsweise kurzen Gefängnisstrafe von sieben Jahren verurteilt, aber schon 1950 vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen.

Er begann mit dem Wiederaufbau seines Firmenimperiums und verfügte bald wieder über ein Vermögen von mehreren hundert Millionen Mark. Ein Vermögen, von dem die während der NS-Zeit eingesetzten Arbeitssklaven nichts bekommen sollten. Während die überlebenden Zwangsarbeiter mit Flick in der Rüstungsproduktion konkurrierenden Unternehmens Krupp nach dem Krieg wenigstens eine bescheidene Entschädigung von zehn Millionen Mark erhielten und Rheinmetall 2,5 Millionen Mark als Entschädigungssumme bereitstellte, zahlte Flick keinen Pfennig.

Der aus der Haft entlassene Kriegverbrecher und Großunternehmer kaufte sich zunächst bei Daimler-Benz, später bei der Feldmühle und auch bei der bald wieder als bedeutende Waffenschmiede in Erscheinung tretenden Firma Dynamit Nobel ein.

Gleichzeitig achtete er darauf, erneut direkten Einfluss auf die Politik zu bekommen. Er knüpfte schnell enge Beziehungen zu wichtigen politischen Entscheidungsträgern. Dabei hatte er zu den in der Bundesrepublik neu entstandenen Unionsparteien CDU/CSU von Anfang an besonders enge Kontakte. Sowohl sein ehemaliger Privatsekretär Robert Tillmann als auch Odilo Burkart, ein leitender Mitarbeiter seines Konzerns, gehörten zu den Gründungsmitgliedern der CDU. Tillmann brachte es im Kabinett Adenauer sogar zum "Bundesminister für besondere Aufgaben".

Zu dem erneuten Aufstieg von Flick erklärte Schily im Dezember 1983 im Bundestag: "Es ist ein schweres Versäumnis, ich sage: Es ist eine Schande für unser Volk, dass Friedrich Flick nach dem Zweiten Weltkrieg nicht enteignet worden ist. Ist es nicht eine Verirrung des Rechtsdenkens, ist es nicht eine schreiende, empörende Ungerechtigkeit, wenn Massenmörder und Massenmördergehilfen außer Diensten wie Friedrich Flick, wie Duvalier, wie Marcos die Millionen- und Milliardenbeträge belassen werden, die der Ertrag ihres Verbrechens waren, während ihre Opfer ein kärgliches Dasein fristen müssen? (...) dass Friedrich Flick bereits 1949 aus der Haft heraus Spenden an die CSU vergeben hat, ist ein trauriger Beweis dafür, zu welch frühem Zeitpunkt Friedrich Flick bei dieser Partei wieder hoffähig wurde."

Wie es Flick gelang, über Mittelsmänner und Leute seines Vertrauens eine einflussreiche Person in der Bundesrepublik zu werden, darüber wurde im Zuge der in den achtziger Jahren aufgedeckten Spenden-Affäre einiges bekannt. So berichtete der Spiegel im Oktober 1984 zum Wiederaufstieg Flicks: "Zu Flicks wichtigsten Helfern beim Übergang vom Dritten Reich in die Zweite Republik gehörte der Bankier Robert Pferdmenges,

zugleich Intimus des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Pferdmenges hatte bereits während der NS-Zeit in einigen Flick-Aufsichtsräten gesessen. (...) Der vielseitige Pferdmenges kümmerte sich in den frühen Jahren der Republik um die finanzielle Ausstattung der konservativen Parteien. Auf Anregung Adenauers hin wurde die ‚Staatsbürgerliche Vereinigung` (SV) gegründet. Die älteste und größte Geldwaschanlage der Republik bediente ausschließlich bürgerliche Parteien wie CDU/CSU und FDP mit Bargeld. Alle Mitglieder der SV, eines Ablegers des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), waren sorgsam ausgesucht, die Aufnahmebedingungen so streng wie bei einer geheimen Loge. Wenn auch zunächst als Zweck des Vereins die ‚Förderung des demokratischen Staatswesens` ausgewiesen war, so verfolgte die SV als Tarnorganisation für Steuermanipulation vor allem ein Ziel: mit Millionen-Spenden die SPD von der Macht fern zu halten."

Außerdem ließ es sich das Haus Flick nicht nehmen, neben den Überweisungen an den BDI-Ableger selbsttätig die "politische Landschaft" mit direkten Zuwendungen, oft Geldbeträgen in Millionenhöhe, "zu pflegen". Als Friedrich Flick 1972 starb, war er der reichste Mann im Staate; "sein großes und staunenswertes Lebenswerk", so der ehemalige CDU-Bundeskanzler Adenauer, setzten sein Sohn Friedrich Karl und ein alter Bekannter der Familie, Eberhard von Brauchitsch, fort.

Thomas W. Klein

6. Kohl, Kiep, Koffer voll Geld. Die Fährte führt direkt ins Zentrum der Union

Autor: Thomas Klein · Rubrik: CDU/CSU; Geschichte der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:36

Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat gegenwärtig einer heiklen Frage nachzugehen: Haben bei Waffengeschäften mit Saudi-Arabien und anderen dubiosen Entscheidungen im Rüstungsbereich - auch nach der Flick-Spenden-Affäre - finanzielle Zuwendungen der Industrie Entscheidungen von Regierungsmitgliedern beeinflusst? Sind unter der Ära Kohl nicht nur Spenden zur "Pflege der politischen Landschaft" (so einst der Industrielle Flick) geflossen, sondern wurden gezielt Entscheidungsträger mit Millionenbeträgen "versorgt", wenn es beispielsweise um die Genehmigung von heiklen Waffenverkäufen ging?

In diesem Zusammenhang sind auch eine Vielzahl weiterer Punkte von Interesse: Welche Rolle haben bei dem nun auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu untersuchenden Sachverhalt die freundschaftlichen Verbindungen zwischen dem Waffenhändler Karlheinz Schreiber und der Familie Strauß sowie einer Reihe weiterer bayerischer Amigos wie Erich Riedl und Ludwig-Holger Pfahls gespielt? Über welche Geschäfte waren der Ex-CDU-Schatzmeister Leisler Kiep und der Kohl-Vertraute Horst Weyrauch eingeweiht? Wie hoch war der Preis eventuell zu zahlender Schmiergelder beim Export von Kriegswaffen in Krisen- und Spannungsgebiete, wenn deren Ausfuhr gegen bestehende Richtlinien und Gesetze verstieß und einzig wegen des politischen Gewichts und der Einflussmöglichkeiten der Entscheidungsträger ohne juristische Konsequenzen blieb? Welche Rolle hat der Bundesnachrichtendienst (BND), zu dessen Mitarbeitern laut Monitor-Recherchen der Waffenhändler Schreiber gehörte, bei der Einfädelung und Realisierung zwielichtiger Waffenexporte gespielt? Schließlich die entscheidende Frage: Hat auch die Parteispitze von CDU und CSU von Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit Waffenlieferungen gewusst, diese gedeckt, davon profitiert und mit Gegenleistungen honoriert?

Bayern-Connection

Klar ist schon jetzt, dass der zu Beginn der neunziger Jahre erfolgte Verkauf von Fuchs-Panzern an Saudi-Arabien ein für die Unionsparteien verheerendes Nachspiel hat: Nachdem im Mai 1999 zwei Thyssen-Manager wegen Betrugsverdacht verhaftet wurden, ermittelt die Staatsanwaltschaft inzwischen gegen eine Reihe weiterer Personen. Neben dem Waffenhändler Karlheinz Schreiber sind auch der ehemalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Erich Riedl (CSU), der ehemalige Staatssekretär im Verteidigungsministerium und Ex-Verfassungschutzpräsident Ludwig-Holger Pfahls (CSU), der Sohn von Franz-Josef Strauß, Max Strauß, und in den letzten Wochen auch der Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep in das Visier der Augsburger Staatsanwaltschaft geraten.

Dieser wirklich illustre Kreis ist sicher noch für manche Überraschung gut. Und bemerkenswert ist u.a. auch, dass einige Hauptakteure dieser Affäre inzwischen außer Landes sind: Schreiber kämpft von Kanada aus gegen seine Auslieferung und hat mutmaßlich hochrangige Unterstützer bei seinem Betreiben, nicht nach Deutschland ausgeliefert zu werden. Wie das ARD-Magazin Monitor berichtete, gab es während des Auslieferungsersuchens der Staatsanwaltschaft Augsburg ganz erstaunliche Vorgänge.

Nachdem die Staatsanwaltschaft schon vor geraumer Zeit, noch unter der alten Bundesregierung, ein entsprechendes Ersuchen im Bonner Justizministerium eingereicht hatte, geschah lange nichts. Als die Staatsanwaltschaft Monate später im Ministerium nach dem Stand der Dinge fragte, erhielt sie, so Monitor, eine bemerkenswerte Antwort: Das Auslieferungsersuchen sei nicht mehr auffindbar.

Auch Ludwig-Holger Pfahls, der im Verdacht steht, bei dem Waffendeal mit Saudi-Arabien mit rund vier Millionen Mark Schmiergeld "belohnt" worden zu sein, hat sich ins Ausland abgesetzt. Er ist vermutlich in Singapur oder Indonesien "untergetaucht".

Spätestens seit im September 1999 die Süddeutsche Zeitung berichtete, dass die Familie Strauß über 5 Millionen Mark von dem über hervorragende Beziehungen zu offiziellen Stellen verfügenden Waffenhändler Schreiber im Zusammenhang mit dem Panzer-Deal nach Saudi-Arabien erhalten haben soll, sorgt dieser "Polit-Krimi" fast täglich für Schlagzeilen.

Die Geschichte gärt schon länger. Bereits nach der ersten Sitzung des neuen Bundestages im Oktober 1998 hatte die Augsburger Staatsanwaltschaft angekündigt, die Untersuchungen gegen den CSU-Politiker Riedl wieder aufzunehmen. Der Bundestag hatte zwar Riedls Immunität im Juni 1996 aufgehoben, nachdem der Politiker in den Verdacht geraten war, für eine von Thyssen beantragte Ausfuhrgenehmigung des Spürpanzers Fuchs nach Saudi-Arabien widerrechtlich eine Provision von 500.000 Mark erhalten zu haben. Doch im November 1997 wurde ihm die Immunität durch einen Bundestagsbeschluss wieder zurückgegeben. Begründung: Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Augsburg zögen sich zu sehr in die Länge.

Nachdem Riedl bei der letzten Bundestagswahl nach fast 30 Jahren Parlamentszugehörigkeit sein Mandat verlor, war er nicht länger durch die parlamentarische Immunität geschützt. Da von den Ermittlungen eine ganze Reihe ehemaliger Spitzenpolitiker aus CDU und CSU betroffen sind und sogar Ex-Bundeskanzler Kohl unter dem Verdacht steht, aus heiklen Geschäften finanziellen Vorteile, wenn nicht für sich persönlich, so doch für seine Partei gezogen zu haben, birgt die juristische und parlamentarische Aufarbeitung dieser Panzer- und Bestechungsaffäre noch nicht absehbare Konsequenzen.

So viel steht fest: Die Zuwendungen der Industrie zur "Pflege der politischen Landschaft" hinterlassen weniger "blühende Landschaften", um es mit den Worten das Ex-Kanzlers auszudrücken, als vielmehr so manches Minenfeld.

Staatssekretäre der CSU als Strippenzieher

Während im Moment die Öffentlichkeit sehr auf Kiep und Kohl fixiert ist und die kriminelle Energie bei der Beschaffung von Spenden bzw. deren Verschleierung sowie mögliche Gegenleistungen der Politik Gegenstand der Betrachtungen sind, fällt weitgehend unter den Tisch, über welches politische Gewicht die "zweite Reihe" der in diese Affäre Verstrickten noch bis vor kurzem verfügten. Und wie die in der öffentlichen Auseinandersetzung bisher kaum Beachteten bei dubiosen Waffengeschäften und als Lobbyisten der Rüstungsindustrie an den Schalthebeln der Macht weit reichende Entscheidungen fällten.

Sowohl Erich Riedl als auch Ludwig-Holger Pfahls sind politische Ziehsöhne des früheren CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß. Sie waren lange Zeit in führenden politischen Positionen tätig und haben eine Fülle wichtiger Entscheidungen eingefädelt und mitgetragen. Erich Riedl zog erstmals 1969 in den Bundestag ein. Nachdem er als Präsident des Fußballclubs TSV 1860 München den Verein zu Beginn der achtziger Jahre sportlich und finanziell in ein Debakel geführt hatte, widmete er sich danach - zum Segen des Fußballclubs und einiger Rüstungsschmieden - der großen Politik: Er wurde 1987 Koordinator der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie.

In seiner Funktion als Staatssekretär zog er später in dem von FDP-Ministern angeführten Wirtschaftsministerium die Drähte. Als das Kartellamt z.B. die Fusion zwischen Daimler-Benz und Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) ablehnte, betätigte er sich als starker Mann im Hintergrund. Er stellte der Industrie die gewünschte Sondergenehmigung schon in Aussicht, noch bevor der zunächst zögerliche FDP-Wirtschaftsminister Haussmann sich entschieden hatte. Tatsächlich erteilte Haussmann die Sondergenehmigung. Somit war der Weg frei zur Schaffung des mit Abstand größten deutschen Rüstungskonzerns unter dem Dach von Daimler-Benz. Damals auftauchende Spekulationen, es könnten bei dieser Entscheidung Versprechen über großzügige Zuwendungen, sprich Geld, im Spiel gewesen sein, konnten nie belegt werden und sind letztlich auch unerheblich. Denn die Fakten sprechen für sich. Wem zu danken war bei dem Zustandekommen der Elefanten-Hochzeit, wusste der Daimler-Benz-Konzern sehr gut - auch und gerade abzulesen an den Großspenden für die Parteien. Dass die CSU bei den Zuwendungen besonders gut abschnitt und auch die FDP sich über hohe Geldsummen des sich spendabel zeigenden Konzerns freuen dürfte, ist sicher keine Überraschung.

In den zurückliegenden Jahren taten sich Riedl und Pfahls als energische Befürworter des teuersten europäischen Rüstungsprojekts "Eurofighter 2000" (ehemals Jäger 90) hervor. Das Flugzeug wird von der Daimler-Tochter DASA mitentwickelt.

Als Volker Rühe zu Beginn seiner Amtszeit als Verteidigungsminister Anfang der neunziger Jahre erklärte, "der Jäger 90 ist tot", er passe nicht mehr in unsere Zeit und sei viel zu teuer, drohte Daimler-Chef Schrempp mit der "Schließung kompletter Werke". Die Rüstungslobby mit Riedl, Pfahls und einer Reihe bayerischer Amigos an der Spitze machte auf der politischen Bühne erheblichen Druck: mit Erfolg. Den vollmundigen Erklärungen

Rühes folgten peinliche Rückzugsgefechte, finanzielle Obergrenzen wurden festgelegt, die auf keinen Fall überschritten werden sollten. Dennoch ging die Kostenexplosion weiter, alle finanziellen Obergrenzen wurden überschritten. Die CDU/CSU/FDP-Regierung honorierte das auf ihre Weise: Im November 1997 beschloss die alte Regierungskoalition die Anschaffung der neuen Jagdflugzeuge. Dafür muss der Bund in den nächsten Jahren nach Angaben von Rühe 23 Milliarden Mark ausgeben. Der Bundesrechnungshof bescheinigte ihm wie den anderen Fürsprechern des Projekts, mit falschen Zahlen an die Öffentlichkeit gegangen zu sein: Nach seinen Angaben kostet der Nachfolger des Tornados - das seinerzeit "teuerste Rüstungsprojekt seit Christi Geburt" (Helmut Schmidt) - über 30 Milliarden Mark.

Zu welchem Zweck und unter welchen Fittichen Ludwig-Holger Pfahls seine politische Karriere startete, in deren Verlauf er u.a. Staatssekretär im Verteidigungsministerium und später sogar Verfassungsschutzpräsident wurde, bestätigte der Rüstungslobbyist selbst. Wie der Stern in seiner Ausgabe vom 2. Dezember berichtete, hat der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Pfahls in einem Brief an Bayerns Ministerpräsidenten Edmund Stoiber sich ganz freimütig dafür gerühmt, im Einverständnis mit und auf Initiative von Franz-Josef Strauß, also quasi mit "höherer Fügung", große Politik gemacht zu haben. Schließlich habe dieser ihn "seinerzeit vor allem aus einem Grunde (...) ins Verteidigungsministerium geschickt": zum Nutzen "der wehrtechnischen Industrie".

Hohe kriminelle Energie

Viele Jahre haben Franz-Josef Strauß und Politiker wie Walther Leisler Kiep, Erich Riedl, Holger-Ludwig Pfahls, Otto Graf Lambsdorf, Jürgen Möllemann, Helmut Kohl und eine Reihe weiterer Personen bei der deutschen Rüstungsexportpolitik offensichtlich eher die Interessen von Großkonzernen und den nach Waffen nachfragenden Ländern und weniger die Ausführungen im Grundgesetz sowie rechtliche Bestimmungen bei der Ausfuhr von Kriegswaffen im Auge gehabt. Sonst wären viele Waffendeals nicht möglich gewesen. Natürlich ging es dabei auch um vermeintliche oder tatsächlich bestehende politische Interessen: beispielweise die Unterstützung genehmer Regierungen und Regime. Finanzielle Aspekte kamen mutmaßlich hinzu.

Unabhängig davon, ob sich beweisen lässt, inwieweit die Zuwendungen der Industrie Entscheidungen der Politik direkt beeinflusst haben, also ob der strafrechtlich relevante Nachweis erbracht wird, dass Politik in diesem Lande käuflich ist, lässt sich wohl kaum bestreiten: Wo Millionenbeträge fließen, darf von Seiten des "Spenders" zu Recht davon ausgegangen werden, dass diese "Zuwendungen" ihre Wirkung haben.

Andererseits gibt es seit langem handfeste Belege dafür, dass bei zurückliegenden, zwielichtigen Rüstungsgeschäften, wie z.B. Panzerlieferungen in Krisen- und Spannungsgebiete, oft Schmiergelder mit im Spiel waren und so manches Geschäft erstaunliche Rückendeckung hiesiger Politiker genoss.

Diese sollten allerdings über eines nicht hinwegtäuschen: Die beteiligten Herren (es sind ausschließlich Herren - Militär und Rüstung ist das klassische Feld für "Männerbünde") sind beim "Geschäft mit dem Tod" meistens sehr diskret. Obwohl beispielsweise das einstmals ehrgeizig vorangetriebene irakische Giftgasprogramm weitgehend "Made in Germany" war und tausende Kurden im Nordirak die Waffendeals deutscher Firmen mit ihrem Leben bezahlten, blieb es im Zuge der politischen und juristischen Aufarbeitung dieser Skandale bei "bescheidenen Folgen" für die hierfür Verantwortlichen: Es gab einige wenige Verurteilungen von Rüstungsmanagern.

Was völlig ohne Folgen blieb, war das beim Beispiel Irak anzutreffende Wegsehen staatlicher Stellen - sofern sie, was das Ganze noch schlimmer macht, nicht sogar direkt an dubiosen Geschäften beteiligt waren. Für die Genehmigung von Waffenlieferungen an Länder, in denen Vertreibungen, Zerstörungen und Krieg stattfinden - da mangelt es nicht an Beispielen, erinnert sei hier nur an den nachweislich stattfindenden Einsatz deutscher Waffen auch gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Provinzen in der Türkei -, müssen die dafür politisch Verantwortlichen keine Konsequenzen befürchten.

Kohl: Jetzt heißt es "Klappe halten"

Aus Sicht der ehemaligen Regierungsparteien ist es sehr ärgerlich, dass Schreiber so viel notiert hat. Dabei lehrt schon die Lektüre billiger Romane: Solche Deals wie die mit Saudi-Arabien müssen durch mündliche Absprachen und diskrete Zuwendungen ablaufen - Notizen haben da nichts zu suchen! Selbst so harmlos

anmutende Eintragungen wie "Kiep: 1" erweisen sich, wenn der Stein erst einmal am Rollen ist, als fatal. Schade ist aus Sicht der kritischen Öffentlichkeit, dass nicht alle Waffenhändler Schreiber heißen.

Dieser erklärte nun von Kanada aus, seine Verfolger seien Idioten und das Ganze sei ein "Haufen Scheiß". Genau dafür gibt es aber nun eine interessierte Öffentlichkeit - für seine kleinen und vor allem seine großen Geschäfte! Und was da alles zum Himmel stinkt, vor allem unter wessen Beteiligung, werden wir leider nie ganz erfahren. Dennoch sind schon die nur bekannt werdenden Details aufregend genug. Eine Geschichte wie aus einem Groschenheft: Panzer, Schmiergelder, Erinnerungslücken, schwarze Konten, "abtauchende Ex-Staatssekretäre". Und am Ende gibt es dann auch noch einen ehemaligen Regierungschef, den in seiner Partei zum Denkmal aufgestiegenen CDU-Eherenvorsitzenden Kohl, der nicht ausschließen kann, "Schreiber mal gesehen zu haben". Aber das war sicher nicht mit einem Geldkoffer auf einem Parkplatz in der Schweiz. Für derartige Geldübergaben war sich seinerzeit allerdings der auch von SPD-Kanzler Schröder geschätzte Ex-CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep nicht zu schade ... .

Nun sind einige der vom System Kohl hofierten Herren in eine missliche Lage geraten. Wie der Ex-Bundeskanzler entgegen anders lautender Beteuerungen damit umzugehen gedenkt, berichtet der Focus in seiner Ausgabe vom 29. November. Danach hat Kohl ehemaligen Weggefährten einen Rat mit auf den Weg gegeben: "Haltet eure Klappe. Eure Landesvorsitzenden haben doch auch etwas bekommen." Doch selbst das ist gegenwärtig schon wieder ein Wort zu viel. Bisher haben nämlich alle CDU-Landesverbände keine Erkenntnisse über Zuwendungen von Kohls dubiosen Konten oder streiten derartige Überweisungen strikt ab. Widersprüche ohne Ende! Wir dürfen weiter gespannt sein.

Thomas Klein

7. Teamsters and Turtles. "Unamerikanische Umtriebe" in Seattle

Autor: Max Böhnel, Seattle · Rubrik: USA; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:35

Eine Reportage von unserem Autor Max Böhnel, der sich während der Aktionstage gegen das WTO-Treffen in Seattle (30. November bis 3. Dezember) vor Ort befand.

So etwas hatte es in den USA noch nie gegeben und für Seattle war es tatsächlich der Protest des Jahrhunderts. Eine Woche lang verwandelten Umweltschützer, Straßentheater-Gruppen, Bauernverbände, Dritte-Welt-Solidaritäts- und Nichtregierungsorganisationen die Stadt an der US-amerikanischen Pazifikküste in ein Protest-Spektakel, das in der ganzen Welt für Aufsehen sorgte. Als zahlenstärkster Verband und mit spektakulärer Präsenz ganz vorne dabei: die längst abgeschriebenen US-Gewerkschaften. Am Ende des Ausnahmezustandes, den die Behörden in Seattle verhängten, vertagte sich die WTO ohne greifbares Ergebnis.

Schon Dienstag morgen um sieben haben sich Hunderte nach Downtown Seattle zum Kongresszentrum begeben, wo ein paar Stunden später das WTO-Ministertreffen eröffnet werden soll. Das Direct Action Network (DAN), ein Zusammenschluss radikaler Umweltschützer, hatte schon Wochen zuvor aufgerufen, Seattle gewaltfrei dichtzumachen, um das Treffen zu verhindern. "Shut down the WTO", lautet das Motto. Die Artikel in der Kampagnenzeitung des Netzwerkes richten sich gegen die Ausbeutung der Dritten Welt, das Wohlstandsgefälle in den westlichen Industriestaaten, die mangelnde Umweltverträglichkeit des Welthandelssystems und die Vermarktung von Genen.

Der Nieselregen hat die Straßen blank gewaschen, ein feiner Nebel durchzieht kalt die Stadt. Verschlafene Menschen haben sich in Regenjacken gehüllt und stehen schon vor Sonnenaufgang auf den Kreuzungen rund um das Kongresszentrum. Das Areal ist für die nächsten Tage verkehrs- und einkaufsfreie Zone. Auf selbstgemalten Plakaten heißt es "Arrest the corporate criminals", "Rettet die Delphine" und "WTO-No". Eine Punkerin mit blauen Haaren hat ein mindestens fünf Meter hohes Skelett aus Holz um die Hüfte geschnallt.

Am Kongresszentrum haben sich vor einem schmalen Korridor, der nach innen führt, zwei Dutzend Polizisten in Kampfanzügen postiert. Offenbar sollen hier später offizielle WTO-Delegierte durchgelassen werden - mit allen Mitteln, daran lassen die Beamten keinen Zweifel. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite parkt ein LKW-Anhänger mit einer Lautsprecheranlage, aus der Funkrhythmen tönen. Es ist ein Lastwagen der "Teamsters", der legendären Transportarbeiter-Gewerkschaft. "Fight the power" dröhnt es über die Straße, und schon 200 Demonstranten wärmen sich tanzend im Rhythmus auf. Die Kreuzung ist einer von dreizehn Blockade-"Distrikten" um die WTO-Tagung. Die Organisatoren des DAN haben das Areal in monatelangen Vorbereitungen am Reißbrett aufgeteilt.

Für jeden Distrikt sind mindestens fünf Aktivisten zuständig, die per Megafon mit blockadewilligen Neuankömmlingen kommunizieren, die Menge über Polizeibewegungen informieren und den Distrikt abriegeln. Funkgeräte dienen der Koordination zwischen den Distrikten. Der 22-jährige Gerald Coolidge, von Beruf Fahrradkurier, ist heute Blockadekoordinator, "eine Art menschliches Funkgerät", erklärt er. Und wendet sich einer Mitstreiterin zu: "Am Cavanaughs Hotel steht FBI, dort müssen hochrangige WTOler untergebracht sein." Die DAN-Frau bittet daraufhin per Megafon um Verstärkung in Richtung des Hotels, und ein Dutzend Studenten machen sich nach kurzer Beratung auf den Weg. Gerald verschnauft. Sonst arbeitet er zehn Stunden pro Tag für rund 100 Dollar. "Heute sind die Geschäfte sowieso zu", erklärt er den Lohnverlust. Er wolle etwas Sinnvolles gegen die WTO machen. Und er freue sich schon auf die Gewerkschaftler, meint er beim Aufsteigen aufs Rad, "wenn die kommen, dann geht bei der WTO nichts mehr".

Zwei Stunden später tummeln sich auf dem Areal um die Tagungsgebäude, etwa 500 mal 500 Meter, Tausende von Menschen. Bombastisch anzusehen sind die bunten Riesenpuppen des "Art and Revolution"-Kollektivs aus San Francisco: ein flammenresistenter, blauer Wal namens "Flo" in Originalgröße blockiert fast ganz alleine eine Kreuzung, mehrere schwarz-weiße Skelette mit Furcht erregenden Schädeln und WTO-Aufdruck ragen über der Menschenmenge auf. Eine haushohe Hexe kehrt die WTO aus. Clowns mit bunten Plastiknasen tragen Gasmasken am Gürtel. Eine Gang von rotgekleideten Nikoläusen hat sich statt

weißer die auffallenderen blauen und schwarzen Bärte angeklebt. Sie unterbrechen ihr Schwätzchen nur mit dem Verlesen einer Anklageschrift gegen die WTO. Zwischendrin schlängeln sich Menschen, die sich grüne Kostüme von Meeresschildkröten - "turtles" - umgeworfen haben. Damit verknüpft ist der Hinweis auf das Aussterben der "turtles", seit die WTO ein entsprechendes Tierschutzgesetz ausgehebelt hat.

Und schließlich erscheint in übertrieben-ironischem Stechschritt die "Infernalische Geräuschbrigade", ganz in schwarz mit Bärenmützen, Springerstiefeln, Trommeln und grünen Holzgewehren. Vom postmodernen Intellektualismus habe er genug, erklärt der 31-jährige "Che" und meint zwinkernd: "Visualize corporate breakdown". Sein Satz - "den Zusammenbruch der Konzerne sichtbar machen" - wird sich am Nachmittag später an eine Wand gesprüht wiederfinden - neben einer der zahlreich eingeschlagenen Scheiben der Bank of America.

Zu jenem Zeitpunkt haben die Cops die friedlichen Sitzblockaden mit Tränengas, Gummigeschossen, Geräuschgranaten und einer üblen Knüppelei bereits aufgelöst. Ergebnis: freier Zugang für die WTO-Abgeordneten, mehrere hunderttausend Dollar Sachschaden und das Eingreifen der "National Guard". Zum ersten Mal seit dem zweiten Weltkrieg wird wieder der Ausnahmezustand im wohlhabenden, sonst recht verschlafen-liberalen Seattle herrschen. Hunderte haben sich trotz des immer wieder einsetzenden Nieselregens und trotz der ersten Drohgebärden der Cops vom Sondereinsatzkommando auf den Straßenkreuzungen niedergelassen, manche haben gar ihre Arme quasi unverrückbar einbetoniert.

Wo bleiben die Gewerkschafter?

Ortswechsel: die Gewerkschafter-Demonstration des Dachverbands AFL-CIO hat sich noch nicht auf den Weg gemacht. Im Sportstadium, wo sich rund 30.000 KollegInnen versammelt haben, werden die letzten Reden gehalten. Unglaublich, aber wahr - die Gewerkschaftsspitze, sonst eng verbündet mit dem Weißen Haus, ist persönlich erschienen: AFL-CIO-Präsident John Sweeney, Teamsters-Chef James Hoffa und die Vorsitzenden der Textil-, Stahl- und Hafenarbeiter. Was vor Jahren wegen eines verkrusteten Apparates und einer altertümlichen Gewerkschaftspolitik noch undenkbar war, ist heute möglich: ein südafrikanischer Minenarbeiter zitiert vom Podium herunter unter donnerndem Applaus Marx und fordert die Vereinigung aller Arbeiter weltweit. Ein mexikanischer Gewerkschafter lässt die Zapatisten hochleben. Eine Studentin agitiert gegen die Billigproduktion in den Sweatshops der USA. Eine US-Grüne erläutert den Zusammenhang zwischen Freihandel und mangelndem Umweltschutz. Der AFL-CIO hat aus seiner Niederlage gelernt, die ihm die Clinton-Regierung vor fünf Jahren mit der Errichtung der NAFTA-Freihandelszone bereitet hat.

Die neue Rhetorik hochrangiger AFL-CIO-Spitzen überrascht selbst eingefleischte Altlinke. "Die nationalistische Rhetorik", freut sich der Radiokommentator Doug Henwood, "ist weitgehend verschwunden". Als sich der Zug, eine der größten US-Gewerkschaftsdemonstrationen seit 50 Jahren, in Bewegung setzt und Richtung Kongresszentrum marschiert, ziehen dort, 20 Fußminuten entfernt, bereits die ersten Tränengasschwaden die Hochhäuser hoch. "Teamsters and turtles - together at last" - "Teamsters und Schildkröten - endlich zusammen", liest sich ein rührendes Transparent. Dass die Gewerkschaftermassen in das Geschehen dann doch nicht eingreifen, um den attackierten Blockierern gegen die Polizei zu Hilfe zu kommen, sondern kurz vorher wieder umkehren, sei ein Skandal, kommentiert später ein linker US-Journalist. Doch Henwood winkt ab und meint dazu "Revolutionsromantik". Gemessen an US-Verhältnissen sei die neue Bündnisbereitschaft des AFL-CIO hoffnungsversprechend. Denn das traditionelle Verhältnis des Verbandes zur Demokratischen Partei weise Risse auf, erklärt er, und die seien vorsichtig zu vertiefen, um endlich eine amerikanische Reformbewegung links von der politischen Mitte zu schaffen.

Die nächste Bewährungsprobe steht bereits fest: das jüngst von der US-Regierung unterzeichnete Handelsabkommen mit China. Die Ratifizierung im US-Kongress steht noch aus, und der AFL-CIO hat angekündigt, eine Gegenkampagne zu starten. Aber auch Isolationspolitiker und rechtsextreme Gruppen wollen das Abkommen verhindern. So bleibt in nächster Zukunft die Frage, wie sich die US-Gewerkschaft gegen falsche Freunde von rechts wappnen will. Eine zufrieden stellende Antwort konnte in Seattle niemand geben.

Max Böhnel, Seattle

8. Frostiges Klima. Trotz Protesten starteten die Verhandlungen zur "Millennium-Runde"

Trotz Proteste starteten die Verhandlungen zur "Millennium-Runde"

Autor: Tom Kucharz, Madrid · Rubrik: Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:34

Unbestreitbar hätte es sich in den Augen der überzeugten Marktliberalen besser gemacht, wenn die Medien vom glorreichen Beginn der "Jahrtausend"-Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels hätten berichten können.

Doch das von den Medien verkündete "Desaster von Seattle" ist im Grunde nicht mehr als politische Maskerade. Zumindest die Vertreter der EU überraschte das Ergebnis der Konferenz (30.11- 3.12.99) nicht. "Auf unserer Seite sind 50 Prozent des Welthandels" unterstrich Pascal Lamy, EU-Kommissionar und Verantwortlicher für den auswärtigen Handel der Europäischen Union, am 23. November gegenüber den Medien, als er das Scheitern des Verhandlungsstarts in Seattle ankündigte. "Eine Verhandlung reduziert auf Landwirtschaft und Dienstleistungen ohne globale Verantwortung und festgesetzten Zeitraum ist keine Runde". Da sich die Stimmen gegen die Globalisierung mehrten, sei es notwendig, innerhalb der WTO über den "Schutz von Verbrauchern und Umwelt", sowie die "Einhaltung sozialer Normen" zu verhandeln, führte der EU-Handelsexperte weiter aus.

"Zurück mit offenen Augen"

Auch nach Ende der Konferenz fährt die EU-Kommission fort, mit zynischen und sich widersprechenden Verlautbarungen die eigene Verhandlungsposition zu stärken. "Die Europäische Union näherte sich Seattle mit einer offenen Meinung und einer offenen Tagesordnung. Sie kehrt von dort auch mit offenen Augen zurück", so die Nachricht von der Pressekonferenz in Brüssel am sechsten Dezember. "Während der Konferenz hat die Europäische Delegation stets versucht, eine Brücke zwischen den Positionen der USA und den Entwicklungsländern zu schlagen", erklärte Lamy in der belgischen Hauptstadt, schließlich seien die Verhandlungen weniger über die Vorschläge der EU als über "traditionelle Streitthemen wie Landwirtschaft und Antidumping" gestolpert.

Auch den Entscheidungsmodus der WTO stellte Lamy in Frage. Man benötige zwar ein auf Regeln basierendes System multilateralen Handels, aber die Kapazität des dafür geschaffenen WTO-Systems für die Entscheidungsfindung sei in Frage zu stellen, erörterte er. "Das ist der Grund, warum die Art und Weise des Funktionierens der WTO überarbeitet werden muss, so dass die Organisation eine größere Legitimität besitzt, offener und effektiver arbeiten kann", so der Kommissionar.

Deutlicher wurde Stephen Byers, WTO-Verhandlungschef der britischen Delegation: "Die Reform der WTO wird neuerdings als politischer Imperativ gesehen." Byers plädiert für die Veränderung der Entscheidungsprozeduren, vor allem bezogen auf die bisher geltende Regelung, "alles im Konsens entscheiden zu müssen." Das "uneffektive Konsensfinden am Verhandlungstisch" sei Teil des WTO-Bürokratismus. Deshalb würde die Variante des Internationalen Währungsfonds (IWF) - die Vertreter ökonomisch stärkerer Staaten haben auch die größere Entscheidungskompetenz - der EU-Position näher kommen, führte Byers weiter aus. Obwohl dies faktisch schon praktiziert wird - nur die wenigsten der 135 WTO-Mitgliedsstaaten können sich eine ständige Delegation in Genf, dem Sitz der WTO, leisten - gehen den EU-Beauftragten ihre Privilegien für eine Aushandlung der WTO-Richtlinien im Rahmen der reichsten Länder noch nicht weit genug. Übrigens wurde am Ende der Seattle-Konferenz eine Verhandlung hinter verschlossenen Türen abgehalten, an der die Mehrheit der Vertreter der "Entwicklungsländer" nicht teilnehmen durften.

Veto der Trikontländer

Die in der WTO ausgearbeiteten bürokratischen Hürden zur Regulierung des Welthandels decken sich augenscheinlich nicht mehr mit der politischen Tagesordnung der EU-Politik. Die Strategie des freien Handels mit auswärtigen Märkten einerseits und Schutz des eigenen Marktes andererseits, ist offensichtlich nicht mehr

ohne weiteres mit den WTO-Abkommen durchsetzbar, insbesondere, wenn sich dieser Strategie mehrere Handelsblöcke bedienen.

Die Vertreter der "sich in Entwicklung befindenden" Länder ihrerseits, die 75% der WTO-Stimmen ausmachen, waren nach Seattle gereist, um eine Überarbeitung der Abkommen der letzten WTO-Runde im südamerikanischen Uruguay bzw. deren Einhaltung zu fordern. Das würde die Abschaffung jeglichen Protektionismus gegenüber Produkten aus den Industrieländern bedeuten. Da jedoch diese Position kaum diskutiert wurde, nahmen die meisten WTO-Botschafter aus Trikontländern ihr Stimmrecht in Anspruch und blockierten mögliche Verhandlungsergebnisse, während die USA, Japan und die EU mit dem Blick auf die Verhandlungen der nächsten drei Jahre, in denen genügend Zeit für die Suche nach Kompromissen sein wird, jeweils ihre eigenen Interessen verteidigten .

Eines der seit dem Ende des Uruquay-Turnus, mit acht Jahren die bisher längste Verhandlungsrunde zum Thema Welthandel, offenen Themen ist die Landwirtschaft. Die US-Regierung lud unter anderem mit der Absicht nach Seattle ein, um mit Unterstützung der 18 führenden Agrarexporteure (darunter Australien, Brasilien, Argentinien, Kanada, Neu-Seeland) die Abschaffung der Agrarsubventionen der EU zu verhandeln - den viel versprechenden europäischen Markt vor Augen. Nach wie vor stützt die EU, ebenso wie Japan und Südkorea, die Produktion und den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse finanziell, obwohl sie von der WTO verpflichtet wurde, bis spätestens 2003 die Subventionen abzubauen.

Vergessene Themen

Bei all den "Negativ"-Schlagzeilen und Meinungsverschiedenheiten zum Thema Landwirtschaft fallen andere, ebenso brisante Tagesordnungspunkte von Seattle unter den Tisch. Dazu gehört an erster Stelle die weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Kaum ein Wort ist in der Presse über den bereits sehr weit fortgeschrittenen Handel mit Dienstleistungen (160 Untersektoren umfassend) zu finden, der neben Banken und Versicherungen vor allem die Privatisierung und Vermarktung von Bildung, Gesundheit, Energie, Wasser, Verkehr und Telekommunikation betrifft. 60% der weltweiten Auslandsinvestitionen sollen zukünftig in diesem Sektor getätigt werden. Mit Hilfe der WTO-Regelungen würden die Ziele der Industrie- und Finanzlobby unterstützt werden. Ähnlich wie es schon mit dem geplanten Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) vorgesehen war, soll es dieser Lobby ermöglicht werden, sich ohne Hindernisse in alle lebensnotwendigen Sektoren der Gesellschaft einzukaufen, um Preis, Angebote und Zulieferung kontrollieren zu können. Die Privatisierung des Dienstleistsektors erschließt dem Welthandel eines der gewinnträchtigsten Felder. Die jahrzehntelange Kreditpolitik von Weltbank und IWF mit ihren sozialfeindlichen Strukturanpassungsmaßnahmen hat dazu bereits die Vorarbeit geleistet.

Auch zum Thema "Investitionen" wird geschwiegen, wobei USA und EU gleichermaßen an der "freien" Bewegung auswärtigen Kapitals interessiert sind. Das gleiche gilt für die geplante Deregulierung der staatlichen Vergabepolitik. Beiden Punkten zeigten die "Entwicklungsländer" - allen voran Indien und Ägypten - in Seattle jedoch die rote Karte.

Die Liste der in der "Millennium-Runde" vorgeschlagenen Verhandlungsthemen ist so lang wie der Liberalisierungsprozess der letzten Jahrzehnte. Deshalb war nicht zu erwarten, dass 135 Regierungsdelegationen innerhalb von drei Tagen zu konkreten Abmachungen kommen konnten. Trotzdem dürfen die Konflikte zwischen den Regierungen der USA und der EU nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zwischen den beiden Blöcken mehr gemeinsame als unterschiedliche Ziele gibt. "Wir sind in einer viel besseren Lage als es die Überschriften der internationalen Presse nach Seattle vermuten lassen" wertete der WTO-Botschafter Kanadas, Sergio Marchi, die Ministerialkonferenz. Schon im Januar werde man mit den Verhandlungen zu Dienstleistungen und Landwirtschaft beginnen, fuhr er fort. Man müsse sich zukünftig die enorme Reichweite der WTO viel klarer vor Augen halten. "Es gibt welche, die gegen die WTO sind. Das ist Meinungsfreiheit. Aber wir müssen diese Menschen fragen, an was sie glauben. Was ist ihre Antwort für meine Kinder in diesem Land, wirtschaftlich gesehen, wenn 77% von meiner Wirtschaft und deiner Wirtschaft zu Hause international ist... Sollen wir eine Mauer bauen? Wir haben nicht einmal genug freien Handel zwischen den Provinzen. Deshalb müssen wir die Öffentlichkeit einbeziehen." Auch Marchi sieht die Notwendigkeit einer WTO-Reform, hat allerdings eine ganz andere Vorstellung von deren Inhalt, als Lamy oder Byers: "Die Rede des US-Präsidenten über Handelssanktionen und Arbeitsstandards hatte einen frostigen Effekt auf die

Entwicklungsländer". Deren Frage, ob das nicht eine neue Form von Protektionismus ist, sei berechtigt, räumte der Abgeordnete aus Kanada ein.

Und die Linke?

Eine große Gefahr für emanzipatorische Politikansätze inmitten all dieser Widersprüchlichkeiten der herrschenden Ordnung besteht darin, die nicht zustandegekommene Agenda für die "Jahrtausend"-Verhandlungen in Seattle als einen "Erfolg" sozialer Bewegungen zu feiern. Schon nach dem Scheitern des MAI - als sich verschiedene Regierungen nicht auf eine einheitliche Festlegung innerhalb der OECD einigen konnten - erfreute es sich großer Beliebtheit, die Unstimmigkeiten der Regierungen dem Wirken außerparlamentarischen Widerstands zuzuschreiben.

Der Slogan "Seattle, Hauptstadt des ersten Zusammenbruchs des Neoliberalismus" basiert auf einer vorschnellen Interpretation der Ereignisse, denn sich auf die Verlautbarungen der Massenmedien zu verlassen und sich eine eigene fundierte Analyse der Ereignisse zu sparen, zeugt von der Unfähigkeit vieler Linker, an die bestehenden Probleme wie patriarchale Unterdrückung oder Rassismus mit Weitsicht heranzugehen. "Nachhaltige Entwicklung" - beispielsweise die Verankerung von Umwelt- und Sozialstandards im WTO-Regelwerk - als universelles Allheilmittel abzufeiern, lässt die damit einhergehenden Auswirkungen auf viele prekär Beschäftigte v.a. im Trikont völlig unberücksichtigt. In Bangladesh landeten beispielsweise nach den Sanktionen gegenüber Produkten aus Kinderarbeit die aus den Fabriken entlassenen Jugendlichen mehrheitlich auf dem Straßenstrich, um das Überleben der Familien zu sichern.

Wenn der linksorientierte Protest in Seattle - der in einigen Medien mit den Pariser Revolten von 1968 verglichen wurde - und in anderen Teilen der Welt (in über 30 Ländern zeigte man Widerstand) etwas erreicht hat, dann vor allem die in den USA nicht mehr für möglich gehaltene Mobilisierung linker Bewegung und die verstärkte kritische Wahrnehmung der Geschehnisse um die WTO in den Medien und der Öffentlichkeit. Die Kritik am bestehenden ökonomischen System führte bis zur Veröffentlichung von Pamphleten in renommierten Tageszeitungen z.B. gegen gentechnisch-veränderte Nahrungsmittel. Um die Weltordnung zukünftig mit offeneren Augen zu betrachten, sind eine konfrontative Präsenz auf der Straße genauso von Nöten wie die kritischen Blicke der Linken auf Formen ihres eigenen politischen Handelns.

Tom Kucharz, Madrid

9. Abschied von der "Zivilmacht" EU. Rot-Grün forciert EU-Militarisierung

Autor: Vo · Rubrik: Militarismus; SPD; Grüne (und Vorläufer); Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:09

Mitte November 1999 haben Briten und Franzosen auf der gemeinsamen Sitzung der Außen- und Vertei digungsminister der EU vorgeschla gen, eine europäische Eingreifstreitmacht für Krisenreaktionseinsätze - sprich: militärische Interventionen - aufzubauen. Das ist der jüngste und bisher weit reichendste Vorschlag im Rahmen der gegenwärtig laufenden Debatte um eine "Stärkung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" - wie es im offiziellen Jargon heißt. Angestrebt wird nichts anderes als der Aufbau einer Militärgroßmacht EU. Auf dem EU-Gipfel in Helsinki am 10./11. Dezember soll dieses Projekt weiter vorangebracht werden.

Entsprechende Bestrebungen haben seit dem Krieg der NATO gegen Jugoslawien eine neue Dynamik gewonnen. Haben doch "die Europäer" - also die Regierungen der wichtigsten in der EU zusammengeschlossenen Regierungen - ihre ganz eigenen "Lehren" aus Verlauf und Ausgang des Krieges gezogen. Dieser Krieg nämlich war auch eine Veranstaltung, mit der die USA den Europäern drastisch ihre militärische Überlegenheit vor Augen geführt haben und deutlich gemacht haben, dass in der westeuropäisch-nordamerikanischen Konkurrenz jedenfalls auf dem Felde von Rüstung, Militärtechnologie und militärischen Apparaten die EU-Staaten weit abgeschlagen sind.

"Lehren" aus dem Krieg gegen Jugoslawien

Die Haupt"last" des Krieges haben eindeutig die USA getragen; letztlich wären sie durchaus in der Lage gewesen, die Operation militärisch im Alleingang durchzuziehen. Demgegenüber hätten die EU-Europäer den Krieg allein, ohne die USA, niemals führen können. Diese Verteilung der Gewichte hatte selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Entscheidungsbildung auf politischem, strategischem und taktischem Gebiet - bis in die Zielauswahl hinein. Und so beklagten sich die Europäer denn auch über ihre relative Einflusslosigkeit hinsichtlich des konkreten Ablaufs der militärischen Aktionen. Die Schlussfolgerung, die aus dieser Konstellation gezogen wurde, war: Um aus der Abhängigkeit von den USA - wenigstens ein Stück weit - herauszukommen, müssen wir - die Europäer - unsere militärischen Anstrengungen verstärken. Nur dann können wir uns in Zukunft gegenüber den USA mehr Gehör verschaffen. Der eigenen Öffentlichkeit wurde und wird diese Argumentation - insbesondere von der rot-grünen Bundesregierung - "friedenspolitisch" verbrämt und mit populärem anti-amerikanischen Unterton verkauft: In den USA herrsche ja bekanntlich eine militärische "Hau-drauf"-Mentalität vor, die sich aus der Arroganz der - militärischen - Macht speist; demgegenüber sind "wir Europäer" (und vor allem "wir Deutsche") sehr viel zurückhaltender, stärker auf zivile Konfliktregelung orientiert und militärischem Draufschlagen eher abhold. Um dieser zivilisierteren europäischen Attitüde künftig mehr Gewicht zu verleihen, müssten "wir" allerdings auch gewisse Anstrengungen unternehmen, um uns militärisch von den USA unabhängig(er) zu machen. Die Konsequenz: Die EU müsse auch eine eigene sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenz entwickeln.

Neu ist dabei nicht diese Absichtserklärung, sondern der frische Schwung, mit dem seit dem Krieg gegen Jugoslawien an die praktische Umsetzung herangegangen wird. Schon im Vertrag von Maastricht und noch prononcierter im Amsterdamer Vertrag ist die Rede davon, dass die EU eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln müsse, die schließlich auch die Verteidigungspolitik umfassen und letztlich in die gemeinsame Verteidigung münden solle. Damit war zwar ein Ziel proklamiert, über den Weg dorthin und die Dauer, bis das Ziel erreicht sein würde, war allerdings noch nichts gesagt. Vielmehr herrschten hierüber Unklarheit und offensichtlich auch erhebliche Differenzen. Das hat sich seit dem Krieg in gewissem Maße geändert. Man ist in der EU stärker zusammengerückt und drückt aufs Tempo. Bemerkenswert ist am eingangs zitierten Vorschlag denn auch zweierlei. Zum einen, dass er auf einer Tagung der EU-Außen- und Verteidigungsminister vorgebracht wurde; denn bisher gab es noch keine Tagungen der Verteidigungsminister im EU-Kontext, solche Tagungen sollen fortan aber zur regelmäßigen Institution werden. Zum zweiten, dass es sich um einen britisch-französischen Vorschlag handelt, dass sich mithin jene zwei Mächte zusammengerauft haben, die bisher die am weitesten auseinander liegenden Vorstellungen hinsichtlich der europäischen Militärpolitik hatten. Die Briten waren und sind traditionell stark transatlantisch und NATO-orientiert, pflegen

ihre "special relationship" mit den USA und wollten eine Europäisierung von Sicherheit und Militärpolitik nur in Unterordnung unter die NATO - und damit die US-Führung - zulassen. Die Franzosen hingegen strebten und streben in gaullistischer Tradition eine (weitestgehend) von den USA unabhängige eigenständige Militärgroßmacht Europa an.

Rot-grün als Motor der EU-Militarisierung

Diese Differenzen sind auch heute keineswegs vollends ausgeräumt, doch scheint man sich auf eine Kompromisslinie zuzubewegen, die es erlaubt, einerseits durchaus schon einige harte Entscheidungen festzuklopfen und zugleich andererseits künftige Optionen offen zu halten. Dass dies möglich wird - daran hat die rot-grüne Bundesregierung maßgeblich mitgedreht; und sie - allen voran der Außenminister Josef Fischer - ist auch noch stolz darauf, dass so der Militarisierung der EU ein neuer Schub gegeben wurde. Denn entgegen aller Beteuerungen insbesondere grüner Programme, man sehe Vorzug und Stärke der EU gerade darin, dass sie "Zivilmacht" sei und dass dies auch so bleiben solle, wurde von deutscher Seite während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 ein ausgefeilter Plan erarbeitet und vorgelegt, der eine ganze Palette handfester Maßnahmen zur "Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (1) vorsah. Dabei ließ man sich von dem Gedanken leiten, dass sich die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU "auf glaubwürdige operative Fähigkeiten stützen können (muss), wenn die Europäische Union in der Lage sein soll, auf der internationalen Bühne uneingeschränkt mitzuspielen." Wenn man "uneingeschränkt mitspielen" will, braucht man das entsprechende "Spielzeug", sprich: "autonome Handlungsfähigkeiten, die sich auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten und geeignete Beschlussfassungsgremien stützen". Man brauche mithin so aparte Strukturen und Gremien wie einen "EU-Militärstab einschließlich eines Lagezentrums", "ein Satellitenzentrum", einen "EU-Militärausschuss", ein "ständiges Gremium in Brüssel (politischer und sicherheitspolitischer Ausschuss) bestehend aus Vertretern mit politischer/militärischer Expertise" und eben die bereits angesprochenen regelmäßigen Tagungen der Verteidigungsminister. Das alles sei erforderlich, damit die EU in die Lage versetzt werde, die sogenannten Petersberg-Aufgaben erfüllen zu können. Auf dem Petersberg bei Bonn hatte sich die WEU (Westeuropäische Union) anlässlich ihrer Außen- und Verteidigungsministertagung am 19. Juni 1992 bereits zuständig erklärt für "humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedenschaffender Maßnahmen" - also Militärinterventionen. Diese Petersberg-Aufgaben machte sich die EU mit dem Amsterdamer Vertrag zu eigen. Nun geht es folglich darum, die militärischen Fähigkeiten der EU so weiter zu entwickeln, dass sie "auch für Krisenbewältigungsoperationen geeignet sind". Deswegen müssen die Streitkräfte der Zukunft folgende "Haupteigenschaften" haben: "Dislozierungsfähigkeit, Durchhaltefähigkeit, Interoperabilität, Flexibilität und Mobilität". Das heißt, man orientiert auf eine eindeutig offensiv- und interventionsfähige Auslegung der eigenen militärischen Mittel. Es geht nicht um Verteidigung der Territorien der EU-Mitgliedstaaten, sondern um die Fähigkeit zur Militärintervention fern der Heimat.

Hierfür wiederum werden zwei Varianten in Betracht gezogen, nämlich "EU-geführte Operationen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO" oder "EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO". Variante Nummer eins beschreibt den aktuellen Stand. In den letzten Jahren haben sich US-Amerikaner und EU-Europäer in zähem Ringen darauf geeinigt, den Europäern die Möglichkeit zu eigenständigen militärischen Interventionen ohne Beteiligung der USA zu verschaffen - allerdings nur unter Rückgriff auf Strukturen und Potentiale der NATO und bei Zustimmung der NATO, womit sich die USA Einfluss und Kontrolle sicherten. Das 1998 von der NATO in Berlin abgesegnete Konzept der Combined Joint Task Forces (CJTF) setzt diese Regelung operativ um: NATO-Hauptquartiere können von Fall zu Fall für je spezifische NATO- oder EU/WEU-geführte Operationen herangezogen werden. Die Formel, die hierfür gefunden wurde, war: trennbar, jedoch nicht getrennt. Das heißt, einheitliche (nicht getrennte) militärische Strukturen und Potenziale können von Fall zu Fall getrennt zum Einsatz gebracht werden, je nachdem, ob es sich um eine NATO-Operation unter Beteiligung der USA oder um eine europäische Aktion ohne Beteiligung der USA handelt. Auf diese Weise sollten Duplizierungen militärischer Anstrengungen vermieden werden. Den USA war diese Regelung recht, weil so zum einen keine Parallelstruktur neben der (und letztlich in Konkurrenz zur) NATO aufgebaut wurde, die NATO also die einzige militärisch handlungsfähige Instanz blieb und damit die USA auf Grund ihrer Vormachtstellung in der NATO die Kontrolle behielten, und weil so zum anderen tatsächlich eine gewisse Entlastung der USA erreicht werden konnte: sie konnten die Europäer allein machen lassen, wenn US-amerikanische Interessen ein Mitmachen nicht geboten erscheinen ließen. Den Europäern

war diese Regelung auch recht, weil sie die Möglichkeit bekamen, gegebenenfalls allein aktiv zu werden, auch wenn die USA nicht mittun wollten, und dabei auf NATO-Strukturen zurückzugreifen, also Kosten zu sparen, weil man nicht in den Aufbau von Parallelstrukturen investieren musste. Es blieb das Dilemma, dass man letztlich weiterhin von den USA abhängig war.

Eigenständige Militärmacht EU

Brisant ist die Variante Nummer zwei - "EU-geführte Operationen ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO". Sie nämlich verlässt den Boden des mühsam ausgehandelten transatlantischen Kompromisses. Hier geht es darum, tatsächlich eigenständige, von der NATO und damit den USA unabhängige militärische Interventionskapazitäten zu entwickeln. Ob das tatsächlich realisierbar ist und von allen EU-Mitgliedern im Konsens angestrebt werden wird, ist derzeit noch offen, und die entsprechende Entwicklung steht jedenfalls noch ganz am Anfang. Vorerst hat man sich im EU-Kontext auf Maßnahmen verständigt, die sowohl immer noch in den Rahmen der Variante eins einpassbar sind als auch auf die Variante zwei hinführen können. Diese Doppelwertigkeit und Doppeldeutigkeit ist politisch gewollt, zum einen, um Konsens über die entsprechenden Schritte zu erhalten, zum zweiten um - wie bereits angesprochen - Optionen für die Zukunft offen zu halten.

Vor diesem Hintergrund muss man die Beschlüsse interpretieren, die auf der Basis der oben ausführlich zitierten deutschen Vorlage auf dem Kölner EU-Gipfel am 3. und 4. Juni 1999 zur GASP getroffen wurden und die auf den Herbsttagungen im November 1999 fortgeschrieben und konkretisiert wurden. In der Kölner Gipfelerklärung "zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" (2) wurde Klartext gesprochen: "Wir sind davon überzeugt, dass der Rat bei der Verfolgung der Ziele unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik die Möglichkeit haben sollte, Beschlüsse über die gesamte Palette der im Vertrag über die Europäische Union definierten Aufgaben der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung, der sogenannten ‚Petersberg-Aufgaben`, zu fassen. Im Hinblick darauf muss die Union die Fähigkeit zu autonomem Handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Fähigkeiten, sowie die Mittel und die Bereitschaft besitzen, deren Einsatz zu beschließen, um unbeschadet von Maßnahmen der NATO auf internationale Krisensituationen zu reagieren". Entsprechend verpflichtete man sich auf "den Ausbau von wirksameren europäischen militärischen Fähigkeiten ... und insbesondere die Stärkung unserer Fähigkeiten in den Bereichen strategische Aufklärung, strategischer Transport sowie Streitkräfteführung", also just jenen Bereichen, die für erfolgreiche Militärinterventionen fern der Heimat besonders wichtig sind und in denen die Europäer bisher den USA weit hinterher hinken.

Konkret wurde in Köln weiterhin beschlossen, das Amt eines Hohen Repräsentanten der EU für die GASP zu schaffen ("Mister GASP") und diesem ein effektives Lage- und Krisenzentrum an die Hand zu geben. Von hoher symbolischer Bedeutung war, dass zum ersten "Mister GASP" ausgerechnet der damalige NATO-Generalsekretär Javier Solana bestellt wurde. Er trat sein neues Amt im November 1999 an. Gleichzeitig wurde er in Personalunion Generalsekretär der WEU - auch dies ein bedeutendes Zeichen, verweist es doch auf die enge Anbindung dieses westeuropäischen Militärbündnisses an die EU. Und in der Tat wurde in Köln auch das Ziel formuliert, bis Ende des Jahres 2000 die WEU in die EU zu integrieren. Damit würde die EU vollends eine militärische Komponente erhalten, und der Dauerdisput um die Rolle der WEU - ist sie nun eher europäischer Pfeiler der NATO oder eher militärischer Arm der EU? -wäre zu Gunsten der zweiten Option entschieden. Mit dieser Integration der Aufgaben, Kompetenzen und Strukturen der WEU in die EU wäre für die Europäer zudem das Problem gelöst, welches sich bisher daraus ergab, dass der WEU vertragsgemäß der Aufbau einer eigenständigen militärischen Struktur zusätzlich zu jener der NATO nicht gestattet war; das gilt für die EU nicht, sie hat mithin in dieser Hinsicht sehr viel größeren Handlungsspielraum.

Die Außen- und Verteidigungsminister der EU konkretisierten auf ihrer Novembertagung die Kölner Beschlüsse, der EU-Gipfel in Helsinki am 10./11. Dezember wird noch weiter gehen. In der Beschlussvorlage für den Helsinki-Gipfel heißt es: Die EU soll "die autonome Fähigkeit erhalten, selber darüber zu entscheiden, EU-geführte Militäroperationen als Antwort auf internationale Krisen und zur Unterstützung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union in die Wege zu leiten und dann auch auszuführen unbeschadet irgendwelcher Aktionen der NATO". (3) Beschlossen bzw. in der Planung sind nunmehr in Fortschreibung des deutschen sowie des britischen und französischen Vorschlags: Die Einrichtung eines politischen Ausschusses für sicherheitspolitische Fragen und eines Militärkomitees beim Hohen Repräsentanten und die Bereitstellung eigenständiger hochmoderner, bestens ausgerüsteter EU-Interventionsstreitkräfte in drei bis vier Jahren.

Unklar ist allerdings noch: Wer soll das bezahlen? Der Aufbau von weit reichenden Transportkapazitäten und der Logistik für längere Zeit heimatfern eingesetzte Expeditionskorps, die Schaffung von satellitengestützten Aufklärungs- und Kommunikationssystemen, die Entwicklung von hochmodernen (Langstrecken-)Präzisionswaffen usw. erfordern Unsummen. In Köln ist zwar die Notwendigkeit einer "Stärkung der industriellen und technologischen Verteidigungsbasis" und "die Umstrukturierung der europäischen Verteidigungsindustrien" zwecks "engere(r) und effizientere(r) Zusammenarbeit der Rüstungsunternehmen" angemahnt worden, und gerade in jüngster Zeit hat es bedeutende Fusionen bei den europäischen Rüstungskonzernen gegeben; doch ob das angesichts knapper finanzieller Mittel reicht, um tatsächlich im Spurt den rüstungsindustriellen und militärtechnologischen Vorsprung der USA einzuholen, ist sehr fraglich.

Gleichwohl wird es den USA offensichtlich unbehaglich. Ihnen, die eine tatsächliche rüstungsindustrielle, militärpolitische und militärische Eigenständigkeit der Westeuropäer verhindern wollen und dazu das Primat der von ihnen geführten NATO sicherstellen wollen, passt die jüngste Entwicklung der Dinge nicht. Zwar wollten sie stets, dass die Europäer im Rahmen einer "gerechteren Arbeits- und Lastenteilung" mehr Arbeit und Lasten übernehmen, und gerade beim Krieg gegen Jugoslawien hatte sich einmal mehr gezeigt, dass die europäischen Streitkräfte technologisch so weit hinter den US-amerikanischen zurück waren, dass eine gemeinsame Operationsführung darunter litt, was für die US-Seite Anlass war anzumahnen, die Europäer mögen sich doch bitte mehr anstrengen. Aber selbstverständlich sollten diese Anstrengungen und die Übernahme von mehr Arbeit und Lasten unter US-Führung und Kontrolle erfolgen. Jetzt aber droht sich eine Dynamik zu entfalten, die den USA entgleiten könnte. Daher fordern sie die eindeutige formale Festlegung einer Vorrangstellung der NATO gegenüber der EU bei der "Krisenbewältigung". Verstärkter transatlantischer Abstimmungsbedarf wird sich folglich künftig ergeben. Ob und wie die transatlantischen Widersprüche sich entwickeln, ob und wie sie eingehegt und kleingearbeitet werden können oder ob und wie sie sich verschärfen, ist gegenwärtig noch nicht auszumachen. Gewisslich aber ist für antimilitaristische Politik nichts zu gewinnen, indem man sich auf die eine oder andere Seite schlägt. Positionen, die in den USA den Garanten zur Abwehr europäisch-deutscher Großmachtambitionen sehen, sind friedenspolitisch ebenso verfehlt wie Positionen, die in europäischer sicherheits- und militärpolitischer Eigenständigkeit die Chance zur Zurückdrängung des maßgeblich auf seine militärische Macht gestützten US-Imperialismus sehen. Die real existierende NATO und die im Aufbau befindliche Militärmacht EU verdienen gleichermaßen kritisiert, bekämpft und abgelehnt zu werden.

Vo

Anmerkungen:

1) S. Bericht des Vorsitzes über die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin, Nr. 49, 16. August 1999, S.533-535. Die folgenden Zitate im Text aus ebd.

2) S. ebd., S. 532f. Die folgenden Zitate im Text aus ebd.

3) Zit.n. Der Spiegel, Nr.48, 29.11.1999, S. 190.

10. "Germania blutet". Eine Plastik gegen den Krieg

Autor: Gruppe E.i.k.e. aus Freiburg · Rubrik: Militarismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:01

"Germania" hat der Bildhauer Carl Albiker diesen Haufen Metall genannt. Die monumentale Bronzeplastik befindet sich an zentraler Stelle auf dem Feiburger Hauptfriedhof und ist den Helden des ersten Weltkrieges gewidmet. Ein etwa vier Meter hoher flaggetragender Soldat mit Busen und Hintern. Frauenfiguren dieser Art waren eine der Spezialitäten des Bildhauers, mit denen er in der Weimarer Zeit viele Städte beglückte. Albiker, der wie viele andere freiwillig in den Ersten Weltkrieg gezogen war, versuchte mit seinen germanischen HeldInnen dem Grauen der technisierten Massenmordmaschinerie und der erfahrenen Niederlage trotzig den Mythos von Heimat und völkischer Stärke entgegenzuhalten. Als die "Germania" (gestiftet von der Stadt Freiburg) an Allerheiligen 1929 enthüllt wurde, zeigte sich in den Reden des damaligen Oberbürgermeisters Bender nicht nur das Bestreben, die Kriegsschuld der Deutschen zu vertuschen, er wollte auch die Bereitschaft wach halten, für die "Heimat" zu morden und zu sterben. Die Lebenden wurden ermahnt "das große Werk der Rettung, Befreiung und des Wiederaufbaus unseres Volkes ... zu Ende zu führen". (Freiburger Zeitung, 2.11.29) Einige Jahre später war es wieder so weit - die Geschichte ist bekannt - der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Carl Albiker konnte sich mit seinen Werken gut dem neuen Bedarf anpassen. Im Gegensatz zu einigen Kollegen an der Universität Dresden (Dix, Hofer, Kokoschka), deren Kunst als "entartet" bezeichnet wurde, konnte er seinen Lehrstuhl bis 1945 behalten, entwarf und produzierte fleißig Monumentalplastiken für das NS-Regime (z.B. für das Reichssportzentrum in Berlin 1936).

Die "Germania" auf dem Freiburger Hauptfriedhof ist das ganze Jahr über mit frischen Blumen und Kränzen geschmückt. Zum "Volkstrauertag" findet eine städtisch organisierte Kranzniederlegung statt - zu diesem Anlass finden sich am Sonntagmorgen in trauter Einigkeit der Oberbürgemeister Rolf Böhme (SPD), VertreterInnen der Parteien und von Republikanern bis Bündnis 90/Die Grünen, Veteranen und Burschenschaftler vor der "Germania" ein.

Am frühen Morgen des diesjährigen Volkstrauertags am 14. November 1999 wurde das Vorbereitungsteam der offiziellen Feierlichkeit von einer veränderten "Germania" empfangen. Vor ihnen stand eine Soldatin der neuen Generation: humanitär, sanitär, sauber, computertechnisiert - das Blut tropft wohldosiert und nahezu unsichtbar aus einer Infusionsflasche und hinterlässt nur eine unauffällige Blutlache auf dem Boden. Das ist das Bild der neuen "Germania", wie es in den neuen Kriegen unter deutscher Beteiligung vermittelt wird.

Leider gelang es der Vorhut weitgehend, das zeitgemäße Outfit der "Germania" rechtzeitig vor Beginn der Feierlichkeiten zu demontieren.

Schade!

Gruppe E.i.k.e. aus Freiburg

11. Exemplarische Strafaktion. Krieg in Tschetschenien: Terrorismus von beiden Seiten

Autor: Kai Ehlers · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:14

Tschetschenien ist nicht nur ein militärisches, es ist auch ein ideologisches Schlachtfeld. Tschetschenische Kämpfer wie Bassajew, Chattab, Radujew und andere haben den heiligen Krieg gegen die Kolonialmacht Russland erklärt; die russische Seite rechtfertigt ihren Vernichtungsfeldzug als Verteidigungskrieg gegen die Aggression eines wachsenden internationalen Terrorismus.

Tatsachen sind in diesem Informationskrieg kaum von Desinformationen zu unterscheiden. Eine Tatsache ist, dass der Krieg, der heute um Tschetschenien geführt wird, sich von dem der Jahre 1994 bis 1996 erheblich unterscheidet: Russland befindet sich nicht mehr in der Phase regionaler Neuorganisation wie Anfang der 90er Jahre, und Tschetschenien ist nicht mehr die junge Republik, deren Geschichte erwacht. Damals war es der Schub regionaler Souveränitätsbewegungen, die - ausgehend von den baltischen Ländern - die Sowjetunion sprengten. Mit seiner Aufforderung: "Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr braucht!" wurde Boris Jelzin ihr Vollstrecker. Mit der gewaltsamen Auflösung der Sowjetstruktur 1993 fand diese Entwicklung ihren Höhepunkt und zugleich ihr vorläufiges Ende. Von da an blockierte Jelzin die Souveränitätsbestrebungen innerhalb der neugebildeten russischen Föderation.

Der erste tschetschenische Krieg begann, weil Jelzin Tschetschenien nicht zugestehen wollte, was die baltischen Länder und die Länder der späteren GUS sich bereits genommen hatten. Es war ein Krieg gegen die Wiederherstellung alter Herrschaftsstrukturen unter angeblich demokratischer, tatsächlich aber zentralistischer und imperialer Flagge. In den Kreisen der russischen Bevölkerung, die an einen demokratischen Aufbruch glaubten, weckte der erste tschetschenische Krieg Sympathie. Banditische Elemente hatte auch dieser Krieg bereits; sie spielten in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch eine untergeordnete Rolle. Die Medien klagten die Pressefreiheit ein, die Soldatenmütter wandten sich gegen sinnlose Verheizung ihrer Kinder, Politiker warnten, die neue russische Macht verliere ihre demokratische Glaubwürdigkeit. Ein General schließlich, Alexander Lebed, stoppte das Massaker, um die russische Armee vor dem Zerfall zu bewahren.

Die heutige Situation ist vollkommen anders. Russland wird von innen und außen bedrängt. Kurz vor dem Ende der Präsidentschaft Jelzins wird die vom Westen übernommene liberale Reformideologie zunehmend von antiwestlichem Protektionionismus verdrängt, dessen Vertreter die herrschende Macht des Jelzin-Clans als Statthalter westlicher Kapitalinteressen betrachten. Der Machtkampf zwischen ihnen erhält zusätzliche Nahrung durch die Eindämmungspolitik, die der Westen Russland gegenüber betreibt. Die russische Regierung sieht sich von ihren westlichen Helfern zunehmend in die Enge getrieben: durch die NATO-Ost-Erweiterung, den Kosovo-Krieg gegen den Willen Russlands, die Umleitung des kaspischen Öls in die Türkei - um nur an die wichtigsten Stationen zu erinnern.

Tschetschenien hat sich nach Abschluss des Waffenstillstands 1996 in eine Enklave verwandelt, in der es keine anerkannte Zentralmacht gab. Schuld daran - so sehen es selbst diejenigen in Russland, die heute Wladimir Putins Feldzug unterstützen - ist Boris Jelzin, der Tschetschenien im Niemandsland zwischen Zugehörigkeit zur russischen Föderation und Selbstständigkeit allein ließ. Das Land versank im wirtschaftlichen, rechtlichen und moralischen Chaos: Von den 1,5 Millionen Tschetschenen, die vor dem ersten Krieg in der kleinen Republik lebten, war die Hälfte nach dem Ende der Kämpfe tot oder abgewandert. Von denen, die blieben, verließ bis zum Beginn des jetzigen Krieges noch einmal die Hälfte das Land. Zurück blieb eine Bevölkerung, die sich um eine Handvoll Warlords herum organisieren musste, um zu überleben.

Menschenhandel für den "heiligen Krieg"

Die Warlords finanzieren ihren Lebensunterhalt, sofern sie nicht von ausländischen Geldgebern ausgehalten werden, durch Menschenhandel, illegale Geschäfte und schlichten Raub: 1.094 Menschen wurden nach Angaben des russischen Innenministeriums seit Ende 1996 entführt; für ihre Freilassung wurden Lösegelder in Millionenhöhe erpresst. Einige der Entführten mussten auch mit dem Leben, viele mit ihrer Gesundheit

bezahlen, gut 500 werden noch gefangen gehalten. Die aus Aserbaidschan herüberführenden Öl-Pipelines wurden systematisch angezapft, das Öl wird zu Benzin verarbeitet und schwarz verschoben.

Tschetschenien entwickelte sich zu einem Zentrum des Rauschgifthandels und der Geldwäsche, das auch nicht-tschetschenische Kriminelle anzog. Schließlich gingen auf tschetschenischem Terrain angesiedelte Banden auch dazu über, das Vieh der Nachbarn zu stehlen. Die heranwachsende Generation blieb unter diesen Umständen ohne Schul- und Berufsausbildung, statt dessen wurden sie in den Verbänden der Warlords zu Kämpfern herangebildet.

Ergänzt durch Freiwillige aus anderen Krisengebieten - dem Nahen Osten, dem Balkan oder Zentralasien - wuchs so in den letzten drei Jahren eine zu allem bereite Guerillatruppe heran. Angaben zur Zahl dieser Truppe schwanken zwischen 20.000 und 25.000 Mann. Sie werden durch Gelder aus den Raubkassen, aber auch durch private Gönner aus dem Ausland finanziert.

Der Einfall dieser Truppen in die Nachbarrepublik Dagestan, die sich anders als Tschetschenien als fester Bestandteil der russischen Föderation versteht, kam einer Aufkündigung des Waffenstillstands zwischen russischer Föderation und Tschetschenien gleich. Die Erklärung Bassajews, Chattabs und anderer Führer dieser Truppen, dort einen unabhängigen islamischen Staat aufbauen zu wollen, musste Moskau als Kriegserklärung verstehen.

Ein besonders beeindruckendes Zeugnis für das, was sich seit dem Waffenstillstandsabkommen von 1996 gewandelt hat, legt Alexej Simonow ab. Als Chef der "Stiftung zum Schutze von Glasnost", also zur Verteidigung der Presse- und Medienfreiheit, war er 1995/96 einer der schärfsten Kritiker des Krieges in Tschetschenien. Die Stiftung war das Herz der Pressekampagne gegen den Krieg. Sie veröffentlichte täglich Infos über die Behinderung der Berichterstattung. Simonow gab eine Dokumentation dazu heraus, die er auch im Ausland vorstellte, er vermittelte Tipps und Hilfe für die journalistische Arbeit vor Ort. Auch Simonow sieht heute ein anderes Tschetschenien. "Es war anders in dem Sinne", erklärt er, "dass man wirklich noch glauben konnte, dass Tschetschenien für seine Freiheit kämpft. Nachdem Tschetschenien begann, hauptsächlich von Geiseln und von Raub zu leben und das zum Dauerzustand wurde, wurde ich einer von denen, die dafür eintraten, dass Journalisten nicht mehr nach Tschetschenien reisen. Man muss sich nicht dieser Kasteiung unterziehen, wo alles schon mehr oder weniger klar ist. Kurz gesagt, sie haben auch das Vertrauen der journalistischen Öffentlichkeit verloren."

Selbst diejenigen, die die Regierung anklagen, eine humanitäre Katastrophe zu verschulden, bezweifeln nicht, dass Tschetschenien sich in den letzten Jahren zu einem Eldorado des Verbrechens und des Terrorismus entwickelt habe - mit der Einschränkung allerdings, dass es heute mehrere solcher Eldorados im russischen, bzw. ehemals sowjetischen Raum gebe, ohne dass sie bombardiert würden.

Tschetschenien, ergibt sich aus all dem, eignete sich aus Sicht des Kremls für eine exemplarische Strafaktion, die der Stabilisierung der Macht dient, indem sie nicht zuletzt dem in der Gesellschaft gewachsenen Verlangen nach Revanche für die Niederlagen der letzten Jahre Befriedigung zu verschaffen versucht. Gleichzeitig ist es ein existenzieller Kampf um den Zugang zum kaspischen Meer und seinen Öl-Quellen. Das Ergebnis ist ein Krieg, der von beiden Seiten mit terroristischen Mitteln, d.h. als Krieg gegen Zivilisten, geführt wird.

Keine Seite kann den Krieg gewinnen

Für die Warlords ist nach dem möglichen Fall von Grosny der Weg in den Kleinkrieg und in die Ausweitung des Terrorismus vorgezeichnet, denn aufgeben werden sie auch nach einer Niederlage nicht: Die Grundsituation im Kaukasus wird sich auch nach einem Sieg russischer Truppen nicht wesentlich ändern, und für die Warlords ist Raub und Krieg die Lebensbasis. Präsident Maschadows Appell an die Umma, die islamische Weltgemeinde, verhallte bisher ungehört. Die Türkei steht auf Seiten der NATO. Der Iran laviert zwischen Protesten gegen die russische Kriegführung und Angeboten einer strategischen Zusammenarbeit gegen den Westen. Einen souveränen islamischen Staat wird keine der dort involvierten Mächte dulden, auch die USA nicht. Sie alle werden den Krieg der Warlords gegen Moskau nur auf dem Niveau zulassen, das ihrem Eindringen in den kaukasischen und darüber hinaus den zentralasiatischen Raum nützt.

Auf diese Tatsache setzen jene Kräfte in Russland, die an die Stelle einer anti-islamischen Front zusammen mit dem Westen eine gemeinsame Front Russlands zusammen mit seinen eigenen islamischen Völkern und

nicht-russischen islamischen Staaten gegen die USA setzen. Solche Positionen werden in Russland heute am rechten und am linken Flügel des politischen Spektrums vertreten. So könnte der Krieg internationale Ausmaße annehmen, wenn die russische Führung erkennt, dass sie diesen Krieg gegen die eigene islamische Tradition des Vielvölkerstaates Russland nicht gewinnen kann und sich statt dessen seinen äußeren Gegnern zuwendet.

Diese mögliche Entwicklung der Ereignisse vor Augen kann man nur für eines eintreten, so schwierig es sich auch gestalten mag: Für den sofortigen Stopp der Kämpfe und die Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen im Kaukasus anwesenden Mächten, mit dem Ziel, den Kaukasus in eine neutrale Zone zwischen den Großmächten zu verwandeln. Die Alternative dazu ist Dauerkrieg.

Kai Ehlers

www.kai-ehlers.de

12. Der lange Marsch aus dem Nebel. "Gewerkschaftliche Linke" als politisches Handlungsfeld

Autor: Martin Dieckmann · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:28

Frank Deppe hat die Frage am Ende der ersten Plenumsdebatte aufgeworfen: Wie kommt es überhaupt, dass sich 1999 Linke aus den Gewerkschaften zum dritten Mal innerhalb eines Jahres versammeln und irgendwo im Niemandsland zwischen Resignation und Aktionismus einen Selbstverständigungsprozess beginnen? Bodo Zeuner wiederum hat in derselben Debatte einen Hinweis gegeben, dem man genauer nachgehen sollte: Die Arbeiterbewegung gäbe es noch, freilich nur in ihrem "Aggregatzustand". Gemeint war damit das übrig gebliebene Gerippe oder die Struktur der institutionalisierten Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, daneben der anderen Verbände, auch Teile der Sozialdemokratie.

Geht es denn überhaupt um die "Gewerkschaftslinke"? Ja und nein. Die Initiative geht eindeutig von Aktiven in Gewerkschaften und Betrieben aus, und zwar auf allen Ebenen, von Hauptvorstandsmitgliedern bis zu Vertrauensleuten. Insofern ist "Gewerkschaftslinke" die zutreffende Bezeichnung. Aber die politische Dynamik zielt auf etwas anderes, nämlich auf jene Rest-Position einer politischen Linken, die gleichermaßen durch die Entwicklung der Sozialdemokratie, der Grünen und der Gewerkschaften vakant geworden ist. Dass sich nun der Rest-Posten der alten Linken innerhalb der Gewerkschaften aufmacht, die Rest-Positionen auf politischer Ebene neu zu besetzen, ist deshalb nicht verwunderlich, weil dies offenbar das einzige Handlungsfeld von Linken ist, in denen auf existierende Strukturen und zwar durchaus Herrschafts-Strukturen zurückgegriffen werden kann. Ohne die alte "Arbeiterbewegung in ihrem Aggregatzustand" ist dieser Formierungsversuch undenkbar.

Im Kern aber zielt die Debatte auf Perspektiven der Linken im übergreifenden gesellschaftlichen Sinne, auch wenn dies eine politische und noch keineswegs eine soziale Linke ist. Kaum eine der früheren Differenzen hat sich dabei erübrigt. Nur werden die Trennlinien heute anders gezogen, sie überkreuzen sich, und so etwas wie eine homogene Fraktionierung ist derzeit schlecht begründbar. Teile der alten Betriebslinken, die mit Recht auf Mobilisierung und Selbsttätigkeit in Bewegungen setzen, beharren umgekehrt auf einem erschreckend naiven Konzept von Klassen-Kampf als industriebetrieblicher Aktion. Während umgekehrt ein Großteil des eher reformpolitischen Flügels (so man denn von "Flügeln" sprechen kann), und damit Vertreter einer institutionellen Politik, eine wesentlich höhere Sensibilität für die politische, ökonomische und auch kulturelle Dimension des historischen Umbruchs an den Tag legen. Vertreter einer scheinbar radikalen Aktionsorientierung erweisen sich so nicht selten ebenfalls als "Arbeiterbewegung im Aggregatzustand", und sei es auch der revolutionär-sozialistischen Tradition.

Noch befindet sich diese Linke im verspiegelten Raum, Perspektiven sind meist bloße Projektionen. Die Nennung zahlreicher "Politikfelder" oder pluraler "Realitäten" dient dann dazu, die Schwäche im einen Feld durch Projektion auf das andere zu kompensieren. Was die Bewegungsansätze nicht schaffen, sollen Gesetze lösen; was in der konkreten Tarifpolitik nicht gelingt, wird in vage Umrisse einer Gesellschaftspolitik ohne kämpfende Akteure verlegt; und wenn sich der Nebel über der Zukunft immer noch nicht gelegt hat, verweist man auf die aktuelle Tagespolitik, wobei unklar bleibt, was daran "links" ist. So beginnt von Neuem der Marsch in den Nebel.

All dies sind zwangsläufige Anfangsschwierigkeiten, aber auch niemals richtig auskurierte Kinderkrankheiten der historischen Linken. Ob sie sich nun reformistisch oder revolutionär genannt haben und vielleicht noch so nennen mögen, radikal ist dies allemal nicht. Bernd Riexinger hat die Losung eines "radikalen Zukunftsprojektes" ausgegeben, woran nichts auszusetzen ist, außer dass die "Zukunft" nicht dauernd dafür herhalten darf, zum Museum unerfüllter Gegenwartsaufgaben zu werden. Besser wäre es deshalb, von einem "radikalen Gegenwartsprojekt" zu sprechen, was jenseits eines orthodoxen Verbalradikalismus auf die zentralen Inhalte einer sich neu formierenden Linken verweist: Räume konkreter Emanzipation aufzumachen und zu erkämpfen, die sich durchaus auf das vorerst bescheidene Ausmaß von Tarif- und Sozialpolitik beschränken mögen. Die Umverteilungsforderung nach einer "solidarischen Sozialpolitik" ist im Alltag nicht

durchzuhalten ohne die praktische, theoretische und programmatische Artikulation von Aneignungs-Ansprüchen.

Auch das bleibt vorerst nebulös, aber es ist der Nebel, der sich über die Gegenwart legt. Wenigstens darf die Trennung zwischen Perspektive und "Tagesgeschäft" nicht mehr gelten. Andernfalls wird die Gewerkschaftslinke dazu verdammt sein, statt zu einer sozialen (und nicht nur politischen Linken) zum reinen Gewerkschafts-Ersatz zu werden. Sie befindet sich eben selbst in einem "Aggregatzustand", was nicht zu bejammern ist, sondern zu einer nüchternen Selbsteinschätzung gehört. Besinnt sich diese Linke wieder auf ihre radikalen, nämlich emanzipativen Ansprüche und Bedürfnisse, wird sie auch einen neuen Zugang zum real existierenden Alltag außerhalb wie innerhalb der Betriebe finden. Diese Verflüssigung eines historischen "Aggregatzustandes" kommt dann einem langen Marsch aus dem Nebel gleich. Manchmal verliert man dabei aus dem Auge, wer noch oder wieder neben einem geht. Mit allerlei Überraschungen wird da zu rechnen sein. Aber solche Unwägbarkeiten gehören zu den Risiken, ohne die es eine Zukunft in der Gegenwart niemals geben wird.

Martin Dieckmann

13. Gewerkschaftslinke mit Perspektive?

Autor: gw. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:26

Mehr als 300 Menschen waren zum zweiten bundesweiten Treffen der Gewerkschaftslinken am 3./4.12. 1999 nach Stuttgart gekommen. Eine erkleckliche Anzahl und vor allem ein buntes Spektrum der Linken, die sich auf Gewerkschaften beziehen, diskutierten im Gewerkschaftshaus über die Zukunft von Tarif- und Sozialpolitik und Mitbestimmung.

Beginnen wir einfach mit dem Ende der Veranstaltung: Drei verbindliche Verabredungen "der" Gewerkschaftslinken, von einem Vertreter des Arbeitsausschusses vorgetragen, fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. JedR konnte sich in den Vorschlägen wieder finden; die jeweilige Gewichtung wird bei den beteiligten Akteuren sicherlich unterschiedlich ausfallen. Man hatte allerdings nicht den Eindruck, dass es sich lediglich um Formelkompromisse handelt. Vielmehr zeigten sich die VertreterInnen des zwischen den Konferenzen tagenden Arbeitsausschusses (zusammengesetzt aus Vertreterinnen lokaler Foren und den Redaktionen von express und Sozialismus) Aufgabe bewusst und vor allem gewachsen, die mitunter sehr starken Divergenzen innerhalb "der" gewerkschaftlichen Linken auszuhalten. Vielleicht gelingt es sogar, einen solchen Prozess produktiv zu gestalten. Mein erster Eindruck: dies scheint möglich, wenn es gelingt, die getroffenen Verabredungen in die Praxis umzusetzen.

Die nächste Zeit soll genutzt werden, um lokale Netzwerke der Gewerkschaftslinken zu initiieren bzw. dort, wo sie, wie im Raum Stuttgart, schon bestehen, zu pflegen und auszubauen. Diese Netzwerke der Gewerkschaftslinken, so der Vorschlag bzw. der gestellte Anspruch, sollen sich für soziale Initiativen und Erwerbslosengruppen vor Ort öffnen. Weiter wird eine Aufgabe sein, die begonnene Diskussion über den Zustand der Gewerkschaften, der Gewerkschaftslinken im Besonderen und des Kapitalismus im Allgemeinen weiter zu führen. Der Arbeitsausschuss soll dafür sorgen, dass diese Debatte publiziert und damit nachvollziehbar geführt wird. Mit express und Sozialismus stehen dafür zwei Printmedien unterschiedlicher Strömungen der gewerkschaftlichen Linken zur Verfügung, die sich um den momentanen Prozess verdient gemacht haben. Mit www.labournet.de gibt es darüber hinaus ein elektronisches Medium zur Unterstützung des Diskussionsprozesses (By the way: wir werden auch am Ball bleiben). Die dritte Verabredung wird dem Kreis die meisten Schwierigkeiten bereiten: nämlich eine große Demonstration (in Berlin?) auf den Weg zu bringen. Damit wurde zwar der im Saal teilweise vorhandenen Stimmung nach Aktion Rechnung getragen, im unklaren blieb aber sowohl Adressat als auch Zielsetzung einer solchen Demonstration. Hier wird der Arbeitsausschuss noch einiges an Vorleistung erbringen müssen.

Bernd Riexinger, geschäftsführender Sekretär der hbv in Stuttgart und einer der Initiatoren der Veranstaltung, stellte in seinem Fazit einen erheblichen Fortschritt innerhalb des jungen Netzwerkes fest. Zwar seien hohe Ansprüche und eine große Ungeduld spürbar, gleichzeitig aber auch eine hohe Bereitschaft zu Differenziertheit und Integration. Dies dürfe aber nicht mit einem Druck hin zur Vereinheitlichung verwechselt werden. Insbesondere die Genossen aus dem "revolutionärerem" Spektrum drängten stark in Richtung Organisationsansatz und Festschreibung einer Linie, dabei die große Unterschiedlichkeit der Ansprüche der Versammelten negierend. Hier spukt immer noch der Gedanke in den Köpfen, dass die Arbeiterklasse ein Teil der Lösung und nicht ein Teil des Problems darstellt. Genau über solche Fragen wird sich die gewerkschaftliche Linke weiter auseinander setzen müssen, will sie nicht der Versuchung erliegen, nur eine korrupte und bürokratische Gewerkschaftsspitze für die Schwäche linker (reformistischer?, revolutionärer?) Politik verantwortlich zu machen.

In vielen Diskussionsbeiträgen wurden die Ebenen des Agierens verwechselt. Man sah sich als ideeller Gesamtgewerkschafter ("die Gewerkschaften müssten") und reflektierte kaum, dass die gewerkschaftliche Linke aus einer (extremen) Minderheitenposition heraus agiert, verbunden mit erheblichen Unterschieden in den politischen Vorstellungen. So wird von einem großen Teil eine aktive intensive Einbeziehung von sozialpolitischen Fragestellungen in die gewerkschaftliche (auch in die linke) Arbeit gefordert, andere wollen sich auf die reine Tarifpolitik beschränken, andere sie "politisieren". In der "Tradition" einer radikalen Linken ("Wir wollen alles") wurde eine Diskussion um eine "gesellschaftliche Tarifpolitik" eingefordert, die alle Reproduktionskosten berücksichtigt und darüber hinaus auch ernsthaft die Frage nach dem Sinn und Zweck

der Produktion wieder auf die Tagesordnung setzt. Eine Position die in Stuttgart durchaus Beifall im Auditorium fand. Andere wiederum sehen großes Mobilisierungspotenzial in einer stärkeren Betonung der gesamtgesellschaftlichen Umverteilung in der Tarifpolitik. Nicht nur in dieser Frage besteht also erheblicher Diskussionsbedarf innerhalb der gewerkschaftlichen Linken.

Die nächste Konferenz wird in einem halben Jahr stattfinden. Einmischung ist erwünscht.

gw.

14. Das Ende von Stars and Stripes in Panama

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: USA; Panama · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:03

Zum Jahresende müssen die letzten US-Truppen Panama verlassen. Der Kanal geht damit in panamesische Verwaltung über. Während die US-Armee nach neuen Möglichkeiten sucht, ihre Militärpräsenz in der Region aufrechtzuerhalten, sieht sich Panama einer unsicheren Zukunft gegenüber.

Am 1. November übergab der US-Botschafter in Panama Simon Ferro der panamesischen Präsidentin Mireya Moscoso feierlich einen riesigen Plastikschlüssel als Symbol für die Übergabe der Luftwaffenbasis Fort Howard. Jetzt unterhält die US-Armee nur noch zwei Stützpunkte in Panama, doch auch Fort Clayton und Fort Corozal werden bis zum Jahreswechsel den Besitzer wechseln. Die dort noch verbliebenen letzten 300 US-Soldaten müssen Anfang Dezember die Stars and Stripes einholen und den Heimflug antreten. Zum Jahreswechsel wird dann auch die Oberhoheit über die 80 Kilometer lange Kanalzone von den USA an Panama übertragen. Damit wird die offizielle Präsenz der USA in Panama nach fast einem Jahrhundert beendet sein.

Mit dem Abzug der US-Truppen geht für Panama eine historische Epoche zu Ende. Der Jubel über das Erlangen "vollständiger Souveränität" ist über alle Parteigrenzen hinweg groß. Dennoch sind mit der Schließung der US-Militärbasen auch zahlreiche Befürchtungen und Unsicherheiten verbunden. Wie kann die panamesische Wirtschaft den Abzug der zahlungskräftigen Gringos verkraften und neue Perspektiven aufbauen? Vor allem stellte sich aber die Frage, wie die USA ihre Militärpräsenz in der Region in Zukunft aufrecht erhalten möchten. Denn eines steht für alle Beobachter fest: Der Abzug der US-Armee aus Panama heißt nicht, dass die USA ihr Interesse an der Region verloren hätten. Im Gegenteil: Alles deutet darauf hin, dass das US-Verteidigungsministerium nach neuen Wegen sucht, US-Interessen in der Region auch militärisch abzusichern.

Offizieller Grund dafür ist der seit der Reagan Ära mit großem Aufwand geführte "Kampf gegen die Drogen". Das südlich an Panama angrenzende Kolumbien gilt als weltweit größter Kokainproduzent, das Land am Kanal selbst soll als Drehscheibe des internationalen Drogenhandels fungieren. Doch es gibt noch andere Ursachen: Einerseits wollen die USA die Kontrolle über den geostrategisch noch immer bedeutsamen Kanal nicht ganz aufgeben. Andererseits stellen die beiden linksorientierten kolumbianischen Guerillaorganisationen FARC und ELN eine latente und wachsende Gefahr für US-Interessen dar. Dazu kommt auch, dass die politische Entwicklung in Venezuela und Ecuador potenziell aus dem Ruder zu laufen droht.

Stützpunkt zur Kontrolle des Hinterhofs

Die Militärpräsenz der USA wurde offiziell immer mit der Bedeutung des Kanals für den Welthandel begründet. Der Kanal sollte nie in die Hände der "roten" und während des Ersten und Zweiten Weltkriegs auch nicht der "deutschen Gefahr" fallen. Die 65.000 US-Soldaten, die zeitweise in Panama stationiert waren, erfüllten aber auch andere Pflichten. Von den Luftwaffenstützpunkten Fort Howard und Fort Albrook, vom Marinestützpunkt Fort Rodman, von den Basen der 193. Infanteriebrigade Fort Amador und Fort Kobb oder dem Spionagezentrum auf der Galeta-Insel aus kontrollierte die USA ihren karibischen Hinterhof. In Panamas US-Basen wurden Staatsstreiche geplant, Aufstandsbekämpfungsoperationen koordiniert und Geheimmissionen vorbereitet. Vom Putsch gegen Jacobo Arbenz in Guatemala 1954, der Landung in der Schweinebucht nach der Kubanischen Revolution über die Verminung der Häfen des sandinistischen Nicaraguas nach 1979 bis zur Invasion Grenadas 1986, hier wurden die Fäden gezogen. In der berüchtigten School of Americas (SOA), die bis zu ihrem Umzug nach Fort Bragg im amerikanischen Bundesstaat Georgia 1984 am Gatún-See in Panama beheimatet war, trainierte die US-Armee seit dem Zweiten Weltkrieg 50.000 lateinamerikanische Offiziere in den Techniken der Aufstandsbekämpfung und des "wissenschaftlichen" Folterns. Viele der führenden Juntageneräle und Folterknechte der Militärdiktaturen der 70er- und 80er-Jahre wurden in Panama auf ihre Aufgabe vorbereitet, ein Kapital, das der juristischen Aufarbeitung wahrscheinlich noch lange harren wird.

Doch die Ausläufer der revolutionären Welle, die den ganzen lateinamerikanischen Kontinent nach dem Sieg der kubanischen Revolution 1959 erfasste, schwappten auch bis nach Panama. 1968 putschte sich der General Omar Torrijos an die Macht und vertrieb die alteingesessene Oligarchie, die sich an Fleischtöpfen der

USA gemästet hatte. Der charismatische Torrijos verband einen nationalistischen Populismus mit den von Studenten getragenen Protesten, die sich gegen die fortwährende Präsenz der USA in Panama richteten. Er stellte eine klassische Variante eines lateinamerikanischen Caudillos dar. Torrijos Wahlspruch lautete: "Ich möchte nicht in die Geschichte eingehen, ich möchte in die Kanalzone einrücken." Er erreichte beides.

Angesichts der explosiven Lage, die in ganz Zentralamerika herrschte, warnte Henry Kissinger im US-Kongress vor einem möglichen Guerillakrieg, falls die USA nicht auf die Forderungen Torrijos eingingen. Gegen den erbitterten Widerstand der Konservativen schloss der demokratische Präsident Jimmy Carter am 7. September 1977 schließlich einen Vertrag, der die USA bis Ende 1999 zum Rückzug verpflichtet, das sogenannte Torrijos-Carter-Abkommen. Seitdem wird die Kanalzone von einer Kommission verwaltet, die aus fünf US-Amerikanern und vier Panamaer besteht und der Gesetzgebung der USA untersteht. Zum 1. Januar 2000 soll sie durch eine ausschließlich unter panamesischer Kontrolle stehende Verwaltung abgelöst werden. Panama wird die vollständige Souveränität erreichen.

Daran änderte auch die Operation Just Cause nichts, mit der die US-Armee 1989 General Noriega stürzte, der sich einige Jahre vorher an die Macht geputscht hatte und von den USA des Drogenhandels verdächtigt wurde. Sowohl die letzte Regierung unter Ernesto Balladärs als auch die seit September regierende Mireya Moscoso verlangten die Erfüllung des Carter-Torrijos-Abkommens. Einen letzter ernsthaften Versuch die US-Militärpräsenz doch noch über das Jahr 2000 hinaus zu verlängern, startete die Clinton-Administration 1995. Sie schlug vor, ein internationales Drogenbekämpfungszentrum mit 3.000 US-Soldaten in Fort Howard einzurichten. Dieses sollte zwar unter der Führung der US-Armee und der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde Drug Enforcement Agency (DEA) stehen, aber auch Kontingente lateinamerikanischer Armeen einbeziehen. Doch letztlich scheiterte auch dieses Vorhaben am anhaltenden Widerstand Panamas, 1998 wurden die Verhandlungen darüber schließlich abgebrochen. Die extreme Rechte im US-Kongress und Senat um den republikanischen Senator Jesse Helms hält den Verzicht der Demokraten bis heute für ein unentschuldbares Vergehen.

Die neue Strategie der US-Armee

Insbesondere schmerzt die US-Armee der Verlust des Luftwaffenstützpunktes Fort Howard, "die Augen und Ohren" des Südkommandos der US-Armee, wie dessen Oberkommandierender Charles Wilhelm, ihn einmal nannte. Hier starteten jährlich 15.000 Aufklärungsflüge. Per Radar wurde der gesamte Luftraum Lateinamerikas überwacht. Die Station vor den Toren von Panama-City war eine Milliarde Dollar wert. Benjamin Gilman, der Vorsitzende des Ausschusses für Internationale Beziehungen des Repräsentantenhauses meinte kürzlich: "Die USA hätten den Luftwaffenstützpunkt Howard nie aufgeben dürfen".

Des Verrats an den Interessen der "nationalen Sicherheit" muss sich die Clinton-Administration dennoch nicht bezichtigen lassen. Als Ersatz für Fort Howard wird im Dezember eine neue Station in Puerto Rico seine Aufgabe übernehmen. Gleichzeitig werden weitere Stützpunkte aufgebaut, so auf den Karibikinseln Aruba und Curaçao wie im ecuadorianischen Manto. In Peru kursieren Gerüchte, dass Elite-Truppen aus den USA von der Basis Iquitos (Peru) und Coca (Ecuador) aus operieren. In Coca sollen amerikanische Ausbilder auch brasilianisches und kolumbianisches Militär in den Techniken des Dschungelkampfes drillen.

Der Hintergrund ist vor allem die Entwicklung in Kolumbien. General Charles Wilhelm warnte kürzlich vor einer "Balkanisierung Kolumbiens", die "eine Bedrohung für die ganze Region" darstelle. Der offizielle Feldzug gegen die Drogen vermischt sich immer offener mit der Bekämpfung der kolumbianischen Guerilla. Die US-Militärhilfe für die kolumbianische Armee wurde in den letzten drei Jahren verdreifacht, nach Israel und Ägypten ist das Land jetzt der drittgrößte Empfänger weltweit. Außerdem werden Militärberater nach Kolumbien abkommandiert. Nach einer Reuters-Meldung sollen es 300 sein, Kolumbiens Armeechef Fernando Tapias spricht von "einem runden Dutzend". Im Stützpunkt Tolemaida in der Nähe der Hauptstadt Bogotá bilden Militärberater derzeit etwa tausend Soldaten angeblich zur Drogenbekämpfung aus. Im Dezember sollen sie aber nach Tres Esquinas in den Süden verlegt werden, einer Region, wo die FARC operiert.

Eduardo Pizarro, Direktor des Instituts für politische Studien und internationale Beziehungen der Nationalen Universität Kolumbiens, hält sogar eine offene militärische Intervention der USA in Kolumbien mittlerweile für durchaus möglich. Drei Varianten seien denkbar: "Einseitig durch Washington, durch eine interamerikanische

Armee, die wie wir alle wissen aus etwa 15.000 Nordamerikanern, drei Argentiniern und zwei Haitianer bestehen würde, oder durch eine Intervention der Blauhelme der Vereinten Nationen." Ob dies geschehe, hänge von der weiteren Entwicklung ab. Eine Intervention stände Pizarros zufolge auf der Tagesordnung, wenn der kolumbianische Staat kollabiere, es zu einer "Balkanisierung" käme bei der die Guerilla große Teile des Süden zu kontrollieren begänne oder wenn der Konflikt die Region so instabil werden ließe, dass dadurch das Erdöl in Venezuela oder der Panamakanal gefährdet würden.

Ungewisser Aufbruch ins neue Jahrtausend

Obwohl all diese Szenarien auch in Panama diskutiert werden, stehen hier doch andere Probleme im Vordergrund. In die Freude über den Abzug der US-Truppen mischen sich viele Bedenken, Zukunftsängste und auch Bitterkeit. Verärgert reagiert die panamesische Öffentlichkeit vor allem auf die Weigerung der USA für die immensen Umweltschäden aufzukommen, die durch die US-Truppen angerichtet wurden. Auf Grund der tropischen klimatischen Bedingungen, die denen in Südostasien gleichen, benutzte die US-Armee ihre Basen in den 60er- und 70er-Jahren als Manöverfeld für den Einsatz von B- und C-Waffen, die später in Vietnam eingesetzt wurden. Der Verdacht, dass auch mit dem dioxinhaltigen Entlaubungsmittel Agent Orange experimentiert wurde, konnte nie ausgeräumt werden. Des weiteren sollen Uranmunition und Senfgas eingesetzt worden sein, wie Rick Stauber ermittelte, der ursprünglich für das US-Verteidigungsministerium eine Bestandsaufnahme durchführen sollte und dann auf die panamesische Seite wechselte, als die US-Behörden versuchten, seine Ergebnisse zu unterdrücken. Panama fordert von den USA 500 Millionen Dollar Entschädigung, um die Umweltschäden beheben zu können. Wie notwendig das ist, zeigt, dass seit dem begonnen Abzug der Truppen bereits 20 Panamaer bei Unfällen mit Altmunition getötet wurden. Noch liegen Tausende alte Granaten im Dschungel. Doch die USA weigern sich beharrlich zu zahlen.

Die Säuberung der US-Basen von chemischen Altlasten ist auch deshalb von großer Bedeutung für Panama, weil das Land sich als Paradies für den Öko-Tourismus verkaufen möchte. Am Gatún See wird die ehemalige School of Americas von spanischen Investoren für 20 Millionen Dollar in ein Fünf-Sterne Luxushotel umgebaut. Ähnliches geschieht an anderen Orten. Doch viele Beobachter bezweifeln, dass der Tourismus in Panama große Chancen hat. Vielversprechender scheint ihnen dagegen Panama in ein Finanz- und Handelszentrum sowie Standort für die Weltmarktproduktion zu verwandeln und die günstige geostrategische Position auf Grund des Kanals zu nutzen. Tatsächlich ist bei Colón bereits eine große Freihandelszone entstanden, in der sich viele Maquiladoras (Billiglohnfabriken) angesiedelt haben. Das taiwanische Unternehmen Evergreen hat bereits vor zwei Jahren den Betrieb eines riesigen Container-Terminals aufgenommen. Der Komplex Balboa-Cristobal-Manzanillo kann über eine Million Container im Jahr abfertigen. Die Konzession für den Betrieb der beiden Häfen Colón und Panama-City wurde ebenfalls 1997 an Hutchison International abgegeben, ein großes Unternehmen aus Hongkong. Die bis jetzt der US-Armee verbliebenen drei großen Basen sollen in ein Transportzentrum für Luft- und Schiffsfracht umgewandelt werden. Aus Fort Clayton soll eine "Stadt des Wissen" werden, eine mit privaten Geldern errichtete Universität.

Diese Projekte sollen sich nach dem Willen der Politiker in die neoliberale Strukturreform einpassen, die in den letzten Jahren auch in Panama begonnen wurde. Strom und Telefon sind schon privatisiert, weitere staatliche Unternehmen sollen folgen. Auch die ehemaligen Unterkünfte für US-Offiziere und amerikanische Arbeiter und Angestellte der Kanalverwaltung werden privatisiert. Bisher hat diese Politik die Kluft zwischen Arm und Reich beständig vertieft. Offiziellen Zahlen zufolge leben heute fast die Hälfte der drei Millionen Panamaer in Armut, ein Viertel davon im Elend. So kontrastiert in Panama City und Colón das Glitzern des american way of life mit dem Elend Zentralamerikas. Ex-Präsident Balladares Partido Revolucionario Democratico (PRD), für die bei den Wahlen im Frühjahr Martin Torrijos, der Sohn des legendären Caudillos Omar Torrijos kandidierte, wurde hauptsächlich aus Unmut über die soziale Situation nicht mehr gewählt. Doch auch Mireya Moscoso vom Partido Arnulfista (PA) folgt trotz vieler Versprechen von sozialen Verbesserungen der neoliberalen Politik.

Ob sich der erhoffte Boom also wirklich einstellt und Panama, wie angestrebt, den Entwicklungsweg der südostasiatischen Tigerstaaten geht, wird sich erweisen. Noch ungewisser ist, ob dieser Weg den Panamaer aus der Armut helfen wird. Eine sichere Bank wird auf jede Fall der Kanal bleiben. Gegenwärtig belaufen sich die Einnahmen aus den Benutzungsgebühren auf 750 Millionen Dollar im Jahr. Gegenwärtig kursieren allerdings Befürchtungen, dass die politische Elite Panamas die Übergabe des Kanals nutzen wird, um erst einmal selbst kräftig davon zu profitieren. Aus der Luft gegriffen sind diese Ängste nicht. Von den elf Personen, die der kürzlich geschiedene Präsident Ernesto Pérez Balladares ausgewählt hat, um die neue

Kanalverwaltung zu führen sind vier familiäre Verwandte. So könnte sich die Hoffnung vieler Panamaer, dass die Rückgabe des Kanals eine Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur, Schulen und Bibliotheken ermöglichen könnte, schnell als Trugschluss herausstellen. Wie so viele der Träume, die in Panama zerplatzt sind.

Boris Kanzleiter

15. Die Mutter aller Massaker. Luciano Lanza über "Bomben und Geheimnisse"

Autor: Js. · Rubrik: Italien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:07

Wer sich über das Staatsmassaker, seine Hintergründe und politischen Folgen umfassend informieren will, sollte Luciano Lanzas Buch "Bomben und Geheimnisse" lesen. Es bietet eine rundum gelungene Darstellung der Ereignisse, zitiert Aussagen von Tätern und Zeugen, Kommentare der Massenpresse und Verlautbarungen der Linken. Lanza schreibt nicht reißerisch, sondern spannend und gleichzeitig sachlich, überwiegend im Reportage-Stil: "An jenem 12. Dezember ist er um sechs Uhr morgens heimgekommen. Er wohnt in den Arbeiterwohnungen in der Via Preneste 2, im Stadtviertel San Siro, einer eigenartigen Mischung aus kleinen Mietshäusern, kleinen Villen mit Gärten und Teichen und kleinbürgerlichen Eigentumswohnungen. Giuseppe Pinelli hat die Nachtschicht hinter sich gebracht..." So stellt Lanza den Anarchisten und Rangierer Pinelli vor, dessen Leben drei Tage später gewaltsam beendet wird.

Lanzas Anklagen gegen die mutmaßlichen Bombenleger und ihre Hintermänner beruhen natürlich nicht auf eigenen exklusiven Rechercheergebnissen. Was die Kronzeugen gegenüber den Ermittlungsrichtern ausgesagt haben, hat auch schon in der Presse gestanden, oft versehen mit effekthascherischen Schlagzeilen wie "Die Wahrheit über Piazza Fontana", "Die amerikanische Spur" und dergleichen. Lanzas Buch zeichnet sich, verglichen mit solchen sporadischen Enthüllungen, durch Systematik aus - und durch Parteilichkeit: Der Autor war 1969 selbst Mitglied des anarchistischen Circolo Ponte della Ghisolfa in Mailand; er prägte das Wort vom "Staatsmassaker".

Problematisch ist allerdings Lanzas These, die Attentate zwischen 1969 und Mitte der 70er Jahre, die maßgeblich von der CIA angeschoben wurden, hätten der "Vorbereitung zu einem Staatsstreich" gedient - zumal der Autor sich im folgenden Satz teilweise korrigiert: "Auch wenn dieser (der Staatsstreich) niemals zur Ausführung kommt, sondern nur durchgespielt wird, hat er eine präzise Funktion: Er soll den Oppositionskräften, also der Kommunistischen Partei, eine starke Bedrohung signalisieren." Wenn das richtig ist (und es erscheint mir richtig), dann wäre der Staatsstreich nicht von oben "vorbereitet", sondern nur "angedroht" worden - ein entscheidender Unterschied. Diese Differenzierung ist wichtig - auch wenn Faschisten wie Fürst Valerio Borghese mehr vorhatten und tatsächlich Putschversuche starteten.

Auch im Nachwort des Übersetzers Egon Günther findet sich wieder das alte Missverständnis, die Geheimloge Propaganda Due (P2) hätte einen Umsturz angestrebt. "Mit dem Wahlsieg Berlusconis", schreibt Günther, "kamen in der entschlackten Version zeitweilig die alten Absichten der Drahtzieher aus der Putschpartei (Propaganda Due) zum Tragen." An anderer Stelle beschreibt Günther exakt die Wirkungen des rechten Terrors auf die Linke: Es "griff zunehmend eine Hysterie um sich, die den bewaffneten Kampf unausweichlich erscheinen ließ." Auch die von der Jugendbewegung des Jahres 1977 praktizierte "Militarisierung der Kämpfe" (u.a. Schüsse auf Faschisten und Polizisten aus Demonstrationen heraus) wertet Günther zu Recht als "selbstmörderische Strategie". Hierüber wäre ernsthaft und selbstkritisch zu diskutieren - denn auch heute noch bekommen manche radikalen Linken leuchtende Augen, wenn sie sich an die "Militanz" der 77er-Bewegung erinnern.

Wer sich diesen ungeklärten Fragen stellen will, muss sich natürlich zunächst mit den historischen Fakten vertraut machen. Als Einstieg ist Lanzas Buch bestens geeignet, auch wenn es - abgesehen von der angehängten Kurz-Chronologie - vor allem die Jahre 1969/70 behandelt. Es endet mit einem klaren Befund: "An der Piazza Fontana wurde ein Staatsmassaker verübt. Mehr noch: die Mutter aller Massaker."

Js.

Luciano Lanza: Bomben und Geheimnisse. Geschichte des Massakers von der Piazza Fontana; Hamburg (Edition Nautilus) 1999, 141 Seiten, 28 DM

16. Der Panama-Kanal - das achte Weltwunder

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: USA; Panama · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:04

Die Geschichte des Kanals in Panama gleicht einer Erzählung des magischen Realismus über den brutalen Zugriff der Modernisierung auf ein verwunschenes Land am Ende der Welt. Sie stellt gleichzeitig ein Kapitel aus dem Lehrbuch über den ungeschminkten Imperialismus der Supermacht USA dar.

Die Idee in Panama einen Kanal zu bauen, um damit die beiden Weltmeere zu verbinden, entstand bereits während der Eroberung Amerikas durch die Spanier. 1513 durchquerte Vasco Núñez de Balbao als erster Europäer mit zweihundert Landsleuten und vielen indianischen Lastenträgern den Isthmus von Panama. Es dauerte aber noch bis zur Weltumsegelung Ferdinand Magellans bis klar war, was das für ein Meer war, das Núñez entdeckt hatte, nämlich der Pazifik. 1534 entwickelten die Spanier dann erste Pläne in Panama einen Kanal zu bauen. Aber der Einfluss der Kirche bewahrte sie vor diesem Abenteuer. Die Kleriker argumentierten, dass wenn der Kanal gottgewollt wäre, er ihn selbst gebaut hätte. So blieb es zunächst bei einem Trampelpfad für Maultiere.

Vielleicht hatte die Kirche nicht ganz unrecht. Denn als Ende des 19. Jahrhunderts die Idee des Kanalbaus zum ersten Mal ernsthaft umgesetzt wurde, kam es zur "Apokalypse", zumindest für die Beteiligten. Der Franzose Ferdinand de Lesseps, Erbauer des Suezkanals in Ägypten, hatte sich das Projekt in den Kopf gesetzt und begann eine Aktiengesellschaft aufzubauen, um den Kanalbau zu finanzieren. 1881 wurden die ersten französischen Ingenieure nach Panama geschickt. Mit großem Aufwand wurden moderne Maschinen dorthin verfrachtet und Arbeitskräfte angeheuert. Doch in acht Jahren Bauzeit konnten gerade einmal zehn Prozent des Kanals fertig gestellt werden. Die geographischen und klimatischen Bedingungen machten die Bauarbeiten zur Hölle auf Erden. Entlang der geplanten Strecke erstreckten sich Dschungel, Sümpfe und Schlamm, die Fläche war zudem nicht gerade eben. An einer Stelle musste eine Hügelkette von hundert Meter Höhe durchbrochen werden.

20.000 Arbeiter, die meisten aus Jamaika, starben elend, zerquetscht zwischen den Maschinen, verschüttet von Erdrutschen oder an grassierenden Tropenkrankheiten wie Gelbfieber, Typhus, Pocken, Cholera, Ruhr und Beriberi. Die ständigen Angriffe der Moskitoschwärme lies die Lebenden sich den Tod wünschen. Ende 1889 wurden die Arbeiten schließlich eingestellt. Lesseps AG machte pleite.

Doch der wachsende Welthandel brauchte den Kanal und der 1901 an die Macht gekommene US-Präsident Theodore Roosevelt wollte sein Land zur Weltmacht machen. Der erste Schritt war den Einfluss von Briten, Franzosen und Deutschen in Lateinamerika zurückzudrängen. Dazu gehörte die Kontrolle Zentralamerikas und der Transportwege um den amerikanischen Kontinent. Zunächst zog Roosevelt Nicaragua für einen Durchstich in Erwägung, doch 1902 entschied sich der Kongress für Panama. Vielmehr eigentlich für Kolumbien, denn das Territorium, das heute Panama bildet, gehörte um die Jahrhundertwende noch zu seinem heutigen südlichen Nachbarstaat.

Die US-Regierung legte Kolumbien einen Vertrag vor, der dem Land anbot, den USA das Kanalterritorium zu vermieten, doch der kolumbianische Kongress lehnte im August 1903 definitiv ab. Jetzt änderten die USA die Strategie. Warum keinen eigenen Staat gründen für den Kanal? Großprojekte brauchen Visionen. Die USA bauten also eine bereits vorhandene, aber politisch und militärisch schwache, sezessionistische Bewegung auf, die Panamas Unabhängigkeit von Kolumbien erstreiten sollte. Der ehemalige Chefingenieur des französischen Kanalprojektes Philippe Bubau-Varilla, jetzt im Dienst der USA, verfasste eine Unabhängigkeitserklärung, setze eine Verfassung auf und entwickelte einen militärischen Aktionsplan, um den Sezessionisten auf die Sprünge zu helfen.

Am 4. November 1903 erklärten die Panamaer ihre Unabhängigkeit, nur drei Monate nach der Ablehnung des ersten US-Vorschlages durch den kolumbianische Kongress. Um nachdrücklich deutlich zu machen, wer die Panamaer unterstützte, schickte die US-Armee bereits einen Tag davor ein US-Kriegsschiff in die Bucht von Colón. In den folgenden Tagen kreuzten noch mehr amerikanische Kriegsschiffe auf, die USA erkannten das neue Land als erster Staat an und fortan existierte die unabhängige Republik Panama. In jener Zeit wurde der Terminus Kanonenbootpolitik geprägt.

Nur zwei Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung schloss der neue Staat mit den USA das Hay-Brunau-Varilla-Abkommen. Für 10.000 Dollar wurde den USA die unbegrenzten Nutzungsrechte und die vollständigen Hoheitsrechte über ein Territorium von einem Küstenstreifen zum anderen und jeweils acht Kilometer Breite an beiden Seiten des zu bauenden Kanals eingeräumt. Der Vertrag von 1904 gewährte den USA unbefristete Hoheitsrechte, ohne dass Panama allerdings auf die Souveränität verzichten musste. Die Zone besaß eine eigene Polizei, Verwaltung, Gerichtsbarkeit und sogar eine eigene Posthoheit.

Die Amerikaner hatten die Lektion der französischen Kanalbaupleite gelernt. Bevor sie mit den Bauarbeiten begannen, legten sie die Sümpfe trocken und konnten die Gegend so mit der Zeit entseuchen. Jetzt entstand das "achte Weltwunder". 50.000 Arbeiter aus 97 Nationen, die meisten von der Karibikinsel Barbados, buddelten mit modernstem Gerät den Kanal durch die tropischen Sümpfe. Über 25 Millionen Kilogramm Sprengstoff wurden in die Luft gejagt, sechzig 95 Tonnen schwere Dampf-Bagger gruben sich durch den Schlamm, mit pressluftgetriebenen Bohrern wurden die Felsen zerkleinert. Und wieder mussten die Arbeiter das Wunder mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit bezahlen. "Wie Vögel flogen manchmal Menschenteile durch die Luft", schrieb ein Beobachter. Offiziell starben 5.609 Arbeiter, 4.500 davon waren Schwarze. Wie viele einfach unter Schlammlawinen oder im Dschungel ihr Grab fanden, weiß bis heute niemand.

Neun Jahre später, am 10. Oktober 1913, war das Bauwerk schließlich fertig. Als Meilenstein der Globalisierung wurde es zeitgemäß eröffnet. Präsident Wilson betätigte in Washington ein Knöpfchen, per Telegraf wurde das Signal Tausende Kilometer weit nach Panama geschickt und löste dort die Sprengung eines provisorischen Damms aus, der die Gaillard Schleuse überflutete. Am 15. August 1914 konnte dann das erste Dampfschiff von Colón an der Atlantikküste nach Panama City am Pazifik fahren.

Heute passieren jedes Jahr über 13.000 Schiffe den Kanal. Die zwölf Stunden für die 80 Kilometer zwischen den beiden Häfen Colón an der Atlantikseite und Panama-City am Pazifik ersparen ihnen einen Umweg von 14.800 Kilometer durch die überdies gefährliche Magellanstraße an der Südspitze Chiles. Der Kanal fungiert so als Schnittstelle nicht nur für den Handel zwischen der Ost- und Westküste Amerikas sondern auch zwischen Europa und Asien. Doch die Ausweitung des Handels und die immer größeren Schiffe haben den Kanal mittlerweile zum Nadelöhr gemacht. 2002 soll zwar die Modernisierung der Gaillard Schleuse beendet sein, damit die Kapazität um 20 Prozent erhöht werden kann, doch das wird nicht ausreichen, um die Bedürfnisse zu befriedigen. Derzeit können nur Schiffe bis 65.000 Tonnen passieren. Seit Jahren wird ein Projekt diskutiert für etwa acht Milliarden Dollar eine dritte Gruppe von Schleusen zu bauen, um Schiffen bis 220.000 Tonnen die Durchfahrt zu ermöglichen.

Boris Kanzleiter

17. Für Sofri und Pinelli! Dario Fos theatralische Solidarität 1970 und heute

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:06

Als Dario Fo im Herbst 1997 der Nobelpreis für Literatur verliehen wurde, gab es zahlreiche Proteste, gerade in Italien. Sein "Agitprop-Theater" gilt den Bildungsbürgern als literarisch minderwertig, polemisch, linksradikal und geschmacklos. Auch im deutschsprachigen Feuilleton wurde mehr oder minder offen unterstellt, das Nobelkomitee habe sich (auch) von politischen Erwägungen leiten lassen. Wenn das stimmt, zeigt das, dass die "Internationale der Sympathisanten" noch handlungsfähig ist. Das lässt hoffen - nicht nur für die angeklagten ehemaligen Lotta-Continua-Mitglieder Sofri, Bompressi und Pietrostefani, die seit Oktober erneut vor Gericht stehen (vgl. ak 430, 23.9.99). Die Auszeichnung für Fo unterstreicht auch seine herausragende Stellung als unbestechlicher Kritiker der italienischen Verhältnisse und verleiht seiner Kritik besonderes Gewicht. Das könnte auch die Verbreitung der historischen Wahrheit über das Staatsmassaker erleichtern.

Denn Dario Fo ist nicht nur der prominenteste Fürsprecher der drei Angeklagten im Calabresi-Prozess. Das 1998 uraufgeführte Stück "Marino è libero, Marino è innocente", in dem er die widersprüchlichen Aussagen des Kronzeugen Leonardo Marino angreift (vgl. ak 413, 9.4.98), ist nur das aktuellste Beispiel für Fos politisches Eingreiftheater. Schon 1970 hatte er mit einem eigenen Stück in die Debatte um das Mailänder Blutbad und den Tod Pinellis interveniert. "Zufälliger Tod eines Anarchisten" heißt die Farce, die damals vor Hunderttausenden von Zuschauern gespielt wurde. Hauptfigur ist ein "verrückter" Verwandlungskünstler, der Kommissar Calabresi und Kollegen im Polizeipräsidium heimsucht - nach dem Fenstersturz. In der Rolle eines Hauptmanns der Spurensicherung erklärt "der Verrückte" (il matto) einer Journalistin, "dass das Blutbad und die Sprengstoffanschläge, der Tod so vieler unschuldiger Bürger nur den Zweck hatten, die Streiks und Demonstrationen zu denunzieren, und dass die Bürger aus lauter Unmut über so viel terroristische Kriminalität nach einem starken Staat rufen sollten..." (1)

3O Jahre nach dem Massaker wäre es an der Zeit, das Erfolgsstück erneut auf die Bühne zu bringen - nicht nur in Italien.

Js.

Anmerkung:

1) Dario Fo: Einer für alle, alle für einen!/ Verzeihung, wer ist hier eigentlich der Boss?/ Zufälliger Tod eines Anarchisten; Westberlin (Rotbuch) 1978, S. 177

18. Das Staatsmassaker. Am 12. Dezember 1969 begannen Italiens bleierne Jahre

Am 12. Dezember 1969 begannen in Mailand Italiens bleierne Jahre

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:05

Der 12. Dezember 1969 ist einer der folgenschwersten Tage der italienischen Nachkriegsgeschichte. Innerhalb einer Stunde detonieren vier Bomben, drei davon in Rom: zwei am Altar des Vaterlandes an der Piazza Venezia, eine in einem unterirdischen Gang der Banca Nazionale del Lavoro. Während in der Hauptstadt insgesamt 18 Menschen (Bankangestellte, Passanten, ein Polizist) verletzt werden, verursacht der vierte Anschlag ein Blutbad. Dabei sterben in der Mailänder Banca dell'Agricoltura (Landwirtschaftsbank) an der Piazza Fontana 16 Menschen, etwa 100 werden verletzt. Eine fünfte Bombe wird in einer Bank an der Piazza della Scala in Mailand gefunden und von einem Sprengmeister der Polizei gezündet; dadurch werden Spuren vernichtet, die zu den Urhebern der Anschläge hätten führen können.

Der zunächst nur von der radikalen Linken erhobene Vorwurf, in Mailand habe es sich um ein "Staatsmassaker" (strage di Stato) gehandelt, wird im Laufe der Jahre fast zur Gewissheit. Das Motiv der mit den Bomben eingeleiteten "Strategie der Spannung" (strategia della tensione) liegt auf der Hand: Die Linken sollen demoralisiert und von den Straßen fern gehalten werden; begleitet von Rufen nach Sicherheit und Ordnung, soll die Aufrüstung des starken Staates durchgesetzt werden. So werden die "bleiernen Jahre" von rechten Terroristen eröffnet - mit Bomben gegen Unbeteiligte: Die meisten Opfer sind Bauern, Kunden der Landwirtschaftsbank.

Ihren Ausgangspunkt nahm die Bombenkampagne allerdings nicht erst am 12. Dezember 1969. Schon am 25. April desselben Jahres, dem Feiertag zur Befreiung vom Faschismus, gingen in Mailand zwei Bomben hoch: eine am FIAT-Pavillon auf der Mustermesse (20 Verletzte), eine andere an der Wechselstube der Banca Commerciale Italiana am Hauptbahnhof (mehrere Leichtverletzte). Am 9. August schließlich explodierten acht von zehn Bomben, die in Zügen deponiert waren; dabei wurden zwölf Menschen verletzt. Für diese Anschläge wurden später die Rechtsterroristen Franco Freda und Giovanni Ventura rechtskräftig zu je 15 Jahren Haft verurteilt.

Bomben gegen Bauern - Bomben gegen die Linke

Das mit den Bomben verfolgte politische Ziel wurde von Teilen der Linken schon frühzeitig erkannt. In ihrem Bulletin Nr. 1 (Juni 1969) schrieben die Mailänder Anarchisten vom Croce Nera ("Schwarzes Kreuz"): "Dass die Faschisten ‚anarchistische` Ziele angreifen, kann nur mit ihrer Absicht erklärt werden: 1. eine Psychose vor subversiven Attentaten zu erzeugen, um dadurch die Polizeirepression und den autoritären Rückschritt zu rechtfertigen; 2. die Anarchisten und darüber hinaus die linken Kräfte in Verruf zu bringen. Um das zu erreichen, ist es erforderlich, dass es ein paar verletzte Unschuldige, besser noch - aber auch viel gefährlicher - ein paar Tote gibt." (zitiert bei Lanza: 56)

Allenfalls zu erahnen war zu diesem Zeitpunkt, wie Rechtsterroristen und Staatsbeamte in ihrem mörderischen Kampf gegen die Linke direkt zusammenarbeiteten. Federführend war das Büro für spezielle Angelegenheiten (Ufficio affari riservati) des Innenministeriums. Dessen Leiter, Umberto D'Amato, Mitglied der 1981 aufgeflogenen Geheimloge Propaganda Due (P2), versorgte die Faschisten u.a. mit gefälschten linksradikalen Plakaten. Diese wurden in der Umgebung faschistischer Attentatsziele verklebt, um den Verdacht gegen die Linke zu lenken. Die Verwischung der Spuren ermöglichte es den wahren Attentätern, ungeschoren davon zu kommen. Mehr als wahrscheinlich ist, dass dies auf höhere Weisung zurückging. Auch der US-Geheimdienst CIA war über den Plan faschistischer Bombenanschläge vorab informiert und durch italienische Agenten selbst an deren Vorbereitung beteiligt.

Das zumindest behauptet der ehemalige CIA-Agent Carlo Digilio (Deckname "Herodot"), bei den Faschisten des Ordine Nuovo ("Neue Ordnung" - ON) bekannt als "Onkel Otto". Digilio hatte seinen Verbindungsmann, den US-Offizier David Carret, wenige Tage vor dem 12. Dezember von bevorstehenden "großen Attentaten" informiert. Nach dem Massaker habe sich der Faschist Delfo Zorzi gebrüstet, er sei an der "Operation" in Mailand beteiligt gewesen. Sein Kumpan Carlo Maria Maggi, wie Zorzi Führungskader des Ordine Nuovo in

Venetien, habe die Bomben als Teil eines ausgeklügelten Plans dargestellt: "Die Ereignisse des 12. Dezember waren nur die Schlussfolgerung unserer Strategie, die in Jahren herangereift war, und es gab einen organisierenden Kopf oberhalb unserer Ebene, der diese Strategie gewollt hat." (L'Espresso, 26.6.97)

Fragwürdig an Digilios Darstellung ist die Behauptung, der 12. Dezember 1969 habe ursprünglich der Auftakt zu einem Rechtsputsch sein sollen, der dann um ein Jahr verschoben wurde. Tatsächlich kam es ein Jahr später zu einem Putschversuch unter Leitung des Altfaschisten Fürst Valerio Borghese. Abgebrochen wurde er erst, nachdem Putschisten bereits bis ins Innenministerium vorgedrungen waren und sich dort mit Waffen versorgt hatten.

Wahrscheinlicher als die Putsch-These ist, dass der von den Geheimdiensten der USA und Italiens gewollte Rechtskurs mit dem vorhandenen politischen Personal eingeschlagen werden sollte: den bewährten Antikommunisten der Democrazia Cristiana (DC). Die Terroristen des Ordine Nuovo wären demnach nur die Handlanger einer autoritären Wende gewesen - Handlanger, deren Treiben von staatlichen Stellen angeleitet wurde. Ein weiterer Kronzeuge, das ehemalige ON-Mitglied Martino Siciliano, bestätigte nicht nur die Selbstbezichtigung des Attentäters Zorzi, sondern auch dessen Andeutung, die Anschläge von Rom und Mailand seien "auf hoher Ebene beschlossen und vorbereitet worden". Für eine zentrale Steuerung des rechten Terrors des Jahres 1969 spricht auch, dass stets der gleiche Sprengstoff verwendet wurde: Gelignit. Digilio wiederum will diesen Sprengstoff im Kofferraum von Zorzis FIAT gesehen haben - abgefüllt in Metallkästen mit englischer Aufschrift...

Strategische Züge von höherer Ebene

Wie weitgehend auch immer die Beteiligung italienischer und US-amerikanischer Staatsorgane gewesen sein mag - nach dem Massaker waren die Interessen der faschistischen Bombenleger und des Staates deckungsgleich: Der Verdacht musste gegen die Linke gerichtet werden, um den "heißen Herbst" der rebellierenden Arbeiter und Studenten zu beenden. Denn im industriellen Nordwesten, namentlich in Turin, drohte die Revolte außer Kontrolle zu geraten: Die Parole Vogliamo tutto e subito ("Wir wollen alles, und zwar sofort"), fand immer mehr Anhänger, insbesondere unter den aus dem Süden des Landes zugewanderten ArbeiterInnen. Streiks und Absentismus häuften sich. Parallel wurde der Stimmenanteil der Democrazia Cristiana kontinuierlich kleiner, während die Kommunistische Partei, die PCI, langsam, aber sicher hinzugewann. Akuter Handlungsbedarf entstand aus Sicht der Herrschenden aber vor allem durch die drohende "Unregierbarkeit" der linken Hochburgen im Norden.

Die Bomben gegen Unbeteiligte würden dem "roten Spuk" bald ein Ende machen, lautete das Kalkül der Faschisten und ihrer staatlichen Helfer. Zorzi hat es seinen untergeordneten Kumpanen genau erklärt: So würden "die einfachen Leute, betroffen und unfähig, sich selbst zu verteidigen, nach dem starken Staat rufen, insbesondere weil die Strategie vorsah, so schwere Vorfälle der extremen Linken anzulasten." (L'Espresso, 6.3.97) Auf die gezielte Irreleitung der polizeilichen Ermittlungen konnte man sich verlassen: "Die Beschuldigung der Anarchisten war ein strategischer Zug, den die Geheimdienste seit dem Moment ausklügelten, als die gesamte Operation konzipiert wurde", beruhigte Maggi seine besorgten Untergebenen eine Woche nach dem Massaker. (L'Espresso, 26.6.97)

Die unmittelbar nach dem Blutbad einsetzende Hexenjagd gegen die Linke wirkt wie eine Bestätigung dieser Behauptung. Tatsächlich konnten sich die Mörder weitgehend sicher fühlen. Noch am Abend des 12. Dezember meldet der Mailänder Präfekt dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Rumor: "Annahme zuverlässig, dass Lenkung der Ermittlungen auf anarchoide Gruppen oder jedenfalls auf extremistische Ausläufer erfolgen muss." (zitiert bei Lanza: 9) Einziges Indiz für Täter aus der Linken ist die Auswahl der Ziele: Banken und der Altar des Vaterlandes.

Der Mailänder Kommissar Luigi Calabresi setzt alles daran, den Anarchisten Pietro Valpreda für die Tat verantwortlich zu machen. Schon am 17. Dezember wird Valpreda von der Presse als "Schlächter" und "brutale Bestie" präsentiert. Er sitzt bis Ende 1972 und wird erst 1985 freigesprochen.

"Kommissar Fenster" und der Tod Pino Pinellis

Zu den Anarchisten, die unmittelbar nach der Explosion festgenommen werden, gehört auch der 41-jährige Eisenbahner Giuseppe ("Pino") Pinelli. Er ist Vater zweier Töchter und politisch aktiv seit 1944, als er in

Mailand für die Resistenza Kurierdienste geleistet hat. Nach seiner Festnahme am frühen Abend des 12. Dezember folgt er der Polizei auf dem Moped ins Präsidium. Kommissar Calabresi, der ihn verhört, will vor allem Auskünfte über den "irren Valpreda". Pinelli wird ohne Haftbefehl festgehalten; drei Tage später, gegen Mitternacht des 15. auf den 16. Dezember, stürzt er aus dem vierten Stock des Polizeipräsidiums und stirbt. Es war Selbstmord, versichert die Polizei. Pinelli hätte geglaubt, Anarchisten wären für das Massaker verantwortlich; mit dem Ruf "Das ist das Ende der Anarchie" hätte er sich aus dem Fenster gestürzt. Die Polizisten, die ihn zurückhalten wollten, hätten nur noch einen Schuh von ihm erwischt. Seltsamerweise trug der tote Pinelli Schuhe an beiden Füßen...

Später wurde die Selbstmordversion offiziell durch eine andere ersetzt. Nach dem Urteil des Richters D'Ambrosio habe es sich um einen Unfall gehandelt, ausgelöst durch "aktives Unwohlsein" des Anarchisten: "Pinelli zündet sich die Zigarette an, die ihm Mainardi angeboten hat. Die Luft im Raum ist schwül, unerträglich. Er öffnet den Balkon, nähert sich dem Geländer, um etwas frische Luft zu schnappen, ein plötzlicher Schwindelanfall, eine schützende Bewegung in die verkehrte Richtung, der Körper kippt über das Geländer und stürzt ins Leere." (zitiert bei Lanza: 29)

Die Linken stehen mit ihrer Gegenkampagne auf verlorenem Posten. Die staatstragende Presse übernimmt kritiklos die Desinformation der Polizei und ereifert sich über die "wirren Fantasien" der Linken, die eine staatliche Verwicklung in das Massaker behaupten und die Polizei des Mordes an Pinelli beschuldigen. Erst viel später geht der Begriff des "Staatsmassakers" in den allgemeinen Sprachgebrauch ein. Als sein Urheber gilt der Mailänder Anarchist Luciano Lanza, der die Geschichte des Massakers in dem Buch "Bomben und Geheimnisse" nachgezeichnet hat. (siehe nebenstehende Rezension)

Falsche Schlüsse der Linken

Die kriminelle Energie maßgeblicher Teile des Staatsapparates, die mit faschistischen Bombenlegern gemeinsame Sache machten, war ein wesentlicher Anstoß für den "bewaffneten Kampf" der Roten Brigaden und anderer Linksterroristen. Wenn die Gegenseite buchstäblich über Leichen ging, so argumentierten sie, war bewaffnete Gegenwehr eine Frage des Überlebens. Das Ergebnis der "bleiernen Jahre" ist bekannt und war vorauszusehen: Zahllose Tote auf beiden Seiten, Denunziantentum und Verrat, "antiterroristische" Sondergesetze, endlose Haftstrafen.

Der legalistisch ausgerichtete PCI zog aus dem rechten Terror den entgegengesetzten Schluss. Eine mit knapp über 50 Prozent der Stimmen regierende Linkskoalition hätte die Gefahr eines Bürgerkrieges heraufbeschworen - also musste man mit den übrigen 50 Prozent, namentlich der Christdemokratie, einen "historischen Kompromiss" schließen. PCI-Sekretär Enrico Berlinguer begründete diesen Schwenk 1973 zwar mit dem Rechtsputsch in Chile, Ausgangspunkt aber war vor allem die Erkenntnis, dass im eigenen Lande diverse rechte Bürgerkriegstruppen für den Tag X bereit standen. Der Bürgerkrieg fand nicht statt - ebenso wenig aber die von Berlinguer proklamierte Reformpolitik, die andere Seite des "historischen Kompromisses".

Wer heute das Scheitern der italienischen Linken konstatiert, darf nicht vergessen, dass die Rechte sich auch deshalb als stärker erwiesen hat, weil sie zum Äußersten bereit war. Das zeigt nicht zuletzt das Staatsmassaker von Mailand. Dessen Urheber werden voraussichtlich ebenso davon kommen wie die Mächtigen der "Ersten Republik", die von den mörderischen Machenschaften zumindest gewusst haben: Delfo Zorzi, der mutmaßliche Attentäter, lebt als angesehener Geschäftsmann mit japanischem Pass in Japan; Giulio Andreotti, der fast zu sämtlichen dunklen Episoden als Zeuge, wenn nicht Beschuldigter vernommen wurde, ist in den vergangenen Monaten zwei Mal frei gesprochen worden. (vgl. ak 432) Während die Christdemokraten auf ein Comeback hoffen, haben es sich die Neofaschisten in der Mitte der Gesellschaft bequem gemacht. Anfang der 70er Jahre wurde nicht nur Pino Rauti, jetzt Anführer der ultrarechten Fiamma Tricolore, sondern auch der damalige MSI-Sekretär Giorgio Almirante als Auftraggeber des Rechtsterrorismus verdächtigt. Almirante aber war der politische Ziehvater Gianfranco Finis, dessen Alleanza Nazionale heute vielen als respektable rechtskonservative Partei gilt.

Der Sofri-Prozess und der Kampf um die Wahrheit

Auch wenn das Verbrechen vom 12. Dezember 1969 ungesühnt bleiben sollte - die politische Auseinandersetzung um die Verwicklung des italienischen Staates in den faschistischen Terror geht weiter. Dafür sorgt paradoxerweise auch der im Oktober wieder aufgenommene Prozess gegen die ehemaligen

Lotta-Continua-Mitglieder Sofri, Bompressi und Pietrostefani wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung Kommissar Calabresis. (vgl. ak 430) "Kommissar Fenster" wurde am 17. Mai 1972 in Mailand auf offener Straße erschossen.

Mit seinem Tod endete auch der Verleumdungsprozess, den Calabresi gegen Lotta Continua angestrengt hatte, weil die Gruppe ihn in ihrer gleichnamigen Zeitung für den Tod Pinellis verantwortlich gemacht hatte. Auch darüber wird anlässlich des Sofri-Prozesses neu zu reden sein. Schon 1970/71 hatte sich der Prozess gegen Lotta Continua, bei dem die widersprüchlichen Aussagen der Polizei offenkundig wurden, mehr und mehr gegen den Kläger gewendet.

Js.

19. PRInosaurier leben länger. Mexiko ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:15

In Mexiko wachsen die sozialen und politischen Widersprüche. Doch trotz zahlreicher Protestbewegungen gelingt es der seit 70 Jahren regierenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) sich zu konsolidieren.

Die mexikanische PRI feierte dieses Frühjahr ihren 70-jährigen Geburtstag. Genau so lang ist sie auch an der Macht, länger als jede andere Partei weltweit. Obwohl es an Gesichts von zahlreichen sozialen und politischen Krisen in den letzten Jahren oft den Anschein hatte, als wären die Tage des "PRInosauriers" - wie der bürokratisierte und von Korruption zerfressene Machtapparat gerne genannt wird - gezählt, rappelt sich die Partei wieder hoch. Mit einer "Volksabstimmung" über ihren Kandidaten eröffnete sie Anfang November den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2000. Der Sieger, Francisco Labastida, hat alle Chancen, die Regierungszeit der PRI um weitere sechs Jahre zu verlängern.

Die parlamentarische Opposition von links und rechts befindet sich in schlechter Verfassung. Ein halbes Jahr vor den mit Nervosität erwarteten Wahlen zeichnet sich ein Szenario der Widersprüche ab: Die Unzufriedenheit mit der sich stetig verschlechternden sozialen Situation findet in Basisbewegungen einen teilweise radikalen Ausdruck, während die parlamentarische Opposition sich unfähig zeigt, der Staatspartei die politische Kontrolle streitig zu machen.

Der soziale Abgrund

Ein Ausdruck dieser Widersprüchlichkeit ist die enthusiastische Rezeption der Battle of Seattle. Sie hat wie kein anderes internationales Ereignis in den letzten Monaten für die Aufmerksamkeit der mexikanischen Öffentlichkeit gesorgt. Die Bilder von den Massenprotesten gegen das Treffen der Internationale des Freihandels riefen Verwunderung und Begeisterung hervor. Der bekannte Kommentator Luis Hernández Navarro schrieb am 2. Dezember in der linksliberalen Tageszeitung La Jornada unter der Überschrift "Die Revolte der Globalisierten": "Das neue Jahrtausend wurde am 30. November 1999 in Seattle geboren (...) Der Boykott der Einweihungsfeierlichkeiten der Welthandelsorganisation ist nicht der letzte Protest der Vergessenen der Welt, sondern die großartige Geburt einer ‚Gesellschaft im Widerstand` gegen das Modell der Globalisierung unter der Kontrolle der transnationalen Allianzen."

Zieht man den in Mexiko üblichen pathetischen Duktus ab, bliebt eine wichtige Feststellung, die hier von der kritischen Öffentlichkeit allgemein akzeptiert wird: Der Aufstand der Zapatistas vom 1. Januar 1994 findet seine Fortsetzung in den seitdem entstandenen weltweiten Bewegungen gegen das neoliberale Modell, die einen vorläufigen Höhepunkt in Seattle erreicht haben. Dass die "Revolte der Globalisierten" gerade in Mexiko ihren Ausgangspunkt genommen hat, scheint nicht weiter erstaunlich, wenn man sich die Auswirkungen der neoliberalen Politik der Weltmarktöffnung und Privatisierungen seit der Schuldenkrise von 1982 vor Augen führt.

Der mexikanischen Sozialwissenschaftler Julio Boltvinik stellte kürzlich fest, dass es in Mexiko einen "sozialen Rückschritt um 40 Jahre" gebe. 72 Prozent der mexikanischen Bevölkerung seien als "arm" zu bezeichnen. Fast 50 Prozent zählten als "extrem arm". (1) Während in der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung zwischen dem Zweiten Weltkrieg und Anfang der 80er Jahre die Schere zwischen oben und unten kleiner wurde und der Lebenstandard wuchs, klaffen seit dem Beginn der neoliberalen Politik 1982 die sozialen Widersprüche immer weiter auseinander. Am deutlichsten wird dies bei der Entwicklung der Reallöhne. Die Kaufkraft der mexikanischen Arbeitnehmer sank allein zwischen 1986 und 1993 um 65 Prozent. (2) Seitdem sind sie weiter gefallen. Die Kaufkraft des Mindestlohns stürzte von 1982 bis heute sogar um unglaubliche 75 Prozent ab. (3) In der selben Zeitspanne rückte Mexiko auf der Forbes Liste der Dollarmilliardäre stetig nach oben und steht jetzt auf Platz vier. Diese soziale Polarisierung ist das Resultat der mustergültigen Eingliederung einer bis Anfang der 80er Jahre binnenmarktorientierten, protektionistischen Ökonomie mit einer hohen Staatsquote an Produktionsmitteln in den Weltmarkt. Der Eintritt Mexiko in das GATT, die OECD und Nafta waren die Marksteine dieses Prozesses. Demnächst steht die Ratifizierung eines Freihandelsvertrag zwischen Mexiko und der EU an.

Mexiko hat genau das erfüllt, was die Ideologen der WTO weltweit durchsetzen wollen und steht heute vor den sozialen Trümmern, die diese Politik hinterlassen hat. Die Segnungen des freien Marktes, die von den WTO-Vordenkern gepredigt werden, stoßen hier bestenfalls auf zynische Witze. Selbst Francisco Labastida, der neue Kronprinz der PRI, verurteilt in populistischen Wahlkampfreden den "brutalen Neoliberalismus", was ihn allerdings nicht davon abhält, genau diese Politik zu verfolgen

Eine soziale Umverteilung von unten nach oben in diesen Dimensionen scheint nur in einem autoritären politischen System möglich zu sein. Der Besuch der UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Mary Robinson Ende November hat einmal mehr deutlich gemacht, wie drastisch sich die Menschenrechtslage verschlechtert hat. Während Robinson in Deutschland kaum bekannt ist, wurde sie in Mexiko wie eine Heilige empfangen, jedenfalls von den AktivistInnen zahlreicher sozialer Bewegungen, die sich von ihrem Besuch eine Verbesserung ihrer problematischen Lage erhoffen. Robinson selbst zeigte sich überrascht über die Erwartungen und warnte - wahrscheinlich im Bewusstsein der Bedeutungslosigkeit ihrer Arbeit für die entscheidenden politischen Fragen - vor "zu großen Hoffnungen".

Bauernorganisationen, Indígenagruppen, Oppositionsparteien, unabhängige Gewerkschaften und soziale Bewegungen standen während ihrer mehrtägigen Reise Schlange, um der Hochkommissarin Dokumente über politische Repression und Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei zu präsentieren. Die Busfahrer in Mexiko-Stadt hatten ihre Scheiben mit dem Spruch "Willkommen Frau Robinson" bemalt.

In einem Dokument listet die gemäßigte linke Oppositionspartei PRD (Partei der Demokratischen Revolution) Mordanschläge gegen ihre Aktivisten auf. Demnach sind seit der Parteigründung vor elf Jahren 644 ihrer Mitglieder umgebracht worden, fast 400 davon während der Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Ernesto Zedillo, der sich gerne als "Demokratisierer" feiern lässt. (4) Mehrere tausend Sympathisanten der EZLN warteten in Chenalho in Chiapas vergeblich auf Robinson, um ihr über das Massaker von Acteal zu berichten, bei dem am 22.12.1997 45 ZivilistInnen von Paramilitärs umgebracht wurden.

Die "neue PRI"

Angesichts der sozialen Probleme scheint es wie ein Wunder, dass die abgewrackte PRI wie der Phönix aus der Asche emporsteigen kann. Doch Wunder gibt es nicht. Die Staatspartei hat es verstanden, sich mit dem raffinierten Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel aus dem reichhaltigen Arsenal ihrer Kontroll- und Manipulationsinstrumente vorübergehend zu stabilisieren. Zum ersten Mal seit Bestehen der Partei verzichtete Präsident Ernesto Zedillo darauf, per Fingerzeig ("dedazo") in einer einsamen Entscheidung seinen Nachfolger zu bestimmen. Bisher wurde der PRI-Kandidat ein halbes Jahr vor der Wahl durch den amtierenden Präsidenten fest gelegt. Die Wahlkampfzeit diente dazu, ihn dem Volk als patriotischsten aller Mexikaner und besten aller Familienväter schmackhaft zu machen. Mit dem Einsatz von Stimmenkauf war dann der eigentliche Wahlakt nur eine Art Initiationsritus eines bereits feststehenden zukünftigen Präsidenten.

Dieses Mal gab Zedillo dem Druck auf Demokratisierung nach und verzichtete auf den "dedazo". Statt dessen sollten Vorwahlen über den Kandidaten bestimmen. Die vier Konkurrenten lieferten sich eine wochenlange Schlammschlacht und bezichtigten sich gegenseitig des "Betrugs", "Stimmenkaufs" und der "Korruption", alles Vorwürfe, die normalerweise von der Opposition zu hören sind. Letztlich konnte sich mit Francisco Labastida der "Mann des Systems" klar durchsetzen. Die unterlegenen Kontrahenten haben ihre Vorwürfe vergessen und präsentieren sich in brüderlicher Umarmung vor den Fernsehkameras. Angeblich sollen etwa zehn Millionen MexikanerInnen an den Wahlen teilgenommen haben. Wie viel dafür ein paar Pesos oder Lebensmittel geschenkt bekommen haben ist unbekannt. Was bleibt ist der Eindruck, Labastida wäre ein demokratisch legitimierter Kandidat.

Labastida stand bei seiner Vorwahlkampagne mit 20 Millionen Dollar mehr Geld zur Verfügung als Bill Clinton bei den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA. Diese Summe dürfte er im nächsten halben Jahr vervielfachen können, wenn es um die wirkliche Macht geht. Dann werden auch wieder staatliche Kreditprogramme und Infrastrukturmaßnahmen politisch konditioniert werden. Das übliche Verfahren ist eine Art Tauschgeschäft nach dem Motto: "Gibst Du mir Deine Stimme, bekommst Du finanzielle Unterstützung". Da der Staatsapparat noch immer weitgehend von der PRI kontrolliert wird, entscheidet die Partei darüber wer wie viel Unterstützung bekommt, welche Schule renoviert wird und welche Agrargenossenschaft einen Kredit

erhält. Auf diese Weise lässt sich in einem Land, in dem die Mehrheit der Bevölkerung überlegen muss, wie sie am nächsten Tag das Essen organisieren kann, politische "Loyalität" herstellen.

Dissidente Bewegungen und Organisationen trifft dagegen der Repressionshammer. Und der schlägt, wie die Zahlen der PRD zeigen, nicht nur in Chiapas zu. Ein weiteres Beispiel ist die Situation in der Region Loxicha im südlichen Bundesstaat Oaxaca. In den etwa 20 Dörfern wohnen 30.000 Einwohner. Seit 1996 sind dort 40 Menschen von Todesschwadronen und Militärs ermordet worden. Der Grund ist, dass die regionalen Statthalter der PRI von der sich organisierenden Bauernbevölkerung vertrieben worden sind. Der Vorwand der Repression lautet, die Dörfer unterstützten die Guerillaorganisation Revolutionäres Volksheer (EPR). (La Jornada, 3.12.99) In weiten Teilen der südlichen Bundesstaaten, wo sich zahlreiche oppositionelle Bauernorganisationen herausgebildet haben, sieht es ähnlich aus, auch wenn Loxicha ein extremes Beispiels darstellt. Neben Zuckerbrot und Peitsche stehen der PRI auch die meisten Medien servil zur Seite und sorgen durch manipulative Berichterstattung für die Diskreditierung der Opposition und den Machterhalt der PRI.

Opposition im Parlament und außerhalb

Trotz alledem ist die Kontrolle der PRI über die Gesellschaft nicht mehr total. Seit Ende der 80er Jahre konnten sich neben den dissidenten sozialen Bewegungen auch zwei politische Oppositionsparteien konsolidieren. Die linksgerichtete PRD unter Führung ihrer Gallionsfigur Cuauhtemóc Cádenas und die konservativ-neoliberale Partei der Nationalen Aktion (PAN).

Die PRD entstand aus einer 1988 von Cárdenas angeführten Linksabspaltung der PRI, die sich mit der ehemaligen illegalen Kommunistischen Partei, linksradikalen Gruppen (hauptsächlich Trotzkisten und Maoisten) und sozialen Bewegungen fusioniert hat. Heute ist die PRD eine mehrheitlich sozialdemokratische Partei, die aber einem weitgefächerten Spektrum der Linken eine Heimat bietet. Ihr größter Erfolg war der Gewinn der Wahlen zum Bürgermeisteramt in Mexiko-Stadt am 6. Juli 1997. Doch genau dieser Erfolg macht das politische Problem der PRD deutlich: Wie kann in den Zeiten der leeren Kassen linke Kommunalpolitik aussehen?

Die Erfahrung der PRD ist, dass die Spielräume sehr eng begrenzt sind. Außer in der Bekämpfung der Korruption hat die Stadtverwaltung kaum entscheidende Fortschritte erzielt. Ihr politisches Projekt verfügt im Vorfeld der Wahlen über wenig Anziehungskraft. Dazu kommt, dass Cárdenas als Kandidat außer einen berühmten und beliebten Vater, der Ende der 30er Jahre Präsident war, keine besonderen Qualitäten mitbringt. Er ist weder intellektuell anziehend noch verfügt er über Redetalent.

Die konservative PAN speist sich aus dem Milieu katholischer Grufftis und des paranoiden Mittelstandes, der seine Existenz gefährdet sieht. Obwohl ihr Spitzenkandidat Vicente Fox sich von seiner angestaubten Truppe etwas distanziert und sich als wertkonservativer Modernisierer im "Laptop und Lederhosen"-Stil zu präsentieren versucht, ist es nahezu ausgeschlossen, dass die PAN eine Mobilisierungsfähigkeit entwickelt, die sie zum Wahlsieg führen könnte. Das Wirtschaftsprogramm der PAN stellt zudem keine Alternative zum Neoliberalismus der PRI dar.

Die parlamentarische Opposition stellt so keine glaubwürdige Alternative zur PRI dar und hat sich außerdem mit zahlreichen Korruptionsaffären selbst beschmutzt. Obwohl der Wahlslogan der ewigen Regierungspartei "Die neue PRI - noch näher bei Dir" für die meisten MexikanerInnen wie eine Drohung klingt, wird es der Opposition angesichts der finanziellen und organisatorischen Übermacht der PRI und ihrer eigenen politischen Schwäche schwer fallen, einen mobilisierenden Wahlkampf zu entwickeln.

Die wachsenden sozialen Widersprüche finden vor diesem Hintergrund ihren politischen Ausdruck daher momentan eher in der Entstehung außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen. Trotz zahlreicher Repressionsschläge und "Kriegsführung niederer Intensität" konnten sich neben der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) die EPR und die Revolutionäre Armee der Aufständischen Volkes (ERPI) als politisch-militärische Akteure auf lokaler Ebene etablieren. Insbesondere die ERPI, eine Abspaltung der EPR, die dieser Autoritarismus und eine verfehlte Taktik vorwirft, konnte im Bundesstaat Guerrero ihre Basis unter der verarmten Landbevölkerung verbreiten. Sie ist mittlerweile so stark, dass die PRD im Bundesstaat mit ihr offensichtlich ein taktisches Bündnis bei den letzten Gouverneurs- und Kommunalwahlen einging.

Von großer Bedeutung für die außerparlamentarische Opposition ist der seit beinahe acht Monaten anhaltende Streik der Studierenden an der größten Universität Lateinamerikas, der Unam in Mexiko-Stadt. In dieser vitalen Bewegung, die von einem harten Kern von mehrern tausend Jugendlichen getragen wird, kristalisiert sich der Protest einer Generation, die vom neoliberalen Modell zur Chancenlosigkeit verdammt wurde.

Die Streikenden kennen nur eine soziale Realität: Den kontinuierlichen Abstieg in Armut und Perspektivlosigkeit. Viele stammen aus Elternhäusern der Mittelschicht, die durch die Wirtschaftskrise 1994 finanziell ruiniert wurde. Sie sind in einer chaotischen, von Gewalt und sozialen Abgründen geprägten 22-Millionen-Metropole aufgewachsen und erkennen, dass sie wahrscheinlich niemals den Lebensstandard ihrer Eltern erreichen werden können. Enttäuscht von den antidemokratischen Strukturen auch der meisten linken Parteien und Organisationen optieren sie für einen radikalen basisdemokratischen Widerstand unter dem Porträt von Che Guevara und Subcomandante Marcos.

Auch wenn sich der PRInosaurier vorübergehend erholen konnte, ist ihm kein ewiges Leben beschieden. Davon sind zumindest die streikenden Jugendlichen der Unam überzeugt.

Boris Kanzleiter

Anmerkungen:

1) Boltvinik, Julio/ Enrique Hernández Laos: Pobreza y distribución del ingreso en México, México DF 1999.

2) Wannöffel, Manfred/ Reiner Hoffmann (Hg.): Soziale und ökologische Sackgassen der ökonomischer Globalisierung. Das Beispiel Nafta, Münster 1995

3) Nach einer unveröffentlichten Studie von Enrique de la Graza, Doktor der Arbeitssoziologie an der Universidad Auónoma Metropolitana (UAM) in Mexiko Stadt.

4) PRD (Hg.): Recuento Negro, México 1999.

20. EigentümerInnen der Armut im Aufstand. Landlose und Gewerkschaften machen in Brasilien mobil

Autor: de Souza Alves, Jörg Nowak · Rubrik: Brasilien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:16

Auf Druck des IWF wird derzeit in Brasilien ein einschneidendes Privatisierungsprogramm umgesetzt. Dagegen fanden in den letzten Monaten zahlreiche Aktionen statt, u.a. die bislang größte Demonstration in der Geschichte des Landes Ende August mit 100.000 TeilnehmerInnen und ein eintägiger Generalstreik Mitte November.

Der seit 1994 amtierende Präsident Fernando Henrique Cardoso (gemeinhin FHC genannt) von der Sozialdemokratischen Partei Brasiliens (PSDB) kündigte im Sommer dieses Jahres ein mit dem IWF ausgehandeltes Privatisierungsprogramm an, das die Entlassung von 150.000 BeamtInnen vorsieht. Die Verabschiedung dieses Programms ist die Voraussetzung neuer Kredite des IWF für Brasilien. Inzwischen hat der IWF wegen der "positiven Wirtschaftsentwicklung" seit Juli einen neuen Kredit in Höhe von 9,1 Mill. DM bewilligt.

Die Privatisierungen sind aktuell ein Hauptkritikpunkt der linken Opposition, vor allem des linken Gewerkschaftsdachverbandes Central Unica dos Trabalhadores (CUT).

Die Privatisierungspolitik, bei der viele Staatsunternehmen wie z.B. der Erdölkonzern PETROBRAS und die Telekom Brasilien (TELEBRAS) weit unter ihrem Marktwert verkauft wurden, hat die Popularität des Präsidenten auf einen neuen Tiefpunkt geführt: In Umfragen sprechen sich mittlerweile 60 Prozent der BrasilianerInnen gegen seine Politik aus. Der Präsidentschaftskandidat der Arbeiterpartei (PT) Inácio da Silva Lula liegt inzwischen mit 30 Prozent weit vor dem amtierenden Präsidenten. Der sich als brasilianischer Tony Blair gebende Ciro Gomez folgt mit 20 Prozent.

Politisch werden die Proteste gegen die Privatisierungspolitik der Regierung hauptsächlich von der CUT, der Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) und einzelnen Mitgliedern der linkssozialdemokratischen Arbeiterpartei getragen. Diese Kräfte der brasilianischen Linken stehen für unterschiedliche Positionen: Die CUT mit ihrer Massenbasis, die sich Anfang der 80er Jahre von einem Verband oppositioneller Gewerkschaftsgruppen zu einem gewerkschaftlichen Dachverband entwickelte, steht vor allem für soziale Gerechtigkeit und schwankt zwischen reformerischen und radikal-sozialistischen Forderungen. Die MST steht eher für radikale Aktionsformen und Strategien. Die einstmals radikale PT orientiert sich immer stärker am politischen Mainstream und sieht ihre Aufgabe darin, der allgemeinen Unzufriedenheit an den Wahlurnen Ausdruck zu verleihen.

Marsch auf die Hauptstadt

Im September, Oktober und November dieses Jahres verstärkten sich die Proteste und der Widerstand der MST. Die in der Endphase der Militärdiktatur 1984 im südlichen Bundesstaat Paraná entstandene MST versteht sich als "Gewerkschaft der LandarbeiterInnen". Mit damaliger Unterstützung von maßgeblichen Teilen der katholischen Kirche versucht der MST, den Kampf um Land hauptsächlich durch Besetzungen zu organisieren. So dringen immer wieder MST-AktivistInnen auf Fazendas ein, die im Rahmen der Agrarreform enteignet werden sollen, um die Enteignung zu beschleunigen.

Beispielsweise haben 450 Familien die Farm Palmeiras (13,5 Hektar) im Bundesstaat Goiás mittlerweile zum vierten Mal besetzt, um die schon seit 1997 offiziell geplante Enteignung zu beschleunigen bzw. endlich durchzusetzen. Angesichts einer drohenden Räumung durch die Polizei errichteten sie am 27. September eine Barrikade aus Sojasäcken und sieben Traktoren, bedeckten sie mit Stroh und drohten sie anzuzünden, falls die anwesenden Polizisten die Räumung beginnen würden. Die Aktivisten wurden wegen Besetzung, dem Töten von fünf Rindern (zum Eigenbedarf) und angeblichen Waldschäden, die sie auf der Fläche, die sie besetzen, anrichteten, angeklagt.

Existenziell betroffen von der Agrarpolitik des Präsidenten Cardoso, erhöhte sich in den letzten Monaten im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Privatisierungspolitik der Regierung auch die Mobilisierungskraft der Landlosenbewegung. Dabei ist zu beobachten, dass sich die MST-AktivistInnen dem gemeinsamen

Widerstand gegen die Regierung Cardoso anschlossen und bemüht sind, ihre Proteste mit dem sogenannten "Städtischen Kampf" zu koordinieren. Die politische Ausrichtung der Landlosenbewegung beschränkt sich zunehmend nicht mehr nur auf das Land. Es hat den Anschein, dass der MST bemüht ist, die traditionelle Spaltung der brasilianischen Linken und Basisbewegungen zwischen Stadt und Land aufzuheben. Neben den oft blutigen "Landschlachten" zwischen Landlosen und den berittenen paramilitärischen Einheiten der GroßgrundbesitzerInnen sind heute nicht nur die Aktionsorte, Aktionsformen und AktivistInnen, sondern auch die politischen Ziele des MST vielfältiger geworden.

Vom 26. Juli bis zum 7. Oktober sollte der bislang größte Protestmarsch der MST stattfinden. In regionalen Versammlungen hatten die Landlosen einen Marsch auf die Hauptstadt Brasilia beschlossen. Dieser Marcha Popular pelo Brasil hatte zwei Ziele: 1. In ihrem Aufruf verlangen die Landlosen das Ende der Zahlungen an den und der Verhandlungen mit dem IWF. 2. Auf die Regierung sollte der Druck erhöht werden, sofort mit den Ansiedlungsprogrammen und der Enteignung von brachliegenden Latifundien zu beginnen, also die seit Jahren versprochene Agrarreform endlich umzusetzen. In den fünf Jahren der Cardoso-Regierung ist von den versprochenen Familienansiedlungen bloß ein minimaler Bruchteil realisiert worden. Immer noch sind 46 Prozent der Agrarflächen in der Hand von einem Prozent der Bevölkerung, von diesen 400 Mio. Hektar wiederum sind 340 Mio. brachliegendes Land.

Über 1.000 Landlose zogen ab dem 26. Juli 74 Tage lang von Rio de Janeiro, wo eine Auftaktkundgebung stattfand, in die Hauptstadt Brasilia. Höhepunkt war dort die Kundgebung vor der brasilianischen Zentralbank. Die MST-AktivistInnen liefen rund 25 km am Tag Autobahnen entlang, abends fanden in kleinen Siedlungen jeweils Kundgebungen statt. Obwohl durch den Marsch kaum neue AktivistInnen hinzugewonnen werden konnten, ziehen die Organisatoren eine positive Bilanz. Die Aktion habe "zu einer engen Bindung und einem Solidaritätszuwachs unter den Marschierenden selbst" sowie "zur breiten Kenntnis der MST-Ziele in der Öffentlichkeit" geführt.

Im Zentrum von Brasilia, auf dem Vorplatz der Banco Central do Brasil, bei 35 Grad Hitze und im spärlichen Baumschatten versammelten sich am 7. Oktober rund 4.000 DemonstrantInnen. Aus dem Lautsprecherwagen schallte die Parole: "Fora, fora já daqui: O FHC e o FMI" (Raus, raus jetzt hier, mit dem Präsident FHC und dem IWF). Tags zuvor hatten vor dem Kongress, wo traditionell alle großen Demonstrationen in Brasilia enden, 10.000 LehrerInnen des staatlichen Bildungssektors unter einem gemeinsamen Aufruf von CUT und MST protestiert. Im Gegensatz zu diesem Versammlungsort wählte die MST bewusst die Zentralbank als Endpunkt des Marsches, da dort jeweils die IWF-Spitzen mit der Regierung verhandeln. Der regionale Koordinator der MST-Santa Catarina "Parafuso" (Schraube) begründete es so: "Wir wollten unsere Kundgebung genau hier haben - auf dem Vorplatz der Zentralbank Brasiliens und nicht vor dem Kongress, weil wir ganz genau wissen, dass in diesem Land FHC nichts zu sagen hat, sondern der IWF - sie regieren unser Land, der Präsident ist nur eine Marionette."

Auf der Abschlusskundgebung rief der MST-Vorsitzende Joao Pedro Stédile u.a. zu Blockaden und zur Zerstörung von Autobahnzahlstellen sowie zur Besetzung von Latifundien auf. Dies brachte ihm die bis heute anhängige Klage wegen Aufruf zum Vandalismus ein. Der Erziehungsminister Paulo Renato Souza bezeichnete angesichts dieser Äußerungen die MST als "eine anti-demokratische Bewegung" (Folha de Sao Paulo, 09.10.99). Auch der Vorsitzende der PT, José Genuíno, distanzierte sich sofort. Durch solche Äußerungen "isoliere" sich der MST, da "sowohl die Parlamentarier als auch die Bevölkerung" Vandalismus nicht tolerieren würden.

Mitte November erzielte die Landlosenbewegung trotz dieser Anfeindungen einen großen Erfolg. Am 12. November begannen MST-AktivistInnen mit der Belagerung des 1.300 Hektar großen Grundbesitzes des Präsidenten Fernando Henrique Cardoso. 200 DemonstrantInnen blockierten den Eingang von dessen Farm und plünderten einen Lastwagen, der Teile der Sojaernte geladen hatte. Ihnen standen 250 PolizistInnen mit Hunden und Waffen und 10 Elite-Agenten entgegen. Das ganze Unternehmen war eine symbolische Aktion, die vor allem große Resonanz in den Medien hatte und dazu führte, dass die Regierung ein neues Verhandlungsangebot über die Situation der Landlosen und die Agrarreform unterbreitete. Der Landwirtschaftsminister Raul Jungmann gab sogar die konkrete Zusage, dass jede schon im Zuge der Agrarreform angesiedelte Familie einen Kredit in Höhe von 2.000 DM erhalte.

Der Generalstreik am 10. November

Der Gewerkschaftsdachverband CUT mobilisierte nach dem Erfolg der Massendemonstration im August für einen Generalstreik und Protesttag am 10. November. Den ganzen Oktober hindurch streikten im wöchentlichen Wechsel die AutomobilarbeiterInnen in fünf Bundesstaaten jeweils für einen Tag bei FIAT, Mercedes, Volkswagen, Ford, General Motors, Renault und Audi. Hierbei kam es teilweise zu Auseinandersetzungen mit Polizei und Werkschutz. Im Oktober gab es ebenso Warnstreiks der Bankangestellten verschiedener Banken.

Der Generalstreik sollte, wie die CUT es formulierte, auf Konfrontation und nicht auf Verhandlungen ausgerichtet sein. Es ging darum, möglichst viele Menschen gegen die Regierungspolitik, also gegen den Ausverkauf der profitträchtigen Infrastruktur des Landes an das multinationale Kapital und für eine Erhöhung des Lebensstandards der breiten Masse, zu Aktionen zu bewegen.

Geplant wurden vor allem lokale Demonstrationen, Straßenblockaden und die zeitweilige oder völlige Arbeitsniederlegung in Betrieben.

In der Begründung zum Generalstreik fand sich wie bei der MST an erster Stelle die Forderung an die Regierung, die Zahlungen an den IWF einzustellen. Zentrale Forderungen waren weiterhin: die Einführung der 36-Stunden-Woche (gegenüber einer üblichen 42-45-Stundenwoche), eine allgemeine Lohnerhöhung um zehn Prozent und die Erhöhung des Mindesteinkommens von ca. 130 DM auf 180 DM.

Doch auch allgemeine politische Forderungen wie die nach einer wirksamen Agrarreform, nach Erhaltung und Ausbau des maroden öffentlichen Schul- und Gesundheitssystems, dem Erhalt der Rente und der Chancengleichheit von Schwarzen, Frauen, Behinderten und MigrantInnen waren Bestandteil des Aufrufs zum Streik- und Protesttag.

Insgesamt haben 1,5 Millionen Menschen am Generalstreik teilgenommen, vor allem die Bankangestellten, AutomobilarbeiterInnen, die Beschäftigten in der Ölindustrie und im Öffentlichen Dienst, ProfessorInnen und StudentInnen sowie die TransportarbeiterInnen bei Metro und Omnibussen.

In der 18-Millionen-Metropole Sao Paulo bildete sich auf Grund der Proteste ein 92 Kilometer langer Stau, 1 Million Arbeitende kamen wegen des Verkehrschaos verspätet zur Arbeit. An der dortigen Universität beteiligten sich einige hundert ProfessorInnen und StudentInnen an einer Demonstration auf dem Campus, bei der zwei Autos angezündet wurden.

Am Tag des Generalstreiks gab es aber nicht nur Arbeitsniederlegungen, sondern auch vielfältige Protestaktionen, an denen sich auch der MST beteiligte. MST-AktivistInnen blockierten hauptsächlich die "Pedágios" (Autobahnzahlstellen). Zeitweilig besetzt sie sie oder zündeten sie teilweise an. Sie protestierten damit am Beispiel der Autobahnen gegen die extreme Privatisierungswelle. Am selben Vormittag sperrten sie auch wichtige Autobahnstrecken und -brücken.

Auf der nationalen Konferenz der CUT vom 16. bis 19. November in Belo Horizonte wurde die Fortsetzung der Proteste beschlossen. Falls die ArbeitgeberInnen bis dahin keine höheren Angebote vorlegen, soll am 8. Dezember ein weiterer Generalstreik folgen.

An Wunder glaubt niemand

Die Cardoso-Regierung war in den letzten Monaten angesichts der Massenproteste und der im nächsten Jahr anstehenden Parlamentswahlen bemüht, selbst das Thema Armut und soziale Ungleichheit aufzugreifen. Das Thema beherrscht auf einmal das Parlament, beschäftigt die Parteien und die Medien. Ganz so als ob plötzlich die ParlamentarierInnen entdeckt hätten, dass sich 40 Millionen BrasilianerInnen in Armut befinden.

Anfang August kündigte der Senatsvorsitzende Antonio Carlos Magalhaes ein Projekt zur Beseitigung der Armut an. Das Wunder des Wohlstandes, so der Senator, soll in 10 Jahren erreicht werden. Es reicht ein Blick auf die direkte Nachbarschaft des Kongresses, um die selbst um das Machtzentrum des Landes existierende Armut zu sehen. Kinder, die nach Kleingeld fragen, sind ein gewohntes Bild auf den Parkplätzen des Kongresses und der Ministerien. Entlang der Esplanada dos Ministérios drängen sich StraßenverkäuferInnen, die Zigaretten, Eis, Telefonkarten und andere Kurzwaren anbieten. Im hinteren Teil der Regierungsgebäude wühlen MüllsammlerInnen in den Containern, um wiederverwendbares Material an die Recyclingindustrie zu verkaufen.

Selbst eine Favela mit 80 Menschen befindet sich in weniger als 500 Meter Entfernung vom Präsidentenpalast. Einer der Bewohner dort, Dalvino Jesus Leite, 25 Jahre, 5 Kinder, ist vor 3 Jahren von Bahia im Nordosten Brasiliens auf der Suche nach einem Job in die Hauptstadt ausgewandert. Gefragt, was er vom neuen Armutsprojekt der Regierung erwarte, antwortete er: "Nee, ich erwarte nichts davon ... Ich sammle weiter Papier, mit diesen 100 Reais (100 DM) im Monat kann ich auskommen. Zurückkehren nach Bahia würde ich niemals. Außer wenn sie mir ein Stück Land zum Ernten gäben. In Bahia zu sein, bedeutet, an Hunger zu sterben."

de Souza Alves, Jörg Nowak

21. Keine Integration in die zivile Gesellschaft. Interview mit ELN-Sprecher Pablo Beltrán über die Zukunft der Guerilla

Interview mit ELN-Vertreter Pablo Beltrán über die Zukunft der Guerilla

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:42

Pablo Beltrán ist Sprecher der kolumbianischen Guerillabewegung Ejército de Liberacion Nacional (ELN) und gilt als einer der Köpfe des politischen Arms der Organisation, die nach eigenen Angaben etwa 8000 KämpferInnen unter Waffen hat. Nach mehr als einem Jahr Stillstand finden seit Ende Oktober in Kuba und Venezuela wieder Gespräche zwischen der kolumbianischen Regierung unter dem konservativen Präsidenten Andrés Pastrana und der ELN statt. Das folgende Interview mit Beltrán wurde Mitte November in der venezolanischen Hauptstadt Caracas von der oppositionellen Nachrichtenagentur Sistema Informativo Patria Libre - Colombia Popular geführt.

Sie kommen gerade von einem Treffen mit der kolumbianischen Regierung in Havanna. Wie sind die Gespräche verlaufen?

Wir haben erneut über die Räumung eines Gebietes durch die kolumbianische Armee gesprochen und dabei mit der Regierung vier Orte in Erwägung gezogen, die in den Kerngebieten der ELN liegen. Wir hoffen, dass wir bald in einer dieser Zonen eine Nationalkonvention einberufen und den offiziellen Dialog mit der Regierung eröffnen können.

Wer soll an der Nationalkonvention teilnehmen und welche Erwartungen sind damit verbunden?

Die Konvention soll eine Zusammenkunft mit Vertretern aller wichtigen gesellschaftlichen Sektoren sein: Dazu gehören Volksbewegungen, Kooperativisten, Akademiker, Studenten und Indígenas, aber auch Vertreter der Universitäten, der Unternehmerschaft und der Kirchen. Deren Aufgabe wird es sein, stellvertretend die Positionen der Bevölkerung zur Krise in Kolumbien zusammenzutragen und Vorschläge für eine politische Lösung zu machen. Diese Vorschläge werden Richtlinien für die Verhandlungen zwischen der Guerilla und dem Staat darstellen. Die Konvention ist also ein Forum, in dem die Gesellschaft Mitsprache- und Entscheidungsrecht erhält. So sollen sich neue, oppositionelle Bewegungen herausbilden können, die auf Grund des paramilitärischen Terrors heute nicht mehr existieren.

Sie haben in Havanna nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit verschiedenen der erwähnten gesellschaftlichen Sektoren gesprochen. Welche Ergebnisse hatten diese Kontakte?

Es herrschte grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die Gesellschaft zum Protagonisten im kolumbianischen Friedensprozess werden muss. Ohne ihre Stimme gibt es keinen Ausweg aus der Krise, weil in Kolumbien keine legale Opposition existiert. Der schmutzige Krieg hat die sozialen Organisationen vernichtet. Eine politische Lösung kann es nur geben, wenn sich wieder eine Opposition formieren und artikulieren kann.

Von außen betrachtet, scheint es nicht besonders realistisch zu sein, dass die Nationalkonvention tatsächlich durchgeführt wird.

Ich glaube, es gibt gute Chancen. Ein Teil der nationalen Eliten will eine politische Lösung. Wenn die Gespräche weitergehen, werden wir bald die Räumung eines Gebiets vereinbaren. Wenn der Dialog hingegen abgebrochen wird, müssen wir über einen anderen Ort für die geplante Nationalkonvention nachdenken. Das könnte zum Beispiel Venezuela sein.

Seit der Vereinbarung im deutschen Kloster Himmelspforten vor eineinhalb Jahren, streitet die ELN mit der Regierung um die entmilitarisierte Zone. Warum ist die Räumung eines Gebiets durch die Armee für Friedensgespräche so wichtig?

Der Friedensprozess braucht einen sicheren Ort, wo niemand fürchten muss, seine Meinung zu äußern, anders als im Rest des Landes, wo jede soziale und politische Opposition brutal unterdrückt wird. Um diesen sicheren Ort zu garantieren, ist es jedoch notwendig, dass sich die Armee zurückzieht.

Was meinen Sie zu der Kritik, dass die Übergabe einer solchen Zone lediglich dazu dienen würde, die Guerilla militärisch zu stärken?

Wozu ist eine entmilitarisierte Zone da? Es ist eine Region, in der die Guerilla die Streitkräfte stellt, eine Zivilpolizei unter Kontrolle der Bürgermeister aufgebaut wird und alle anderen staatlichen Institutionen, beispielsweise Justiz und Gemeindeverwaltungen, weiter existieren. Die Guerilla garantiert die Sicherheit, sie ist aber nicht die politische und juristische Entscheidungsträgerin. Es wäre sozusagen eine Form von Ko-Regierung.

Wird es im Falle einer Vereinbarung zur Räumung auch einen Waffenstillstand und ein Ende der Entführungen geben?

Ob und wann es einen Waffenstillstand gibt, ist Thema der Verhandlungen, d. h. es wird auf die Tagesordnung gesetzt und dann verhandelt werden. Die Einstellung der Kampfhandlungen, die wir mit der Regierung vereinbaren wollen, bezieht sich nur auf die von der Armee geräumte Zone, wo die Nationalkonvention stattfindet. Beide Seiten haben ausdrücklich akzeptiert, dass der Dialog trotz des bewaffneten Konflikts geführt wird.

Präsident Pastrana hat der ELN und der zweiten kolumbianischen Guerilla-Organisation, den FARC (Fuerzas Armadas Rebeldes de Colombia) einen Waffenstillstand zu Weihnachten vorgeschlagen. Wird die ELN darauf eingehen?

Der Vorschlag ist von der Regierung als "gute Neuigkeit" für die Kolumbianer verkauft worden. Aber ich glaube, dass es andere "gute Neuigkeiten" geben könnte. Der Konflikt in Kolumbien ist nicht nur ein militärischer, er ist vor allem ein sozialer, der brutale Formen angenommen hat. Wenn die Regierung gleichzeitig verkündet, dass es nächstes Jahr keine Lohnerhöhungen gibt, ist das sicherlich auch keine Nachricht, um die Bevölkerung zu erfreuen. Wir wären schon für einen Waffenstillstand zu haben, allerdings muss es dann zeitgleich auch einen sozialen Waffenstillstand geben, also Maßnahmen, die den Konflikt für die Bevölkerungsmehrheit entschärfen. (Wenige Tage später kündigte die ELN an, dem "weihnachtlichen Waffenstillstand" zuzustimmen, wenn die Regierung ihrerseits die Benzinpreise einfriert; Anm. d. Verf.)

Was würde die ELN am Verhandlungstisch preisgeben, um einen Frieden im Land zu ermöglichen?

Wir bemühen uns nach Kräften, dass es einen Frieden von allen und für alle gibt, eine von der gesamten Bevölkerung getragene Lösung, ohne dass die Guerilla verschwinden müsste. Wenn es eine Räumung der Gebiete gibt, werden Entführungen sicherlich schneller gelöst werden, militärische Operationen weniger aggressiv verlaufen. Das heißt jedoch nicht, dass die Guerilla keine bewaffneten Aktionen mehr durchführen wird. Frühere Verhandlungsprozesse haben gezeigt, dass der Staat die Transformation der Gesellschaft ohne alternative soziale und politische Bewegungen durchsetzen will. Das werden wir nicht zulassen.

Ihr Ziel ist also nicht die "Wiedereingliederung" in die zivile Gesellschaft?

Nein. Nach unserem Friedenskonzept bleibt die Guerilla bestehen und ist Teil der Lösung. Wir wollen mit der Konvention dazu beitragen, dass eine politische Alternative zu den traditionellen Eliten entsteht. Aber das heißt nicht, dass die gesamte Guerillabewegung in einer politischen Partei aufgeht. Das alte Problem in Kolumbien ist doch, dass ein Friedensabkommen unterzeichnet und eine sehr schöne Verfassung verabschiedet wird, aber dann niemand da ist, der darauf dringt, dass die Veränderungen auch umgesetzt werden. Es braucht eine breite Opposition. Warum die Guerilla nicht zu dieser Opposition wird? Sehen Sie sich an, was der Unión Patriótica (UP; eine aus einem breiten linken Bündnis hervorgegangene Partei; Anm. d. Verf.) in den 80er Jahren passiert ist: 3500 Aktivisten sind in drei Jahren ermordet worden. Heute wird ihnen jeder Guerillero das Gleiche sagen: "In eine oppositionelle Partei eintreten? Ich bin doch nicht lebensmüde!"

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez hat sich im kolumbianischen Friedensprozess stark engagiert und ist dabei einige Risiken eingegangen. Kolumbianische Paramilitärs haben ihn mit dem Tode bedroht, die USA würden ihn sicherlich gerne beseitigen. Halten Sie Chávez für einen Verbündeten?

Chávez hat gesagt, dass der Frieden Venezuelas von dem in Kolumbien abhängt. Er hat sich gegen eine militärische Intervention stark gemacht und politische Initiativen unterstützt. Das war in unseren Augen sehr positiv.

Was sagen Sie zu dem Vorschlag von Chávez, eine NATO der lateinamerikanischen Andenstaaten zu gründen?

Ich glaube, dass Chávez tief im bolivarianischen Denken verwurzelt ist. Das heißt, er ist für die politische und wirtschaftliche Integration unserer Länder und in dieser Hinsicht ist er auch für eine Art militärischer Zusammenarbeit, die zur Verteidigung gegenüber einer Einmischung von außen und nicht als offensives Element dienen würde.

Im April, Mai und Juni führte die ELN mehrere spektakuläre Aktionen durch. Sie kaperte einen Inland-Linienflug, brachte mehr als 100 Menschen in einem Reichenviertel Calis in ihre Gewalt und entführte einige Sportangler, darunter auch einen hochrangigen Politiker. Wenn gleichzeitig verhandelt werden soll, kann man doch nicht solche Aktionen durchführen. Auf internationalem Parkett hat es starke Kritik an der ELN gegeben.

Das ist richtig. Aber diese Aktionen waren nicht wahllos. In Cali handelte es sich um die reichste Kirche der Stadt. Wir haben natürlich Fehler begangen, so war es z. B. falsch, eine Messe zu unterbrechen. Das ist respektlos.

... wenn die Entführung nach der Messe stattgefunden hätte, hätten sich die Leute dann respektiert gefühlt?

Dann wäre es zumindest eine andere Kategorie gewesen. In Kolumbien werden Menschenrechtsverletzungen jeder Art begangen. Bauern werden von Paramilitärs mit der Motorsäge zerstückelt, es werden brutale Massaker und systematische Folterungen verübt. Dieser Krieg ist ausgesprochen grausam. Der entscheidende Punkt besteht darin, keine unangemessenen Mittel zu verwenden und bestimmte Regeln einzuhalten.

Außerdem haben wir mit den Aktionen zwei zentrale Botschaften hinterlassen: Erstens, dass die Reichen eine Verschärfung des Krieges in Kolumbien teuer bezahlen werden, denn die Aktionen richteten sich gegen sehr exklusive Bevölkerungsgruppen. Und zweitens, dass der Krieg in Kolumbien auch in den Städten zu spüren sein wird, nicht wie bisher, wo einerseits Bauernguerilleros und andererseits Bauernsoldaten sterben.

Im Kongress von Panama ist dieser Tage verlangt worden, die Beziehungen zu Kolumbien wegen der ständigen Grenzverletzungen abzubrechen. Wie sehen Sie das?

Der Hintergrund dieser Forderung war die Entführung eines panamesischen Helikopters. Verantwortlich für diese Aktion waren nicht Guerilleros, wie in den Medien zunächst behauptet wurde, sondern ultrarechte, proamerikanische Milizen aus Kolumbien. Wenn die Regierung von Panama wegen der Destabilisierung ihrer Grenzen die Beziehungen zu irgendeinem Land abbrechen will, dann sollte sie die diplomatischen Verbindungen zu den USA kappen, denn die sind es, die im Augenblick die Grenzen Kolumbiens zu destabilisieren versuchen.

Ein Sprecher der FARC erklärte kürzlich, an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze seien Agenten von CIA und FBI aktiv. Was wissen Sie darüber?

US-amerikanisches Personal, die US-Luftwaffe und US-amerikanische Technologie sind längst Teil des kolumbianischen Konflikts, und zwar nicht nur an der Grenze, sondern im ganzen Land. Sie nehmen direkt an Counterguerilla-Aktionen teil. Der US-Kongress hat Militärhilfe für Anti-Drogenoperationen zur Verfügung gestellt, aber de facto handelt es sich um Gelder für die Aufstandsbekämpfung.

... also gibt es doch bereits eine militärische Intervention seitens der USA?

Wenn ich gefragt werde, ob ich eine US-Invasion für realistisch halte, muss ich immer lachen. Sie hat längst begonnen. Als die Guerilla vor einigen Monaten mehrere Ortschaften besetzte, wurde ein Großteil des logistischen Apparats der Armee von den USA geleitet. Die elektronische Erfassung, die Ortung der Guerilla-Einheiten, das alles haben längst die US-Air Force und ihre Spionagesatelliten übernommen. Und die Vorbereitungen gehen weiter. Die Howard-Base in Panama, früher der wichtigste Stützpunkt der US-Kommandos Süd, ist dreigeteilt worden. Ein Teil wurde auf die Karibikinseln Aruba und Curaçao verlegt (die unter niederländischer Verwaltung stehen; Anm. d. Verf.), ein zweiter nach Manta (Ecuador) und ein dritter nach Zentralamerika. Von dort wird die elektronische Kriegführung koordiniert. In El Salvador betrug die US-Militärhilfe eine Million Dollar täglich, in Kolumbien sind es heute zwei Millionen und die Armee hofft, dass

es bald drei Millionen sein werden. Wir zählen inzwischen mindestens 300, wahrscheinlich sogar 1000 US-Militärberater, ein erheblicher Teil des Botschaftspersonals ist mit Geheimdienstaufgaben beauftragt. Es handelt sich also um eine brutale Eskalation.

Wie wird sich das Panorama weiterentwickeln. Kann die kolumbianische Guerilla die häufig als "demoralisiert" bezeichnete kolumbianische Armee schlagen?

Die Guerilla wächst, und die USA setzen vor diesem Hintergrund alles daran, die kolumbianische Armee umzustrukturieren. Wenn das nicht funktioniert, werden sie Interventionstruppen aus den Nachbarländern mobilisieren. Und wenn auch das scheitert, werden die USA selbst in Kolumbien eingreifen. Es gibt also drei Pläne und an allen wird gearbeitet.

amnesty international (ai) hat darauf verwiesen, dass Armee und Paramilitärs gemeinsam vorgehen, und deswegen die USA aufgefordert, ihre Militärhilfe einzustellen. Was meinen Sie dazu?

ai sagt die Wahrheit. Ich würde diese "rechtsradikalen Milizen", wie sie die Regierung nennt, als "rechtsradikale, pro-US-amerikanische Milizen" bezeichnen. In dieser Hinsicht ist die Forderung von Amnesty korrekt: Man sollte keine Forderungen an die kolumbianischen Paramilitärs stellen, sondern direkt an die Regierung der USA.

Was ist im Augenblick das größte Hindernis für den Verhandlungsprozess?

Auf die Pastrana-Regierung wird im Augenblick massiver Druck ausgeübt, kein zweites Gebiet zu räumen. (1) Wenn die Regierung diesem Druck nichts entgegensetzt, wird es keine Verhandlungen mit dem Staat geben. Was die Gegner des Friedensprozesses betrifft, so gibt es viele Leute, die keine weiteren Gespräche wollen: die Rechtsradikalen im US-Kongress, die zur Republikanischen Partei gehören, Teile des Pentagon und der CIA sowie die kolumbianische Ultrarechte und zahlreiche Militärs.

Zuletzt gab es in Kolumbien Massendemonstrationen von Millionen von Menschen, die ein Ende der Gewalt gefordert haben. Das richtete sich auch gegen Sie.

Wir glauben, dass die Friedensdemonstrationen einen sehr positiven Aspekt hatten, und zwar die Tatsache, dass sich immer mehr Kolumbianer aktiv an der Suche nach Frieden beteiligen. Für negativ halten wir hingegen, dass die vorgetragene Friedensrhetorik nur einen kleinen Teil des Konflikts berührt. Es wird so getan, als ob die Krise Kolumbiens Folge des bewaffneten Konflikts sei und nicht umgekehrt der bewaffnete Konflikt eine Reaktion auf die soziale Krise. Damit wird das Problem vereinfacht, und es kommt letztlich nicht wirklich zum Frieden.

Anmerkung:

1) Ein Gebiet von der Größe der Schweiz wurde bereits Ende letzten Jahres für Gespräche mit den FARC von der kolumbianischen Armee geräumt.

22. "DaimlerChrysler rotiert". Interview mit Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck

Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:45

Eine Recherchereise brachte neue Informationen über die verschwundenen Betriebsräte von Mercedes-Benz in Argentinien.

Am 10. Dezember trat in Argentinien mit dem sozialdemokratisch orientierten Bündnis Alianza eine neue Regierung unter Fernando de la Rua als Präsident ins Amt. Obwohl de la Rua Anfang November die Vollstreckung der kurz zuvor von der spanischen Justiz erlassenen internationalen Haftbefehle gegen 98 argentinische Ex-Juntageneräle abgelehnt hatte, sind in der neuen Regierungskoalition erstmals wieder Kräfte vertreten, die eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen unter der Diktatur (1976-1983) und eine Abschaffung der Amnestiegesetze für die verantwortlichen Generäle von 1986 und 1989/1990 fordern, ein Erbe der konservativen Regierung unter Carlos Menem. Auf Dauer wird der neue Präsident die Forderungen der Menschenrechtsgruppen nicht so leicht vom Tisch wischen können wie Menem, denn de la Ruas Basis lebt vor allem im Großraum Buenos Aires - dort wo die Menschenrechtsorganisationen am stärksten sind.

Nahezu 30.000 Menschen fielen der Repression des Militärregimes zum Opfer. Verfolgt wurden nicht nur die bewaffneten Bewegungen wie die Guerillaorganisation Montoneros, sondern jegliche politische und soziale Opposition, darunter auch die erstarkte unabhängige Gewerkschaftbewegung. Die Betriebsleitungen vieler internationaler Unternehmen kollaborierten mit dem Regime, um unbequeme Gewerkschafter loszuwerden. Besonders verfolgt wurden zudem PolitaktivistInnen jüdischen Ursprungs.

Nicht nur in Spanien und Frankreich, sondern auch in der Bundesrepublik strengen Juristen und Menschenrechtsorganisationen Strafverfahren gegen argentinische Militärs wegen der Ermordung von europäischen Staatsbürgern an. Im September wurde erstmals gegen ein deutsches Unternehmen Anzeige wegen mutmaßlicher Verstrickung in Menschenrechtsverletzungen während des Militärregimes in Argentinien erstattet. Der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der auch fünf Angehörige von deutsch-jüdischen "Verschwundenen" vertritt, reichte vor der Berliner Staatsanwaltschaft Anzeige gegen den Deutsch-Argentinier Juan T., in den 70er Jahren Werksleiter der Mercedes-Benz-Niederlassung in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires sowie gegen die Ex-Diktatoren Emilio Massera und Jorge Videla ein. Der Vorwurf lautet: Beteiligung an Verschleppung und Ermordung von mindestens acht - wahrscheinlich an die 20 - linken Betriebsräten aus dem Mercedes-Benz-Werk zwischen April 1976 und August 1977. (siehe auch ak 431)

Im Oktober reiste Kaleck nach Argentinien, um weitere Recherchen anzustellen. Der Hauptzeuge Hector Ratto, einer der wenigen überlebenden Betriebsräte von damals, sagte bereits 1985 in einem der ersten großen Prozesse gegen südamerikanische Militärs vor einem zivilen Gericht gegen die argentinischen Junta-Chefs aus und belastete auch T. schwer. Gegenüber Kaleck und dem ARD-Morgenmagazin vom 15. Oktober wiederholte und präzisierte er seine Aussagen vor allem in Bezug auf T., dem er konkret vorwirft, Namen und Adressen aktiver Gewerkschafter an die argentinischen Sicherheitskräfte weitergegeben zu haben. Außerdem erklärte sich Ratto bereit, zu einer Zeugenvernehmung in der deutschen Botschaft zu erscheinen, und beauftragte Kaleck mit der Wahrnehmung seiner Interessen.

T. hingegen, der nach wie vor eine leitende Funktion in der Mercedes-Zentrale in Buenos Aires inne hat, konnte von Medienvertretern aus der Bundesrepublik und Argentinien nicht angetroffen werden. Er sei unbefristet beurlaubt, hieß es aus der Unternehmenszentrale, deren einziges Statement zu den Vorwürfen bisher "Unhaltbarkeit der Anzeige" lautete. Derzeit wird die Anzeige gegen Mercedes-Benz, ergänzt durch die Ergebnisse der Recherchereise, vom Bundesgerichtshof geprüft. Das folgende Interview mit Wolfgang Kaleck entstand im November, kurz nach seiner Rückkehr aus Argentinien.

Juristisch war Ihre Reise nach Argentinien offensichtlich ein Erfolg. Wie be-werten Sie die Ergebnisse der Reise politisch?

Zunächst einmal scheint Mercedes-Benz, heute DaimlerChrysler, durch die Anzeige, die öffentliche Aussage gegen das Unternehmen von Ratto im Ersten Deutschen Fernsehen und unsere Recherchereise etwas ins Rotieren gekommen zu sein, sonst hätten sie nicht T. von der Bildfläche verschwinden lassen.

Fast jeder in Argentinien weiß, dass während der Militärdiktatur aus den Werksniederlassungen nationaler und internationaler Wirtschaftunternehmen Betriebsräte verschwunden sind. Insofern haben wir der Menschenrechtsbewegung dort nichts Neues erzählt. Wir haben allerdings bekannt gemacht, dass 23 Jahre nach den Vorfällen gegen leitende Angestellte von Mercedes-Benz in der Bundesrepublik ermittelt wird. Das hat die Menschenrechtsgruppen sehr motiviert und wir sind in diesen Kreisen überall auf reges Interesse an einer Zusammenarbeit gestoßen. Politisch geht es uns nicht darum, Einzelpersonen zu verfolgen, sondern darum, politische Zusammenhänge aufzuzeigen, die zu Menschenrechtsverletzungen führten.

Anfang der 70er Jahre entstand neben anderen sehr einflussreichen sozialen Bewegungen auch eine starke unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Die meisten dieser Betriebsräte betätigten sich politisch nicht außerhalb ihres Arbeitsplatzes. Trotzdem wurden sie von den Sicherheitskräften der Diktatur verfolgt, verschleppt und ermordet, weshalb man davon ausgehen muss, dass es den Militärs vor allem auch um bessere Verwertungsbedingungen für das nationale und insbesondere für das internationale Kapital ging. Die gesamte argentinische Arbeiterbewegung wurde damals geköpft. Nachdem gleich in den ersten Jahren der Diktatur die unabhängigen Betriebsräte zerschlagen und Massenentlassungen durchgesetzt waren, stieg die Produktivität der argentinischen Wirtschaft stark an, während der Reallohn der Arbeiter sank.

Ein weiteres sehr wichtiges politisches Ergebnis unserer Reise war, dass deutsche Menschenrechts- und Juristengruppen mit den entsprechenden Gruppen in Argentinien kollaborieren müssen, damit wird die Verfahren gegen argentinische Militärs effektiv führen können. Deshalb haben wir unser weiteres Vorgehen mit argentinischen Juristen und Menschenrechtsgruppierungen abgesprochen.

Klar geworden ist uns bei den Gesprächen auch, dass in Argentinien keine Ruhe herrscht. Nach der ersten großen Prozesswelle Mitte der 80er Jahre, die auch einige der führenden Diktaturschergen hinter Gitter brachte, hat es zwar eine Zeit der relativen Ruhe auf juristischer Ebene gegeben, aber 1986 und 1989/1990 wurden eine ganze Reihe Amnestiegesetze erlassen und die Ermittlungen sind allesamt eingeschlafen. Die Menschenrechtsorganisationen verloren daraufhin vorübergehend den Mut, weiter an der Aufklärung der Diktaturverbrechen zu arbeiten. Durch die Strafanzeigen der ver-gang-en-en Jahre gegen argentinische Militärs in Europa hat die Bewegung in Argentinien wieder Auftrieb bekommen. Die Juristen der Menschenrechtsorganisationen haben eine ganze Reihe von Schlupflöchern gefunden, wie man die Militärs auch in Argentinien selbst wieder juristisch belangen kann. An erster Stelle sind die Prozesse wegen der Entführung von Kindern Oppositioneller durch die Militärs zu nennen, Verbrechen, die nicht unter die Amnestiegesetze fallen. Einige hochdekorierte Militärs, darunter auch der ehemalige Junta-Chef Jorge Videla, sind dafür inhaftiert oder unter Hausarrest gestellt worden.

Zudem sind in den größeren Provinzgerichten hunderte von Akten, die Fälle von Folterung und "Verschwindenlassen" belegen, wieder für Ermittlungen geöffnet worden. Derzeit finden in großem Umfang Anhörungen von überlebenden Diktaturopfern statt (Anfang Dezember meldete die FAZ, dass auf Grund der Ermittlungen vor Provinzgerichten die Identität von mehr als 100 "Verschwundenen" geklärt werden konnte; Anm. d. Verf.).

Sie erwähnten vorhin die Bildung unabhängiger Gewerkschaften Anfang der 70er Jahre. Was unterschied diese Betriebsräte von den traditionellen argentinischen Gewerkschaften?

Die offiziellen oder "gelben Gewerkschaften" wurden damals sehr stark von den "Peronisten" (1) dominiert und hatten sich zu einem ziemlich korrupten Gewerkschaftsapparat entwickelt, der die Kollaboration mit den Arbeitgebern praktizierte und von den Militärs kontrolliert wurde. Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gründeten sich deshalb um den Industriegürtel von Buenos Aires herum von den Arbeitern gewählte, unabhängige Betriebsräte, die deren Interessen glaubwürdiger vertraten.

Vor allem die offizielle Gewerkschaft der Autoarbeiter aber griff die unabhängigen Betriebsräte massiv mit politischen und polizeilichen Maßnahmen an. Die Betriebsleitungen der Automobilunternehmen weigerten sich ihrerseits, mit den Vertretern der unabhängigen Gewerkschaften zu sprechen. Erst als in den großen Betrieben Streiks durchgeführt wurden, akzeptierten die Unternehmen die linken Arbeitervertretungen.

Können Sie eine Einschätzung darüber geben, wie weit die Zusammenarbeit zwischen südamerikanischen Militärregimes und den transnationalen Automobilkonzernen bei der Verfolgung politisch aktiver Arbeiter ging?

Der Schluss liegt mehr als nahe, dass die Militärs nicht ohne Hinweise der jeweiligen Unternehmensleitungen die Namen und Wohnorte der unabhängigen Betriebsräte erfahren konnten, da diese Betriebsräte zum großen Teil nicht außerhalb der Fabrik politisch aktiv waren. Ford war sicherlich noch eine Spur schamloser als Mercedes, ließ offen Verhaftungen durch Polizei und Militärs auf dem Betriebsgelände vornehmen und stellte den Repressoren auf dem eigenen Werksgelände einen Raum zur Verfügung, wo die Betriebsräte gefoltert wurden. Mercedes ist da geschickter vorgegangen. Die meisten der "verschwundenen" Vertreter der "comisiones internas", der unabhängigen Betriebsräte, wurden außerhalb des Geländes verhaftet, bis eben auf unseren Hauptzeugen Hector Ratto, dessen Adresse auf Grund eines kurz zuvor erfolgten Wohnungswechsels dem Werk noch unbekannt war, weshalb man ihn auf dem Werksgelände verhaften ließ ... vermittelt eben durch den Werksleiter T.

Im April letzten Jahres reichte die Nürnberger Koalition gegen Straffreiheit Strafanzeige gegen 41 argentinische Militärs wegen Entführung und Ermordung von mindestens 70 Deutschen bzw. Deutschstämmigen ein. Seit Juni 1998 ermittelt die Staatsanwaltschaft Fürth in vier der Fälle, seit März dieses Jahres in einem weiteren. Sie vertreten deutsch-jüdische Opfer der Diktatur in Argentinien und haben im Juni in Berlin vier Fälle angezeigt. Einerseits beschäftigst du dich also mit der organisierten politischen Opposition der 70er Jahre in Argentinien und andererseits mit Opfern der Militärdiktatur, wo nicht die politische Betätigung, sondern die Nationalität im Vordergrund steht.

Wir haben von der Gruppe der Angehörigen klare Anweisungen bekommen, dass wir zwar versuchen sollen, die Staatsangehörigkeit der Opfer als Schlüssel zu benutzen, um die Justiz zu Bearbeitung der Fälle zu zwingen. Ansonsten wird aber ausdrücklich gefordert, die Opfergruppen nicht auseinander zu dividieren.

Während des Nationalsozialismus emigrierten viele jüdische Menschen nach Argentinien. Die Nazis entzogen ihnen in Abwesenheit die deutsche Staatsbürgerschaft, d.h. die Kinder bekamen nicht automatisch einen deutschen Pass. Als wir im Juni die Anzeigen in Berlin einreichten, haben wir eine Reihe von juristischen Argumenten vorgetragen, warum in diesen Fällen die deutsche Justiz trotzdem zuständig sein muss. Die Generalbundesanwaltschaft war zunächst anderer Meinung und beantragte im Oktober, keinen deutschen Gerichtsstand für diese Fälle zu bestimmen. Darauf hin kritisierten wir in einer sehr ausführlichen Stellungnahme die Generalbundesanwaltschaft dafür, dass sie durch ihren hingerotzten ablehnenden Antrag der historischen Brisanz dieser Fälle in keiner Weise gerecht geworden ist. Der Bundesgerichtshof, zuständig, wenn ein deutscher Gerichtsstand fehlt, schloss sich unserer Auffassung an und bestimmte in einem Beschluss vom Oktober das Landgericht Nürnberg-Fürth als für diese Fälle zuständig.

Inzwischen haben wir auch einen fünften Fall, die Ermordung des deutschen Staatsbürgers Jose Alfredo Berliner, eingereicht. Berliner war im Rahmen einer Guerilla-Aktion aus dem mexikanischen Exil nach Argentinien eingereist und dort kurze Zeit später tot in einem angeblich verunglückten Auto aufgefunden worden. Der Autounfall wurde allerdings so dilettantisch inszeniert, dass sich sogar die damaligen Justizbehörden unter der Diktatur gezwungen sahen, Ermittlungen anzustellen. Nach der "Redemokratisierung" ist der Fall in Vergessenheit geraten. Wir sind überzeugt, dass es noch eine Reihe zusätzlicher Anhaltspunkte für die deutschen Ermittlungsbehörden gibt, die genaueren Umstände des Todes von Berliner herauszufinden. Politisch finden wir den Fall wichtig, um klar zu zeigen, dass auch der Fall eines bewaffnet gegen die Militärdiktatur kämpfenden Aktivisten von uns aufgegriffen wird, ohne dessen politische Identität zu verschweigen.

Stimmen aus Lateinamerika, wir denken hier vor allem an die Reaktionen der chilenische Regierung auf die Verhaftung Pinochets in London im Oktober vergangenen Jahres, fordern immer wieder, dass die Aufarbeitung der Diktaturverbrechen und Bestrafung der Täter in den jeweiligen Ländern selbst und nicht in Europa stattfinden soll. Als Argument dafür wird unter anderem die Wahrung der nationalen Souveränität der lateinamerikanischen Staaten angeführt, die durch die häufig als neokolonial beschriebene Einmischung Europas verletzt würde. Selbst ehemalige Guerillabewegungen wie die MLN-Tupamaros aus Uruguay vertreten diese Position und kritisieren, dass die ehemaligen europäischen Kolonialstaaten und die USA sich jetzt als Menschenrechtsapostel aufspielen, während die Verbrechen des Faschismus in Italien und Spanien sowie des Nationalsozialismus in Deutschland nur mangelhaft aufgearbeitet werden.

Klar wäre es sinnvoller, wenn die Verbrechen der Militärdiktaturen in den Ländern juristisch aufbereitet würden, wo sie stattgefunden haben. Aber wenn die Aufarbeitung der Diktaturverbrechen nicht durch Amnestiegesetze

verhindert wird, dann sorgt häufig eine Justiz, die personell Kontinuitäten mit den Diktaturen aufweist, für die fortgesetzte Straflosigkeit der Verantwortlichen. Unter argentinischen Juristen ist es vollkommen unstrittig, dass andere Mechanismen greifen müssen, wenn die nationale Justiz nicht in der Lage ist, bestimmte Formen von Verbrechen zu bearbeiten.

In Bezug auf das Argument der nationalen Souveränität kann ich nur sagen, dass derselbe Carlos Menem, der systematisch den ökonomischen Ausverkauf Argentiniens betrieben hat, in Menschenrechtsfragen über den Eingriff Europas in die nationale Souveränität des Landes jammert. Die Kritik der Tupamaros an den aus Europa kommenden Strafanzeigen und internationalen Haftbefehlen gegen lateinamerikanische Militärs halte ich für ein Totschlagargument. Sich als Europäer mit der Aufarbeitung der Verbrechen der argentinischen Militärdiktatur zu beschäftigen, schließt ja nicht aus, auch die Verbrechen des Faschismus zu thematisieren. Im Fall der deutsch-jüdischen Verschwundenen und Ermordeten versuchen wir ja auch Zusammenhänge darzustellen.

Insgesamt wird in der Debatte um internationale Gerichtsbarkeit versus nationale Souveränität argumentativ ein Fehler gemacht. Der Missbrauch des Menschenrechtsdiskurses, womit beispielsweise der Nato-Angriffskrieg im Kosovo legitimiert werden sollte, ist etwas völlig anderes als der Diskurs der in Lateinamerika schon seit langem Menschenrechtsbewegung, die fordert, dass die Verantwortlichen für die Verbrechen der Militärdiktaturen auch international strafrechtlich belangt werden. Man muss den historischen und politischen Kontext berücksichtigen, aus dem heraus mit Menschenrechten argumentiert wird.

Ein weiterer, inzwischen sehr bekannter Ankläger argentinischer Ex-Juntas ist der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzon. Anfang November erließ er internationale Haftbefehle gegen fast 100 ehemalige argentinische Militärs wegen Verbrechen gegen spanische Staatsbürger. Inwieweit sehen Sie sich in einer Reihe mit diesem prominenten Ankläger. Gibt es eine Form der Zusammenarbeit?

Es gibt keine praktische Zusammenarbeit mit den spanischen Gerichten und Ermittlungsbehörden, so weit sind wir noch nicht. Es gibt aber eine Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen verschiedener europäischer Länder. Zu den Strafverfahren in Spanien ist anzumerken, dass nicht etwa Garzon auf die Idee gekommen ist, die argentinische und chilenische Vergangenheit aufzuarbeiten, sondern Menschenrechtsorganisationen und deren Juristen, in denen vor allem Exilargentinier vertreten sind. Sie haben vor drei Jahren begonnen, Material zu recherchieren und Strafanzeigen wegen Völkermords zu erstatten. Garzon hat die Fälle dann aufgegriffen und jetzt die bekannten Maßnahmen eingeleitet. Dabei geht es nicht nur darum, ein paar "schwarze Schafe" herauszufischen, sondern auch darum, den politischen Hintergrund der ganzen Sache aufzuarbeiten. Deshalb hat Garzon gerade die "Operacion Condor" (2) als Haftgrund im Fall von Pinochet verwendet.

Zur Person von Garzon ist zu sagen, dass er mitnichten ein Linker ist und auch in andere Richtungen sehr drastische Mittel anwendet. Unter anderem ist er für die Schließung der baskischen Tageszeitung Egin im vergangenen Sommer verantwortlich. Trotzdem bedurfte es eines politisch eher zweifelhaften Richters wie Garzon, um den Kampf gegen die Straffreiheit lateinamerikanischer Militärs juristisch richtig in Gang zu bringen, da die Menschenrechtsbewegungen in Argentinien und auch in Chile zu schwach sind, um in ihren eigenen Ländern die Strafverfolgung der Täter durchzusetzen.

Natürlich glauben wir nicht ernsthaft daran, dass Argentinien ehemalige Militärs an Europa ausliefert, damit sie hier vor Gericht gestellt werden. Unser Ziel ist es, dass die deutsche Justiz wegen Menschenrechtsverbrechen an deutschen und deutsch-jüdischen Bürgern und gegen deutsche Wirtschaftsunternehmen ermittelt, die damals in Argentinien in Verbrechen verwickelt waren, Tatsachen, die von der damaligen SPD-Bundesregierung systematisch ignoriert wurden, um die guten deutsch-argentinischen Wirtschaftsbeziehungen nicht zu gefährden. Außerdem halte ich es für wichtig, dass die historischen Tatsachen, die sich in Chile und Argentinien vor mehr als zwanzig Jahren ereignet haben, gerade im Jahr des Kosovokrieges noch mal ganz deutlich ausgesprochen werden, um die Doppelmoral der westlichen Regierungen anzuklagen.

Das Interview führten Stefanie Kron und Felix Sperandio.

Anmerkungen:

1) "Peronisten" nennen sich heute die Vertreter der kürzlich abgewählten rechten "Gerechtigkeitspartei" (PJ) von Ex-Präsident Carlos Menem.

2) "Operación Condor" war die von den USA gesteuerte und initiierte Zusammenarbeit der lateinamerikanischen Militärs gegen die Opposition.

23. Siegreich durch die Hintertür. Indonesiens vierter Präsident ist der lachende Dritte

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:33

In Indonesiens Hauptstadt Jakarta zeigte sich am 20. Oktober einmal mehr, dass in javanischer Politik nichts kalkulierbarer ist als die Unberechenbarkeit. Vor surrenden Kameras internationaler Medien war die Kulisse ausgeleuchtet für den Sieg der Welt des Lichts über die der Finsternis: Hier die unermüdliche Streiterin für Demokratie in Gestalt von Megawati Sukarnoputri, der Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten Ahmed Sukarno, dort in Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie die verkörperte Erblast der Suharto-Diktatur. Und dann betrat durch die Hintertür Abdurrahman Wahid als strahlender Dritter siegreich die Bühne. Das Votum in der 700-köpfigen Beratenden Volksversammlung, dem höchsten legislativen Organ im Lande, war mit 373 zu 313 Stimmen zu seinen Gunsten ausgefallen. Das hat mehrere gute Gründe, doch die Konsequenzen dieses Sieges müssen nicht unbedingt gut verlaufen.

Habibie war zählebiger, als manche Oppositionelle ihm seit seinem Amtsantritt im Mai 1998 zugetraut hatten. Sein Zickzackkurs war häufig für Überraschungen gut. Selbst langjährig Teil des Suharto-Regimes, warf er einigen Ballast der dikatatorischen Ära über Bord, ließ politische Gefangene frei und die kritischen Medien gewähren. Beachtlich war auch der Wahlerfolg der alten Suharto-Recken; deren Politmaschinerie Golkar verbuchte nahezu ein Viertel der Stimmen bei den Parlamentswahlen Anfang Juni. Damit lässt sich auch künftig Politik machen. Zum Verhängnis wurde Habibie zweierlei: die Scheu, gegen Mitglieder des Ancien Régime wegen Machtmissbrauchs und grassierender Korruption vorzugehen, und seine nicht mit dem Militär abgestimmte Osttimor-Politik. Was gegenüber dem Ausland guten Willen und einen Bruch mit seinem Vorgänger signalisieren sollte, wurde zum Bumerang. Mit der Anfang des Jahres verkündeten Entscheidung, Osttimor noch vor der Jahrtausendwende über sein eigenes Schicksal entscheiden zu lassen, stellte er die bis dahin gültige Politik Jakartas in Frage, die zentrifugale Tendenzen stets tabuisierte.

Verblasstes Charisma

Der haushohen Favoritin Megawati wurde zum Verhängnis, dass sie mit siegessicherer Arroganz gegenüber Bündnispartnern agierte und glaubte, allein schon mit einem Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen von 34 Prozent im Rücken frei schalten und walten zu können. So populär sie auch sein mag, eine Lichtgestalt, streitbare Demokratin oder visionäre Erneuerin ist sie keineswegs. Vielmehr profitierte sie vom Charisma ihres Vaters, das umso kräftiger strahlte, je mehr sich die realen Verhältnisse verfinsterten. Megawati war zudem lange Zeit Teil der politischen Infrastruktur Suhartos und hielt sich in den turbulenten Wochen seines Rücktritts auffällig bedeckt. Im Juni äußerte sich Wahid in einem Interview mit der Washington Post wenig schmeichelhaft über die jetzt mit dem Posten der Vizepräsidentin getrösteten Megawati: "Sie ist dumm, aber sie liebt die Leute". Die Gegenliebe schwindet allerdings. Ihre zahlreichen AnhängerInnen werfen ihr vor, den Sieg leichtfertig verspielt und ihr aufopferndes Engagement nicht gewürdigt zu haben.

Der neue Präsident ist Spross einer einflussreichen Familie aus Ost-Java, hat unter anderem in Bagdad und Kairo Arabistik und Literatur studiert, ist ein gewiefter Taktiker und Meister politischer Verwirrspiele. Darüber hinaus zugleich Vorsitzender der mit über 30 Millionen Mitgliedern landesweit größten muslimischen Organisation, der Nahdlatul Ulama (Wiedererwachen religiöser Gelehrter). 1926 in einer Krisensituation gegründet, da sich der traditionalistische Islam von verschiedenen Seiten herausgefordert fühlte, verfolgte Nahdlatul Ulama als Hauptziel die Einheit aller Muslime. Sowohl der Einfluss des Kommunismus, dessen Anhänger die Sarekat Islam (die 1912 entstandene Islamische Union) fast zehn Jahre lang in Flügelkämpfe verstrickt hatten, als auch der Einfluss des Antikolonialismus/Nationalismus, der vor allem auf die junge westlich gebildete Mittelschicht Faszination ausübte, rüttelten ihrer Ansicht nach am überlieferten islamischen Glauben. Einer der Gründer von Nahdlatul Ulama beschrieb das Ziel der Organisation denn auch als Konsens stiftende, stets um Ausgleich bemühte Politik - "Unterschiede beilegen, Fanatismus vermeiden und sich zusammenschließen." Diesen Kurs verfolgte Wahids Großvater und Gründer der Nahdlatul Ulama, der Gelehrte K.H. Wahid Hasyam. Und diesen Kurs fährt seit 1984 gleichsam sein Enkel. Abdurrahman Wahid, dessen Organisation im Gegensatz zur landesweit verankerten Wohlfahrtsorganisation Muhammadiyah-Bewegung unter dem einflussreichen Intellektuellen Amien Rais in den ländlichen Gebieten

Zentral- und Ost-Javas verankert ist, hat sich zwar gegen die letzte Wiederwahl Suhartos und für demokratische Reformen ausgesprochen, doch insgesamt die Politik des Ex-Präsidenten geduldet.

Ausgleichende Eliten

Gemeinsam mit Amien Rais erfreut er sich eines beträchtlichen Rückhalts in der Bevölkerung, die sich immerhin zu 90 Prozent zum Islam bekennt. Ein zentraler Punkt des Erneuerungsprogramms der 1912 gegründeten Muhammadiyah-Bewegung war die Verbesserung der islamischen Bildungseinrichtungen. Es galt, eine muslimische Elite zu schaffen, die als ausgleichende Kraft gegenüber den westlich gebildeten Repräsentanten des holländischen Kolonialsystems fungieren konnte. Naturwissenschaftliche Fächer wurden in das traditionelle Bildungssystem integriert und zusätzlich neue Modellschulen (Madrasah) eingerichtet, in denen Noten verteilt und Abschlusszeugnisse ausgestellt wurden. Eine der Neuerungen dieser Schulen war die Möglichkeit für Mädchen und junge Frauen, eine Ausbildung zu erhalten. Nebst Schulen gründete Muhammadiyah Moscheen, religiöse Stiftungen, Waisenhäuser, Kliniken sowie eine Reihe von Zeitschriften, die in den regionalen Sprachen gedruckt wurden. Ausschlaggebend für ihren Zuwachs war, dass diese Bewegung es verstand, Muslime aus verschiedenen Landesteilen in einer Organisation zu vereinigen, die sich außer der Erneuerung des religiösen Lebens dem Engagement für sozialen Fortschritt verschrieben hatte.

"Trotz vieler Versäumnisse", schrieben S. Soebardi und C.P. Woodcroft-Lee in ihrem 1982 erschienenen Buch The Crescent in the East-Islam in Asia Major, "leisteten die islamischen Bewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts positive Beiträge zur Entwicklung ihrer Gemeinden. Sie ermöglichten den indonesischen Muslimen einen Einblick in die islamische Welt jenseits der Grenzen ihres eigenen Landes. Durch die Verbesserung des Bildungssystems befähigten sie die muslimischen Gemeinden, sich gegen die Kolonialmacht zur Wehr zu setzen. Ihr größtes Verdienst war jedoch die Schaffung eines nationalen Bewusstseins unter den Gläubigen aus den verschiedenen Landesteilen, was maßgeblich zum Erfolg im Kampf um die Unabhängigkeit beitrug."

Wahid spricht jetzt von einer "zweiten Unabhängigkeit" jenseits der diktatorischen Infrastruktur, wenngleich er mit dem Stimmenblock Golkars Präsident wurde. Er bekennt sich zum säkularen Islam und hat als Chef der im Juni zur drittstärksten politischen Kraft aufgestiegenen Nationalen Erweckungspartei (PKB) angedeutet, sein Kabinett parteiübergreifend zu besetzen.

Offen bleibt, ob die eigentlich Mächtigen im Lande, die Militärs, ihn da gewähren lassen.

Rainer Werning

24. Verstopfung als Strategie. Verdauungsprobleme der Atom-Industrie

Autor: Jochen Stay · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:23

Noch hält der Atomtransporte-Stopp an und sorgt bei den AKW-Betreibern für hektische Betriebsamkeit. Denn laufen die internen Zwischenlager voll, droht die Stilllegung. Die Anti-AKW-Bewegung beobachtet die Aktivitäten der Bundesregierung zur Abarbeitung des Kontaminationsskandals intensiv. Unter dem Stichwort Verstopfung will sie dafür sorgen, dass der Atommüll nicht wieder auf die Schiene geht und die AKWs abgeschaltet werden. Es geht auch darum, die Hintertürchen und Schlupflöcher der AKW-Betreiber zu erkennen und Widerstand entgegenzusetzen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es in den ersten Monaten des Jahres 2000 zu Transporten kommt, steigt. Den aktuellen Stand in Sachen Wiederaufnahme der Transporte und der neuen Pläne zur Verhinderung des Entsorgungs-Notstands der Betreiber und der Bundesregierung stellt Jochen Stay vor.

Die von der Bundesregierung beauftragten Gutachter (Öko-Institut und Gesellschaft für Reaktorsicherheit GRS) haben für die verschiedenen Behältertypen Maßnahmen entwickelt, die eine Wiederaufnahme der Transporte aus ihrer Sicht möglich erscheinen lässt.

Ende des Transportestopps?

Die Betreiber betrachten dies als Chance und planen wild drauflos. Allerdings ist Regierung und Atomwirtschaft zumindest bei den Transporten nach Ahaus und Gorleben klar, was sie dort erwartet. Bei der Einschätzung des Widerstandes gegen Transporte von den AKWs ins Ausland tun sie sich derzeit schwer. Dabei hat die Bewegung für sich schon lange klar, dass diese im Augenblick den gleichen Stellenwert genießen, wie die Transporte zu den Zwischenlagern.

Im Folgenden eine Aufschlüsselung der verschiedenen möglichen Transporte. Die Xe vor der jeweiligen Transport-Variante stellen eine subjektive Einschätzung der Wahrscheinlichkeit für Frühjahr 2000 dar - allerdings ohne Gewähr.

XXX La Hague - Gorleben

Frankreich erhöht in Sachen Rücktransporte von hochradioaktiven Abfällen aus der WAA ständig den Druck. Es gibt jetzt angeblich ein Junktim: La Hague ist erst wieder bereit, Transporte aus deutschen AKWs anzunehmen, wenn die sechs bereitstehenden Kokillen-Behälter in Gorleben eingetroffen sind. Selbst Transporte nach Sellafield kann Paris verhindern, da diese über französischen Boden rollen und die entsprechenden Behälter auch in Frankreich genehmigt werden müssen. Die deutsche Seite ist bemüht, dieses Junktim aufzulösen. Ob dies gelingt ist offen. Laut Presseberichten über den deutsch-französischen Gipfel Anfang Dezember wurden Jospin und Schröder sehr laut, als es um das Thema Transporte ging. Der französische Ministerpräsident soll gefordert haben, dass der Atommüll spätestens im Februar rollt.

Doch eigentlich will zumindest das Land Niedersachsen im EXPO-Jahr keine Transporte nach Gorleben. Die marode Jeetzel-Brücke auf der Bahnstrecke nach Dannenberg wird erst im Herbst 2000 wiederhergestellt sein. Die beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantragte Ausweichstrecke über den Luftkurort Arendsee in Sachsen-Anhalt ist von der Polizei schon stark kritisiert worden. Denn von dort geht es auf 33 km Straßenstrecke durch tiefe Wälder nach Gorleben. In der Altmark, so heißt die Region um Arendsee, regt sich der Widerstand.

Trotz all dieser Vorbehalte ist aber ein Transport La Hague - Gorleben für das Frühjahr 2000 durchaus möglich, denn es kann sein, dass Frankreich mehr Druck auf die Bundesregierung ausüben kann, als die Bundesländer Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Probleme mit Außenkontamination gibt es bei diesen Behältern nicht.

XX Stade - La Hague

Ob das beantragte zusätzlichen Lagergestell für Stade rechtzeitig vor der Revision im Februar vom niedersächsischen Umweltminister Wolfgang Jüttner genehmigt wird, ist weiterhin offen. Wenn ja, gibt es noch

mal Luft für ein allerletztes Jahr. Wenn Nein ist Schluss. Deshalb drängeln die Betreiber mächtig auf Transporte.

Das Gutachten von dem Öko-Institut und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zur Kontaminationsfreiheit der Behälter für die WAA-Transporte wurde Mitte November vorgelegt. Es geht davon aus, dass die französischen "Stachelbehälter" zwar, falls sie stark kontaminiert sind, nicht mehr sauber zu bekommen sind, falls aber noch saubere Behälter vorhanden sind, diese auch sauber zu halten und vor allem auch zu messen sind. Die Abarbeitung der im Gutachten genannten Auflagen soll bis Februar abgeschlossen sein.

Stade hat ein spezielles Problem, weil auf keinen Fall Transporte in Zwischenlager möglich sind. Die entsprechenden Behälter sind zu groß und passen nicht ins Becken. Aber statt dem nur in kontaminierter Form vorhandenen bisher genutzten Behälter TN 17/2 soll jetzt evtl. der Castor 2B für La Hague-Transporte eingesetzt werden. Wahrscheinlich deshalb werden diese eigentlich veralteten Behälter neuerdings wieder hergestellt. Die WAA-Betreiber wären auch bereit, diese deutschen Behälter anzunehmen. Er fällt auch nur unter einen Teil der noch bis Februar abzuarbeitenden Auflagen und könnte schon früher eingesetzt werden.

XXX Neckarwestheim / Biblis - Sellafield

Auch hier gilt: Das dritte Gutachten fertig. Auflagen bis Februar wahrscheinlich abgearbeitet. Zulassung der Behälter wahrscheinlich im Februar. Transportgenehmigung im Februar/März möglich. Vielleicht geht alles sogar noch schneller, denn die englischen Behälter (Excellox) sind einfacher zu reinigen und zu messen als französische. Deshalb treffen die meisten Auflagen aus dem Gutachten auf diese Behälter nicht zu. Zehn Transporte sind für 2000 allein aus Neckarwestheim geplant. Mindestens ein Behälter ist schon da. Technisch spricht also wahrscheinlich bald nichts mehr dagegen. Es wird sogar überlegt, dass diejenigen Kraftwerke, für die Verträge mit Sellafield existieren, einen Teil ihrer Liefermengen an diejenigen AKWs abgeben, die keine England-Verträge haben. Die baden-württembergische und die hessische Landesregierung drängen auf Transporte. Gerüchteweise sehen sie bei diesen auch am ehesten die Chance, ohne viel Widerstand und ohne großen Polizeiaufwand die relativ kurze Strecke bis zur französischen Grenze zu bewältigen. Also eine sehr wahrscheinliche und für die Verstopfungsstrategie gefährliche Variante.

X Biblis / Philipsburg - La Hague

Ebenfalls durch das dritte Gutachten abgedeckt. Falls es gelingt, saubere Behälter aufzutreiben, dann kann es auch hier bis März zu Genehmigungen kommen - es könnte auch noch ein wenig länger dauern. Vorbehalt ist noch die französische Weigerung, Müll in der WAA anzunehmen, bevor nicht die Kokillen-Fuhre in Gorleben ist. Aber ob dieses Junktim hält, ist völlig offen. Die Landesregierungen wollen Transporte, sie und die Betreiber - so sagt eine interne Quelle - fantasieren, dass es ja nicht weit zur Grenze sei und auch nur wenige Bundesländer in die Planungen einzubeziehen seien, und so seien sehr kurzfristig Transporte möglich. Also im Augenblick auf Grund der Frage nach sauberen Behältern und dem Junktim nicht die wahrscheinlichste Variante, aber eine der gefährlichsten.

XX Neckarwestheim/Biblis/ Philippsburg - Ahaus

Die Vorbereitungen auf technischer Ebene sind schon sehr weit: Das hier nötige erste Gutachten war bereits im Sommer fertig. Die Auflagen sind abgearbeitet und von den Gutachtern anerkannt. Seit kurzem ist der Castor V/19 als Behälter wieder genehmigt. In Biblis stehen drei noch leere Exemplare vom V/19. In Neckarwestheim auch. In Philippsburg stehen zwei oder drei. Transportanträge sind (wie in allen anderen Fällen) gestellt. Geplant ist für das Jahr 2000 jeweils ein Sixpack von jedem Standort nach Ahaus. Möglich ist auch ein Misch-Transport (z.B. drei aus Philippsburg, drei aus Biblis). Es kann schon um den Jahreswechsel herum Transportgenehmigungen geben. Größtes Problem ist hier die Situation in NRW. Dort sind im Mai Wahlen und die rot-grüne Regierung in Düsseldorf kann vorher keinen Castor nach Ahaus brauchen. Gerade für die Grünen wäre ein Ahaus-Transport der atompolitische GAU.

Der Kontaminations-Skandal ist also weitgehend abgearbeitet. Zumindest administrativ. Dass die jetzt vorgesehenen Maßnahmen wirklich zu sauberen Behältern führen, ist allerdings fraglich. So wurden in Frankreich seit der Wiederaufnahme der dortigen Transporte schon wieder in 15 Fällen Grenzwertüberschreitungen bis zum 250fachen festgestellt.

Ist nun also wirklich, wie bereits mehrfach angekündigt, mit der schrittweisen Aufhebung des Transportestopps für Anfang 2000 zu rechnen? Zuerst für innerdeutsche Transporte und Rücktransporte aus der WAA, danach für Sellafield-Touren und schließlich für alles, was nach Frankreich geht?

Gut möglich! Aber es gibt - neben einigen noch nicht abgearbeiteten technischen und administrativen Problemen - noch eine grundlegende Schwierigkeit, die Transporten im Wege steht. Im Atomgesetz regelt der Paragraf 4 die "Beförderung von Kernbrennstoffen". In den Sätzen 5 und 6 des zweiten Absatzes ist zu lesen, dass diese Transporte nur dann genehmigt werden dürfen, wenn "der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter gewährleistet ist" und wenn "überwiegende öffentliche Interessen der Wahl der Art, der Zeit und des Weges der Beförderung nicht entgegenstehen."

Die Polizei als Zünglein an der Waage

Die Polizei wird also zum Zünglein an der Waage. Wenn sie den "erforderlichen Schutz" nicht organisieren kann oder wenn sie die am 1. Juni 2000 startende EXPO in Hannover als "der Zeit der Beförderung entgegenstehendes öffentliches Interesse" bewertet, dann darf auch nicht genehmigt werden.

Die Innenminister von Bund und Ländern und der Bundesgrenzschutz haben eine "Koordinierungsgruppe zur Sicherung von Kernbrennstofftransporten (Kosikern)" eingerichtet. Federführend ist hier das niedersächsische Innenministerium. Und dieses hat stellvertretend für alle Länder dem BfS als Genehmigungsbehörde mitgeteilt, dass die Polizei bereits sechs Monate im Voraus genaue Transportstrecke und Terminplanung erfahren muss, um entsprechende Großeinsätze planen zu können. Ob sich diese Forderung durchsetzen lässt, ist noch offen.

Genauso offen ist, ob das Bundesamt für Strahlenschutz die Transportgenehmigung wirklich erst dann erteilt, wenn die Polizei sozusagen startbereit ist, oder ob - wie es in der Vergangenheit gehandhabt wurde - die Genehmigung schon mal erteilt wird, allerdings mit der Auflage versehen, vor der wirklichen Abfahrt das mit der Sicherung noch zu klären. Diese zwei Möglichkeiten unterscheiden sich in ihren Auswirkungen gravierend, wie wir noch sehen werden.

Zu spät fürs Hintertürchen?

Der Lagerplatz in den AKWs wird immer knapper. Ohne Transporte brauchen die Betreiber anderweitige Maßnahmen, um das Abschalten zu verhindern. Dazu haben sie sich einiges ausgedacht. Doch die meisten Ideen brauchen zur Umsetzung mehr Zeit als vorhanden ist. Und sie können durch weiteren Widerstand zusätzlich verzögert werden.

Standorteigene Zwischenlager: Eine Idee der Grünen: An jeden AKW-Standort oder zumindest in der Nähe (also z.B. für Brokdorf im 15 km entfernten Brunsbüttel) sollen eigene Zwischenlager gebaut werden. Dort werden die abgebrannten Brennelemente so lange in Castor-Behältern aufbewahrt, bis irgendwo, irgendwie, irgendwann ein Endlager zur Verfügung steht. So werden Castor-Transporte vermieden und das Kraftwerk kann trotzdem am Netz bleiben. Obrigheim hat bereits ein standorteigenes Zwischenlager in Betrieb genommen. In Lingen ist der Bau einer Halle beantragt, die den Müll der nächsten 50 Betriebsjahre aufnehmen kann. Auch Brunsbüttel und Krümmel haben Anträge gestellt (siehe Artikel in dieser Ausgabe). Es wird erwartet, dass Anfang 2000 Philippsburg und Neckarwestheim und im Laufe des Jahres noch weitere Standorte folgen werden.

Allerdings nützen diese geplanten Hallen bei den augenblicklichen Lagerplatz-Engpässen wenig. Denn Genehmigungsverfahren und Bauzeit summieren sich auf drei bis fünf Jahre. Genug Zeit also auch, um sich einzumischen.

Zusätzliche Lagergestelle: In Stade und Biblis soll der Platz im Abklingbecken durch den Einsatz zusätzlicher Lagergestelle erweitert werden. Allerdings ist dies nur ein einziges Mal möglich, bringt also höchstens ein Jahr Aufschub. Ob dieses Gestell ohne ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung eingesetzt werden darf, wird zur Zeit vom niedersächsischen Umweltministerium geprüft. Kommt es zu einem solchen Verfahren, dann muss Stade im Februar erst mal vom Netz, denn so etwas dauert.

Transportbereitstellungslagerung: Die Idee ist simpel: Statt sie abzutransportieren, werden die beladenen Castoren auf dem Kraftwerksgelände geparkt. Doch die Juristen sagen klar: Dazu braucht es eigentlich einer Zwischenlagerungsgenehmigung. Und diese gibt es nur nach einem aufwendigen und Zeit raubenden

Genehmigungsverfahren. Nur wirkliche Transportbereitstellung ist zulässig. Dazu muss aber eine Transportgenehmigung vorliegen. Hier schließt sich der Kreis: Bereitstellungslagerung nur bei Transportgenehmigung und diese nur bei Bereitschaft der Polizei, den Castor zu sichern. An dieser Stelle wirkt sich der Streit um die Reihenfolge bei der Transportgenehmigung entscheidend aus. Denn wenn eine Genehmigung unter Vorbehalt erteilt wird, dann können schon mal Castoren auf das Kraftwerksgelände gepackt werden, obwohl die Polizei noch nichts zugesagt hat.

Zwischenlagerbereitstellungslagerung: Noch einen Schritt weiter geht man beim AKW Philippsburg. Hier wollen die Betreiber für den Fall vorsorgen, dass nie wieder Transporte möglich werden. Deshalb planen sie zusätzlich zur eigenen Castor-Halle sogenannte "Garagen", in denen bis zu 24 Behälter zwischengelagert werden können, bis die große Halle fertig gestellt ist. Dazu braucht es zwar auch eine weitgehende Genehmigung, aber die Betreiber denken, dass sie die noch rechtzeitig vor einer endgültigen Verstopfung erhalten können. Ob auch bei anderen AKWs über diese Variante nachgedacht wird, ist bisher nicht bekannt.

Es wird in den nächsten Monaten sehr ernst. Aber es kann alles auch ganz anders kommen. Schließlich läuft im Dezember oder Januar wahrscheinlich auch noch eine Konsens-Runde. Vielleicht einigen sie sich ja doch noch auf irgendwas, was dann auch Einfluss auf die Transporte hat. Also: Ob es in den nächsten Monaten einen Tag X geben wird, ist noch nicht völlig sicher. Aber wenn es ihn geben wird, dann kommt er wahrscheinlich bald.

25. Grüne: Kurzparken für Atom. HEW stellt Anträge für den Bau neuer Zwischenlager

HEW stellt Antrag für den Bau neuer Zwischenlager

Autor: DSe · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:21

Wenn schon keinen Atomausstieg, dann wenigstens haufenweise neue Atomanlagen. Das dürfte das Ergebnis grünen Regierungsengagements in zwei, drei Jahren sein. Jenseits der Verhandlungen um die Restlaufzeiten geht die Atomwirtschaft nun daran, ihre Entsorgungsstrategien im Rahmen der Forderungen der rot-grünen Bundesregierung neu zu organisieren: Während für das am AKW Lingen geplante atomare Zwischenlager bereits der Erörterungstermin ansteht, haben nun auch die Hamburgischen Electricitäts Werke (HEW) den Bau und Betrieb von gleich zwei derartigen Lagerhallen beantragt. Ausdrücklich beziehen sich die HEW auf die Ergebnisse in den ersten Konsensrunden mit der Bundesregierung, nach der die Wiederaufarbeitung nur noch als Auslaufmodell stattfinden soll. Bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter, erwartet man nun, dass auch andere AKW-Betreiber entsprechende Anträge stellen werden.

An den AKWs in Brunsbüttel und Krümmel in Schleswig-Holstein, so der Genehmigungsantrag der HEW, soll jeweils ein Zwischenlager für die durch den Betrieb der AKWs anfallenden bestrahlten Brennelemente gebaut werden. Ziel der Aktion sei es, die Zahl der Atomtransporte künftig deutlich zu reduzieren, teilten die HEW mit. Die HEW gehen davon aus, dass eine entsprechende Genehmigung innerhalb von 12 Monaten vorliegen dürfte. Darin eingeschlossen sind die zweimonatige öffentliche Auslegung der Antragsunterlagen sowie der Erörterungstermin. Genehmigungsbehörde ist nicht das schleswig-holsteinische Energieministerium, das für die Aufsicht über die AKWs zuständig ist, sondern das unter grüner Leitung stehende Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter. Dieses untersteht direkt dem Bundesumweltministerium. Über die Größe der neuen Lagerhallen wollten die HEW nichts sagen. Weder in ihrer Presseerklärung noch auf Nachfragen von Journalisten gab es entsprechende Daten.

Die jetzt gestellten Anträge der HEW entbehren nicht einer gewissen Komik, jedenfalls wenn man an die regierenden Grünen in Hamburg denkt. Die HEW gehören noch bis zum Jahresende zu 50,2 Prozent dem rot-grünen Senat (ab Januar 2000 reduziert sich der Anteil nach einem weiteren Aktienverkauf an die schwedische Vattenfall AB auf nur noch 25, 1 Prozent). Erst nach der Sommerpause hatte der Senat die im Koalitionsvertrag vereinbarte Stilllegung des AKW Brunsbüttel sausen lassen. Und das, obwohl ein entsprechendes Gutachten im Auftrag der Umweltbehörde auch noch nachgewiesen hatte, dass vor allem Brunsbüttel gegenüber modernen Gas- und Dampfkraftwerken den Strom viel zu teuer produziere. Sahen die Grünen in Hamburg schon hier alt aus, kommt es mit den neuen Zwischenlagern nun doppelt dicke. Koalitionsvereinbarung nicht umgesetzt und stattdessen zwei neue Atomanlagen! Eine wirklich überzeugende Leistung rot-grüner Regierungskunst. Und obwohl beispielsweise der grüne Umweltsenator Alexander Porschke ebenso wie Bürgermeister Ortwin Runde (SPD) im Aufsichtsrat der HEW sitzen, waren sie offenbar vom Vorstand nicht über die Zwischenlagerpläne informiert worden. So wie es aussieht, hat zumindest der grüne Regierungspartner von der Sache erst aus der Presse erfahren.

Zwischenlagern ist besser ...

Während es die GAL-Fraktion und die gesamte Hamburger SPD vorzogen, lieber gar keine eigene Erklärung abzugeben, durfte Umweltsenator Porschke der Lokalpresse erzählen, dass Zwischenlager besser als Wiederaufarbeitung sind. Zwar brachte er durchaus den Hinweis, dass zunächst die Restlaufzeiten für die Atommeiler im Rahmen der Konsensgespräche festgelegt werden müssten und die Zwischenlager dann nur so groß gebaut werden dürften, wie Atommüll in dieser Zeit noch anfällt. Dennoch lesen sich die Statements so, dass Porschke auch ungeachtet von Abschaltfristen die Zwischenlagerung an den AKWs lieber wäre, als den Atommüll nach Frankreich oder England zu schicken. Bedenkt man, dass die Betreiber diese neuen Zwischenlager nach geltendem Recht bauen können und das Bundesland Hamburg hier nicht ein Wort mitzureden hat, dann ist diese Haltung des Senators als mindestens leichtfertig und naiv zu bezeichnen.

Dass der Senator die hohe Kunst der Sprache inzwischen beherrscht, konnte er gegenüber dem Hamburger Abendblatt vorführen. Zu dem Unbehagen der Bewohner in Brunsbüttel, aber vor allem in Krümmel (wo das

AKW immer noch im Verdacht steht, die erhebliche Zahl von Kinderleukämien verursacht zu haben, Anmerkung des Autors), über zusätzliche Atomanlagen sagte Porschke, er gehe davon aus, dass sie nur dann genehmigt würden, wenn sie so sicher wie möglich seien. Eine hundertprozentige Sicherheit gebe es bei Atomanlagen jedoch nie. Deshalb gehörten sie auch abgeschaltet. (HA, 3.12.99)

Doch nicht nur beim grünen Umweltsenator fällt es inzwischen schwer, den Willen zum Atomausstieg zu erkennen. Als am Montag (29.11.99) in Berlin die Spitzen der Landesvorstände der Grünen zur Atomdebatte bei Fischer und Trittin einbestellt wurden, gab es nur zwei Landesverbände, die nicht massiv gegen die 30plus3-Jahre Restlaufzeit für die Reaktoren stritten. Die Hamburger Spitzen Cordurla Leites und Peter Schaar erklärten, dass sie mit derartigen Fristen leben könnten. Zumindest diese Haltung dürfte für die Mitgliederversammlung, die zu Redaktionsschluss dieser Ausgabe stattfinden wird, Thema werden, denn immerhin hat einer der beiden Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Energie, Klaus Gärtner, beantragt, die VorstandssprecherInnen zu rügen. Einen Antrag, der den SprecherInnen das Misstrauen aussprach und der quasi zum Rücktritt der beiden hätte führen können, hatte Gärtner nach offenbar heftigen internen Debatten zurückgezogen.

Ganz anders kommt der schleswig-holsteinische Energieminister Claus Möller (SPD) daher. Offenbar war er von den Anträgen der HEW ebenfalls nur kurzfristig informiert worden. Dies kritisierte Möller deutlich und bezeichnete die Genehmigungsanträge als "unüberlegten Aktionismus". Möller hatte zwar schon vor Monaten ein zentrales norddeutsches Zwischenlager am Standort Brunsbüttel ins Gespräch gebracht, allerdings dabei immer wieder betont, dass dieses Lager erst nach der Stilllegung von Brunsbüttel in Frage komme. Ausdrücklich hatte der Minister damals, aber auch jetzt wieder, darauf verwiesen, dass man vor allem der Bevölkerung in der Umgebung von Krümmel keine weitere Atomanlage zumuten könne. Nicht nur der Verdacht, dass Krümmel die Leukämien verursacht haben könnte, spreche gegen ein solches Ansinnen. Mit der Atomforschungsanlage der GKSS steht direkt neben dem AKW bereits eine zweite Atomanlage und außerdem befindet sich hier die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle vor allem aus der Medizin. Eine weitere Atomanlage sei deshalb der Bevölkerung in der Umgebung von Krümmel nicht zuzumuten.

Den lancierten Vorschlag einiger Atomstromer, vier AKWs bis zum Ende der Legislaturperiode abzuschalten, kommentierten die Schleswig-Holsteiner per Presseerklärung. Sie rechnen vor, dass die von den Unternehmen geforderte Festlegung einer Obergrenze der atomaren Stromproduktion für die dann verbleibenden fünfzehn AKWs auf etwas über 37 Jahre hinausläuft. Damit wird die derzeit gehandelte Obergrenze von 30 plus 3 Jahre also noch einmal deutlich überschritten.

DSe

26. Was treibt die Atomwirtschaft anderswo?

Autor: Jürgen Sattari · Rubrik: Atom- und Energiepolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:22

Neuer Atomgigant entsteht

Die Siemens AG und Framatome haben angekündigt, ihre Aktivitäten jetzt zu bündeln und ein neues Unternehmen zu gründen, an dem Siemens einen Anteil von 34% und Framatome 66% haben wird. Sitz dieses neuen Unternehmens wird Paris sein, der Umsatz von 3,1 Mrd. Euro (davon Siemens 1,1 Mrd.) mit 13.000 Beschäftigten macht den neuen Konzern zur weltweiten Nummer 1 in der Atomtechnik. Auf dem Weltmarkt konkurrieren noch British Nuclear Fuels, die das Nukleargeschäft der Westinghouse übernommen haben, außerdem General Electric mit seinen japanischen Lizenznehmern im Bereich Brennelementproduktion und ABB Combustion Engineering.

Bereits 1989 haben die beiden Reaktorbauer die Kooperation aufgenommen, die im Herbst 2000 dann in der neuen Firma besiegelt werden soll. Vorausgegangen ist im Sommer dieses Jahres der Rückzug des Framatome-Aktionärs Alcatel, der in anderen Unternehmensbereichen mit Siemens in direkter Konkurrenz steht. Eingestiegen ist mit 34% die staatliche Cogema, die Betreiberin der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Wachstumsschwerpunkte werden von den Siemensmanagern in den USA und Asien gesehen.

AKW werden abgeschaltet! In Schweden ...

Das schwedische AKW Barsebäck 1 ist als erstes von zwölf dem bereits seit 1980 beschlossenen Atomausstieg zum Opfer gefallen. Am 01. Dezember wurde die Leistung des AKW auf Null gefahren. Bis 2010 sollen alle Meiler abgeschaltet sein. Nach der bekannt gegebenen Vereinbarung erhält der Betreiber Sydkraft (Malmö) für die Quasi-Enteignung keine schwedische Krone als Ersatz. Die Firma bekommt statt dessen eine Erstattung der bisherigen Stromproduktionskapazität "in Natur" durch entsprechende Beteiligung an einer neu gegründeten Betriebsgesellschaft für das in der Nähe von Göteborg liegende AKW Ringhals, das bislang gänzlich im Eigentum der staatlichen "Vattenfall" steht. Die Ersetzung erfolgt nicht nur für den mittlerweile abgeschalteten ersten Reaktor, sondern auch für Barsebäck 2, das im Jahr 2001 stillgelegt werden soll. Vattenfall übernimmt im Gegenzug diesen Reaktor und bekommt aus der Staatskasse für die an Sydkraft mit Barsebäck 1 abgetretene Stromproduktionskapazität 5,7 Milliarden Kronen. Wird Barsebäck 2 stillgelegt, erhält das Staatsunternehmen voraussichtlich weitere 4,3 Milliarden Kronen. Das sind insgesamt umgerechnet 2,2 Milliarden Mark Belastung für die Staatskasse.

... und in Großbritannien ...

Eines der ältesten AKW in Großbritannien soll ab 2002 den Betrieb einstellen. Die Betreibergesellschaft, das staatliche Unternehmen British Nuclear Fuels, erklärte, dass benötigte Millioneninvestitionen in das 38 Jahre alte Kraftwerk angesichts sinkender Strompreise nicht gerechtfertigt seien. In der Anlage in Bradwell in Essex, das mehrere große Städte mit Elektrizität versorgt, arbeiten derzeit 350 Menschen. British Nuclear Fuels teilte mit, alle Beschäftigten würden bis März 2002 bleiben, wenn mit der Schließung der zwei Reaktoren begonnen werden soll. Während der Stilllegung, die bis zu drei Jahre dauern kann, würden etwa 250 Mitarbeiter gebraucht. Gewerkschaften äußerten die Hoffnung, dass die Arbeitnehmer in anderen Firmen unterkommen könnten. \field*ref Wir sind überzeugt, dass es nicht wirtschaftlich wäre, das Kraftwerk nach 2002 weiter zu betreiben\fldrslt, sagte Dougie Ronney von der Gewerkschaft für Ingenieurswesen und Elektrik. Die Gewerkschaft plane aber Investitionen in andere Atomkraftwerke.

... und in Deutschland?

Ausstieg sofort? Nein, Restlaufzeiten in Form von Atomstrom-Kontingenten, dafür vielleicht die Abschaltung von vier schrottreifen Reaktoren, für die die notwendigen Investitionen in Sicherheitstechnik völlig unwirtschaftlich geworden sind. Aber darauf müssen wir noch warten. Lange wahrscheinlich!

Tokaimura

Die wirtschaftlichen Verluste in der japanischen Präfektur Ibaraki durch den Atomunfall in der Anlage von Tokaimura haben nach offiziellen Angaben eine Größenordnung von 150 Mio. US-Dollar erreicht. Landwirte, Fischer, Badeorte und Freizeiteinrichtungen haben substanzielle Schäden erlitten.

Brasiliens Atompläne

Brasilien reaktiviert derzeit wieder alte Pläne, eine eigene Atomindustrie aufzubauen, da das wirtschaftliche Wachstum und der Energieverbrauch steigen sollen. Da der Energieverbrauch im vergangenen Jahr um 4,4 Prozent gestiegen ist und die Nutzung der Wasserkraftwerke, die derzeit 95% der Elektrizität produzieren, auf Grund geringerer Niederschläge Probleme bereiten, soll nun der Königsweg Atomenergie beschritten werden.

Das AKW Angra 2 soll im Jahr 2000 den Betrieb aufnehmen und für Angra 3 werden noch Kreditgeber gesucht. Hier fanden sich bereits die Dresdner Bank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Aber Electrobras, Brasiliens Stromproduzent, will weitere Atomkraftwerke im nächsten Jahrzehnt bauen. Brasiliens bekannte Uranvorräte sollen nach Angaben von Electrobras ausreichend sein, um 30 AKW der Angra-Klasse (1245 MW) zu betreiben - und dabei soll erst ein Drittel des Landes nach Uranreserven untersucht worden sein.

INB, Electrobras Tochter, die den Uranbergbau betreibt, hat kürzlich damit begonnen, die Uranpellets für die Brennstäbe selber herzustellen. Weiterhin ist geplant eine Isotopenanreicherungsanlage zu bauen, die von der Brasilianischen Marine entwickelt wurde.

Jürgen Sattari

27. Farbenspiel. Die Auswirkungen des liberalisierten Strommarktes

Autor: Jürgen Sattari · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:24

In ak 431 berichteten wir über die Entwicklungen auf dem liberalisierten Strommarkt. In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns weiter mit den laufenden Umstrukturierungsprozessen, den Auswirkungen auf die Arbeitsplätze und betrachten unter ökologischen Gesichtspunkten die derzeitigen Stromangebote.

Die Liberalisierung der Energiewirtschaft, wie sie seit dem 29. April 1998 nach Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) gilt, hat eine große Dynamik entfaltet. Mit der Yello-Werbeoffensive des Atomstromers Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) ist der Stein ins Rollen gekommen. Was als Werbegag gedacht war, kommt nun modisch daher: Strom soll eine Farbe haben. Zufall dabei, dass ausgerechnet der Atomstrom der EnBW die Farbe gelb trägt?

Die Karten werden neu gemischt. Ab sofort kann jede Stromverbraucherin ihren Versorger selbst wählen. Die noch unter dem FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt auf den Weg gebrachte Gesetzesnovelle verfolgt vor allem das Ziel, die Strompreise insbesondere für die Wirtschaft zu senken und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Fallende bzw. geringe Strompreise sind zwar vordergründig verbraucherfreundlich, aber unter ökologischen Gesichtspunkten absolut kontraproduktiv. Der Anreiz, Energie zu sparen, wird durch fallende Preise verringert; Energieverschwendung bleibt an der Tagesordnung. Aber auch die Notwendigkeit des Umbaus der Energieversorgung von den Großkraftwerken hin zu dezentraler Energieversorgung wird mit diesen Preissenkungen nahezu unmöglich gemacht. Jetzt zählt nur noch die billigste Art, Strom herzustellen, und da sind bereits abgeschriebene Anlagen ein großer Vorteil für die Betreiber.

Mit Sonderangeboten versuchen die Energieversorger (EVU) die Privat-KundInnen an sich zu binden. Gelb, blau, rot. Nur grün haben die EVU selten auf der Liste. Denn auch in einem liberalisierten Energiemarkt haben sich die Erzeugungsstrukturen erst mal nicht geändert. Atom- und Kohlestrom Strahlung und Kohlendioxid. Damit bei sinkenden Preisen die Rendite noch stimmt, werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Allein in Deutschland stehen deshalb nach Aussagen der ÖTV ca. 40.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Entlassungswelle hat bereits begonnen - nahezu lautlos. Bei dem Berliner Stromversorger Bewag soll allein vom Dezember 1999 bis Ende 2002 die Zahl der MitarbeiterInnen von 8.500 auf 4.500 sinken. Das bedeutet, dass bereits in diesem Geschäftsjahr die Bewag "für diese außerordentliche Restrukturierung" einen Aufwand von 700 Mio. DM haben wird. Der Vorstandsvorsitzende Winje gibt zu, dass "ein solch drastischer Personalabbau ohne den Preisdruck durch die Liberalisierung des Strommarktes nicht durchsetzbar gewesen sei". Die Gewerkschaften schreien aber erst, wenn die Arbeitsplätze in der Atomindustrie auf der Kippe stehen. Auch hier ist die Rede von 40.000 Arbeitsplätzen, die längerfristig bei einem Atom-Ausstieg wegfallen sollen. Dass die nur instrumentalisiert werden, liegt spätestens jetzt auf der Hand.

Lizenz zum Gelddrucken

Um die gegenwärtigen Entwicklungen besser zu verstehen, ist ein kurzer Rückblick sinnvoll: Mit dem Gesetz aus der Nazizeit (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG - von 1935) und der Ausnahmeregelung vom Verbot, Kartelle zu bilden, konnten die Energiekonzerne ihre Strukturen in die noch junge Bundesrepublik hinüberretten. Acht Unternehmen teilten sich die BRD auf und waren alleinige Stromversorger in ihrem Gebiet. Dermaßen abgeschottet, konnten sie selbst entscheiden, wie die Stromproduktion erfolgen soll und welcher Preis dafür zu zahlen war. Bei der Preisgestaltung hatte zwar der jeweilige Wirtschaftsminister des Landes noch mitzureden, aber die konsequente Einbindung der Politik in die Unternehmen schaffte die nötigen Voraussetzungen, um die Gelddruckmaschine in Gang zu setzen.

Neben den "Großen Acht" gab es noch weitere ca. 1000 kleine EVU und Stadtwerke, die vor allem in der Stromverteilung tätig waren. Trotz dieser Vielzahl gab es auf Grund der Monopolstrukturen keinen Wettbewerb - die KundInnen waren den EVU gnadenlos ausgeliefert.

Das überregionale Verbundnetz - die Hochspannungsleitungen, die sich quer durch die Republik ziehen - ging in den Besitz der "Deutschen Verbundgesellschaft - DVG" (Heidelberg), deren Gesellschafter wiederum die

"Großen Acht" sind. Mit diesen Leitungen ist zwar grundsätzlich die Möglichkeit geschaffen, die Grenzen der Monopole zu überwinden und Stromlieferungen quer durch die BRD zu tätigen, doch dienten sie jahrzehntelang nur dem Austausch von Strom zur Versorgungssicherheit.

So bauten die "Großen Acht" ihre Machtbasis aus und wurden zu profitablen Konzernen, die sich in den neunziger Jahren mit kaum da gewesener finanzieller Macht in andere Bereiche der Wirtschaft einkauften (z.B. Telekommunikation, Entsorgung, vgl. auch ak 423/431).

Monopole bleiben Monopole

Seit Beginn der Liberalisierung sind die "Großen Acht" in Aufbruchstimmung. Fusionsverhandlungen bestimmen das Bild. Gegenüber dem Konkurrenten Electricité de France - EDF, dem staatlichen Atomstromproduzenten aus Frankreich, sind die hiesigen EVUs eher klein. Dadurch befürchten die EVUs Nachteile auf dem europäischen Markt. Unterstützt werden die Fusionen durch die finanziellen Problem der Länder, die deshalb staatliche Anteile an Firmen privatisieren. So steht derzeit z.B. ein 25%-Anteil des Landes Baden-Württemberg an der Energie Baden-Württemberg - EnBW - (erst 1997 aus einer Fusion von Energieversorgung Schwaben AG und Badenwerk AG hervorgegangen) zum Verkauf an. Bewerber für dieses Tortenstück sind unter anderem RWE und EDF. Die Chancen für die EDF stehen gut: eine Offerte von 5 Mrd. DM macht es möglich.

Doch nicht nur diese beiden Fusionen (RWE und VEW sowie EnBW und EDF) machen derzeit von sich reden: Im September 1999 wurde die Fusion der beiden AKW-Betreiber Bayernwerke AG und PreussenElektra AG (beziehungsweise deren Mütter Viag AG und Veba AG) verkündet.

Die RWE sind derzeit mit 20 Mrd. DM (!) im Portemonnaie auf Einkaufstour. Neben dem Einstieg bei der EnBW haben sie noch ein Strom- und Gasunternehmen aus Großbritannien und ein norwegisches Gasunternehmen im Visier.

Die Monopole von einst sind auch die Monopole von morgen. Dabei wird es jedoch nicht bei acht EVUs bleiben, sondern bald nur noch "vier Große" geben.

Für die VerbraucherInnen mag im Moment der Wechsel zu den Billiganbietern lukrativ erscheinen, aber sie machen sich damit auch zu nützlichen Idioten der alten und neuen Monopolisten: einerseits wird so der Weiterbetrieb der AKW legitimiert, und andererseits wird den kommunalen Eigenerzeugern (Stadtwerke etc.) der Garaus gemacht. Doch gerade in den Stadtwerken steckt ein großer Teil der Hoffnung, eine ökologisch und sozialverträgliche Energiewende zu gestalten.

Der Preiskampf und die gut gefüllten Kriegskassen der Monopolisten offenbaren aber auch, dass in der Vergangenheit im Schutz der Monopolstellung abgezockt worden ist. Die vorhandenen Kraftwerks-Überkapazitäten werden nun mit Dumping-Preisen ausgelastet.

Nicht nur die Farbe zählt

Wie schon auf dem Telefonsektor beginnt nun auch auf dem Strommarkt die Jagd nach dem billigsten Anbieter. Was allerdings im Telefonsektor bei jedem Anruf im Call-by-Call-Verfahren neu entschieden werden kann, gestaltet sich beim Strom schwieriger. Laufende Verträge müssen gekündigt, Lieferverträge mit dem neuen Versorger abgeschlossen werden. Die haben eine bestimmte Laufzeit, in der ein weiterer Wechsel nicht gerade problemlos ist. Und so mancher Lieferant legt wechselwilligen KundInnen enorme Steine in den Weg. Kein Wunder, dass nur ein kleinerer Teil der StromkundInnen derzeit zu einem Wechsel bereit ist. Die Erwartungen der Anbieter, vor allem der aggressiv werbenden, sind bisher nicht erreicht worden.

Das Problem ist, dass vielen VerbraucherInnen die Herkunft des Stroms des jeweiligen Anbieters völlig egal ist. Die Informationen hierüber werden in der Regel nur von den Versorgern gestreut, die hundertprozentig Strom aus regenerativen Quellen oder Blockheizkraftwerken verwenden. Müsste Strom deklariert werden, so hätte beispielsweise Yello mit zur Zeit mindestens 50% Atomanteil sicherlich mehr Akzeptanzprobleme. Selbst die bundesweit agierenden Stadtwerke sind nicht frei von Atomstrom - auch wenn sie ihn selber gar nicht produzieren. Die Stadtwerke Braunschweig können mit 20% Atomstrom aufwarten, die Elektrizitätswerke Minden-Ravensburg dank der Nähe zum AKW Grohnde sogar mit 68%.

Doch die großen Atomstromer sind dabei, ihr Image mit Öko-Angeboten aufzupolieren. Die Bayernwerke etwa bieten Aquapower zu 100% aus Wasserkraft, RWE und die Hamburgischen Electricitätswerke (HEW) bieten Ökostrom, für den die KundInnen aber mehr bezahlen müssen als für den "normalen" Strom. Der Anreiz auf jenen umzusteigen, dürfte nur bei IdealistInnen gegeben sein.

Für eine unter ökologischen Aspekten durchgeführte Bewertung der Stromangebote darf allerdings nicht allein der verwendete Energiemix herangezogen werden. Dann stünden zum Beispiel die Bayernwerke mit Aquapower auf der Empfehlungsliste. Es ist vielmehr notwendig, das Gesamtangebot des Anbieters und seine Verflechtungen zu betrachten. Das ist naturgemäß schwieriger, werden solche Daten doch ungern als Werbebotschaft verwendet. So ist die EAM - Energieaktiengesellschaft Mitteldeutschland zwar nicht Betreiber von Atomkraftwerken, aber mit 46% ist die PreussenElektra AG Gesellschafter der EAM und liefert den Strom aus den Atommeilern. Oder der Regionalversorger EWE AG, der die Strommarke NaturWatt anbietet. Auch hier tritt die PreussenElektra AG als Gesellschafterin auf, und EWE hat Atomstrom im Netz.

Die Verflechtungen sind vielfältig, und nahezu keines der "alten" EVU ist frei von Verquickungen in den Atomsektor. Bei den neuen Anbietern fällt es schwerer, eine Einordnung vorzunehmen, sind die Gesellschafterstrukturen doch bisher nicht oder nur wenig publiziert. Die seit einigen Jahren in Deutschland agierende Vasa Energy GmbH beispielsweise stellt immer wieder ihr Engagement auf dem Ökosektor heraus, ist aber eine direkte Tochter der schwedischen Vattenfall AB, die die AKW Forsmark und Ringhals betreibt und sich gerade bei HEW eingekauft hat. Mehr Beispiele könnten genannt werden.

Schatten ohne Licht?

Einige neuere Anbieter sind in ihren Strukturen und Angeboten konsequenter. Vorreiter für eine atomstromfreie Zukunft sind die sogenannten Stromrebellen aus Schönau. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben nicht nur das Netz gekauft, sondern weiten auch die Produktion durch regenerative Anlagen aus, bieten mittlerweile bundesweit garantiert atomenergiefreien Strom an. Bliebe nur der kleine Wermutstropfen einer Kooperation mit bereits genannter Vasa Energy.

Andere Anbieter wie z.B. der Bund der Energieverbraucher, die Naturstrom AG oder Greenpeace Energy garantieren atomenergiefreien Strom und sind nicht mit der Atomwirtschaft verflochten. Hier kann derzeit sorglos eingekauft werden. Aber der Markt ist enorm in Bewegung.

Eine Entscheidungshilfe für die VerbraucherInnen sollen Zertifikate sein. Damit soll garantiert werden, dass der angebotene Öko-Strom bestimmten Anforderungen hinsichtlich Umwelt- und Klimaschutz genügt.

Bisher sind vier Institutionen aufgetreten, die Zertifikate ausstellen: die Technischen Überwachungsvereine, grüner Strom vom Bremer Energiekonsens und dem Ökoinstitut in Freiburg, das Grüne Strom Label e.V. und der Blaue Engel (Umweltbundesamt).

Vergeben wurde bisher allein das Zertifikat der Technischen Überwachungsvereine. Für das Grüne Strom Label e.V. und den grünen Strom vom Bremer Energiekonsens und dem Ökoinstitut Freiburg läuft gerade die Pilotzertifizierung. Die Vergabekriterien für den Blauen Engel sind noch in Arbeit.

Die wichtigsten Merkmale der verschiedenen Zertifikate sind:

Bei der TÜV-Zertifizierung muss der Anteil regenerativer Energiequellen bei 100% liegen, d.h. kein Anteil von Strom aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung. Ein bestimmter Anteil Photovoltaikstrom ist nicht vorgeschrieben. Ein Zubau der regenerativen Erzeugungskapazitäten muss ein wesentliches Ziel der Unternehmenspolitik sein. Es wird überprüft, dass ein erheblicher Teil der Erlöse in den Zubau investiert wird. Auch Anbieter von Strom aus Altanlagen können die TÜV-Zertifizierung bekommen.

Beim Grünen Strom (Bremer Energiekonsens & Ökoinstitut Freiburg) gibt es zwei Zertifikate: "regenerativ" und "effektiv". Bei "regenerativ" muss der Anteil regenerativer Energiequellen bei 100% liegen, d.h. kein Anteil von Strom aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung. Ein Anteil von 1% Photovoltaikstrom ist vorgeschrieben. Der Anteil von Neuanlagen ergibt sich implizit aus der Anforderung zur Reduktion der Treibhausgase. Durch den Betrieb von Neuanlagen müssen sich die Emissionen der Treibhausgase um mindestens 75% gegenüber konventionell erzeugtem Strom reduzieren. Neuanlagen sind alle Anlagen, die nach dem 31.12.1997 in Betrieb gegangen sind. Anlagen, die zwischen 1995 und 1997 errichtet wurden, gelten anteilig als Neuanlagen. Bei

Anlagen von 1995 gelten 25% der Erzeugung als neu, bei Anlagen von 1996 50% und bei 97er Anlagen 75%. Im Zertifikat "effektiv" muss der Anteil regenerativer Energiequellen bei 50% liegen, d.h. ein Anteil von maximal 50% aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung. Ein Anteil von 1% Photovoltaikstrom ist vorgeschrieben. Mindestens 25% des Stromes aus regenerativen Energiequellen muss aus Neuanlagen stammen.

Grünes Strom Label e.V. unterscheidet nach "Goldenem" und "Silbernem Label". Beim "goldenen Label" muss der Anteil regenerativer Energiequellen bei 100% liegen, d.h. kein Anteil von Strom aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung. Ein Anteil von 1% Photovoltaikstrom ist vorgeschrieben. Der Händler hat jährlich eine Strommenge entsprechend 10 % des im Vorjahr verkauften Grünstroms aus neuen erneuerbaren Energie-Anlagen zu beziehen. Beim "Silbernen Label" muss der Anteil regenerativer Energiequellen bei 50% liegen, d.h. ein Anteil von maximal 50% aus fossiler Kraft-Wärme-Kopplung. Ein Anteil von 1% Photovoltaikstrom ist vorgeschrieben. Der Händler hat jährlich eine Strommenge entsprechend 10 % des im Vorjahr verkauften Grünstroms aus neuen erneuerbaren Energie-Anlagen zu beziehen.

Bislang gibt es erst wenige nach diesen Zertifikaten beurteilte Anbieter. So hat z.B. die EWE NaturWatt GmbH das TÜV-Zertifikat vom TÜV Nord erhalten. Auch auf diesem Sektor ist einiges noch in Bewegung, und es bleibt abzuwarten, wie sich der Markt um Labels und Zertifikate noch entwickeln wird. Aber eins sollte sicher sein: solange die Anbieter in irgendeiner Weise noch in den Verflechtungen der Atomwirtschaft stecken, gehört dieser Strom nicht in die Steckdose kritischer NutzerInnen.

Jürgen Sattari

28. Raumpatroullien und Erlebnis-Shopping. Macht und Herrschaft in der neofeudalen Stadt

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:40

Spacelab ist der Name einer Gruppe von Sozialwissenschaftlern, die seit einiger Zeit den Kern der kritischen Stadtforschung in der Bundesrepublik bilden. Im Oktober ist nun das jüngste Buch aus diesem Zusammenhang erschienen: "Die Stadt als Beute" von Klaus Ronneberger, Stephan Lanz und Walter Jahn.

Auf 240 Seiten präsentieren die Autoren eine Art Zwischenbilanz ihrer bisherigen Analysen. Im Allgemeinen flüssig geschrieben, stört nur stellenweise fetziges, aber unvermitteltes post-strukturalistisches Wortgeklingel die allgemeine Verständlichkeit.

Wer Spacelab kennt, für den bietet das Buch zwar eine kompakte Zusammenfassung der bisher in einer Vielzahl von Artikeln verstreuten Thesen, aber kaum etwas wirklich Neues. Wer sich bisher allerdings nur am Rande mit der Zonierung öffentlicher Räume oder der Vertreibung von Obdachlosen, DrogenkonsumentInnen und anderen Teilen der Armutsbevölkerung (nicht nur) aus den innerstädtischen "Visitenkarten" beschäftigt hat, für den ist die "Stadt als Beute" ein hervorragender Einstieg für einen neuen Blick auf Fußgängerzonen, Bahnhofswandelhallen, Einkaufspassagen und Kultur"events".

Nach einem Parforce-Ritt durch die Stadtentwicklung der 70er und 80er Jahre diskutieren die Autoren das, was sie - zwar markig, aber etwas unbestimmt - "neofeudale Stadt" nennen. In den drei zentralen Kapiteln des Buches wird nachgezeichnet, wie die Metropolen im globalen Standortwettbewerb für die Wohn-, Konsum- und Freizeitbedürfnisse der neuen Funktionseliten zugerichtet werden und wie in der Stadtplanung und der Architektur andere Nutzungsinteressen am städtischen öffentlichen Raum zurückgedrängt werden.

In dem Maße, wie Hamburg, Berlin oder Frankfurt versuchen, als "World Cities" die Headquarter-Ökonomie des Banken-, Finanz- und Dienstleistungssektors anzuziehen, in dem Maße, wie Städte als "Unternehmen" gemanagt werden, in dem Maße ist die soziale Polarisierung ein bewusst einkalkuliertes Ergebnis der Stadtentwicklungspolitik. Ronneberger, Lanz und Jahn entschlüsseln die Macht und Herrschaft der neuen "Leistungsträger" auch dort, wo sie nicht sofort ins Auge springt: im Übergang des Wohnungsmarktes von einem Mieter- in einen Eigentümermarkt, im neuen Erlebniskonsum von Shopping-Malls und Themen-Parks oder in der "Festivalisierung" der Innenstädte.

Die Verdrängung anderer Nutzungsinteressen funktioniert dabei häufig kaum wahrnehmbar durch die subtile Durchsetzung von Normalitätsstandards. Bestimmte Kleidung, ein bestimmtes Aussehen oder bestimmte Verhaltensweisen fallen im Ambiente der auf edel getrimmten Einkaufspassagen viel schneller auf. Bestimmte Menschen sind da einfach "fehl am Platze." In den Wandelhallen der Bahnhöfe gibt es keine Sitzgelegenheiten. Wer sich dort zum Ausruhen auf den Boden setzt, fällt nicht nur sofort auf, sondern verstößt auch gegen die Hausordnung.

Vor der Verdrängung oder letztlich der Vertreibung steht die Etablierung einer Normalität als allgemein gültiger und herrschender Maßstab für bestimmte Räume. Wer diesem Maßstab nicht genügt, hat dort nichts zu suchen. Er/Sie fällt auf, wird über unzählige Videokameras und andere Überwachungstechnologien registriert und letztlich entfernt. Diese repressive Normierung in ihren vielfältigen Erscheinungsformen herauszuarbeiten, ist die besondere Stärke des Buches.

Wo die Normalitätsstandards durchgesetzt sind und wo Räume so gestaltet sind, dass abweichendes Verhalten sofort als "unnormal" auffällt, ist es nur ein kleiner Schritt zu dem viel beschworenen und scheinbar so bedrohten "subjektiven Sicherheitsgefühl". Das zweite Schwerpunktthema der Spacelab-Crew ist somit auch der Bereich von Law and Order in den Städten. Das Bild, das Ronneberger, Lanz und Jahn beschreiben, ist erschreckend: Keine größere Stadt, in der nicht der Einzelhandel gegen BettlerInnen und Obdachlose mobil macht. Der neue "City-Manager" des Hamburger Einzelhandelsverbandes etwa propagiert martialisch ein "Grundrecht auf Konsum", das gefährdet sei. Keine größere Stadt, in der nicht per Verordnungen, Platzverweisen und andere offene Repressionsinstrumente gegen Bettelei, offene Drogenszenen oder Obdachlose vorgegangen würde. Keine neuen Einkaufspassagen ohne private Sicherheitsdienste und Videoüberwachung, kein Bahnhof ohne "3-S-Konzept (Sicherheit, Service, Sauberkeit).

Soziale Marginalisierung und von der Norm abweichendes Verhalten verletzen das subjektive Sicherheitsgefühl. In Analogie zum 19. Jahrhundert werden wieder "gefährliche Klassen" konstruiert. Die Autoren weisen völlig zu Recht darauf hin, dass die "Sicherheits- und Moralpaniken" in aller Regel keinerlei reale Grundlage, etwa in den tatsächlichen Kriminalitätsstatistiken, haben. Sie sind häufig genug medial inszenierte Hysterien, allerdings mit der Konsequenz, dass der Sicherheits- und Ordnungsdiskurs alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche durchzieht: Stadtentwicklungspolitik als Sicherheitsaufgabe, lokale Beiräte und Stadtteilkonferenzen als Sicherheitsagenturen, Präventionsräte als Vorfeldorganisation der Polizei.

Im letzten Kapitel variieren die Autoren das Thema Sicherheit und Kontrolle im Rahmen einer Gesamteinschätzung einer sich herausbildenden neoliberalen Urbanität. Ihre These: Gesellschaftliche Integration beruht immer mehr auf einem aggressiven Dualismus von Einschluss und Ausschluss. Gemeinschaft und Pflicht begründen gesellschaftliche Teilhabe; wer dem nicht gehorchen kann oder will, wird zunehmend repressiv ausgegrenzt. Auf der Ebene des städtischen Raums kristallisiert sich vor diesem Hintergrund eine "Topographie des Sozialen" heraus (vgl. ak 425). Soziale Kontrolle funktioniert als Raumkontrolle, über räumliche Zuschreibungen und räumliche Abgrenzungen.

So spannend die in diesem Buch entwickelten Positionen sind, in der Frage der Widerstandsperspektive sind die Autoren ratlos. Ihr Verweis auf die seit 1997 in verschiedenen Städten sporadisch durchgeführten "Innenstadt-Aktionstage" kann auf jeden Fall nicht überzeugen. Die Autoren weisen selbst auf den marginalisierten Charakter der bisherigen Aktionen hin, mit denen etwas "thematisiert" werden sollte. Bis auf ganz wenige Ausnahmesituationen haben diese Aktionen nie den Charakter einer politischen Intervention in konkrete Auseinandersetzungen angenommen. Solange es aber in der Linken und erst recht in der verbliebenen linksradikalen Subkultur ungeklärt ist, ob und wie in real existierende soziale Konflikte eingegriffen werden soll, kommen die diversen Aktionstage o.Ä. kaum über reine Gestik hinaus.

dk

Klaus Ronneberger, Stephan Lanz, Walther Jahn: "Die Stadt als Beute", Bonn 1999, 240 Seiten, 24,80 DM

29. "Alles muss raus!". Ein Film über Normalität und öffentliche Räume

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:41

Videoclips zum Thema "Innenstadtvertreibungen" gibt es einige, mehr oder weniger amateurhafte Agitprop-Streifen ein paar. Gute Filme, die weder ermüden noch die plumpe Betroffenheitskeule schwingen, sind dagegen selten. Am 12. November hatte eine dieser Raritäten in Hamburg Premiere.

Ein Mann in Anzug und Krawatte blickt ernsthaft-freundlich in die Kamera. Der Mann heißt Hans Joachim Martens und ist "Center Manager" der Wandelhalle im Hamburger Hauptbahnhof. Der Mann spricht von Sauberkeit: "Einen privaten Wachdienst haben wir hier nicht, nur einen Ordnungsdienst. Der sorgt dafür, dass alles sauber ist." Und während Herr Martens ausgeblendet wird und seine Stimme nur noch aus dem Off ertönt, zeigt die Kamera, wie zwei uniformierte Kerle des Ordnungsdienstes einen älteren, bärtigen Mann ansprechen. Er wirkt etwas schmuddelig und wird unmissverständlich aus dem Bahnhofsgelände hinauskomplimentiert. Für Sauberkeit sorgen, heißt eben auch, bestimmte Bevölkerungsgruppen aus der Bahnhofswandelhalle zu vertreiben.

Die beschriebene Szene stammt aus dem Film "Alles muss raus!" Der Hamburger Hauptbahnhof ist der Kulminationspunkt, an dem die beiden AutorInnen - Irene Bude und Olaf Sobcak - ihr Thema entwickeln: die Nutzung des öffentlichen Raums und die unterschiedlichen Interessen, die hier aufeinander prallen. Es ist ein Film über Normalität und über die Kriminalisierung des "störenden Nicht-Normalen", ein Film über Vertreibung und auch ein Film über die Subjektivität, die Interessen und Bedürfnisse der Vertriebenen.

Der Film ist parteiisch, ohne jemals in platten Agitprop abzugleiten. In den gesamten 40 Minuten gibt es nur ca. fünf Minuten Kommentare aus dem Off. Ansonsten gewinnt der Film seine Eindringlichkeit durch die unkommentierten O-Töne der verschiedenen ProtagonistInnen: BahnhofsmanagerInnen, Bezirksverwaltung, Polizei, Obdachlose, DrogenkonsumentInnen, PassantInnen und SozialarbeiterInnen, sie alle kommen zu Wort. Dabei sind die Fragen aus den Interviews herausgeschnitten. Es bleiben die nackten, ungeschminkten Statements. Sowohl Sprache als auch Bild machen den Film somit zu einem selbsterklärenden Werk. Bude und Sobcak haben es nicht nötig, den Zuschauer noch mal mit dem Holzhammer einzubläuen, um was es geht.

Die ersten 15 Minuten des Films kreisen um das Thema "Normalität". In einer kaum zu ertragenden Mischung aus Offenherzigkeit und Zynismus äußern sich die geschniegelten Damen und Herren von Bahnhofs- und Bahnmanagement über BettlerInnen, Obdachlose und DrogenkonsumentInnen: "Das Hauptproblem ist der Alkoholiker". "Bei dem Anblick läuft es einem kalt den Rücken herunter." "Die sehen halt schrecklich aus" und sind "auf unangenehme Art auffällig". Die Damen und Herren machen keinen Hehl aus ihrem Ekel. Dabei geht es keineswegs um eine tatsächliche Bedrohung von Sicherheit. Der bloße Anblick von Obdachlosen und BettlerInnen soll den übrigen BahnhofspassantInnen erspart bleiben.

Wenn von Sicherheit und Sauberkeit die Rede ist, geht es immer um dasselbe: die Säuberung des Bahnhofs von "diesen schrecklichen Gestalten." Dann wird "durch Penetranz sofort auf die Probleme eingegangen", d.h. jedes Setzen auf den Boden, jedes "Herumlungern", jede sonstige Normabweichung hetzt einem die Ordnungsdienste auf den Hals, die nach Fahrkarten fragen oder auch Hausverbote erteilen. Von Beschwerden und Übergriffen wollen die Verantwortlichen dabei noch nie etwas gehört haben, auch wenn Ellen Grevert, Hauptbahnhofsmanagerin der Deutschen Bahn AG, vereinzelte "eigenmächtige Kompetenzerweiterungen" zugibt.

Thorsten Sielaff, Leiter der zuständigen Polizeirevierwache am Hauptbahnhof, findet in dem sozialhygienischen Kanon von Management und Bezirksverwaltung noch die liberalsten Töne. Immerhin ist er es, der ausdrücklich darauf hinweist, dass die sog. "Bedrohung des subjektiven Sicherheitsgefühls" "vor allem ein Ergebnis medialer Vorbereitung" ist. Und es ist derselbe Polizeichef, der davon spricht, dasd "der Hauptbahnhof auch ... ein klein wenig die Wohnstube dieser Menschen (ist)" und dass man das "vielleicht" auch akzeptieren muss. Er steht damit in deutlichem Gegensatz zu Günter Blümlein von der Betreuungsgesellschaft Hauptbahnhof, der "bestimmten Bereichen den Wohnzimmercharakter nehmen" will.

Die Art und Weise, wie dies geschieht, ist Thema des Mittelteils von "Alles muss raus!". Dabei lenkt der Film den Blick auf die sog. "baulichen Maßnahmen", mit denen Szenen aufgelöst und verdrängt werden: U-Bahn-Tunnel werden zugemauert und Zäune werden gezogen, so dass niedrige Mauern nicht mehr als Sitzgelegenheit dienen können.

Dort, wo die Vertreibung ihre repressivste Form annimmt, nämlich bei den unzähligen Polizeikontrollen und Platzverweisen, zeigt der Film seine einzige Schwäche: Das Agieren der Polizei wird in einem unangemessen sanftem Licht gezeigt, etwa wenn die Kamera in einer langen Sequenz eine "ganz normale" Doppelstreife beim Rundgang begleitet und dabei eher die freundliche Hilfsbereitschaft der BeamtInnen einfängt. Und auch die tatsächlich gezeigten Kontrollen haben eher den Charakter eines netten Small Talks an einem schönen Sommertag.

Der Film schließt mit der Vertreibung von BettlerInnen und Obdachlosen aus den angrenzenden Einkaufsstraßen der Innenstadt. In dieser Phase kommen nur noch die Betroffenen selbst und einige SozialarbeiterInnen zu Wort. Der Einzelhandel selbst, der sich bisher immer besonders aggressiv und lautstark geäußert hat, hat die Kamera von Bude und Sobcak offensichtlich gemieden.

In der Innenstadt sind es neben dem ausgedehnten Hausrecht und privaten Sicherheitsdiensten ebenfalls bauliche Maßnahmen, die den Aufenthalt von BettlerInnen und Obdachlosen erschweren, wie z.B. Bänke und Sitzgelegenheiten, auf denen man nicht mehr liegen kann. Der Film verteidigt eindringlich das Recht dieser Menschen auf ein soziales Leben, auf Kommunikation. Sie wollen nicht in die voll gepropften Obdachlosenunterkünfte abgeschoben werden.

Die Innenstädte sind ein Treffpunkt für viele unterschiedliche Menschen, Lebens- und Verhaltensweisen. Obdachlose, die sich in den Springbrunnen waschen, gehören "genauso dazu wie die Schmuckgeschäfte", meint eine Passantin. Selbstverständlich ist eine solche Haltung leider nicht. Oft trifft ein Werbeplakat wie jenes vom Norddeutschen Rundfunk die Stimmung unter den Reichen und Schönen, für die die Innenstädte herausgeputzt werden sollen, sehr viel genauer: "Lungern Sie nicht auf der Straße herum. Gewinnen Sie lieber ein Haus ."

dk

"Alles muss raus!" von Irene Bude und Olaf Sobcak, Baldwin Production 1999, 40 Minuten. Der Film kann ausgeliehen werden. Kontakt über Olaf Sobcak, Balduinstr. 24, 20359 Hamburg, Tel.: 040/319 33 42

30. Mehr als Geld und Umverteilung. Konferenz "Lichter der Grossstadt" thematisiert soziale Grundrechte

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:13

Über 200 Menschen trafen sich am 27. November in der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, um im Rahmen der Konferenz "Lichter der Großstadt. Konferenz für soziale BürgerInnenrechte" einen Tag lang über die verschiedenen Facetten von Sozialpolitik zu diskutieren. Sie setzten damit ein kleines, aber beachtliches Glanzlicht an einem trüben Herbsttag und in einer ebenso trüben politischen Großwetterlage.

Zur Konferenz eingeladen hatte ein ungewöhnliches Bündnis. Neben den Juso-Landesverband und der Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV waren die Sozialpolitische Opposition Hamburg und das Netzwerk REGENBOGEN - für eine neue Linke vertreten. Bei der SoPo handelt es sich um ein breites Bündnis von Einzelpersonen, politischen Initiativen und vor allem von Beschäftigten in den unterschiedlichsten Einrichtungen des sozialen Hilfesystems. Der Verein REGENBOGEN ist aus der Abspaltung linker AktivistInnen von den Hamburger Grünen im Zusammenhang mit dem NATO-Krieg im Kosovo hervorgegangen. Dass dermaßen unterschiedliche politische Traditionen zu einem gemeinsamen Projekt zusammengefunden haben, ist für sich bereits ein Politikum ersten Grades, zumal die VeranstalterInnen in der abschließenden Pressekonferenz betonten, auch in der weiteren Zukunft zusammenarbeiten zu wollen.

Ein zweiter bedeutsamer Aspekt der Konferenz lag in ihrer Schwerpunktsetzung. Es ging diesmal nämlich nicht um die 150igste Kritik einer sozial ungerechten Kürzungs- und Umverteilungspolitik. Die besondere Qualität der Tagung lag vielmehr darin, die sogenannte "soziale Frage" als ein Demokratie- und BürgerInnenrechtsthema zu stellen. Die Sozialpolitik der "Neuen Mitte" ist nämlich nicht nur eine Politik der Verarmung, sondern auch eine der Entrechtung. Der "aktivierende Staat", den rot-grüne Modernisierer bei jeder Gelegenheit beschwören, ist wesentlich mehr als eine weitere Kürzungsorgie. Er bedeutet vor allem auch die ideologische und praktische Stärkung von Pflicht- und Leistungsgedanken, von sozialer Kontrolle und Repression. Soziale Ansprüche als Grundrechte werden in Frage gestellt.

Dadurch, dass die Konferenz diesen Aspekt ins Zentrum ihrer Diskussionen gestellt hat, hat sie einen gerade in Kreisen der linken Sozialdemokratie und der PDS so beliebten wie falschen Zungenschlag vermieden: Nämlich die ungebrochen positive Bezugnahme auf den "alten" keynesianischen Sozialstaat. Mehr Geld allein bedeutet nämlich noch lange keinen Bruch mit bürokratischen, repressiven und entwürdigenden Elementen des Sozialstaats. Eine radikale soziale Bewegung muss Wege zu einer neuen Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit entwickeln, die auch über die traditionelle Sozialstaatlichkeit hinausweist. Mit der Betonung von sozialen Grundrechten ist die Konferenz einen wichtigen Schritt in diese Richtung gegangen.

Die Thematik der sozialen Grund- und BürgerInnenrechte wurde in fünf Arbeitsgruppen an Hand unterschiedlicher Fragestellungen diskutiert. Neben der Modernisierung der Sozialämter zu "Profit-Centern" und dem damit verbundenen verschärften Arbeitszwang ging es um den staatlichen und privaten Niedriglohnsektor, um soziale Grundrechte in der ambulanten Pflege, um die Entwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe und um die verschärfte Ökonomisierung und betriebswirtschaftliche Ausrichtung der sozialen Arbeit. Das Niveau der Debatten war sicherlich von AG zu AG unterschiedlich. Durchgängig beeindruckend war jedoch die Intensität und die offene Atmosphäre, mit der Erfahrungen und Positionen ausgetauscht wurden.

Neben den Arbeitsgruppen gab es im Laufe des Tages drei Plenumsreferate. Das Einleitungsreferat der VeranstalterInnen (siehe nebenstehenden Artikel) gab das Konferenz-Thema vor, das Christa Sonnenfeld aus Frankfurt mit ihren Ausführungen zu Arbeitspflicht und Kampf um BürgerInnenrechte aufgriff. Daneben diskutierte Ralph Welter von der Memorandum-Gruppe den "Sparzwangmythos". Abgesehen davon, dass dabei wenig Neues zum Thema Verteilungsungerechtigkeit präsentiert wurde und Macht- und Herrschaftsverhältnisse überhaupt nicht angesprochen wurden, bekam gerade dieses Referat auch des öfteren einen unangenehm protektionistischen Zungenschlag. Etwa wenn Welter "unserer sozialen Marktwirtschaft" etwas mehr nationale Binnenmarktorientierung vorschlug.

Die Mehrzahl der Konferenz-TeilnehmerInnen dürften Menschen aus den diversen sozialen Hilfeeinrichtungen gewesen sein, der "niederen Staatsadel" also, um Pierre Bourdieu zu zitieren. Aber auch die Zielgruppen des "aktivierenden Staates", Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen, waren gekommen.

Die TeilnehmerInnen verabschiedeten am Abend eine Abschlussresolution, in der die wesentlichen Ergebnisse von einem Tag anregender Diskussion zu einem Positions- und Forderungspapier zusammengefasst werden. Als Dokument eines neuen radikalen Reformismus ist dieser Text wie auch die gesamte Konferenz eine ermutigende Ausgangsbasis für weitere Diskussionen und Aktionen.

dk

31. (Haar-)Risse im Putz. Nachrichten aus der alltäglichen Lohnarbeit

Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:12

Grundrecht auf Pinkeln

In der Betriebszeitung The Barking Dog (Der bellende Hund) beim Autozulieferer NUMMI in Fremont, Kalifornien, wird heftig über Schikanen bei den Pinkelpausen diskutiert. "In diesem Land müssen die Unternehmer einem den Zugang zur Toilette in vernünftigen Zeitabständen ermöglichen", schreibt Caroline Lund. "Die Klosperre in den zweieinhalb Stunden zwischen Vormittags- und Mittagspause ist unsinnig, auch wenn einige Gruppensprecher das durchsetzen wollen." Caroline Lund berichtet: "Unser neuer Gruppensprecher verbringt seine Zeit damit, die Pausenzeiten der KollegInnen zu stoppen. Er wirft Mike vor, drei Mal am Tag eine Pause gemacht zu haben ... außerdem verfolgte er einen anderen Kollegen, nur um sicher zu gehen, dass der auch tatsächlich aufs Klo geht. Der Kollege machte einen Stopp beim Betriebsarzt. Dafür wurde er prompt aufgeschrieben wegen Verlassen des Arbeitsplatzes während der Arbeitszeit ohne Erlaubnis. Derselbe Arbeiter wurde auch noch deswegen bedroht, weil er sich auf dem Rückweg mit einem Kollegen unterhalten hatte. Ich habe mit mehreren Leuten gesprochen. Sie sind alle höllisch genervt. Es ist ätzend, wenn dir immer ein Gruppensprecher hinterher spioniert, wenn du auf die Toilette gehst. Haben die nichts besseres zu tun? (...)

Die Firma sollte daran denken, dass wir ArbeiterInnen sind und keine Gefangenen. Wir haben das Recht, dann aufs Klo zu gehen, wenn wir müssen. Und wir haben auch das Recht, uns ein Mineralwasser aus dem Automaten zu ziehen, uns die Schnürsenkel zu binden, einen dringenden Telefonanruf zu erledigen, Lippenstift neu aufzutragen, eine Kopfschmerztablette zu nehmen, Haarklammern neu zu richten oder andere ganz normale Dinge zu tun. Das ist eine Angelegenheit der Menschenwürde."

ArbeiterInnen bei NUMMI reklamieren für sich auch das Recht, während der Arbeitszeit zu lesen, Musik zu hören oder sich mit anderen zu unterhalten. All diese Formen der menschlichen Kommunikation sind offiziell verboten. "Ich lese gerne am Band. So vergeht die Zeit schneller, und es hilft mir die Langeweile dieser immer wiederkehrenden Handgriffe zu vertreiben. Andere reden lieber oder hören Musik."

Caroline Lund: "Sie hassen es, wenn wir zusammenhalten und das Recht eines und einer jeden auf Toilettenpausen verteidigen, auch für die die längere Pausen machen. Was wissen wir denn, wie lange jemand braucht? Im übrigen, wir bräuchten sicher weniger Toilettenpausen, wenn wir generell längere Pausenzeiten hätten. 15 Minuten sind zu wenig. Zweieinhalb Stunden zwischen den Pausen sind zu lang. Sowohl BandarbeiterInnen als auch Teamsprecher sollten während der Arbeitszeit lesen und reden dürfen, wie es ihnen passt." (Quelle: LabournetGermany)

Phoenix in der Asche

2.000 Beschäftigte der Phoenix-AG in Hamburg-Harburg protestierten am 2. Dezember vor der Hauptverwaltung des Konzerns für den Erhalt von z.Z. 3.000 Arbeitsplätzen im Stammwerk des Reifen- und Gummi-Herstellers. Der Betriebsrat befürchtet den Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen und die mittelfristige Schließung des Werks auf Grund von Produktionsverlagerungen. Die Phoenix AG gliedert aus Hamburg immer mehr Produktionsbereiche in eigenständige GmbHs aus. In Thüringen und Ungarn sollen neue Produktionsanlagen geschaffen werden, um Subventionen und Lohnkostenvorteile abzuschöpfen.

Offiziell ist noch keine Entscheidung gefallen, doch die Konzernleitung prüft bereits seit September Grundstücksverkäufe, was auf die Verlagerung der dortigen Produktion schließen lässt. Am 27. September hatten sich 300 Phoenix-Beschäftigte während einer Demonstration zum Harburger Rathaus empört über die Hinhaltetaktik von Betriebsleitung und örtlicher SPD geäußert. Seit dem 23. November haben es die KollegInnen nun schriftlich: Große Teile der Reifen-, Fördergurt- und Schlauchproduktion soll verlagert werden. Und auch die Fünf-Jahres-Garantie für die verbleibenden Bereich gilt nur, wenn die Produktionen "wirtschaftlich vertretbar" sind. Dafür sollen Überverdienste "auf Thüringer Niveau" abgesenkt werden, Nachtschichtzulagen reduziert und Arbeitszeiten flexibilisiert werden (inklusive Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich). Den Samstag möchte die Betriebsleitung als Regelarbeitstag.

Der Betriebsrat trägt inzwischen zur Verunsicherung der Beschäftigten bei. Ein am 22. November verhängter Überstunden-Boykott ist vom BR inzwischen wieder zurückgenommen worden. Es gibt Gerüchte über inoffizielle Absprachen, zumal der Betriebsrat eigenmächtig einen "Solidarbeitrag" der Beschäftigten von 3 Mio. DM und eine Senkung der Produktionskosten von 4 Mio. DM angeboten hatte. Am 26.11. haben 50 Beschäftigte den Betriebsrat aufgesucht und um die Einberufung einer Betriebsversammlung gebeten. Auf Intervention von Horst Krämer, Funktionär der IG Bau, Chemie, Keramik, Mitglied des Phoenix-Aufsichtsrats und SPD-Vorsitzender in der Bezirksversammlung Harburg änderte der BR seine ursprünglich zustimmende Haltung, die Versammlung kam nicht zu Stande. Vor diesem Hintergrund hat sich ein Solidaritätskomitee konstituiert, das auch versucht, den Kampf um die Phoenix-Arbeitsplätze in den Stadtteil zu tragen

Kontakt: Betriebsrat Phoenix AG, Hannoversche Str. 88, 21079 Hamburg; Solidaritätskomitee, Michael Schade, Röneburger Freiheit 11, 21079 Hamburg, Tel.: 040/ 768 73 35,

E-Mail: soliphoenix@aol.com

Heißer Winter im kühlen Norden

Seit dem 21. November halten die 350 ArbeiterInnen des Autozulieferers Molson im kanadischen Barrie (Provinz Ontario) die Fabrik besetzt. Sie wehren sich damit gegen die angekündigte Schließung des Werks im September 2000 und gegen die lächerlichen Abfindungsangebote der Geschäftsleitung (zwischen 13.000 und 65.000 DM).

Die ArbeiterInnen kämpfen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, zumindest aber fordern sie für den Fall einer Werksschließung den Wechsel in einen Vollzeit-Job in eines der benachbarten Molson-Werke. Das Angebot der Geschäftsleitung gilt als Provokation. 50 befristete Stellen (für sechs Monate!) für zwei Wochenendschichten à 12 Stunden in einem anderen Werk unter völligem Verzicht auf alle bisherigen Ansprüche. Dies entspräche einer Zusatzleitung von ca. 6.000 DM, ein "Angebot", das Empörung auslöst. (Quelle: labournetcanada)

Kein Frieden in Smartville

Eine Woche lang, vom 10. bis zum 17. November, haben streikende ArbeiterInnen die Zufahrten zum Smart-Werk im lothringischen Hambach blockiert. Der Produktionsausfall bei diesen Daimler-Chrysler-Kleinstwagen beläuft sich auf 900 Stück. Der Streik brach beim österreichisch-kanadischen Autozulieferer Magna aus, der auf dem Gelände des Smart-Werkes Karosserien bauen lässt. 450 DM Lohnerhöhung und eine Begrenzung der Zeitarbeitsverträge waren die Forderungen der ArbeiterInnen. Zunächst 30 Magna-Beschäftigte waren dafür am 8. November in den Streik getreten und hatten mit der Blockade der Zufahrtswege begonnen. Bis zum 10. November hatten sich dann die Beschäftigten weiterer Smart-Zulieferer dem Streik angeschlossen.

Das Smart-Werk in Hambach war erst 1997 eröffnet worden. Nicht nur die hohen Subventionen waren ein Grund für diese Neuansiedelung. Die strukturschwache und durch das jahrelange Minensterben gebeutelte Region versprach der Daimler-Chrysler-Tochter Micro-Compact-Car (MCC) eine schlecht organisierte, verängstigte und befriedete Belegschaft. Die zersplitterte Produktionsstruktur sollte ein übriges tun, um die Konfliktbereitschaft in Grenzen zu halten. Über 10 Zuliefererfirmen sind auf dem Smart-Gelände und für die Smart-Produktion angesiedelt.

Dennoch ist die Arbeit in "Smartville" unbeliebt. Die meisten der 1.700 Beschäftigten sind über Programme der Arbeitsämter dorthin gekommen. Nur in Ausnahmefällen liegen ihre Löhne über 2.100 DM brutto. Als die Behörden jüngeren Bergarbeitern der Region 150.000 Mark für den Wechsel nach Smartville anboten, nahmen nur 20 Männer das Angebot an. Eine für Frankreich durchaus unübliche Abwesenheitsrate von sieben Prozent drückt ebenfalls stillen Protest gegen die Löhne und Arbeitsbedingungen bei MCC aus.

Nach dem am 17. November zwei der bestreikten Zuliefererfirmen die Lohnforderungen der ArbeiterInnen akzeptiert hatten, wurde der Streik abgebrochen. Ob und wie der Produktionsausfall nachgeholt werden kann, ist aber angesichts der Stimmung im Werk für Geschäftsleitung und Gewerkschaften mehr als unklar. Alles deutet darauf hin, das MCC das Jahresziel von 80.000 verkauften Smarts nicht erreichen wird.

(Quelle: labournetGermany, taz)

Gruppenpflicht? Nein, danke!

Im Juli dieses Jahres hat Daimler-Chrysler Südafrika vier Arbeiter im Werk East London entlassen. Nach einem Bericht der Betriebszeitung Innenspiegel des DC-Werks in Mannheim hatten die vier sich geweigert, an der täglichen 10 minütigen Versammlung in der sogenannten "Green area" vor Schichtbeginn teilzunehmen. Diese Versammlungen wurden im Zusammenhang mit der vor Jahren flächendeckend eingeführten "Gruppenarbeit" vereinbart. Sie haben sich jedoch inzwischen mehr und mehr zu reinen Veranstaltungen der Abteilungsleiter verformt; diese bestimmen sowohl die Themen als auch den Inhalt der Besprechungen. Und dagegen hatten sich die vier auf ihre Weise gewehrt. Aus Solidarität haben die Kollegen aus der Abteilung einige Tage die Arbeit niedergelegt. Doch die Werkleitung blieb bei der Entscheidung und erhielt auch vor einer Einigungsstelle Recht. (Quelle: labournetGermany)

Rentnerpower in Coventry

Um mickrige 2,50 DM will die Blair-Regierung ab dem April 2000 die Renten erhöhen. Die gewerkschaftlich organisierten britischen RentnerInnen und Rentner haben darauf hin den 24. November zum landesweiten Aktionstag ausgerufen. Sie lehnen das Regierungsangebot als reine Mildtätigkeitsgeste ab und fordern die automatische Anpassung der Renten an die Durchschnittslöhne, eine Regelung, die von der Thatcher-Regierung abgeschafft worden war.

Während in London ein 77-jähriger Sprecher einer RentnerInnen-Delegation die Forderungen im Parlament vortrug, schlugen die AktivistInnen in Coventry gleich zwei Mal zu. Sie bildeten eine Streik-Kette um die lokale Tageszeitung und blockierten außerdem eine der zentralen Straßen der Stadt, in dem sie ununterbrochen die Fußgängerüberwege überquerten. Transparente an einer nahe gelegenen Fußgängerbrücke forderten die AutofahrerInnen zu solidarischem Hupen auf. Das darauf hin ausbrechende Hupkonzert war kilometerweit zu hören. Als die DemonstrantInnen anschließend in eines der zentralen Einkaufszentren der Stadt zogen, wurden sie dort mit stürmischem Beifall begrüßt. (Quelle: labournet.uk)

Fusionsfieber bei Hoechst

Zum Jahrtausendwechsel planen Hoechst Marion Roussel Frankreich (HMR) und die französische Rhone-Poulenc die Fusion zum weltweit größten Biotechnologie-Konzern Aventis - nicht ohne gravierende Auswirkungen für die Beschäftigten. 11.000 Arbeitsplätze und 49 von 91 Standorten stehen zur Disposition.Für die Beschäftigten der Pharmaforschung von Rhone Poulenc in den USA (Collegeville) hat der Zusammenschluss mit der Hoechst AG zu Aventis die schlimmsten Folgen. Der Standort mit 1.600 Beschäftigten wird geschlossen. Forschungsaktivitäten der HMR in den USA (Kansas City) mit 900 Beschäftigten sollen nach Bridgewater verlagert werden. Weitere Standorte mit unbekannter Zahl von Beschäftigten werden in England und Frankreich geschlossen oder verlagert.

Als erstes soll offenbar der Forschungs- und Entwicklungsstandort in Romainville (Paris) mit etwa 1.800 Beschäftigten verkauft werden. Nach ersten Protestversammlungen der Beschäftigten kam es Ende Oktober bei HMR-Romaineville zu Arbeitsniederlegungen. Nach Informationen der CGT haben sich 450 Beschäftigte den ganzen Tag über daran beteiligt, weitere 450 einen halben Tag lang. Die "Gemeinsame Liste STANDORT FORUM", eine Betriebsrätegruppierung am Standort Frankfurt-Höchst, bittet um Solidarität für die bedrohten französischen Kollegen: "Bitte nehmt die Chance wahr, zu zeigen, dass ‚internationale Solidarität` nicht ein leerer Propagandabegriff ist. Helft mit, durch Solidaritätsadressen den französischen Beschäftigten und ihren Gewerkschaften den Rücken zu stärken." (Quelle: labournetGermany)

Sklavenhandel macht schlank

Auch in den Werken der ehemaligen Hoechst AG folgt nach der globalen Elefantenhochzeit die Verschlankung. Dazu die folgende Mitteilung der "Gemeinsamen Liste STANDORT FORUM": "Die InfraServ (Unternehmen der Hoechst AG, Red.) wurde beauftragt, gemeinsam mit der weltweit größten Zeitarbeitsfirma MANPOWER das Gemeinschaftsunternehmen InfraPower zu gründen. In diesem Unternehmen sollen Beschäftigte aus Unternehmen der Hoechst AG, die durch Umorganisationen ihren Arbeitsplatz verlieren, ‚geparkt` werden und bei Bedarf an andere Firmen ausgeliehen oder unbefristet abgegeben werden. Die Beschäftigten, die an InfraPower abgegeben werden, sollen die fälligen Abfindungen nur teilweise erhalten. Mit dem anderen Teil werden die Einkommensverluste ausgeglichen, denn InfraPower wird deutlich niedrigere

Tarife als den Chemie-Tarif zahlen. Mit der Abschiebung von Beschäftigten zu Infrapower erreicht der Arbeitgeber die Außerkraftsetzung der bestehenden Überleitungsvereinbarung. Hierin ist u.a. festgehalten, dass bei Wegfall des Arbeitsplatzes nach Versetzungsmöglichkeiten in den ehemaligen Hoechst-Unternehmen gesucht werden muss. Das kann sich der Arbeitgeber jetzt sparen ... " (Quelle: LabournetGermany)

Internationale Solidarität oder Standortwettbewerb

Aufgeräumt wird auch bei dem weltgrößten Lokomotiven-Hersteller Adtranz, einer 100%-igen Daimler-Chrysler-Tochter. Die Mannheimer Betriebszeitung Innenspiegel berichtet: "Im Mannheimer Werk ist Fremdvergabe von Teilen in der Stromrichterfertigung seit langem an der Tagesordnung. Auch für eine neue Baureihe (BR 423) ist an Fremdvergabe gedacht. Jedes Mal sind weitere Arbeitsplätze in Gefahr. Dies will die Belegschaft aber nicht kampflos hinnehmen." Die Pläne der Konzernleitung gehen aber noch weiter: Adtranz will sich im wesentlichen auf "Kernkompetenzen" konzentrieren. 3.000 der gegenwärtig 24.000 Beschäftigten werden demnach bis zum Jahr 2002 ihren Arbeitsplatz verlieren. Die Produktion an den sechs Standorten Amadora (Portugal), Nürnberg, Oerlikon und Pratteln (Schweiz), Stroemmen (Norwegen) und Elmira (USA) soll eingestellt werden.

Bei den 800 Beschäftigten in Nürnberg ist diese Nachricht auf heftige Empörung gestoßen. Der Innenspiegel: "Mitarbeiter der Firma waren nur mit Mühe davon abzuhalten, ihre Wut in handfesten Aktionen zum Ausdruck zu bringen, als sie am Freitag die schlimme Nachricht mitgeteilt bekamen. Auch die Belegschaften in der Schweiz werden diese Entscheidung nicht hinnehmen. Sie wollen erst gar nicht über einen Sozialplan verhandeln."

Laut WoZ ist aber nicht alles Gold, was im Rahmen der Proteste in der Schweiz glänzt. Die Beschäftigten demonstrierten zwar Ende November kämpferisch in Zürich, doch auf Betriebsratsebene scheinen die internationalen Kontakte eher unterentwickelt. Hinzu kommt ein in Presse und Politik immer wieder betonter Standortstolz, ein offenes Scheunentor für die Konzernstrategie des Teile und Herrsche. Ob sich gegen den Standortpatriotismus eine Strategie der internationalen Solidarität entwickeln lässt, bleibt bei Adtranz abzuwarten. (Quelle: LabournetGermany)

32. Die Entsorgung der sozialen Gerechtigkeit. Sozialabbau und soziale BürgerInnenrechte

Autor: Bachmann, Griebner, Hauer u.a. · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:11

Dies war der Titel des Eingangsreferats auf der Konferenz "Lichter der Großstadt. Konferenz für soziale BürgerInnenrechte". Wir dokumentieren im Folgenden den Text, der von den VeranstalterInnen - Juso-Landesverband Hamburg, REGENBOGEN - für eine neue Linke, Sozialpolitische Opposition Hamburg und Abteilung Kirchen und Wohlfahrtspflege der ÖTV Hamburg - gemeinsam verantwortet wird.

30 Milliarden DM will die rot-grüne Bundesregierung mit ihrem neuen Sparpaket zu Lasten der Länder und Kommunen sowie zu Lasten der RentnerInnen, Erwerbslosen, SozialhilfeempfängerInnen, Flüchtlinge und lohnabhängig Beschäftigten einsparen, um "den Standort Deutschland wieder konkurrenzfähig zu machen". Bereits in ihrem ersten Jahr knüpft die Schröder-Fischer-Regierung damit an die Tradition ihrer Vorgängerin an. Von 1993 bis 1996 sind allein drei solcher Sparpakete im Umfang von 20-50 Mrd. DM aus der Taufe gehoben worden.

Und Hamburg spart kräftig mit. Dafür nur zwei Beispiele. Allein im Bereich der Sozialhilfe will Hamburg im nächsten Jahr mindestens 21,5 Mio. DM einsparen. 10 Mio. DM nur durch die zwangsweise Vermittlung von SozialhilfeempfängerInnen "in Arbeit". Für DM 11,50 brutto Öltanks reinigen oder ein vierwöchiges "Praktikum" ganz ohne Geld, das sind dabei die sogenannte "Angebote". Weitere 12,5 Mio. DM durch Leistungskürzungen und verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen. Bis zum Jahr 2003 sollen 279 Millionen DM bei der Sozialhilfe eingespart werden, über 70 Mio. DM pro Jahr. Im Bereich der Kindertagesbetreuung werden 27 Mio. DM gespart. 30% der Stellen in der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit sind nicht besetzt. Seit Oktober diesen Jahres ist das Budget der Hilfen zur Erziehung aus rein fiskalischen Gründen gedeckelt worden.

Sparzwang und Standortlogik

Haushaltskonsolidierung und "intelligentes Sparen" haben in den letzten Jahren die soziale Schieflage in dieser Stadt weiter zugespitzt. Die Symptome der Armut sind unübersehbar geworden: Menschen ohne Obdach gehören schon fast selbstverständlich ins Straßenbild vieler Viertel. In Stadtteilen wie Dulsberg, Altona-Altstadt, Jenfeld oder Wilhelmsburg kommen immer mehr Kinder hungrig zur Schule. 150.000 Menschen, d.h. jeder 10., leben in dieser Stadt von der Sozialhilfe und von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; davon 52.000 Kinder, allein 22.000 unter 7 Jahren. Die Anzahl derjenigen, deren Erwerbseinkommen so niedrig ist, dass sie zusätzlich Sozialhilfe beantragen müssen, ist im letzten Jahr überdurchschnittlich um 6,9% gestiegen. Auch Hamburg kennt sie mittlerweile, die "working poor".

Dabei ist Hamburg immer noch eine reiche Stadt, und ähnlich rasant wie die Armut zunimmt wächst auch der Reichtum. Auch die angeblichen Sparzwänge der öffentlichen Hand sind nicht so naturgesetzlich, wie sie oft dargestellt werden. Immerhin gibt der Senat locker Unsummen für sozial und ökologisch zweifelhafte Projekte aus. (...) Und wenn's dem "Unternehmen Hamburg" dient, verzichtet der Staat auch durchaus mal auf Einnahmen: Die Spielräume, um kommunale Steuern wie z.B. die Gewerbesteuer zu erhöhen, um Steuerschlupflöcher zu stopfen, um Steuerprüfungen durchzuführen oder um Mieten und Pachten im Hafen zu erhöhen, werden keineswegs vollständig ausgenutzt. Es dürften einige hundert Millionen Mark sein, auf die Hamburg schlicht und einfach verzichtet. Mal ganz davon abgesehen, dass es bisher noch keinen ernsthaften Versuch von Seiten der Hansestadt gibt, die ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene zu korrigieren. Statt dessen im Bund wie in Hamburg dasselbe Gejammer über leere Kassen, Sparzwänge bei gleichzeitig kräftigen Steuergeschenken für Unternehmen und Reiche. Doch Geld ist genug da! Darauf hinzuweisen wird genauso ein Ziel dieser Konferenz sein wie es ein Ziel ist, die sozialen Ansprüche laut und unmissverständlich zu artikulieren.

Mehr Markt, weniger Rechte

Doch wir werden mit dieser Konferenz nicht bei der Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit stehen bleiben, unsere Themen, unsere Kritik und unsere Forderungen gehen weiter. Es geht bei allem "Sparen" und Sozialabbau um mehr als um die immer wiederkehrende Neuauflage einer sozial ungerechten Kürzungspolitik.

Es geht auch und vielleicht sogar in erster Linie um einen Angriff auf die Köpfe der Menschen. Die Idee des Sozialstaates wird von oben neu definiert. Die Vorstellungen davon, was "soziale Gerechtigkeit" ist, was "soziale Sicherung" ist und welche Ansprüche gerechterweise an den Staat bzw. die Gesellschaft gestellt werden dürfen, dies alles wird z.Z. neu bestimmt und in die Köpfe gehämmert. Im Kern geht es darum: Der Sozialstaat sei zu teuer. Zum Teil, weil er ineffizient organisiert sei, zum Teil weil er zu umfassend konzipiert sei und zum Teil, weil die Leistungen zu ungenau verteilt werden.

Leistung und Gegenleistung, ökonomische Effizienz, Markt, Budget, "Kunden": das sind die neuen Zauberwörter, in deren Windschatten soziale Dienstleistungen und soziale Arbeit vollständig Marktbeziehungen unterworfen werden sollen. SachbearbeiterInnen auf den Ämtern soll "Kostenbewusstsein" und "Budgetverantwortung" beigebracht werden, damit sie mit - Behördenzitat - "entfesselter Kreativität" nicht mehr an Ermessensspielräume für KlientInnen und Hilfesuchende denken sondern nur an das vorgegebene Kostenziel.

Träger und Einrichtungen werden über Ausschreibungen und Leistungsverträge in eine gnadenlose Lohnkostenkonkurrenz getrieben, in der Standards der sozialen Arbeit und der sozialen Angebote nichts mehr, niedrige Angebote alles zählen. Tarifliche Arbeitsbedingungen und Löhne bleiben dabei genauso auf der Strecke wie engagierte und kompetente Arbeit für die NutzerInnen. Die Ökonomisierung der sozialen Arbeit macht Träger und Einrichtungen zu ausschließlich betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen, sie verdammt auch den schutz- und hilflosesten Menschen dazu, selbstbewusster Kunde am Markt zu sein und sie krempelt das Denken um. Auf dieser Konferenz wird es nicht zuletzt auch darum gehen, kritische Gegenpositionen zu diesem Mainstream zu entwickeln, dem wir inzwischen bis in die Sprache hinein überall begegnen.

Die Sozialstaatskritik von oben setzt aber nicht nur auf Marktgesetze und Deregulierung. Sie beklagt auch den angeblich zu lockeren Zusammenhang zwischen Arbeit und Sozialleistungen. Es gehe nicht mehr an, dass so viele Menschen mit durchgefüttert werden, obwohl sie arbeiten könnten. Immer häufiger ist vom "aktivierenden Staat" die Rede. Mit mehr oder weniger sanftem Druck sollen Hilfebedürftige dazu gebracht werden, sich selbst zu helfen. Was dann unter Schlagworten wie "Hilfe zur Selbsthilfe", "Loslösung aus der Sozialhilfe" oder "Bruch mit der Versorgungsmentalität" daher kommt, ist oft genug die blanke Repression: Leistungskürzungen, verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen, Abschreckung und immer wieder Arbeitszwang.

Die modernisierte Sozialhilfesteuerung etwa zielt systematisch darauf ab, "Fallzahlen zu kontrollieren", d.h. Hilfeberechtigte los zu werden. Demütigung, Entwürdigung und Einschränkung elementarster BürgerInnenrechte sind dabei Mittel zum Zweck: SozialhilfeempfängerInnen haben nicht mehr das Recht der freien Entscheidung, zu welchen Bedingungen sie arbeiten wollen. Bei unangemeldeten Hausbesuchen gilt das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung für Hilfeberechtigte nur eingeschränkt. Auch die Würde des Menschen ist durchaus antastbar, wie die täglichen Schikanen und entwürdigenden Überprüfungen und Befragungen auf den Ämtern zeigen.

Das Bedarfsdeckungsprinzip bzw. das Individualrecht auf "menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben", eine der Errungenschaften des Bundessozialhilfegesetzes, ist inzwischen faktisch abgeschafft. Im Vordergrund steht nicht mehr die Frage: Was braucht ein Mensch in der Bundesrepublik mindestens für ein Leben in Würde? sondern die Frage: Was kostet die Sozialhilfeempfängerin? Was kostet ein Mensch "den Staat"? Wollen "wir" uns "die Armen" noch was kosten lassen?Vorreiter für diese Vorrangigkeit des Kostenkalküls in der Sozialpolitik war das Asylbewerberleistungsgesetz von 1993. Um die Kosten, die mit der Versorgung von Flüchtlingen verbunden waren, zu reduzieren, hat man das erste Mal ein sozialpolitisches Sondergesetz für eine Bevölkerungsgruppe geschaffen, in dem ihr Existenzminimum schlicht um 25% unter dem der Sozialhilfe festgelegt wurde. Ein individueller Bedarf wird Flüchtlingen nicht mehr zugestanden.

Inzwischen gibt es keinen Bereich des sozialen Hilfesystems mehr, in dem Ansprüche, formuliert als soziale Grundrechte auf ein menschenwürdiges Leben, nicht systematisch ausgehebelt werden:

In der Drogen- und Suchthilfe wird dem akzeptierenden Hilfeansatz, der erst mal nur danach fragt, was DrogenkonsumentInnen zum Leben und Überleben brauchen, das Messer an die Kehle gesetzt.

Kinder und Jugendliche lässt man in der Luft hängen. Sie werden eingeklemmt zwischen Spardiktat und Kriminalitätsdiskurs. Die Forderung nach geschlossener Heimunterbringung erhält durch Sondereinrichtungen

zur U-Haftvermeidung und Studien zur Jugendkriminalität immer neue Nahrung. Andererseits müssen Kinder und Jugendliche erst stigmatisiert und ausgegrenzt werden, bevor individuelle Hilfen gewährt werden.

In der Beschäftigungspolitik steht uns ein neuer Billigtarif für Jugendliche ins Haus, der erklärtermaßen nicht mehr existenzsichernd ist. Er wäre ein vorläufiger Höhepunkt einer fachlich inkompetenten Beschäftigungspolitik, der es nur noch um den erzieherischen und strafenden Charakter der Arbeit geht: Die Jugendlichen sollen beizeiten darauf trainiert werden, dass sie an die Arbeit keine Erwartungen und Ansprüche zu stellen haben. Ihre Hoffnungen, Wünsche und Perspektiven sollen über den Horizont der ungesicherten Billiglohn-Jobs nicht hinausgehen.

Die MigrantInnen und Flüchtlinge in dieser Stadt werden nach wie vor als Menschen zweiter Klasse behandelt. Sie sind durch ein ganzes System von Sondergesetzen umzingelt und werden täglich diskriminiert und ausgegrenzt, aus dem Wohnungsmarkt wie aus dem Arbeitsmarkt, in Schulen wie in den Behördengängen. Antidiskriminierungspolitik und Fördermaßnahmen für strukturell Benachteiligte sind in Hamburg Fremdworte. Und für Flüchtlinge gibt es nur den Teufelskreis von Lagerunterbringung, Arbeitsverbot bzw. rechtloser Schwarzarbeit und Abschiebung. Die Ausländerbehörde hat unter rot-grün eine Abschiebemaschinerie perfektioniert, die in der Bundesrepublik unerreicht ist.

Gegen diese Politik der Verarmung und Entrechtung beziehen wir mit dieser Konferenz Position. Soziale Ansprüche sind berechtigt. Ein menschenwürdiges Leben in dieser Gesellschaft zu leben, mit vollständigen Teilhabemöglichkeiten, ist ein Recht! Ein Grund- und BürgerInnenrecht. Wir erbitten keine Almosen und keine großzügigen Gnadenakte. Wir stellen mit dieser Konferenz selbstverständliche Rechte fest und fordern sie selbstbewusst und energisch ein.

Pflicht, Zwang, Ausgrenzung

Auch im alten keynesianische Wohlfahrtsstaat gab es Elemente der bürokratischen und sozialen Kontrolle: Wolf Dieter Narr hat dies einmal auf die prägnante Formel gebracht "Vom Sozialstaat zu reden, ohne von Innerer Sicherheit zu sprechen, war falsch, ist falsch und wird immer falsch bleiben".

Doch mittlerweile wird der keynesianische Sozialstaat zum "aktivierenden Staat" umgebaut. Das heißt insbesondere Ausbau von sozialer Kontrolle, von Hierarchisierung und von Repression. Aggressiv gestärkt wird vor allem die Produktivitäts- und Leistungsorientierung des Sozialstaatsgedankens: Keine staatlichen Leistungen ohne Gegenleistungen, "wer nicht arbeitet, darf auch nicht essen".

Die Legitimität von Sozialleistungen wie Krankengeld, Rente, Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe wird untergraben: Sozialleistungen müssen verdient werden. Wer nur irgendwie seine Haut zu Markte tragen kann, muss dies tun; nach Arbeitsbedingungen, Löhnen und Sinnhaftigkeit der Arbeit wird nicht mehr gefragt. Soziale Leistungen ohne Gegenleistung werden allerhöchstens Alten, Kranken oder sonst wie zweifelsfrei "Arbeitsunfähigen" zugestanden. Nur sie gelten als "wirklich bedürftig". Für alle anderen werden Sozialleistungen ohne Arbeit in die Nähe von Delinquenz gerückt.

Pflicht, Leistung und Gegenleistung, das ist die Basis, auf der Einschluss- und Ausschlussmechanismen gebastelt werden: Wer gehört zur Gemeinschaft der Steuerzahler? Wer hat ein Recht hier zu sein? Wessen Ansprüche an die "Solidargemeinschaft" sind berechtigt? Und dies ist auch die Basis, von wo aus der gesellschaftliche Konsens gegen diejenigen konstruiert wird, die aus dem Verwertungsprozess herausfallen oder ihn in Frage stellen.

Klaus Dörner, Leiter des Landeskrankenhauses Gütersloh und Wegbereiter der Psychatriereform in Deutschland, hat sehr eindrucksvoll gezeigt, dass die "soziale Frage" in der bürgerlichen Gesellschaft immer die Frage danach gewesen, wie mit denjenigen zu verfahren sei, die unter den Prämissen und Normen der Kapitalverwertung "nicht zu gebrauchen" sind. Und bürgerliche Wohlfahrt ist immer die Antwort auf diese Frage gewesen, ihr Klientel sind diejenigen, die den Normen von Arbeit, Produktivität und Leistung nicht oder nicht mehr genügen können oder wollen: Alte, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, DrogenkonsumentInnen, BettlerInnen usw. Sie werden als "gefährliche Klassen" oder "Problemgruppen" definiert, vom gesellschaftlichen Kern abgespalten und einer ganzen Bandbreite gesonderter Maßnahmen unterzogen. Dort werden sie entweder "produktiv" oder aber unsichtbar gemacht. Wegsperren, polizeiliche Vertreibung und

andere Formen des polizeilich-repressiven Kontroll- und Ausgrenzungsarsenals sind dabei nur ein Pol in einem kontinuierlichen Spektrum.

In der Vertreibung von offenen Drogenszenen, Obdachlosen oder bettelnden Menschen, in der Kriminalisierung von Flüchtlingen als "ausländische Drogendealer", in der neuen Debatte um das Wegsperren krimineller Jugendlicher zeigt sich die repressive Spitze des autoritären Eisbergs namens "aktivierender Staat". Gänzlich unverfroren wird den sogenannte Problemgruppen das Freizügigkeitsrecht abgesprochen, etwa wenn der damalige Bürgermeister Henning Voscherau zu Weihnachten 1993 dafür eintrat, "gefährdete Stadtteile vor ungesteuertem Zuzug zu schützen". Gemeint waren bereits damals SozialhilfeempfängerInnen, MigrantInnen und Langzeiterwerbslose. Selbst vor einer Grundgesetzänderung hat Voscherau damals nicht zurückgeschreckt.

In dieser Sichtweise gefährden bestimmte Bevölkerungsgruppen die Quartiere oder verschandeln das Stadtbild, die "Visitenkarten" der Stadt. "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt" ist der Titel der berühmt-berüchtigten Bettlerdrucksache der Innenbehörde aus dem Sommer/Herbst 1996. Sie kombiniert offene Drogenszenen, BettlerInnen, Obdachlose und Graffiti-SprayerInnen mit Hundekot, Müll und Schrott-PKWs und suggeriert das Bild vom "Menschenschrott", der unsichtbar gemacht werden muss. Selten zuvor ist die offizielle Sprachregelung brutaler und zynischer gewesen als damals, und selten zuvor sind bestimmte Bevölkerungsgruppen offener zu Gesellschaftsfeinden erklärt worden.

Die rot-grüne "Neue Mitte" bedeutet also nicht nur mehr Markt und mehr Deregulierung. Sie bedeutet auch mehr Repression und mehr autoritären (Sozial-) Staat. Soziale und gesellschaftliche Alternativen müssen das berücksichtigen. Der Widerstand gegen den "aktivierenden Staat" muss sich selbstverständlich gegen den Kahlschlag bei den Sozialleistungen, gegen Einkommensverluste und gegen eine Politik der Verarmung wenden. Er muss sich aber genauso selbstverständlich gegen die aggressiven Ein- und Ausgrenzungsmechanismen richten, gegen die Ideologie und Praxis des Zwangs, der Kontrolle und der Repression, die der "aktivierenden Staat" so sehr betont. Mehr denn je ist emanzipatorische Sozialpolitik Bürgerrechtspolitik. Sozialabbau bekämpfen und gleichzeitig die sozialen Grund- und BürgerInnenrechte verteidigen. Leistungskürzungen kritisieren und gleichzeitig Demütigungen, Schikanen, Zwangsmaßnahmen und Ausgrenzung verhindern.

Das sind die tagespolitischen Aufgaben einer sozialpolitischen Opposition gegen den marktwirtschaftlich-autoritären Mainstream von Rot-Grün. Mit dieser Konferenz machen wir einen Anfang.

Andreas Bachmann, Holger Griebner, Dirk Hauer, Dierk Hierschel,

Sabine Kohlhoff, Pia Peddinghaus, Michael Thölke, Wolfgang Thurner

33. Frauenhandel. Zu wenig Schutz für Frauen

Autor: Gabi Ohler, Ruth Firmenich · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:32

Immer mehr Frauen aus mittel- und osteuropäischen Ländern versuchen in Westeuropa Arbeit zu finden. Nur wenigen gelingt jedoch ein legaler Zugang zum Arbeitsmarkt, weshalb viele die Dienste von VermittlerInnen in Anspruch nehmen müssen. Darunter gibt es sowohl faire Geschäftsleute als auch skrupellose HändlerInnen, die Frauen mit Gewalt über die Grenze bringen oder hier in menschenunwürdige Verhältnisse zwingen. Im Jahr 1997 wurden laut Kriminalstatistik des Bundeskriminalamtes 1.402 Frauen Opfer vom Menschenhandel, 1998 waren es 1.265. (1)

Diese Zahlen beinhalten nur die Frauen, die in die Sexindustrie gehandelt werden und geben natürlich nicht die Dunkelziffer wieder, die - wie in solchen Fällen üblich - um ein vielfaches höher liegen dürfte. Die Hauptherkunftsländer der Frauen sind Staaten in Mittel- und Osteuropa (2), in denen die Frauenarbeitslosigkeit enorm gestiegen ist. Auf Grund der dramatischen Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen versuchen immer mehr Frauen in die Wohlstandsregionen der Europäischen Union zu gelangen, um sich selbst und ihre Familien über Wasser halten zu können. Die steigende Nachfrage nach billigen Arbeitskräften u.a. im Haushaltssektor und in der Sexindustrie in den reichen Ländern schafft weitere Anreize für Frauen, ihr Herkunftsland zu verlassen. So ist der Frauenanteil an der migrierenden Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahrzehnten von einer Minderheit auf über die Hälfte angewachsen.

Gleichzeitig erlaubt es die restriktive Einwanderungs- und Grenzsicherungspolitik der EU-Staaten nur wenigen Frauen, legal in die EU und damit auch in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und hier zu arbeiten. Unter diesen Bedingungen treffen viele Frauen bewusst die Entscheidung, sich der Dienstleistung von VermittlerInnen und HändlerInnen zu bedienen, um ihr Zielland zu erreichen.

Organisierter Schatten

Gleichgültig, ob sie eine Beschäftigung im industriellen oder im Haushaltssektor anstrebt oder ob sie sich bewusst für die Prostitution entschieden hat, keine Frau rechnet mit den Verhältnissen, die sie hier antrifft.

Da sich die meisten illegal in Deutschland aufhalten und sich durch die Prämien für VermittlerInnen und HändlerInnen verschuldet haben, sind sie in hohem Maße erpressbar. In einer besonderen Zwangslage stecken natürlich die Frauen, die gegen ihren Willen nach West- und Nordeuropa gebracht, also entführt und dann gefangen gehalten werden. Auch diese Zahl steigt.

All diese Frauen sind Opfer von Frauen- bzw. Menschenhandel. Gehandelt werden Frauen in die Prostitution, aber auch in Ehen und in illegale Beschäftigungsverhältnisse. In der EU gilt derzeit als Frauenhandel allerdings nur der Handel in die Zwangsprostitution und andere erzwungene Tätigkeiten im Bereich der Sex-Arbeit. Dies gilt auch für Deutschland, wo Frauenhandel nicht als eigenständiges Delikt zählt, sondern in den 180b und 181 StGB dem Straftatbestand Menschenhandel, bzw. schwerem Menschenhandel zuzuordnen ist. Dass es sich dabei um ein äußerst lukratives Geschäft handelt, zeigt die Schätzung, dass sich "die Umsätze allein im deutschen Rotlichtmilieu auf zweistellige Milliardensumme belaufen. (3)

Während viele Frauen wegen des Verstoßes gegen die Einreisebestimmungen und das Ausländerrecht immer noch als Täterinnen angesehen werden, werden nur wenige der MenschenhändlerInnen gefasst oder gar verurteilt. Ein Grund dafür ist, dass viele Delikte gar nicht angezeigt werden oder auf Grund fehlender Aussagen nicht verfolgt werden können. Viele Frauen habe Angst vor den TäterInnen oder der Polizei oder sind auf Grund physischer und psychischer Traumatisierungen gar nicht zu einer Aussage in der Lage. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass sie vor dem Prozess abgeschoben werden. Die Entdeckung der Straftaten erfolgt so häufig durch Polizeirazzien, im Jahr 1997 wurden lediglich rund 400 Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Menschenhandels eingeleitet wurden. (4)

Noch trauriger sieht die Bilanz im Bereich des Opferschutzes aus: "Die meisten der von der Polizei registrierten Frauen, die Opfer des Menschenhandels wurden, werden aus Deutschland abgeschoben oder ausgewiesen oder kehren freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Nur wenigen wurde bisher Zeuginnenschutz gewährt, nur einige erhielten eine Duldung. In 1998 erhielten in Deutschland insgesamt 111 der betroffenen Frauen einen befristeten Aufenthalt, davon 97 in Form einer Duldung und 14 durch Aufnahme in

Zeuginnenschutzprogramme." 14 Frauen von 1.265 bei über 1.000 Frauen, die Deutschland verlassen mussten. Bei diesen Zahlen ist es nicht weiter verwunderlich, dass die Aufklärungsrate so gering ist. Dazu kommt noch, dass auf Grund der fehlenden Zeuginnenaussagen viele HändlerInnen wegen anderer weniger schwerer Delikte angeklagt werden müssen, weshalb es in diesem Bereich viel im Dunkeln bleibt.

Viel Peitsche, wenig Zuckerbrot

Um Licht in die Sache zu bringen, setzt das Innenministerium auf verstärkte Polizeizusammenarbeit mit ausländischen Staaten, auf Europol und auf die Verstärkung der Bekämpfung der illegalen Migration und Organisierten Kriminalität. (5) Gleichzeitig fließen zunehmend mehr Mittel dem Bundesgrenzschutz zu, der von den aktuellen Sparmaßnahmen befreit wurde. Wichtig in diesem Zusammenhang bleibt, dass die Grenzsicherungspolitik, die hier als Schutz gegen den Frauenhandel definiert wird, sich in Form der "Bekämpfung illegaler Migration" immer auch gegen die Migrantinnen richtet: "Die stetig steigenden Erfolge an den Schengenaußengrenzen durch hohe Aufgriffszahlen belegen nicht nur die erfolgreiche Arbeit der Beamten, sondern auch die Notwendigkeit des gezielten Einsatzes." (6) Aufgegriffen werden in erster Linie MigrantInnen und in viel geringerem Maße die HändlerInnen selbst.

Nicht verschwiegen werden sollte jedoch, dass auch ein Umdenkungsprozess einsetzt. Mittlerweile sind der Bund und einige Bundesländer dazu übergegangen, die Frauen nicht mehr nur als Täterinnen zu kriminalisieren, sondern sich auch über Unterstützungs- und Schutzmöglichkeiten Gedanken zu machen. So hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für drei Jahre (1997-2000) sechs Beratungsstellen mit gut 1,8 Mio. DM finanziert und fördert von Dezember 1999 bis November 2002 die Koordinierungsstelle des bundesweiten Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt im Migrationsprozess e.V. (KOK) mit insgesamt 800.000 DM. Rechnet man diese Summe auf die Jahre um, kommen dabei im Durchschnitt allerdings nur 370.000 DM pro Jahr heraus.

Daneben fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Rückkehrerinnenprojekt, das sich an Frauen aus Entwicklungsländer wendet, die unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt wurden und hier Gewalt erfahren haben und in Abhängigkeit geraten sind. "Die Frauen werden beraten und durch gezielte Ausbildungsmaßnahmen und Unterstützung bei der Existenzgründung auf den Wiederanfang in ihrer Heimat vorbereitet." (7). Durch das REAG-Programm des Familienministeriums können Frauen eine kleinere Unterstützung bei der Rückreise bekommen. Hier werden Mittel für Reisekosten und Handgeld zur Verfügung gestellt. (Das Programm geht ab Januar in den Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums über.)

Daneben stellt die Europäische Union im Rahmen der Programme STOP und DAPHNE Gelder für NGOs zur Opferbetreuung zur Verfügung. Nach Angaben des Innenministeriums ist geplant, das Programm DAPHNE mit einem Volumen von 20 Millionen Euro für einen Zeitraum von vier Jahren auszustatten.

Jede Unterstützung ist besser als keine, schon deswegen, weil damit die Existenz der Probleme akzeptiert wird. Die finanziellen Mittel reichen jedoch bei weitem nicht aus, um dem Frauenhandel wirksam zu begegnen. Wichtig sind aber auch gesetzliche Änderungen. So müsste der Straftatbestand Frauenhandel eingeführt werden, in dem bei Anwendung von Zwang oder Gewalt auch der Handel in die Ehe und in Zwangsarbeitsverhältnisse unter Strafe gestellt wird, die nichts mit Sexualität zu tun haben.

Weiteren gesetzlichen Handlungsbedarf gibt es u.a. bei einem verbesserten Zeuginnenschutz, einem verbesserten Abschiebeschutz, dem generellen Erteilen einer Arbeitsgenehmigung für die Opfer des Frauenhandels. Daneben muss es aber auch einen legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt mit der Schaffung von legalen Arbeitsmöglichkeiten geben. Dazu gehört auch, dass Prostitution als Arbeit anerkannt werden muss, damit ausländische Frauen die Möglichkeit haben, für ein rechtlich abgesichertes Arbeitsfeld eine Arbeitserlaubnis zu beantragen.

Gabi Ohler, Ruth Firmenich

Anmerkungen:

1) Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion "Bekämpfung des Frauenhandels, Schutz für die vom Frauenhandel betroffenen Frauen und Unterstützung für entsprechende Beratungsstellen", BT-Drs. 14/1737 und 14/1939.

2) Hauptherkunftsländer waren 1997/98 Polen, Ukraine, Tschechische Republik Russland, Lettland, Litauen, Ungarn; außerdem 1997: Weißrussland, Bulgarien und 1998: Rumänien

3) BMI-Pressemitteilung vom 23.9.1999: "Prävention und Bekämpfung von Menschenhandel - eine europäische Strategie bis zum Jahr 2005"

4) ebd.

5) ebd. Dazu gehören die im G8-Rahmen erarbeiteten Leitlinien ebenso "wie der Aktionsplan zur Bekämpfung der Schleusungskriminalität und des Menschenhandels als auch die in Arbeit befindliche Konvention der Vereinten Nationen zur Bekämpfung der transnationalen Organisierten Kriminalität mit ihren Zusatzprotokollen zur Bekämpfung der Schleusungskriminalität und des Menschenhandels."

6) ebd.

7) vgl. BT-Drs. 14/1939

Informationen zum Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt im Migrationsprozess e.V. (KOK) über: agisra e.V., Ludolfusstraße 2-4, 60487 Frankfurt, Tel: 069 - 77 77 52 / 55, Fax: 069 - 77 77 57.

Amnesty for Women, eine der Mitgliederorganisationen der KOK, hat im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugendliche eine Aufklärungsbroschüre für betroffene Frauen erstellt, die in 13 Sprachen erhältlich ist und über das Ministerium bezogen werden kann.

34. Kronzeugen a.D.? Rot-Grün lässt Kronzeugenregelung auslaufen

Rot-Grün lässt Kronzeugenregelungen auslaufen

Autor: Rolf Gössner · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:31

Die Behauptung, unter Rot-Grün werde kein einziges noch so bürgerrechtsschädliches Repressionsinstrument revidiert oder wenigstens gestutzt, muss ein wenig korrigiert werden. Auch wenn die rot-grüne Regierungskoalition tatsächlich fast bruchlos auf die repressive Kriminalpolitik im Geiste Kanthers und seiner Vorgänger aufbaut, so ist doch eine nicht zu unterschätzende Ausnahme zu verzeichnen: Die umstrittene, seit zehn Jahren geltende Kronzeugenregelung im Terrorismusbereich und ihre Ausweitung auf die "Organisierte Kriminalität" (OK) werden zum Jahresende 1999 ersatzlos auslaufen. Das hat der Bundestag im Dezember 1999 gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP beschlossen.

Beide Regelungen waren befristet und wurden jeweils wieder verlängert. Nun ist endlich Schluss damit - ein Verdienst des grünen Koalitionspartners, der sich in dieser Frage gegen den Kronzeugen-Verteidiger Otto Schily und die SPD-Fraktion durchsetzen konnte. Die Abschaffung dieser Regelungen besitze für die Grünen als Bürgerrechtspartei "hohe Symbolkraft", gibt der grüne Abgeordnete Cem Özdemir zu Protokoll; seine Einschätzung, dies mache deutlich, "dass wir in der Innen- und Rechtspolitik eigene Akzente setzen", ist dagegen eher vermessen.

Schon formieren sich in der SPD Kräfte, die nach Auslaufen der speziellen Kronzeugenregelung auf Ausgleich sinnen: Sie wollen eine allgemeine Regelung unter anderer Firmierung im Strafrecht verankern, eine Art Strafzumessungsnorm, wonach derjenige Straftäter, der zur Aufklärung weiterer Taten beiträgt, mit einer geringeren Strafe belohnt werden soll - Kronzeugen-Regelung light, die dann jedoch in allen Bereichen des Strafrechts gelten würde. Noch gibt es allerdings keine konkreten Pläne.

"Kronzeugen" - postmonarchistisch eigentlich Staatszeugen -, die selbst straffällig geworden sind und Menschen um eigener Vorteile willen belasten, sind bislang nicht nur in Terrorismusverfahren (seit 1989) und in Verfahren wegen bestimmter organisiert begangener Straftaten (seit 1994) zugelassen, sondern, seit Anfang der 80er Jahre, auch in Drogenprozessen. Und diese Sorte alltäglicher Kronzeugen bleibt von der Entscheidung der rot-grünen Regierungskoalition vollkommen ausgeschlossen. Sie basieren auf einer zeitlich unbefristeten Regelung im Betäubungsmittelgesetz und finden in der Justizpraxis am häufigsten Verwendung. Auf diese Kronzeugen treffen jedoch prinzipiell dieselben rechtsstaatlichen Bedenken zu, wie auf jene, die nun außer Dienst gesetzt werden.

Späte Einsicht

Begründet wird das Auslaufen der Kronzeugenregelung im Terrorismus- und OK-Bereich von den rot-grünen Koalitionären mit "Zweifeln an der Glaubwürdigkeit von Kronzeugen". Der in Aussicht gestellte Strafnachlass wirke praktisch wie ein "Anreiz zu falschen Verdächtigungen und Denunziationen". Beim "Handel mit Schwerkriminellen, aus denen Kronzeugen wurden", seien Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit auf der Strecke geblieben. Darüber hinaus sei die Ungleichbehandlung gegenüber anderen überführten Straftätern, die nicht begünstigt werden, "verfassungsrechtlich bedenklich".

Der wahre Hintergrund für die Abschaffung dürfte allerdings in der nachweislichen Ineffizienz der Kronzeugen-Regelungen liegen. Im Terrorismusbereich gab es in erster Linie untypische Fälle: In der DDR untergetauchte, ausgestiegene RAF-Mitglieder, auf die jene Regelung eigentlich nicht zugeschnitten war, profitierten nach der Wende von den Strafnachlässen, die sie sich durch die Belastung bereits inhaftierter RAF-Mitglieder "verdienten". Anwendung fand diese Kronzeugen-Regelung außerdem in einigen Strafverfahren gegen Funktionäre der kurdischen Arbeiterpartei PKK, die hier zu Lande als "terroristisch", mittlerweile "nur" noch als "kriminelle Vereinigung" eingestuft wird. Der seit 1994 auch im OK-Bereich zugelassenen Kronzeugen bedient man sich nur in ganz wenigen Strafverfahren. Diese "ernüchternde" Gesamtbilanz, so Cem Özdemir, zeige, dass sich diese Regelungen nicht bewährt hätten. Jedenfalls sei es in

keinem einzigen Fall gelungen, mit ihrer Hilfe Täter aus einer "terroristischen" oder "kriminellen Vereinigung" herauszubrechen oder entsprechende Straftaten zu verhindern.

Angesichts der Tatsache, dass im bundesdeutschen Strafprozess die dubiose Rechtsfigur des Kronzeugen zehn Jahre lang gesetzlich zugelassen war und im Drogenbereich auch weiterhin zugelassen bleibt, ist an die rechtlichen und rechtspolitischen Bedenken und Einwände gegen diese Art von Zeugen zu erinnern. Der Kronzeuge ist das Gegenteil eines klassischen Zeugen: Selbst tief in Schuld verstrickt, kauft er sich durch den Verrat seiner (ehemaligen) Mitstreiter vom Staat frei, der seinerseits bei der Terrorismus-, OK- und Drogenkriminalitätsbekämpfung unter besonderem Erfolgszwang steht. Es ist ein Handel, der in der Regel in Untersuchungshaft, nicht selten unter isolierenden Haftbedingungen, angebahnt wird - also in einer bedrückenden psychischen Situation, in der es leicht zu staatlicher Täuschung und Nötigung, letztlich zu verbotenen Vernehmungsmethoden kommen kann; es ist ein Handel, der den Betroffenen in den staatlichen Verfolgungsapparat integriert, ihn also vom Mitbeschuldigten zum Ermittlungsgehilfen der Staatsgewalt macht; es ist ein Handel, der die ohnehin kaum gewährleistete Waffengleichheit im Strafprozess vollends zum Kippen bringt, da der Kronzeuge als reines Ermittlungs- und Fahndungsinstrument ausschließlich staatlichen Überführungsinteressen dient. Werden solche Kronzeugen - etwa aus "Sicherheitsgründen" oder wegen angeblicher "Unerreichbarkeit" - dem Gericht und den Prozessbeteiligten auch noch vorenthalten, ihre Aussagen lediglich per Vernehmungsprotokoll oder "Zeugen vom Hörensagen" in die Hauptverhandlung eingeführt, dann ist es den betroffenen Angeklagten und ihrer Verteidigung praktisch unmöglich, die Glaubwürdigkeit solcher Kronzeugen zu überprüfen.

Eines der gewichtigsten Bedenken gegen Kronzeugen ist ihre mangelnde Glaubwürdigkeit. Dieser Mangel müsste die Aussagen jener "gekauften Zeugen", die nicht selten wie Fahndungsexpertisen klingen, eigentlich für ein rechtsstaatlich-faires Verfahren von vornherein wertlos machen. Das verständliche Interesse an Straffreiheit oder an milder Beurteilung durch das Gericht, das existenzielle Interesse am Schutz und an der Unterstützung durch die Sicherheitsorgane, diese hochgradige Abhängigkeit von staatlichen Instanzen erzeugt einen ungeheuren Druck und damit auch die Gefahr, letztlich mehr zu sagen, als man weiß.

So stellte in einem Terrorismusverfahren die Bundesanwaltschaft einem Kronzeugen für dessen belastende Aussagen Strafmilderung in Aussicht, außerdem eine neue Identität sowie finanzielle Zuwendungen. Nach drei Monaten Informationsfluss gab der Kronzeuge - allerdings gegenüber dem Spiegel - zu, dass er bei den polizeilichen Vernehmungen, an den Stellen, wo er mit Fakten nicht dienen konnte, "frei erfunden" habe. So habe er etwa zwei Bekannte als Angehörige der Revolutionären Zellen denunziert: "alles war bis ins Detail erlogen ... Ich war in einem schlimmen Tief". Wie er in dieses Tief gerutscht war, schilderte er so: Obwohl er sich "Tag für Tag beschissener fühlte in meiner Haut als Verräter", habe er sich von den Verhörspezialisten "total abhängig" gefühlt; er hatte "Angst, dass die mich fallen lassen" und wollte deshalb "immer irgendwie eine Leistung bringen" (1). Dieser Leistungsdruck ist charakteristisch für die Kronzeugen-Rolle: Verantwortlich sind die existenzielle Abhängigkeit und das ureigene Interesse, möglichst ungeschoren aus dem eigenen Verfahren herauszukommen und die Vorteile des Verrats zu erlangen.

Kapitulation des Rechtsstaats

Prinzipiell sind die Aussagen von Kronzeugen als Belastungszeugen, die unter enormem Druck stehen, also nur mit äußerster Vorsicht zu genießen: Ihre Aussagen sind, was die Glaubwürdigkeit anbelangt, in Relation zu setzen zu den Vergünstigungen, die sie von staatlicher Seite erhalten - etwa im Zusammenhang mit gemäßigten Haftbedingungen oder Haftverschonung, mit aufwendigen Schutzmaßnahmen (neue Identität, Gesichtsoperationen, Bodyguards) oder mit finanziellen Zuwendungen zur Gründung einer neuen Existenz (Wohnungen, Arbeitsplatz, staatliches Salär zum Lebensunterhalt).

Wo der Verrat um des eigenen persönlichen Vorteils willen gefordert wird, da sind falsche Bezichtigungen geradezu vorprogrammiert. Der Warencharakter solcher Aussagen liegt in der Natur der Kronzeugenschaft. Der Beweiswert eines solchen Staatszeugen sinkt letztlich gegen Null - eine gerichtlich nur selten gewürdigte Tatsache, die u.a. etliche "Terrorismus"-Verfahren, gelinde gesagt, erheblich ins Zwielicht gebracht hat - Verfahren, die aber nach Wegfall der Kronzeugenregelungen keineswegs mangels Fairness und Rechtsstaatlichkeit wieder aufgerollt werden.

Aber auch die Kronzeugen selber werden zu Objekten staatlichen Handelns - ein Umstand, der sie nicht selten in den Ruin treibt. So hat sich 1997, kurz vor Beginn der Hauptverhandlung gegen den Europa-Repräsentanten der PKK/ERNK, Kani Yilmaz, einer der Kronzeugen selbst verbrannt, um seinem Leben ein Ende zu bereiten. Eser A. hielt offenbar die psychisch extrem belastende Situation, in die er durch seine belastenden Aussagen geraten war, nicht mehr aus. Er fühlte sich, wie er im Abschiedsbrief an seine Mutter schreibt, als Verräter an der PKK und damit als Verräter an der kurdischen Sache. Ihn belastete der Gedanke, "unschuldige Menschen" hinter Gitter gebracht zu haben. Das Zeugenschutzprogramm des Bundeskriminalamtes (BKA), das den Belastungszeugen praktisch in sozialer Isolation vor Racheakten schützen sollte, vermochte ihn offensichtlich dann nicht mehr zu schützen, als er seine schizophrene Situation, in die ihn der Staat gebracht hatte, erkannte und selbst Hand an sich legte.

In diesem Zusammenhang sei an den ersten legalen Kronzeugen auf Grundlage der Kronzeugenregelung von 1989 erinnert, der ebenfalls große Probleme mit seiner Rolle als Verräter hatte. Ein Sachverständiger schilderte den Zustand Ali Cetiners, der im großen PKK-Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eine zentrale Rolle spielte, folgendermaßen: Cetiner, damals 36 Jahre alt, sei um mindestens zehn Jahre gealtert, körperlich schwach, seine Psyche zusammengebrochen. Er sei schwer depressiv, hoffnungslos, ohne Antrieb. Seine besondere Bewachung im BKA-Zeugenschutzprogramm empfinde er nicht als Schutz, sondern als Schikane. Gleichwohl wurde er als Kronzeuge im Düsseldorfer Verfahren gegen zunächst 18 Kurden eingesetzt. Doch er konnte nicht halten, was man sich von ihm versprochen hatte: Das OLG bot nach 120 Verhandlungstagen acht Angeklagten die Einstellung des Verfahrens an. Begründung: Kronzeuge Cetiner habe "seine früheren Angaben" inzwischen "erheblich relativiert".

Der zum Belastungszeugen gekürte Kronzeuge wird in rechtsethisch nicht vertretbarer Weise zum Objekt staatlichen Handelns degradiert - im Interesse eines unbedingten Strafverfolgungswillens. Der später von der RAF ermordete Generalbundesanwalt Siegfried Buback hatte schon 1976 erkannt: "Ich bin... ein entschiedener Gegner der Kronzeugenlösung, weil ich sie für eine ganz unnötige Kapitulation des Rechtsstaats halte." (Der Spiegel, 16.2.76). Dreizehn Jahre später, im Jahre 1989, kapitulierte der Rechtsstaat - zwar befristet, aber immer wieder verlängert, bis Ende 1999. Die Kapitulation des Rechtsstaats währte immerhin zehn Jahre ... und dauert gegen alle Erkenntnis in der Kronzeugenregelung des Drogenstrafrechts weiter an.

Dr. Rolf Gössner

Anmerkung:

1) vgl. Rolf Gössner: Das Anti-Terror-System, Hamburg 1991, S. 248 f.

Rolf Gössner ist Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater sowie Autor zahlreicher Bücher zu den Themen "Innere Sicherheit", Bürgerrechte und Demokratie, u.a. "Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem starken Schrei" (Baden-Baden 1995); "Polizei im Zwielicht - Gerät der Apparat außer Kontrolle?" (Frankfurt/M. 1996); zuletzt: "Erste Rechts-Hilfe - Rechts- und Verhaltenstips im Umgang mit Polizei, Justiz und Geheimdiensten" (Göttingen 1999).

35. Neue Terroristen gefunden. Europaweite Repression gegen Mitglieder der DHKP-C

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:29

Europaweit wird Jagd auf vermeintliche Mitglieder der türkischen DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) gemacht und die BRD steht wieder an vorderster Front. Die Prozesse erinnern an die "Terroristenprozesse" der 70er Jahre. Während es in der Schweiz und in Belgien Initiativen für die sofortige Freilassung der Verhafteten gibt, hält sich die deutsche Linke mit ihrer Unterstützung bislang sehr zurück.

Die Beamten der europaweiten Staatsschutzorgane brauchen sich um ihre Arbeitsplätze auch weiterhin keine Sorgen zu machen. Kaum schickt die PKK als Geste des guten Willens und zur Bekräftigung ihres Friedenskurses ihre Mitglieder freiwillig in die türkischen Gefängnisse, steht mit der DHKP-C ein neues Verfolgungsobjekt bereit. Die DHKP-C ist eine Organisation, die sich auf die Neue Linke der Türkei beruft und hauptsächlich in den Elendsvierteln der türkischen Großstädte Unterstützung genießt, die aber auch in Europa aktiv ist.

Gleich zwei ihrer Funktionäre wurden in den letzten Wochen in der Schweiz festgenommen. Die Haftbefehle wurden von der deutschen Justiz ausgestellt, die - ähnlich wie bei der Verfolgung der PKK - bei der Jagd auf die militanten Kommunisten mit der türkischen Regierung an einem Strang zieht. Die Verhaftung des schwer sehbehinderten türkischen Journalisten Nuri Eryüksel durch eine Anti-Terroreinheit Ende Oktober in Chur war sorgfältig geplant. Die deutsche Justiz hatte über Interpol einen internationalen Haftbefehl ausgestellt. Eryüksel soll nun nach Deutschland ausgeliefert werden, wo ihm als angeblich führenden DHKP-C-Funktionär der Prozess gemacht werden soll.

Am 16. November machte die Schweizer Polizei kürzeren Prozess. An diesem Tag wurde in Genf ein 26-jähriger türkischer Mann festgenommen, dessen Namen nicht bekannt gegeben wurde. Er wurde noch am gleichen Tag den deutschen Behörden übergeben und sitzt jetzt in deutscher Untersuchungshaft.

Lebenslänglich ohne Beweise

Mittlerweile hat die BRD-Justiz mit DHKP-C-Prozessen Erfahrung. Ende November ging in Hamburg der monatelang geführte Prozess gegen das DHKP-C-Mitglied Ilhan Yelkuvan zu Ende. Urteil: 18 Jahre Haft. Seit dem 1. Dezember befindet sich Yelkuvan nun in einem unbefristeten Hungerstreik. Yelkuvan war des Mordes an einem in Hamburg-Wilhelmsburg lebenden Mitglied der türkischen Faschisten für schuldig befunden worden. Allerdings stützte sich die Mordanklage ausschließlich auf Indizien und dubiose Kronzeugen. "Bei jedem anderen Prozess hätte es nach dem Grundsatz ‚im Zweifel für den Angeklagten` einen Freispruch gegeben", meinten Yelkuvans Anwälte Volker Ratzmann und Eberhardt Schultz. Doch der für das Verfahren verantwortliche Richter Mentz hat von Anfang keinen Zweifel am Verurteilungswillen gelassen. Mehrere Befangenheitsanträge der Verteidigung gegen ihn wurden abgelehnt.

Auch die ZuhörerInnen bekamen die harte Prozessführung von Richter Mentz zu spüren. So verhängte er gegen einen türkischen Migranten Ordnungshaft, weil er nach der Prozesserklärung von Yelkuvan applaudiert hatte. Als er erklärte, dass er selbst Rechtsanwalt sei, verdoppelte Mentz das Strafmaß. Mehrere ProzessbeobachterInnen verfassten denn auch am 29. November einen Offenen Brief, den sie an die Presse und die Justiz richten. Dort protestierten sie gegen die offensichtlich voreingenommene Prozessführung des Richters, der in die Rolle des Staatsanwalts geschlüpft ist. Dieser wiederum war mit der Prozessführung so zufrieden, dass er sich selbst kaum zu Wort meldete.

Auch nach dem Ende dieses Mammutprozesses wird Richter Mentz nicht arbeitslos. Bereits im September hat in Hamburg ein neuer Prozess - wieder unter Richter Mentz - gegen den Europasprecher der DHKP-C, Mesut Demirel, begonnen. Der linke Publizist, der bei einen Bombenanschlag in der Türkei beide Hände und ein Auge verlor, wurde im Januar 1999 bei einer Razzia im linken Kölner Andolu-Verlag festgenommen. Sein Anwalt Grässle-Münscher sieht bei diesem Verfahren eindeutig Parallelen zu den "Terroristenprozessen" der 70er Jahre. "Meinem Mandanten wird aus seiner Rolle als DHKP-C Europasprecher der Vorwurf der psychischen Beihilfe zu terroristischen Aktionen gemacht. Das ist ein klassisches Gesinnungsdelikt." Selbst die

der Sympathie mit radikalen Linken unverdächtige taz schreibt, dass Demirel kein normaler Angeklagter ist und keinen fairen Prozess zu erwarten habe. Seine Haftbedingungen erinnern an den berüchtigten Sonderstatus von politischen Gefangenen in den 70er Jahren. So wurde Demirel in Hamburg zunächst total isoliert und die Gefängnisleitung verweigert dringend benötigte medizinische Behandlung zur Linderung der schweren Folgeschäden des Bombenanschlags.

Außer in der Türkei ist die DHKP-C lediglich in der BRD illegalisiert. Gegen mindestens 30 weitere DHKP-C-Mitglieder und -Sympathisanten laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Das Parteiverbot wurde vom damaligen Innenminister Kanther am 13. August 1998 erlassen und wird von seinem Nachfolger Otto Schily (SPD) nicht angetastet. Bei der Verfolgung der Zeitung Kurtulus spielte die BRD gar eine Vorreiterrolle. Während die mittlerweile in Vatan umbenannte Zeitung in der Türkei noch regelmäßig erscheinen kann, wenn auch ein Teil der Seiten vor Drucklegung regelmäßig zensiert und geschwärzt werden muss, ist sie in der BRD gleich ganz verboten.

Europaweite Repression

Jetzt befürchtet nicht nur die türkische Linke, dass sich im Rahmen der Angleichung des europäischen Rechtsraums die Verfolgung ausdehnen wird. Belgien war bisher ein sicheres Rückzugsgebiet für türkische Linke. Doch spätestens seit Mitte September, als in der Kleinstadt Knokke die türkische Migrantin Fehriye Erdal verhaftet wurde, scheint es damit vorbei. Die türkische Justiz bezeichnet Erdal als führendes DHKP-C Mitglied und fordert ihre Auslieferung. In den türkischen Medien wurde ihre Festnahme als großer Schlag gegen den "Terrorismus" gefeiert und als Ergebnis langer Fahndungsmaßnahmen ausgegeben. Nach Darstellung der Menschenrechtsorganisation Prison Watch war Erdals Verhaftung allerdings das Ergebnis eines unglücklichen Zufalls. Das Haus, in dem sie wohnte, sollte wegen eines Wohnungsbrandes evakuiert werden. Bei dem Versuch, die in ihrer Wohnung gelagerten Waffen in Sicherheit zu bringen wurde sie festgenommen.

Kaum Solidarität der deutschen Linken

Anders als in der Schweiz und Belgien, wo sich politische Initiativen für die sofortige Freilassung von Nuri Eryüksel und Fehriye Erdal einsetzen, ist die Solidaritätsbewegung in Deutschland bisher sehr klein. Neben dem Desinteresse an internationalistischen Themen hat dazu sicherlich auch die 1992 erfolgte Spaltung innerhalb der DHKP-C beigetragen. Mitglieder der verfeindeten Flügel haben sich in der Folgezeit auch militant bekämpft, ein Vorgehen, das von den DKHP-C-Aktivisten mittlerweile als schwerer politischer Fehler bezeichnet wurde. Seit einigen Monaten wird von den DHKP-Prozessgruppen in unregelmäßigen Abständen ein Prozessinfo herausgegeben, dass über die Repressionsmaßnahmen informiert. Ein von etwa 30 antifaschistischen und internationalistischen Initiativen unterschriebener Aufruf fordert die hiesige Linke zur Solidarität mit den von der Repression bedrohten türkischen Linken auf.

Peter Nowak

Kontaktadressen: DHKP-C-Prozessgruppen, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern und gruppe mücadele, c/o ReferentInnenrat der Humboldtuniversität Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin,

E-Mail: gruppe.muecadele@gmx.de

36. Die Ordnung der nationalen Arbeit. Waren die Nazis "Klassenrhetoriker"? Zur faschistischen Sozialdemagogie

Autor: Michael Zander · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:02

Seitdem die NPD mit "antikapitalistischen" Parolen in der ehemaligen DDR bescheidene Erfolge feiert, ist auch die Debatte um den "Sozialismus" der NSDAP neu entbrannt. Michael Zander untersucht in dem folgenden Artikel Propaganda und Politik der Nazis einschließlich ihres "linken", "proletarischen" Flügels. Sein Fazit: Die Nazis waren nicht Klassen-, sondern "Gemeinschaftsrhetoriker", das Wirtschaftssystem nach 1933 war brutalisierter und militarisierter Kapitalismus, beruhend auf dem Bündnis von Partei, Staat und Kapital.

Dass braun gleich rot sei, ist eine gängige und wohlfeile Behauptung, und das nicht erst seit dem berüchtigten "Schwarzbuch des Kommunismus". Auch über den Kreis interessierter Geschichtsfälscher hinaus gibt es das, was Brecht seinerzeit "tödliche Verwirrung" nannte: Man stutzt, dass die Fahnen der Nazis Kreuze trugen - aber mit Haken dran - und dass sie rot waren, also "die Farbe des Aufruhrs" trugen. Mehr noch, die Nazis sprachen von "Sozialismus" und von "Revolution". Die Verwirrung hält an und reicht bis weit in die Linke hinein. Den Nazis ist es gelungen, Begriffe zu besetzen und völlig zu verdrehen.

Selbst der sonst recht gescheite, wenngleich nicht-marxistische Soziologe Reinhard Kreckel sitzt der Propaganda auf, wenn er schreibt, die NSDAP habe sich als "Repräsentantin von ‚sozialistischen Arbeiterinteressen`" (1997, 146) ausgegeben. Auffassungen, die davon ausgingen, Klassen könnten handelnde Subjekte sein, leisteten "jeder willkürlichen Klassenrhetorik von Stalin bis Hitler" (ebd.) Vorschub. Dass Stalin hier ins Spiel gebracht wird, ist weniger wichtig; entscheidend ist, dass Hitler ein "Klassenrhetoriker" genannt wird. Wäre diese Behauptung richtig, so müsste der Antifaschismus eine Kritik der nazistischen Klassenrhetorik entwickeln. Es lohnt sich also, sie zu prüfen.

Der "Antikapitalismus"

der NS-"Linken"

Am ehesten lässt sich die Rede von Klassen beim angeblich "proletarischen" Flügel der NSDAP um Otto und Gregor Strasser vermuten. Der Strasser-Flügel bejahte z.T. den Klassenkampf und eiferte gegen das große Industrie- und Finanzkapital. Er trat als Vertreter der Interessen der Kleinbourgeoisie auf, die gegen die drückende Macht des großen Kapitals rebellierte.

So weit es - z.B. in gewerkschaftlichen Kämpfen - gegen die "Großen" ging, sympathisierte er mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, in denen er mögliche Bündnispartner sah.

Dass die Interessen der proletarischen Klassen aber nicht im Mittelpunkt standen, zeigt sich, wenn man die sozialpolitischen Forderungen des Strasser-Flügels näher betrachtet. Unter "Vergesellschaftung" der Wirtschaft verstand man hauptsächlich die Schaffung von Kleinbetrieben; Gewinnbeteiligungen und Enteignungen sollte es nur bei Großbetrieben geben; das Privateigentum an Produktionsmitteln (und damit das Kommando über Arbeitskraft) blieb erhalten. Man unterschied zwischen guten Unternehmern und schlechten Kapitalisten bzw. zwischen "schaffender Arbeit und arbeitslosem Einkommen" (NS-Briefe, zit. n. Kühnl 1966, 72). In der angestrebten "Volksgemeinschaft", die "ständisch-organisch" gegliedert sei und mit der die "natürliche Rangordnung" wieder hergestellt werde, sei die selbstständige Organisation der Arbeiter "unzulässig", hieß es. Der Strasser-Flügel sang Loblieder auf den "Charakter" und die "Leistung" des einzelnen, insbesondere des Mittelstandes, die z.T. als biologisch bzw. "rassisch" begründet angesehen wurden; Demokratie sei persönlichkeitsfeindlich und fördere die "anonyme Masse" und "den Durchschnitt". Es galt als ausgemacht, dass "der in ‚patriarchalischer Gebundenheit` wirkende... Kleinunternehmer und der mit seiner Scholle verwachsene Bauer ein wertvollerer Volksgenosse war als der Proletarier in der Großstadt" (a.a.O., 100).

Bezogen auf den Rassismus war der Strasser-Flügel ebenso widersprüchlich wie in der übrigen Programmatik. Auch aus taktischen Gründen mahnte man zur Vorsicht, um das angestrebte Bündnis mit der Arbeiterschaft

nicht zu gefährden. "Ich wüsste auch nicht, wie man den Arbeiter mit der Rassenidee, dem völkischen Blutsadel pp. begeistern sollte", schrieb ein Autor in den "NS-Briefen". Koloniale Herrschaft lehnte man ab, vor allem, damit die "einfach denkenden Völker" Asiens und Afrikas ihren eigenen "Nationalsozialismus" entwickeln könnten. Während der Hitler-Flügel z.B. in der "indischen Frage" die britischen Besatzer unterstützte, positionierten sich die "Linken" zu Gunsten Ghandis und der Befreiungsbewegung.

Trotzdem war der Strasser-Flügel durch und durch rassistisch und insbesondere antisemitisch. Man entrüstete sich, dass "Herr Neger" in Frankreich eine "gesellschaftsfähige Persönlichkeit" sei. Man beschimpfte - genau wie die Hitler-Fraktion - Jüdinnen und Juden als "minderwertiges Menschenmaterial", unterstellte ihnen, überall "Drahtzieher" zu sein, und stritt sich um die Frage, ob sie ermordet oder "nur" zur Auswanderung gezwungen werden müssten. Als Hitler zu bestimmten Gelegenheiten die antisemitische Propaganda zurückstellte, warf ihm Otto Strasser den Verrat an den Grundsätzen der NSDAP vor.

Dass Strasser und Konsorten Feinde der Frauenbewegung und des Marxismus waren, versteht sich von selbst. Sie verurteilten das Wahlrecht, die Erwerbstätigkeit und den "Intellektualismus" als Tendenzen, welche die Frauen "Familie, Vaterland und Religion" abspenstig machten.

Dem Marxismus warf man vor, klassenkämpferisch, internationalistisch und materialistisch, gleichmacherisch und autoritätsfeindlich zu sein. Er sei, darin war man sich mit Hitler einig, eine Erfindung des "Juden Marx", der vom Hass gegen die "deutsche Seele" getrieben worden sei. Und ohne sich mit inhaltlichen Widersprüchen aufzuhalten, erwähnte man lobend gelegentlich Engels und Lenin. In der Niederlage des "letzten Marxisten" Trotzki gegen Stalin sah man den Sieg der "nationalen Stabilisierung" über die Weltrevolution.

Das Bündnis zwischen Faschismus und Kapital

Trotzdem waren die Gegensätze zur Mehrheitsfraktion Hitlers gravierend, da diese versuchte, sich das Wohlwollen des Großkapitals zu sichern. Zunehmend unter Druck, trat die Strasser-Fraktion 1930 aus der NSDAP aus. Gregor Strasser und zahlreiche andere Anhänger der "antikapitalistischen" Strömung wurden 1934 ermordet (anlässlich des erfundenen "Röhm-Putsches").

Für Hitler und seine Fraktion lagen die Dinge sehr einfach. Die ökonomisch Herrschenden, sofern "Arier", galten ihnen als "rassische" Elite. Der Marxismus war für sie eine Waffe der "Minderwertigen", diese Eliten zu zerstören. "Sozialismus" übersetzte Hitler mit Antimarxismus, mit Anerkennung der Herrschaft, einschließlich der des Kapitals und vor allem des Staates. Der Nazipolitiker Brinkmann betonte, "wahrer Sozialismus" sei der "Kampf gegen Willkür und für... das Leistungsprinzip" (zit. n. Neumann 1981, 149). Goebbels, der vom "linken" zum rechten Parteiflügel gewechselt war, erklärte faschistischen "Sozialismus" zu einem bloßen Gefühl. Aber zugleich hieß es bei ihm: "Der marxistische Sozialismus hat die Klassen gegeneinander gehetzt und damit das organische Gefüge des Volkes aufgeweicht. Der nationalistische Sozialismus dagegen schließt die Klassen zusammen und schmiedet damit das Volk zu einer unlösbaren Blutseinheit aneinander" (zit. n. Krauss 1998, 28). Aus der Hierarchie in der Ökonomie leitete Hitler die politische Hierarchie und seine Forderung nach Zerstörung jeglicher Demokratie ab. Die Geschlechter- mit der Klassenfrage verbindend, höhnte er: "Welch eine Dummheit: An der Wahlurne haben der Professor und die Stallmagd die gleichen Rechte!" (zit. n. Kühnl 1977, 133)

Das Großkapital hatte 1929 u.a. in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie einige Ziele formuliert - die Beseitigung "unwirtschaftlicher Hemmnisse", radikale Steuersenkungen und "Anerkennung der Gewerbefreiheit". Der Vorsitzende des Verbandes Sächsischer Industrieller meinte, die parlamentarische Demokratie sei, da von den Massen abhängig, außer Stande, entsprechende Maßnahmen durchzuführen, und plädierte für ein Ermächtigungsgesetz.

Schon vor 1933 hatte die NSDAP großzügige Sponsoren gehabt, die z.B. deren Paramilitärs aufgerüstet hatten, wodurch die Verbände von KPD und SPD in Bedrängnis geraten waren. Die Naziherrschaft seit 1933 war ein Bündnis zwischen der faschistischen Partei und maßgeblichen Teilen der sozialen Oberklassen. Die staatliche Politik wurde "von Gremien organisiert, in denen die großen Konzerne ihrer ökonomischen Macht entsprechend vertreten waren. Schon 1933 übernahm das Wirtschaftsministerium mit Kurt Schmitt, Generaldirektor des größten deutschen Versicherungskonzerns (Allianz-Versicherung), einen Repräsentanten des Großkapitals. Dem von Schmitt berufenen Generalrat... gehörten die führenden Vertreter der Finanzoligarchie an (u.a. Fritz Thyssen, Carl Bosch, C.F. Siemens)" (Kühnl 1971, 144). Der Industrielle Krupp

war "Führer des Reichsstandes der Deutschen Industrie", Schacht hatte verschiedene hohe Posten im Staatsapparat inne, IG-Farben-Direktor Krauch wurde Görings Generalbevollmächtigter.

Das Bündnis zwischen faschistischer Massenbewegung und Kapital bzw. der Oberklassen beruhte auf der teilweisen Übereinstimmung von Interessen. Als eines der gemeinsamen Ziele erreicht war - die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Demokratie -, traten die ersten Gegensätze zwischen und innerhalb der verbündeten Gruppen hervor. 1935 z.B. plädierte die schwerindustrielle Gruppe um Schacht für eine Ankurbelung des Exports zur Stabilisierung der Wirtschaft und zur mittelfristigen Verwirklichung imperialistischer Ziele. Die faschistische Exekutive hingegen strebte zur schnellstmöglichen Kriegsvorbereitung eine wirtschaftliche Autarkie an und wurde dabei von der Chemie- und Elektroindustrie (AEG, Siemens, IG Farben) und der Deutschen Bank unterstützt. Wie auch in späteren Konflikten, setzte sich die Exekutive durch. Der Umstand, das Kapitalfraktionen sich letztlich dem Staat unterordnen mussten, widerspricht nicht der Auffassung von einem Herrschaftsbündnis und schon gar nicht dem kapitalistischen Charakter der Ökonomie.

Bereits 1942 legte Neumann eine Arbeit vor, in der er u.a. Horkheimers frühe Totalitarismus-These, derzufolge Faschismus zwar ein Produkt des Kapitalismus, selbst aber nicht mehr kapitalistisch sei, theoretisch und empirisch widerlegt. Ferner zeigte Neumann, wie das Großkapital von der Anwendung "vorkapitalistischer" Herrschaftsmethoden - Raub und Sklaverei - profitierte.

Eine große Rolle bei der Ausdehnung der Industrie spielten die "Arisierung" und "Germanisierung" deutsch-jüdischer bzw. ausländischer Betriebe. Von der Arisierung jüdischer Industrieunternehmen profitierten u.a. die einflussreichsten Industriellen wie Otto Wolff, Friedrich Flick und Mannesmann. Als "Germanisierung" bezeichnete man die Einverleibung ausländischer Konzerne in den besetzten Gebieten. Neumann beschränkt sich auf zwei Beispiele: erstens die "Kontinentale Öl AG", eine Holding "jener Ölinteressen außerhalb Deutschlands", die "von den wichtigsten deutschen Banken und Ölgesellschaften" gegründet wurde; zweitens die Aufteilung der Lothringschen Schwerindustrie unter die Konzerne Stumm, Flick, Röchling, Klöckner und Göring-Werke. Diesen Raubkapitalismus ergänzte ein System der Sklaverei und der Vernichtung durch "Arbeit".

Im Bereich der übrigen Wirtschaft führte das Regime Maßnahmen durch, die in der Propaganda als antikapitalistische ausgegeben wurden. Schon kurz nach dem Machtantritt erließ die Regierung ein Gesetz über die Kartellbildung, dem noch zahlreiche weitere Verordnungen folgen sollten. Es entmachtete das Kartellgericht weitgehend. Die Kartellpolitik hatte die Funktion, "unwirtschaftliche" Betriebe innerhalb und außerhalb des Kartells "auszukämmen". Die "administrativen Preise" des Regimes, von denen Trusts und Kartelle ausgenommen waren, dienten ebenfalls der Kapitalzentralisation.

Der Zweck dieser Kartellpolitik, zu der es im bürgerlich-demokratischen Ausland Parallelen gab, bestand in der staatlichen Sicherung des privaten Profits - durch Subventionen und Staatsaufträge, durch Verstaatlichung unrentabler und risikoreicher Sektoren, durch Privatisierung rentabler öffentlicher Unternehmen.

Mit Klassenterror zur "Betriebsgemeinschaft"

Vor ihrem Machtantritt verwendeten die Nazis u.a. die sehr doppeldeutige Parole, sie wollten den "Arbeits-" an der Stelle des "Wohlfahrtsstaats" finanzieren (Kahrs 1990, 43). 1933 plünderten und verboten sie die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien. In den Betrieben wurde dann die berüchtigte "Deutsche Arbeitsfront" eingerichtet, deren Ziel es ausdrücklich nicht war, "die Bedingungen für den Abschluss von Arbeitsverträgen" bzw. "materielle Fragen" zu regeln (zit. n. Focke und Reimer 1970, 143). Auf die Arbeitenden wurde Druck ausgeübt; so urteilte z.B. 1936 ein Arbeitsgericht, eine Kündigung sei "nicht unbillig hart", wenn ein "Gefolgsmann" gegen den "Gedanken der Betriebsgemeinschaft" verstoße und sich weigere, der DAF beizutreten. Da insgesamt die Beteiligung bei der Wahl der weitgehend einflusslosen DAF-Vertrauensmänner gering bliebe und die Ablehnung z.T. beträchtlich war, verbot Hitler schließlich diese Wahlen.

Arbeiterinnen und Arbeiter wurden weitgehend entrechtet. In dem vom "Reichsstand der Deutschen Industrie" begrüßten Gesetz zur "Ordnung der nationalen Arbeit" von 1934 hieß es unmissverständlich: "Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer..., die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft... zur Förderung der Betriebszwecke und zum... Nutzen von Volk und Staat" (zit. n. Kühnl 1977, 249). Auf die Staatsaufträge für die Rüstungs- und kriegswichtige Industrie war es v.a. zurückzuführen, wenn sich trotzdem die ökonomische Lage

der Bevölkerung zeitweise verbesserte, wenngleich der Anteil der Arbeitenden am Volkseinkommen sank und die Unternehmensgewinne in die Höhe schossen.

Gleichzeitig eskalierte der Terror auch gegen "Arbeitsunwillige" und "Dauerkunden" der Arbeitsämter. Ein Arbeitsamtsdirektor triumphierte: "Rücksichtslose Sperren..., polizeilicher Arbeitsauftrag, im äußersten Falle Einweisung ins Arbeitshaus (gemeint ist das KZ - MZ) sind Mittel, die anzuwenden der... Staat nicht zögern wird" (zit. n. Kahrs, 46). Schon im Herbst 1933 gab es die erste "Bettler-Razzia", deren Opfer auch Straßenhändler ohne Gewerbeschein wurden. Da auf offenen Streik später die Todesstrafe bzw. KZ stand, organisierten Arbeitende verdeckte "Bummelstreiks" etc., um Druck zur Rücknahme von Sozialkürzungen zu erzeugen.

Die Nazipropaganda bemühte sich, all dies in ein idyllisches Licht zu tauchen. Sie behauptete, "die Arbeit" sei nicht, wie der Marxismus unterstelle, eine Ware; die früheren Proleten würden nicht mehr von den "Gewerkschaftsbonzen" missbraucht und ausgebeutet; der Klassendünkel sei überwunden, Betriebsführer und Gefolgschaft seien als "Arbeiter der Stirn und der Faust" vereint in einer harmonischen Betriebsgemeinschaft.

Obwohl es sich also bei der faschistischen Herrschaft auch um Klassenkampf von "oben" handelte, wollten ihre Repräsentanten offiziell nichts von Klassen wissen. Genauer: Sie hielten die Klassen für eine bloße Erfindung und ein ideologisches Mittel ihrer Gegner. Als 1934 die Röhm-Fraktion sich nicht genügend folgsam zeigte, warnte v. Papen, Exkanzler der Republik und später faschistischer Vizekanzler, vor einer "Wiederholung" des Klassenkampfs. Und Hitler hatte schon vor 1933 eine "Zukunft Deutschlands" versprochen, in der "die Klassenbegriffe zerbrochen sein werden..." (zit. n. Kühnl 1966, 374).

Fazit: Die Nazis waren "Gemeinschaftsrhetoriker"

1. Die Nazis waren ihrem Selbstverständnis nach keine Klassen-, sondern, im Gegenteil, "Gemeinschaftsrhetoriker". Tatsächlich terrorisierten sie die unteren Klassen und deren politische Vertretungen und sicherten dem Großkapital komfortable Verwertungsbedingungen, inklusive Raub- und Sklavenwirtschaft. Nach Völkermord und Eroberungskrieg war dies eines ihrer Hauptziele. "Klassenrhetoriker" und "Arbeiterpartei" waren sie nur insoweit, wie dies fast alle rechten Parteien sind: In Arbeiterinnen und Arbeitern sahen sie eine "Zielgruppe", die es gleichzeitig zu gewinnen und zu kontrollieren galt. Was sie den Arbeitenden zu bieten hatten, war karg: Unbeständige Arbeitsplätze durch Aufrüstung, Propaganda und das vage Versprechen, die Beute von Mord und Krieg aufzuteilen; den Arbeitenden wurde wie stets eingeredet, dass ihr Glück sich mit dem ihrer Herren, der Kapitalisten und Staatsvertreter, verwirkliche. Wo dies nicht wirkte oder genügte, wandten die Nazis den offenen Terror an.

2. Die faschistische "Volks- und Leistungsgemeinschaft" (Hitler) war tödlich für diejenigen, die aus ihr ausgeschlossen, und sie war Knechtschaft für viele, die in sie eingeschlossen waren. Die Nazis aller Schattierungen waren, trotz gelegentlicher "antikapitalistischer" Phrasen, die erklärten Feinde der beherrschten Klassen, so weit diese nicht länger bereit waren, beherrscht zu sein. Das schließt nicht aus, sondern ist eine Voraussetzung dafür, dass auch Teile dieser Klassen zu Tätern wurden. In der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus ist es wichtig, dessen unverändert autoritären und "antiproletarischen" Charakter aufzudecken. Die Parole "Arbeit zuerst für Deutsche" z.B. ist ein Versprechen, hinter dem sich auch eine Drohung an Deutsche verbirgt.

3. Faschismus war brutalisierter und militarisierter Kapitalismus. Führende Vertreter des Großkapitals haben in ihrer ökonomischen Funktion und als Mitglieder der NSDAP und des Staatsapparats die faschistische Herrschaft erst ermöglicht. Daran zeigt sich, dass "Marktwirtschaft" nicht, wie uns heute vorgemacht wird, eine unbedingte Voraussetzung, sondern auch eine potenzielle Bedrohung für bürgerliche bzw. jegliche Demokratie ist. Der Untergang der Weimarer Republik hat die potenzielle Gefährlichkeit kapitalistischer Macht bewiesen. Eine Kritik dieser Macht sollte, unabhängig von ihrer Reichweite, zum antifaschistischen Minimalkonsens gehören. Mit um so klarerem Bewusstsein ließe sich dann auch der schändlichen Politik entgegentreten, welche die heutige Wirtschaft und der Staat z.B. in der Frage der Entschädigung der NS-Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter betreiben.

Michael Zander

Literatur:

Brecht, Bertolt (1990): Tödliche Verwirrung. In: Gedichte, S. 498. Frankfurt a.M.

Focke, Harald und Uwe Reimer (1970): Alltag unterm Hakenkreuz, Bd. 1, Reinbek

Horkheimer, Max (1981): Die Juden und Europa. In: Ders. u.a., Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M. S. 33-53

Kahrs, Horst (1990): Die ordnende Hand der Arbeitsämter. Zur deutschen Arbeitsverwaltung 1933 bis 1939. In: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 8,Arbeitsmarkt und Sondererlass, Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt, Berlin, S. 9-61

Krauss, Hartmut (1998): Faschismus und Fundamentalismus, Teil 3. In: Die Rote Luzi 29, S. 28-34

Kreckel, Reinhard (1997): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt a.M.

Kühnl, Reinhard (1966): Die nationalsozialistische Linke 1925-1930. Meisenheim am Glan

ders. (1971): Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus. Reinbek bei Hamburg

ders. (1977): Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Köln

Neumann, Franz (1981): Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus. In: Horkheimer u.a., Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M., S. 129-234

37. Barbaren des 21. Jahrhunderts - Teil II. Die Aufrüstung der Philosophie Klassenkrieg

Autor: Detlef Hartmann · Rubrik: Wissenschaftskritik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:25

In seiner Skandalinszenierung hat Sloterdijk - das war der Inhalt des ersten Teils meines Aufsatzes - Nietzsches Offensive der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts nachgespielt. Diese zielte im Kern auf die umfassende Aufrüstung aggressiver Energien im "Willen zu Macht". Gegen alle lebensphilosophische Verkürzung Nietzsches haben wir das Schwergewicht auf seine "materialistischen" Bemühungen gelegt, den Klassenkrieg als Feld der Metaphysik des Willens zur Macht zu begreifen, einer technologisch begründeten Macht neuer Globalisierungseliten in der "unvermeidlich bevorstehenden Wirtschaftsgesamtverwaltung der Erde". Als Prophet dieser komplexen Metaphysik des Willens wurde er nicht nur zum internationalen philosophischen Impulsgeber des rechten Aufbruchs, sondern auch des deutschen "Griffs nach der Weltmacht", des Anspruchs deutscher Innovationseliten auf eine hegemoniale Rolle im damaligen Prozess der Globalisierung. Wenn wir Sloterdijks Strategien begreifen wollen, so müssen wir diesen Prozess kurz nachzeichnen.

Der heroische Unternehmer

Die Kräfte dieser Globalisierung waren die neuen Avantgarden, die den Durchbruch durch Klassenwiderstand und Verwertungsstagnation der sogenannten "großen Depression" in einer innovativen Offensive suchten. Sie hatten ihren Kern in einem neuen aggressiven Unternehmertum vor allem aus den innovativen Schlüsselindustrien. Seine herausragenden Exponenten orientierten sich im Kult des "heroischen Unternehmers" und der Härte seiner neuen Rationalität bewusst an Nietzsche (1), flankiert von den Funktionseliten der neuen politischen Technologie der Arbeitsrationalisierung im beginnenden "Taylorismus". Die politisch-ökonomische Fundierung erhielt sie durch Theorien des aggressiven Ungleichgewichts und der "schöpferischen Zerstörung" vor allem bei Josef Schumpeter, die soziologische in der Strategie umfassender sozialer Rationalisierung. Diese damalige "neue Mitte" entwarf und emanzipierte sich im Umbruch zur "Weltpolitik" von den 90er Jahren bis zum ersten Weltkrieg zu Herren innovativer Gewalt in einer enormen Dynamik, die ihre Parallele im aktuellen Umbruch findet. Wichard von Moellendorff und Walter Rathenau von der AEG waren hierfür exemplarisch. Die AEG war der innovative "Upstart" der neuen Technologien, vergleichbar mit "Microsoft" oder "Cisco" heute, die wenige Jahre vor dem Krieg im ersten Weltkartell mit General Electric den globalen Anspruch auf Verwertung vertraglich regelte. Moellendorff war leitender Techniker bei der AEG. Ganz im Sinne der "Metaphysik des Willens" verstand er seine Arbeit als Vergesellschaftung und Globalisierung des Diktats aus den technokratisch-unternehmerischen Initiativen des modernsten tayloristischen Konzernmanagements zur "Erdwirtschaft", vom "Willen des Germanen" "beseelt ... wie ein taciteisches Germanendorf." (2)

Sein Mitarbeiter (3) Rathenau betrieb seine Revolte gegen die Welt des alten verstaubten Bildungsbürger- und Unternehmertums als begeistertes Mitglied einer heißen Nietzsche-Fan-Gemeinde um die Zeitschrift "Die Zukunft" (über die Moellendorff zur AEG fand). Bis in die Diktion, Bilder und Metaphorik übernimmt Rathenau Nietzsches Ansatz. Die politische Technologie materialisiert sich bei ihm zum Projekt der "Mechanisierung der Welt", dessen Akteure das "Heer" der neuen Funktionseliten in Management, Bürokratie und Technologie sind, die damalige "neue Mitte". Sein Unternehmerbegriff ist Nietzsches Übermenschenfunktion im Kontext des Mechanisierungsprozesses nachgebildet. Er sieht sie als Ausdruck des germanischen "Mutmenschentums", das er mit den Rassismen Gobineaus, Lagardes etc. auflädt. Der Unternehmerbegriff ist (mit typisch nietzscheanischer Angriffstier-Metaphorik ausgeschmückt) kompromisslos angebotsorientiert, wie er in seinem berühmten Brief an Meißner plastisch zum Ausdruck bringt. Er beschreibt die Elektroindustrie aus der Erfahrung der AEG, industrieller Schlüsselsektor des innovativen Umbruchs, als Kern einer "Umgestaltung eines großenteils aller modernen Lebensverhältnisse, die nicht vom Konsumenten ausging, sondern vom Produzenten organisiert und gewissermaßen aufgezwungen werden musste." Sein neuer Nationalismus, sein Rassismus (4) waren als Ausdruck der Innovationsherrschaft gegen die rückständigen Gesellschaften und "Rassen" "modern". Sie operierten nicht mit Begriffen von rassischem "Wesen" und völkischer "Substanz", sondern von Differenzen sozialer, technischer und geistiger Entwicklung, die im Aufprall der

Anpassungsimperative aus den neuen innovativen Industrien auf die rückständigen Gesellschaften ihre historischen Erscheinungen hervorbringen. Germanisch-nordische Führerschaft und die Gefolgschaft der schwarzen Rassen sah er nur als historische Zeitbildungen. Man kann dies als technokratischen "Entwicklungsrassismus" bezeichnen. Als Avantgarde deutscher managerialer Eliten organisierten Moellendorff und Rathenau gleich zu Beginn des ersten Weltkriegs die Kriegsrohstoffabteilung. Aus dieser zentralen Position betrachteten und betrieben sie den Krieg als Medium umfassender Modernisierung Mitteleuropas mit der Mark als Leitwährung in der Auseinandersetzung mit dem Dollar-Raum.

Der Nietzscheaner Max Weber, die deutsche Vorzeigeblüte des modernen aufgeklärten Rationalismus, war da noch weit bösartiger. Er garnierte seinen propagandistischen Entwurf des deutschen Griffs nach der Macht im Umbruchsjahr 1895 (die berühmt-berüchtigte Freiburger Antrittsvorlesung) mit einem giftigen Rassismus gegen die slawische Flut und vor allem der rückständigen Polen, der seinesgleichen sucht. Dieser Rassismus, den er nie aufgab, ist nicht etwa ein Flecken auf der sauberen Weste, sondern ein Systemmerkmal eines nietzscheanischen Soziologen und Sozialpolitikers, in dem Elite und Masse sich gegeneinender konstituieren. Er war Mitbegründer des durch und durch rassistischen und imperialistischen Alldeutschen Verbandes, von vielen (5) als Vorläufer der NSDAP betrachtet. Die Logik der Mechanisierung verfolgt er nicht nur in der Arbeitspsychologie, sondern auch in den bürokratischen Rationalisierungsstrategien. Seine Religionssoziologie und Charismaforschung (vor allem des kriegerischen Führers) sind die Felder, in denen er die kreativen Kräfte dessen untersuchte, was Nietzsche im "Übermenschen" konzipiert hatte. Aus seiner einflussreichen Position betrieb er den Krieg als verantwortungsethischen Auftrag der modernsten Nation im Griff nach der Weltmacht.

Die Theorie einer nietzscheanischen politischen Ökonomie ist in allen ihren aggressiven Potenzen in Schumpeters Begriff des innovativen Unternehmers als Herr eines Prozesses "schöpferischer Zerstörung" verkörpert. Schumpeter - inzwischen wieder zum führenden Impulsgeber der heutigen "neuen Wachstumstheorie" avanciert, in den USA wie in Deutschland - wird oft verharmlosend mit der kreativen Rolle der Unternehmerfunktion vorgestellt, in der Regel schlagwortartig. Wohlweislich. Denn sein grundlegendes Werk, die 1911 erschienene "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (6), setzt die Akzente der Akkumulationstheorie unmissverständlich auf Zwang und Gewalt. Sie stellt die soziale Aggressivität der Unternehmerfunktion derart radikal ins Zentrum kapitalistischer Akkumulationsdynamik, dass man geradezu von einer politischen Ökonomie unternehmerischer Gewalt und zerstörerischer Aggressivität sprechen kann. Als "Führer" und "Feldherr" im "Kraftüberschuss" seines "Siegerwillens" und im Ausbau seiner "Herrenstellung" setzt der Unternehmer Innovationen gegen den sozialen Widerstand und Gegendruck durch. "Ohne Schonung, bis zur ultima Ratio der völligen Vernichtung der mit hoffnungslos Unangepasstem verbundenen Existenz". So ist es konsequent, dass er am Schluss seines Buchs die "bewusste Politik der Rassenhygiene" zur paradigmatischen Leitvorstellung organisierter Innovationspolitik erklärt (7). Demonstrativ bekannte Schumpeter, wo er sich selbst politisch verortete. Obwohl er der katholischen Bourgeoisie Österreichs entstammte, annoncierte er das Buch persönlich in der deutschen "Zukunft". Sie war inzwischen zum führenden Organ der aggressiven Avantgarde deutscher innovativer Eliten und der damaligen "neuen Mitte" avanciert.

Auch damals war die Eugenik und Rassenhygiene von einem Modernisierungsdiskurs geleitet, der den Willen zur Macht im Prozess der "schöpferischen Zerstörung" auf einem wichtigen Teilgebiet von Innovation und Akkumulation zum Ausdruck brachte und auch vorantreiben konnte, aber nicht in seinem Kern angesiedelt war. Das Paradigma der Verfügung über den unterworfenen Menschen im biotechnischen Zugriff war - wie auch bei Sloterdijk - Ausdruck einer viel grundsätzlicheren paradigmatischen Wende des wertschöpfenden Willens zur Macht. (8)

Die neuen Mittelschichten

Es war die innovative Aggressivität aus den Kernen der neuen Schlüsselindustrien, vor allem Elektro und Chemie, die maßgeblich die komplexe Dynamik in den ersten Weltkrieg antrieb: die Wachstumsdynamik, mit der sich nur noch das amerikanische Kapital messen konnte; die Dynamik imperialistischer Aggressivität, denn sie war in ihrem Durst auf periphere Arbeitswerte nicht nur auf die Herrschaft in Europa angewiesen (die Wellen von Exportoffensiven in Handel und Investition vorangetrieben wurde), sondern auch auf die Globalisierung der "schöpferischen Zerstörung" in noch unerschlossene Gesellschaften; die korrespondierende Dynamik eines Rassismus im Aufprall auf "rückständige" Strukturen, eines Sexismus in der

Feier männlicher Innovationsenergien (wie sie bei den künstlerischen Avantgarden am deutlichsten zu Tage traten und ihr internationales Sprachrohr im protofaschistischen Manifest der Futuristen fand), eines Sozialimperialismus in der Einbeziehung der reformistischen Arbeiterbewegung und Klassensegmente in diese volksgemeinschaftlich propagierte Aggressivität bis hin zur der Dynamik der Philosophie in der Barbarisierung des erkennenden und gestaltenden Geistes der "Bemächtigung" im nietzscheanischen Sinne. (9)

Soziologisch gesehen war der treibende Kern dieser Dynamik in den progressistischen "neuen Mittelschichten" angesiedelt: neuen Technikern, Management, bürokratische Funktionseliten vor allem in den modernen industriellen Giganten der neuen Schlüsselindustrien Elektro und Chemie. Es kann inzwischen gegen die alten Geschichtsmythen (zu deren Blindheit auch die am deutschen Reformismus orientierte Fischerschule leider nicht wenig beigetragen hat) durch gründliche Studien der letzten 20 Jahre als gesichert gelten, dass es diese neuen Mittelschichten waren, die in erster Linie in den Krieg zur Organisation des Durchbruchs ihrer Modernisierungsstrategien getrieben haben. (10) Sie bemächtigten sich des Kriegs als blutiges Medium gesamtgesellschaftlicher Innovation und transformierten ihn zum mörderischen "Ingenieurkrieg" (Lloyd George), in dem Deutschland sich als erste Industriemacht Europas bestätigte. Inzwischen gibt es genügend Studien darüber, dass sie es auch waren, die sich zur treibenden Kraft des Nationalsozialismus weiterentwickelten. Die "neue Mitte" auf dem Höhepunkt der Barbarei, die "Barbaren des 20 Jahrhunderts". (11)

Wenn wir Nietzsches und Sloterdijks Rolle begreifen wollen, müssen wir von den noch idealistisch geprägten Vorstellungen Abschied nehmen, die das Verhältnis von Produktionssphäre und Kultur nach Art einer Käsesahnetorte als Verhältnis von Basis und Überbau konstruiert. Das Kapital und seine Theorie ist heute weiter, wenn es innovatorische Energien und Qualifikationen - nicht nur in Technologie, sondern bis in Human- und Ethikkapital hinein - praktisch in seine Strategien (moderne Innovationstheorie) und theoretisch in den Kapitalbegriff hineinnimmt, "endogenisiert". In diesem Sinn waren schon Nietzsche, Weber, Rathenau, aber auch Pareto und sogar Marshall "modern", wenn sie die Dynamik des Kapitalismus in seinen aggressiven Potenzen zur schöpferischen Zerstörung und inwertsetzenden Unterwerfung von Arbeit und Gesellschaft sahen. Nicht allein im Betrieb produktiver technologischer Gewalt, sondern in allen gesellschaftlichen Dimensionen bis in Kultur und Philosophie. Von daher müssen wir die Dynamik der Kapitalakkumulation als Ausdruck einer komplexen Offensive "schöpferischen Zerstörung" begreifen, in deren Kern Strategien der Zurichtung und Unterwerfung von Arbeit angesiedelt sind und die sich in gleichgerichteten kulturellen Strategien bis in die Philosophie hinein ihren korrespondierenden Ausdruck suchen, ja, diese Korrespondenzen in übergreifenden Diskursen organisieren.

Sloterdijks Beitrag

Die Entfesselung eines solchen Diskurses, auf die Sloterdijks Skandalschock abzielt, definiert sich in eine zyklenhistorisch analoge Situation hinein: den Umbruch in den postfordistischen Zyklus. Der Grund für die Parallelität ist einfach: Wir befinden uns historisch in einer analogen Phase des Takeoffs, der ersten Umbruchsphase in einen neuen Großzyklus wertschöpfender Gewalt, den wir etwas platt mit "Globalisierung" etikettieren. Es ist leicht, sie in ihre einzelnen Stränge aufzuschlüsseln: Im Kern die aggressive Überakkumulation in den innovativen Sektoren der neuen Schlüsselindustrien, von denen aus das Kapital der rückständigen Welt ihre Diktate schöpferischer Zerstörung aufherrscht. Den Kult der unternehmerischen Aggressivität. Die neuen technologischen Innovationen, deren angebotsorientierte Aggressivität diejenigen des Kaiserreichs als gemütliche Veranstaltung erscheinen lässt. Die rasante Entwicklung der Expertensysteme, in denen die "Neue Mitte" ihre hegemonialen Strukturen und ihr soziales Selbst erfindet und von denen aus sie ihre Life-Styles zelebriert. Die lokalen und imperialistischen Public-Private-Partnership-Projekte (PPP), mit denen sie ihre neuen Internet-vernetzten Kommandostrukturen der mittleren Ebene im Vorgriff auf eine neue transnationale Verfassungswirklichkeit einzieht (im Kaiserreich waren die Städtetage das parastaatliche Tummelfeld der neuen Funktionseliten).

Die Anmaßung eines weit schonungsloseren verantwortungsethischen Universalismus, der im Kosovokrieg das Töten und die Vernichtung der hoffnungslos rückständigen Existenz gerade frisch eingeübt hat.

Schumpeter ist inzwischen wieder prominent als Impuls- und Ideengeber der modernen Wachstumstheorie etabliert. Unter seinen Begriff der "schöpferischen Zerstörung" wird heute wieder die innovatorische Aggressivität der aktuellen Wachstumsstrategien subsumiert, die im Aufprall auf rückständige Sozialstrukturen

die Welt umpflügt und ihre Anpassungsimperative globalisiert, die Unterworfenen aus den alten Strukturen "herausbricht, ob sie wollen oder nicht" (Sloterdijk) und sie einem neuen und intensiveren Zugriff wertschöpfender Gewalt unterwirft. Der Rückgriff auf Schumpeter nähert seine Diktion allmählich an die Aggressivität des Meisters an. So propagiert beispielsweise der Bochumer Arbeitsökonom Staudt in der FAZ (12) für den Aufbruch der "innovativen Kräfte" im Prozess der "schöpferischen Zerstörung" "Partisanenstrategien", mit denen die "Partisanentrupps" von "Ausgewählten" die hemmenden Hindernisse aus "runden Tischen" und Konsensbedürfnissen durchbrechen können.

Meister Baghwan

Es ist daher kaum überraschend, mit welchem historisch-materialistischen Verständnis im Sinne Nietzsches und einer konservativen Revolution von oben Sloterdijk seine Initiativen als korrespondierende Strategie in die aktuelle kapitalistische Offensive hineindefiniert. Sloterdijk entwickelte sich philosophisch im Dunstkreis der "kritischen Theorie" und hatte die Positionen linker Mündigkeit unter der "Einstrahlung" seines "spirituellen Meisters" Baghwan verlassen. In ihrem Licht suchte er wie viele die Heilung aus dem Stress des krisenhaften Zerfalls der fordistischen Gesellschaft und seiner Identitäten. Im Bann seiner charismatischen Autorität stillte er die Sehnsucht nach neuer Gemeinschaft und neuem - zunächst esoterischem - Sinn. Von Baghwan fand er zu Nietzsche. Auf diesem Weg lud er sich mit der Aggressivität eines neuen Willens zu Macht auf und stellte sie in den Dienst eines innovativen kapitalistischen Großzyklus.

Grundsätzlich sagt er hierzu in einem Gespräch mit Hans-Jürgen Heinrichs (13): "Es geht im Augenblick doch darum, dass Menschen aus ihrer kleinräumigen aus ihrer regionalen und nationalen Bewusstseinsverfassung herausgebrochen werden - ob sie wollen oder nicht. Die Seelenformen des Bürgertums und Kleinbürgertums in der ersten Welt werden aktuell umformatiert ... von einem humanistisch-nationalistischen Welthorizont auf einen ökologisch globalen. Oder zumindest auf einen, der sich einlässt auf die Synchronwelt des Kapitals, des globalen Waren- und Informationsverkehrs, also auf das, was man Weltwirtschaft nennt. Wir ... suchen nach Formen von Subjektivität, die in dieser aktuellen Globalwelt verkehrsfähig bleiben. Genauso wie Platon mit der Gründung einen Menschentypus evoziert und erzogen hat, der verkehrsfähig wurde in der Großwelt der sich abzeichnenenden großhellenischen Kultur ... Damals wurden Seelenformen herangezogen, die im neuen imperialen Horizont verkehrsfähig werden sollten. Und wir erleben heute, dass die Wirklichkeit von uns ... eben wieder eine solche Umformatierung, eine Größerformatierung abverlangt, eine Verkehrsfähigkeit mit allen koexistierenden Kräften in einem jetzt globalisierten Großraum."

In solchen Überflügen reproduziert Sloterdijk die welthistorischen Visionen von Nietzsches "Willen zur Macht" und von Oswald Spenglers "Der Untergang des Abendlandes", das eines der einflussreichsten Bücher der "Konservativen Revolution" in der Zwischenkriegszeit wurde. Wir dürfen daher Sloterdijks Projektphantasien der imperialen Horizonterweiterung in einen historisch neuen "Großraum" ruhig beim Wort nehmen und am historischen Vorlauf zum nazistischen "Großraum Europa" messen. Jeffrey Herf (14) hat Spenglers Beitrag zu Hitlers Projekt in "Reactionary Modernism" intelligent in den Kontext eines lang angelegten historischen Prozesses gerückt. Aber: "Großraum" als Projekt der Globalisierung, nicht als Realität, als Prozessprojektion, nicht als System, als komplexes Projekt einer neuen Generation nietzscheanischer Herrensöhne.

Die propagandistische Selbsterregung

Wie Nietzsche organisiert Sloterdijk seinen Beitrag zu dieser Größerformatierung auf den neuen "imperialen Horizont" hin seit Jahren als Propaganda aggressiver Selbsterregung zu einem neuen Willen zur Macht. Im "Rückgriff", "Renaissance", "Rückbesinnung" auf das "Motiv der ‚Konservativen Revolution`" (15) ist die nazistische Tendenz unverkennbar. Aber bei aller Eindeutigkeit tut er dies nicht als Projekt, sondern in einer Mischung aus Analyse, Beschwörung und propagandistischer Selbsterregung ihrer historischen Kräfte, deren Behandlung er unsystematisch und assoziativ über seine verschiedenen Publikationen verteilt. Propagandistisch-didaktisch wie methodisch sind daher "Erregung" und "Selbsterregung", "Schwingung", "Vibration", "Evokation", "Psychoakustik", "transzendentales Flüstern" zentrale Begriffe für einen neuen Modus propagandistischer Entfesselung aggressiver Energien. Der Grund für die mythische und assoziative Darstellungsweise liegt in der Einsicht in das Unsystematische der historischen Formierung der aggressiven Kräfte, Energien und Mythen selbst. In Nietzsches Nachfolge formuliert er philosophische und historische Erkenntnis in Figuren einer Dialektik der Gewalt: von Mann gegen Frau/Mutter, Eliten (Vornehme) gegen

Masse (Niedrige), Härte und funktionale Grausamkeit gegen Weichheit, Wille zur Durchdringung gegen Passivität, Aufrüstung von Subjektivität im Willen zur Macht - soziale Umgebung/Welt.

Fangen wir mit der "Selbstgeburt des Mann-Menschen" als Agens der "historischen Welt" (16) an. Zum "Bauherr eigener Welten" wird er durch die "Aufrichtung eines phallischen Eigenwillens gegen die Diktatur der Mütter", der "die Bereitschaft zum Furchtbaren" als "Sporn der Selbstintensivierung", zur "Willensbündelung" zur "Zusammenfassung aller Partialtriebe in einem einzigen Willensstrahl" nutzt. "Ontopolitik" und "ontologisches Schlachtfeld" sind die existenziellen Verortungen dieses Gewaltmythos. (17) Wenn er die Volksgemeinschaft auch noch als "Schoßgemeinschaft" bezeichnet, so legt er die Assoziation des Verhältnisses männlicher Führer zur weiblichen Masse in Hitlers "Mein Kampf" nahe. Sloterdijk, der seine Erregungspolitik spielerisch-assoziativ organisiert, geht frivol ganz nah ans historische Vorbild, wenn er die historische Produktivität der aggressiv-männlichen Subjektivität wie folgt charakterisiert: "Diese Energien (der Selbstgebärer, D.H.) sind es, die Geschichte machen. Alles, was in diesen spezifischen Sinn Subjekt ist, schreibt mit an dem großen Welttext, der unter dem Titel Mein, Dein, Sein, Unser, Euer, Ihr Kampf (kursiv) erscheint." (18) Nicht nur "Mein Kampf" offenbar. "Mein Kampf" als "Unser Kampf".

In der Charakterisierung des Verhältnisses neuer aggressiver männlicher Eliten zu Masse der verkleinerten, der Niedrigen, geht Sloterdijk wenig über das Vokabular und die Metaphorik Nietzsches hinaus. "Prometheus", "Menscheningenieur" (19), Vornehme, unternehmerisches Leben (20) bezeichnen den kleinen "geschichtsmächtigen Teil der Menschheit" (21), der "andere Menschengruppen bewirtschaftet" (22).

Das gilt auch für die Charakterisierung der geschichtsmächtigen Aggressivität. "Wille zur Härte", "Schicksal, hart werden zu müssen", "gewollte bejahte Härte", "Grundhärte der jüngeren Männer", die in der hochkulturellen Subjektbildung die "unentbehrliche Härte" "in eigener Regie herstellen" (23). Es ist dieses existenzielle Niveau, auf dem Sloterdijk den "Tiefenweltkrieg" ansiedelt: "Vor uns liegt ein Weltalter, in dem der Unterschied zwischen Siegern und Verlierern wieder mit antiker Härte und vorchristlicher Unbarmherzigkeit an den Tag tritt", den man früher mit "Sozialdarwinismus" bezeichnet habe. (24) "Tiefenweltkrieg" ausdrücklich bezogen auf den gegenwärtigen kapitalistischen Angriff im Klassenkrieg: "Sämtliche Themen, die für sterbliche Wesen wichtig sind außer dem sozialen Netz (...) Dazu gehört die Erfahrung, dass die Befriedigung ausweicht, die Entdeckung, dass die Initiative der Nerv des Krieges ist, und dass schon zum schlichtesten Leben Unternehmertugenden gehören." (25) In diesem Kontext wird die "funktionale Grausamkeit" zur "Bewirtschaftung von Menschengruppen" ebenso beschworen (26) wie die "Angriffskultur" und "strukturelle Aggressivität" im Prozess der Globalisierung. (27)

Gemeinschaft statt Gesellschaft

Auch in Vergemeinschaftungsmythen sucht Sloterdijk Selbsterregung und Erregung des Wir, in deren historischer Kette er auch die "Volksgemeinschaft" ansiedelt. "Horde", "Wesenshorde", "Sozial-Uterus", "Schoßgemeinschaft" (28) sind die Erregungsmetaphern, deren er sich bedient. Und es wird nicht verwundern, dass er sich auch hier auf Johann Gottlieb Fichte als "Urheber einer modernen prophetischen Anthropologie" bezieht. (29) Wir wissen, dass Fichte schon in seinen Früh-Schriften über die französische Revolution seiner Judenfeindschaft einen krassen Ausdruck verliehen hat, wenn er des Judentum als "Staat im Staat" bezeichnet, das "auf dem Hass des ganzen menschlichen Geschlechts aufgebaut" sei und nur ein Mittel gegen sie sieht: "in einer Nacht ihnen allen die Köpfe abzuschneiden, und andere aufzusetzen, in denen auch nicht eine jüdische Idee sei" oder sie alle "in ihr gelobtes Land ... zu schicken". (30) Franz Neumann würdigt ihn zurecht als Vorläufer des völkischen Nationalismus und erklärten Antisemiten. (31) Ausgerechnet in einer Rede zum 9. November stellt Sloterdijk Fichte in seinen Reden an die Deutsche Nation aus dem Jahre 1808 als "Agenten des nationalen Erwachens" in die deutsche Geschichte der Erregung des "völkischen Selbst", als ersten Agenten der "Selbsterregung des phantastischen akustischen Nationalkörpers", der "Erregungs-Gemeinschaft der modernen Nation", der "Nation als Arbeits-, Kampf- und Schicksalsgemeinschaft". (32) Feinde und "Feindstress" braucht die Nation zur "Volkserzeugung aus der autogenen Resonanz" und so reiht er auch die "ominöse Reichs-,kristall`nacht" in die "Magie des 9. Novembers" und in die Geschichte der völkischen Selbsterzeugung ein. "Im selben Boot", "Der starke Grund, zusammen zu sein" sind Kampfschriften, die aus den aggressiven Urgründen dieser historischen Kräfte neue wenn auch andersartige Synthesen der Vergemeinschaftung gleichsam prophetisch hervorlocken wollen. Wer Gesinnung und Methode dieses geschwätzigen Philosophen im Westentaschenformat kennen lernen will, kann sich auf die Broschüren "Boot" und "starker Grund" beschränken.

Sloterdijk hat eine Diskursoffensive eröffnet, die er selbst als philosophischen Beitrag in den Kontext der aggressiven Globalisierung stellt. Wenn er Habermas in der Zeit vom 9.9.99 die "freiere Generation" entgegenhält, da nun "die Ära der hypermoralischen Söhne von nationalsozialistischen Vätern ausläuft", dann meint er den "Willen zur Härte" neuer junger Männer auf dem Weg einer neuen konservativen Revolution. Es ist die Sprache derer, die den Kosovokrieg wie Schröder als "Gründungsakt", wie Fischer als Probe zur "Härtung" der Grünen, die Berlin im Mythos der "Berliner Republik" als Metropole eines neuen Großraums Europa feiern und die aggressiven Energien in ihrer ganzen Breite - technologische, ökonomische, soziale, kulturelle - zu erregen suchen, die sich schon einmal zu Triebkräften einer barbarische Ära entfesselt haben. Ihre Antwort kann die revolutionäre Linke nur im Kampf gegen die ganze Breite der Offensive suchen. Ideologiekritik reicht nicht, und mit dem orthodoxen Glauben an Fortschritt von Technologie und Vergesellschaftung ist sie schnell auf der anderen Seite.

Detlef Hartmann

Anmerkungen:

1) Zum Einlesen gut geeignet, ist die detaillierte Studie von Hans Dieter Hellige (Hg.): Walther Rathenau, Maximilian Harden, Briefwechsel 1897-1920, München 1983, insb. S. 91ff., 148ff., 168ff.

2) Wichard von Moellendorff: Konservativer Sozialismus, Hamburg 1932 als Abdruck seiner frühen Überlegungen, S. 46, 50, 52. Jeffrey Herf hat gerade die technischen Funktionseliten als aggressivsten Stoßtrupp der neuen Mitte auf dem Weg der "konservativen Revolution" von oben in den Krieg und schließlich ins Dritte Reich gesehen.

3) Obwohl an leitender Position in der AEG hat er sich selbst gegen alle cäsaristischen Anwandlungen und Zuschreibungen immer als Kollegen in einer Innovationselite definiert.

4) Auch schon der in "Höre Israel", vollends entwickelt in "Mechanik des Geistes"

5) Franz Neumann: Behemoth, Frankfurt/M., S. 255; G. Hallgarten, J. Radkau, Deutsche Industrie & Politik von Bismark bis heute, Frankfurt/M. 1974, S. 82

6) Hier zit. aus dem Nachdruck der 4. Aufl.: J. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1964

7) Ebda. Alle Zitate auf den S. 126-139, 366-368

8) Zur historischen Einordnung vgl. P. Weingart et al (Hg.): Rasse Blut und Gene, Frankfurt/M 1992

9) Für einen ersten Einstieg in das Verständnis dieser philosophischen Dynamik ist Ulrich Siegs Aufsatz gut geeignet: "Bekenntnis zu nationalen und universalen Werten. Jüdische Philosophen im Deutschen Kaiserreich", in: Historische Zeitschrift Bd. 263 (1996), S. 609

10) vgl. dazu die Arbeiten von Mommsen, Eley und Herf

11) Detailliertere Ausführungen hierzu würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen, sie bleiben einer späteren Arbeit vorbehalten.

12) FAZ, 28.9.99 unter der Überschrift: "Innovation im Konsens ist Nonsens"

13) http://www.lettre.de/lettre/sloterdijk.html

14) Jeffrey Herf: Reactionary Modernism, Cambridge 1984, S. 46

15) P. Sloterdijk: Im selben Boot, Frankfurt/M. 1995, S. 57

16) P. Sloterdijk: Eurotaoismus, Frankfurt/M. 1989, Sonderausgabe 1996, S. 190

17) Ebd., S. 187ff., 194

18) Ebd., S. 207

19) P. Sloterdijk: Weltfremdheit, Frankfurt/M., 1993, S. 60

20) Ebd., S. 45; Anm. 16, S. 163

21) Anm. 19, S. 55

22) Anm. 15, S. 41

23) Ebd. S. 56-58

24) P. Sloterdijk: Selbstversuche. Ein Gespräch mit Carlos Oliveira, München 1996, Kap. XIV

25) Ebd.

26) Anm. 15, S. 40f.

27) P. Sloterdijk: Sphären II, Frankfurt/M. 1999, S. 862

28) Anm. 15, S. 17, 18, 36.

29) Anm. 19, S. 39

30) J.G. Fichte: Schriften zur Revolution, Köln, Opladen, 1967, S. 114f.

31) Anm 5: Neumann, S, 136, 144

32) P. Sloterdijk: Der starke Grund, zusammen zu sein, Frankfurt/M., S. 18,32,33,40,42,45;

38. Inszenierter Empathie nicht auf den Leim gehen. Ist kommerzielle Fluchthilfe ein schmutziges Geschäft?

Autor: FFM · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:30

In ak 431 veröffentlichten wir unter dem Titel "Ein schmutziges Geschäft. Betr.: ‚Schleuser und Schlepper` - Einwände und Ergänzungen" eine Kritik an der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), die in ak 430 dafür plädiert hatte, die politischen Kampfbegriffe "Schleuser und Schlepper" durch den Begriff der "kommerziellen Fluchthilfe" zu ersetzen. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir nun eine entsprechende Antwort der FFM.

In unserem Artikel "Schleuser und Schlepper. Fluchthilfe als Dienstleistung" in ak 430 (kritisiert wurden Teile dieses Artikels im ak 431 von Js., auf den sich diese Antwort bezieht) trafen wir die Feststellung, dass der Markt für kommerzielle Fluchthilfe ("Schlepper-und-Schleuser-Dienste") den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgt. Auch die Kritik, "die Bedingungen.... (der) Dienstleistung Fluchthilfe... teilweise schönfärberisch dargestellt" zu haben, ändert an der Analyse der Marktförmigkeit der kommerziellen Fluchthilfe nichts. Daher meinen wir nach wie vor, dass die Regeln und Gesetze marktwirtschaftlicher Vorgehensweisen auch in diesem Bereich vorzufinden sind.

Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, dass dieser Markt durch die Gesetzesveränderungen der letzten Jahre (Änderung Art. 16 GG, BGS-Gesetz, Einfügung des "Schlepper- und Schleuserparagraphen" in das Ausländergesetz etc.) erst geschaffen wurde und zunehmend kriminalisiert und in die Illegalität gedrängt wurde. Insofern ergibt sich die allen illegalen Märkten eigene Besonderheit, dass ansonsten zur Verfügung stehende juristische Schutzmechanismen von den Vertragsparteien nicht in Anspruch genommen werden können. Dies hat zur Folge, dass das Abhängigkeitsverhältnis größer und damit bedrohlicher werden kann.

In unserer Beschreibung dieses Mechanismus von Angebot und Nachfrage, wie er sich unter den Gesichtspunkten der Profitorientierung immer wieder neu ausgestaltet, haben wir bewusst auf moralische Kategorien oder Wertungen verzichtet. Wir denken, dass die moralisierende Ebene den Blick für eine politische klare Analyse der Situation verstellt. Darüber hinaus begegnet uns in unserer Arbeit allzu oft die Instrumentalisierung der Moral nach dem Motto, die armen unschuldigen Flüchtlinge werden von Schleppern belogen und betrogen. Dem Bundesgrenzschutz (BGS) wird in dieser Argumentation fast schon der Schutz der Flüchtlinge auf die Fahnen geschrieben, was ihn aber nicht daran hindert, verhaftete Flüchtlinge umgehend wieder zurückzuschieben. Allzu schnell wird der Blick für die ursprünglich politisch Verantwortlichen an dieser Situation mit moralisierenden Begründungen in Vergessenheit gebracht.

Den Vorwurf, unserem Artikel (und damit uns) fehle es an "Bereitschaft, sich in die Notlage der Opfer hineinzuversetzen" nehmen wir gerne entgegen, entspricht es doch unserem Selbstverständnis, in Flüchtlingen zuallererst einmal Subjekte zu sehen, die unter vollkommen anderen Bedingungen als wir ihre Entscheidungen getroffen haben und zu denen wir versuchen, ein solidarisches Verhältnis zu entwickeln. Der Blick auf die Flüchtlinge als Opfer impliziert ein paternalistisches, entmündigendes Verhältnis, aus dem heraus es nicht zu einem gleichberechtigten Umgang miteinander kommen kann.

Seit 1989/90 wurde der Begriff der Fluchthilfe gezielt durch die stigmatisierenden und kriminalisierenden Begriffe der "Schlepper und Schleuser" ersetzt. Die Entmystifizierung dieser politischen Kampfbegriffe war wesentliches Ziel unseres Artikels, denn nur allzu oft wurden wir damit konfrontiert, wie stark diese Begriffe schon Eingang gefunden hatten in politische Analysen und Diskussionen. Auch die Kritik von Js. in ak 431 ist ein Beleg für eine zumindest unreflektierte Benutzung politischer Kampfbegriffe.

Aus unseren Erfahrungen mit dem Widerspruch zwischen der Realität an der deutschen Ostgrenze und deren medienmäßiger Darstellung stehen wir Aussagen wie "Fluchthilfe über die Adria ... (ist) ... weitgehend in der Hand von Banden. Neben italienischen und albanischen Mafiosi sollen auch die türkischen Grauen Wölfe mit im Geschäft sein" doch sehr zweifelnd gegenüber, zum einen was ihren Realitätsgehalt angeht, zum anderen was an Stigmatisierung über derartige Formulierungen transportiert wird. Die Benutzung der Begriffe "Schlepper und Schleuser" ist eingebettet in einen Diskurs zu Innerer Sicherheit, dort verbunden worden mit dem begrifflichen Konstrukt der "Organisierten Kriminalität", und wird in diesem Kontext zu einem

Bedrohungsszenario aufgeblasen. Die damit betriebene Ausgrenzung und Abschottung nach außen korrespondiert mit einer zunehmenden Ausgrenzung nach innen. Im Inland greifen Schleierfahndung, Grenzaufrüstung, Einbindung der Bevölkerung in die Grenzfahndung und Erweiterung der Befugnisse von Polizei und BGS und eine immer offensichtlicher auf Vertreibung und Abschiebung eingestellte rassistische Asyl- und Ausländergesetzgebung ineinander. Es geht uns hier ganz wesentlich um die politische Entwicklung und Verfasstheit der Gesellschaft, in der wir leben.

Auf der EU-Ebene wird das Bedrohungsszenario benutzt, um weitere Befugnisse und den Ausbau von EUROPOL zu betreiben und die angestrebte "Harmonisierung" der Visa-, Grenz- und Sicherheitspolitik auf EU-Ebene zu etablieren. Und wie nicht zuletzt der EU-Gipfel in Tampere Mitte Oktober zeigt, greift die EU-Abschottungspolitik mit ihren dort vorgestellten "Aktionsplänen" in alle Teile der Welt, in einer ersten Phase in Krisengebieten wie Somalia, Afghanistan, Irak, Sri Lanka und Transitstaaten wie Marokko, Pakistan, Iran usw. Um dieses übergreifende Projekt langfristig durchzusetzen und ein System der Intervention in den so entstehenden europäischen "Hinterhöfen" zu etablieren, werden wir in den kommenden Jahren sicher noch einiges zum Thema "kriminell organisierte Wanderungsbewegungen" (Ex-Innenminister Kanther 1997 angesichts der Flucht irakischer Kurden nach Italien, welche den ersten EU-Aktionsplan zur Eindämmung und Regionalisierung der Flucht aus dem Nordirak zur Folge hatte) zu hören bekommen.

Und schon deshalb wird es nötig sein, mit klarem Blick nach den tatsächlichen Hintergründen dieser Begriffskonstruktionen zu forschen, anstatt der inszenierten Empathie auf den Leim zu gehen. Das wichtigste, vielleicht einzige Mittel dabei ist die Analyse. Wie werden Flüchtlinge, ganz konkret und im Detail, ihrer Rechte und Existenzmöglichkeiten beraubt und von wem? Wie sehen ihre Möglichkeiten aus, ihr Recht auf freie Bewegung und auf Teilhabe am Reichtum des Westens durchzusetzen? Wie sehen unsere Möglichkeiten aus, sie zu unterstützen und die Etablierung von absoluter Rechtlosigkeit und Marginalität hier zu Lande und der dadurch ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen "von oben" entgegenzuwirken? Um diese Fragen zu beantworten, muss vielleicht deutlicher werden, welche zentrale Rolle die "Schlepper- und Schleuser"-Rhetorik bei der Durchsetzung einer inzwischen globalisierten Fluchtverhinderungs- und Migrationsabwehrpolitik spielt.

Nachbemerkung: Wir haben uns bei dem Versuch der Auseinandersetzung mit dem "Schlepper- und Schleuserkonstrukt" ganz bewusst auf die bundesdeutschen Außengrenzen beschränkt, denn nur hier verfügen wir auf Grund eigener Recherchen, aber auch durch Berichte des Bundesgrenzschutzes über genügend Zahlen und Fakten, mit denen wir unsere Thesen belegen können. Unsere Recherchen zur Situation an der EU-Südgrenze waren bei der Erarbeitung des Artikels noch nicht so weit fortgeschritten, dass wir ähnlich fundierte Aussagen für diesen Teil der Festung Europa hätten treffen können. Bis zum Sommer 2000 soll aber eine entsprechende Publikation in unserer Heftreihe veröffentlicht werden.

Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM)

39. Im Zweifel gegen die Flüchtlinge. Die "Altfall-Regelung" ist weniger als ein fauler Kompromiss

Autor: mb. · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:08

Der Versuch, eine humanitäre Lösung für lange in Deutschland lebende Flüchtlinge ohne Aufenthaltsstatus zu finden, ist gescheitert. "Wir wollen gemeinsam mit den Ländern eine einmalige Altfallregelung erreichen", so hieß es im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Nachdem nicht nur die unionsregierten Bundesländer monatelang eine solche Regelung blockiert hatten, beschlossen die Innenminister des Bundes und der Länder am 19. November in Görlitz eine Regelung, die alle Erwartungen enttäuschte.

Dabei war selbst die Ankündigung im Koalitionsvertrag schon dürftig, war hier doch die Rede von einer "einmaligen" Regelung. Aber angesichts der restriktiven Flüchtlingspolitik wären "viele schon dankbar für jede Regelung, die mehr als gar nichts ist", wie es der Frankfurter Anwalt Reinhard Marx ausdrückt. (SZ, 19.11.99) Katholische und evangelische Bischöfe, die Wohlfahrtsverbände, amnesty international, Pro Asyl und viele andere, die in Deutschland mit Ausländer- und Flüchtlingsarbeit zu tun haben, versuchten vergeblich auf die Innenminister in Bund und Ländern Einfluss zu nehmen.

Um was geht es bei der sogenannten Altfall-Regelung? "Altfälle" sind im Behördendeutsch Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, hier allerdings kein Asyl bekamen, aber geduldet werden. Laut Genfer Flüchtlingskonvention muss diesen Menschen jedoch Schutz gewährt werden, da in ihrer Heimat entweder Krieg herrscht oder ihnen nicht-staatliche Verfolgung droht. Eine Lebensperspektive in Deutschland können sie sich allerdings nur sehr bedingt aufbauen - geduldet zu sein bedeutet nur Aussetzung der Abschiebung und einen prekären "Aufenthaltsstatus". In der Regel werden Duldungen auf maximal ein halbes Jahr ausgesprochen und bei Fortbestehen des Duldungsgrundes verlängert.

Der Grundgedanke der "Altfall-Regelung" sollte sein, diesen geduldeten Flüchtlingen, die sich während ihres jahrelangen Aufenthalts eine bescheidene Existenz aufgebaut haben, eine Perspektive zu geben und sie vor Verhaftung und Abschiebung zu bewahren. Voraussetzung dafür ist, dass man ihnen endlich einen gesicherten Aufenthaltsstatus verleiht. Pro Asyl forderte deshalb von Anfang an, dass eine Regelung "klar und großzügig" sein muss, "damit die ihren humanitären Zweck erfüllen kann".

Das Geplänkel im Vorfeld zeigte aber schon, dass mit einer klaren und großzügigen Regelung nicht zu rechnen war. Der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber (SPD) hatte Ende 1998 ein Modell vorgeschlagen, wonach Flüchtlinge mit Familie, die vor dem 1. Juli 1993 nach Deutschland gekommen sind, eine Aufenthaltsbefugnis bekommen sollten - unter der Voraussetzung, dass sie nicht straffällig geworden sind und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten. Für allein Stehende war als Stichtag der 1.1.1990 vorgesehen. Offensichtlich wurde, dass die Innenminister einiger sozialdemokratisch regierter Bundesländer eine nur hinsichtlich der Stichtage veränderte Neuauflage der letzten "Altfall-Regelung" anstrebten. Tatsächlich deckten sich die Empfehlungen für die "Altfall-Regelung" 1999 mit der, die die Kohl-Regierung 1996 erlassen hatte. Auch damals war ein humanitäres Bleiberecht an einen Einreise-Stichtag gekoppelt. Flüchtlinge, die bereits länger als sechs bzw. neun Jahre in Deutschland gelebt hatten, waren von jener Regelung begünstigt. Genau wie heute mussten die Flüchtlinge eine feste Arbeit und ausreichenden Wohnraum nachweisen.

Bayern und Baden-Württemberg lehnten diese Stichtagslösung bei den aktuellen Verhandlungen vollkommen ab. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Schäuble (CDU) bezeichnete eine Stichtagsregelung als "Steilvorlage für Flüchtlinge und illegale Migranten, um ihre Verfahren hinauszuzögern". (Berliner Zeitung, 18.11.99) Die beiden unionsregierten Ländern brachten dagegen eine Gruppenlösung ins Spiel; davon hätten lediglich Flüchtlinge aus acht Staaten (darunter Afghanistan, Kongo, Iran, Pakistan und Syrien) profitiert.

Doch auch innerhalb der SPD-geführten Bundesländer gab es Widerstand gegen eine Stichtagsregelung, und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) ließ erkennen, dass er eine Gruppenlösung bevorzugen würde: "Niemand darf hier bleiben, weil es ihm gelungen ist, die Verfahren zu verzögern", so Schily. Es gebe aber Regionen, "in die die Menschen nicht zurückkehren können." (Berliner Zeitung, 1.11.99) Kein Wunder, dass

der bayrische Innenminister Günther Beckstein mittlerweile "große gemeinsame Grundlagen auch bei der Ausländerfrage" mit der SPD sieht. (taz, 20.11.99)

Die Innenminister von Bund und Ländern einigten sich schließlich in Görlitz auf einen Kuhhandel. Kompromiss kann man diesen Tauschhandel auf dem Rücken der Flüchtlinge nicht nennen: Bleiberecht für einige Tausend abgelehnte Asylbewerber gegen die Abschiebung von 180.000 Flüchtlingen aus dem Kosovo. Im Beschluss der Innenministerkonferenz vom 19.11.99 heißt es hierzu: "Die Kosovoflüchtlinge müssen zügig zurückgeführt werden ... Die Rückführung muss im nächsten Jahr im Wesentlichen abgeschlossen sein." Damit setzte sich die Union in diesem Punkt durch, die unmissverständlich die Abschiebung der Kosovoflüchtlinge gefordert hatte; Bayern und Baden-Württemberg legten hierfür einen Stufenplan vor.

Die Zahl der Begünstigten geht gegen Null

Die beschlossene "Altfall-Regelung", die auf dem Modell des rheinland-pfälzischen Innenministers Walter Zuber beruht, enthält "mehr Ausschlussklauseln als Substanz" - so kritisierte Pro Asyl das Ergebnis von Görlitz. Die Hürden, die für die Flüchtlinge aufgebaut wurden, sind sehr hoch. Von 20.000 Begünstigten sprechen die Innenminister, Pro Asyl rechnet mit weniger als 5.000 Menschen, die ein Bleiberecht erhalten werden. Bei der "Altfall-Regelung" 1996 hatten die Innenminister ebenfalls von 20.000 Begünstigten gesprochen, tatsächlich hatten aber nur etwa 7.800 von der Regelung profitieren können (z.B. in Hamburg 72, in Mecklenburg-Vorpommern 9).

Denn wie die Flüchtlinge nachweisen sollen, dass sie ohne staatliche Hilfe das nötige Geld verdienen können, bleibt das Geheimnis der Innenminister. In manchen Bundesländern dürfen geduldete Flüchtlinge überhaupt nicht arbeiten, in anderen können sie zwar einen Job bekommen - aber nur, wenn weder ein Deutscher noch ein EU-Bürger diesen haben will. Aber auch wenn Flüchtlinge einen Job haben, sind sie oft - vor allem, wenn eine Familie zu ernähren ist - auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. Ausreichenden Wohnraum nachzuweisen, dürfte für viele Flüchtlinge nicht möglich sein. Ist es doch selbst für Einwandererfamilien mit gesichertem Aufenthaltsstatus schwer, geeigneten Wohnraum zu finden, weil Ausländer eben immer noch oft die unerwünschten Mieter sind.

Generell fallen solche Flüchtlinge aus der Regelung heraus, die nach Ansicht der Behörden "die Aufenthaltsbeendigung ... vorsätzlich hinausgezögert" haben - durch "selbst verursachte Passlosigkeit, Aufgabe der Staatsangehörigkeit, verzögerte sukzessive Asylanträge, wiederholte Folgeanträge, zwischenzeitliches Untertauchen". Damit sind alle Menschen ohne Papiere, aber auch Flüchtlinge im Kirchenasyl definitiv ausgeschlossen. Aber auch Flüchtlinge, die die Rechtsmittel ausschöpfen, um als Flüchtling anerkannt zu werden, sollen kein Bleiberecht erhalten. Die Ausländerbehörden entscheiden, was vorsätzliches hinauszögern der Aufenthaltsbeendigung konkret bedeutet. Damit ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Innenministerkonferenz bestätigt erneut, dass ihrer Ansicht nach die Prinzipien des Rechtsstaates für Flüchtlinge nicht gelten.

Die Zahl der Flüchtlinge, die von der "Altfall-Regelung" begünstigt sind, wird durch einen perfiden Trick noch kleiner gehalten. Die Innenminister einigten sich darauf, dass die Bedingungen für das Bleiberecht bereits am 19. November 1999, dem Tag des Beschlusses, erfüllt sein mussten. "Wer so etwas beschließt", so Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann, "der will den Betroffenen gar keine Chance geben, sich zunächst mit einer Aufenthaltsbefugnis auf Arbeits- und Wohnungssuche zu begeben. Das ganze Geheimnis, warum der jetzt verabschiedete Text für alle Innenminister als Kompromiss akzeptabel war, liegt darin, dass er jedem Bundesland weitgehende Interpretationsspielräume eröffnet, um die Zahl der Begünstigten gegen Null zu treiben."

Bayern hat schon einmal gezeigt, wie man das macht. Die vom bayerischen Innenministerium vorgelegten Anwendungsrichtlinien grenzen den Personenkreis restriktiv ein. So wird die Regelung dort nur auf Familien angewendet, die zusammen vor dem 1.7.1993 eingereist sind und seitdem in einem Haushalt leben. In puncto Straflosigkeit führt das bayerische Innenministerium einfach die Sippenhaftung ein. Die Straffälligkeit auch nur eines Familienmitglieds verhindert die Anwendbarkeit der "Altfall-Regelung" für die gesamte Familie, wobei nach bayrischem Verständnis dafür mehrere addierte Geldstrafen ausreichen. Wo Interpretationsspielräume vorhanden sind, könnten sie - jedenfalls theoretisch - auch im Sinne der Flüchtlinge ausgelegt werden. Dass daran generell kein Interesse besteht, zeigt das rot-grün-regierte NRW. Dort verzichtete man auf eigene

Ausführungsbestimmungen und machte den Beschluss der Innenministerkonferenz zur Grundlage des behördlichen Handelns.

Flüchtlingspolitik unter Rot-Grün, dass zeigen die Beschlüsse der Innenministerkonferenz in Görlitz, unterscheidet sich nicht von der Flüchtlingspolitik der Kohl-Regierung. Die Sozialdemokraten unter der Führung von Otto Schily sind entschlossen, die Arbeit des ehemaligen Innenministers Manfred Kanther fortzusetzen. Die Grünen, die wissen, dass sie in dieser Frage nichts ausrichten können, tauchen ab. Der Tauschhandel Bleiberecht für einige geduldete Flüchtlinge gegen die Massenabschiebung von Kosovo-Albanern bestätigt erneut die Existenz der großen Anti-Flüchtlings-Koalition in der Bundesrepublik.

Deren nächstes Ziel ist die vollständige Beseitigung des einklagbaren Asylanspruchs im Namen der "Harmonisierung des Asylrechts in der EU", wie sie auch in Görlitz angemahnt wurde. Und schon werden auch im grünen Lager die ersten Stimmen hörbar, die das bundesdeutsche Asylrecht in Frage stellen. Es wird immer deutscher in Kaltland.

mb., Berlin

40. "Warum bist du nicht verschleiert, Leila?" Ausstellung "Unerwünscht": Probleme eines gut gemeinten Antirassismus

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Rassismus-Debatte; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:27

Seit Anfang November zeigen der AK Asyl e.V. und das Hamburger Museum der Arbeit die Erlebnisausstellung "Unerwünscht ...". Die von der belgischen Coordination et Initiatives pour Réfugies et Etrangers (CIRÉ) entwickelte Ausstellung wurde insgesamt bereits von etwa 150.000 BesucherInnen in Brüssel, Paris, Rom und Frankfurt durchlaufen. Ihr Ziel ist es, "Flucht als eigene Erfahrung - sehen, hören, fühlen" erlebbar zu machen.

Am Eingang streift sich die BesucherIn eine neue Identität über. Zehn Flüchtlingsbiografien stehen zur Auswahl für den Gang durch die Ausstellung. Durch die Interaktion mit professionellen SchauspielerInnen soll die Flucht aus dem jeweiligen Heimatland bis zur Ankunft in Deutschland nachvollziehbar gemacht werden. Die Reise ist aufgeteilt in drei Stationen: Flucht vor Terror und Gewalt im eigenen Land, vorbei an grausamen Grenzern, auf illegalem Weg nach Europa, dann Ankunft in Deutschland und der Versuch, politisches Asyl zu bekommen, schließlich das Leben in Deutschland unter den Bedingungen der Illegalität und/oder permanenten Unsicherheit über den Rechts- und Aufenthaltsstatus.

Bei der ausführlichen Einführung in die Ausstellung wird eindringlich klargemacht, dass es darum geht, sich möglichst weitgehend mit der neuen Lebensgeschichte zu identifizieren.

Ich folge dieser Anweisung und entscheide mich für die Geschichte von Leila, eine dreißigjährige, ledige algerische Ärztin, die von islamischen Fundamentalisten bedroht wird, weil sie Frauen über Empfängnisverhütung berät. Ich beschließe, dass ich mich mit einer verfolgten Feministin am leichtesten identifizieren kann und hoffe, dass diese von mir unterstellte geistige Verwandtschaft mit Leila den persönlichen Lerneffekt, sprich die Erfahrung von Authentizität, erhöht.

Aber ich ahne schon im ersten Akt, der Flucht, dass diese Rechnung für mich so einfach nicht aufgeht. An der Grenze werde ich von einem Zwei-Meter-Kerl abgefangen, der mich zwingt, ihn nicht anzusehen ("eine Muslimin sieht einen Mann nicht an") und mir einen rohen, brutalen verbalen Sexismus schauspielerisch vollendet präsentiert ("Gleich mach ich's dir, du Schlampe"). Ich soll jetzt Angst vor Vergewaltigung haben, aber ich weiß ja (das wurde uns vorher glaubhaft zugesichert), dass der Kerl mich nicht anfassen darf und dass das hier sowieso nur ein Spiel ist.

Ich bin froh, dass ich in dieser Hinsicht nicht bereits traumatisiert bin, sonst wäre dieses Spiel für mich vielleicht auf unkalkulierbare Weise ernst. Statt mich zu ängstigen und ganz in echt zu fühlen, dass ich in einer ausweglosen Situation bin, ärgere ich mich also darüber, dass jemand meint, mir zeigen zu müssen, wie Gewalt gegen Frauen aussehen kann. Wie diese Situation für Frauen ist, die in dieser Hinsicht weniger privilegiert sind als ich, frage ich zunächst mich und nach dem Gang durch die Ausstellung einen der gesprächsbereiten Schauspieler. "Die gehn doch in sowas nicht rein," antwortet der, "und außerdem fragt die Flüchtlinge auch keiner nach ihren Traumatisierungen". Es geht also um die hautnahe Live-Inszenierung, die echte Erfahrung. Gewalterfahrungen müssten dann eigentlich eine besonders günstige Lernvoraussetzung sein, weil der Horror dann bestimmt besser reingeht.

Vor, während und nach dem Gang durch die Ausstellung begleitet mich diese Authentizität der Erfahrung als das anvisierte Lernziel. Ich muss aber feststellen, dass ich es nicht erreicht habe. Und das liegt vermutlich an den Grundannahmen, auf denen die Konzeption der Ausstellung basiert. Erstens: nur die unmittelbare Erfahrung führt zu einer richtigen Form von Einfühlung; zweitens: diese Einfühlung ist Voraussetzung für politisches und antirassistisches Handeln. Und drittens: Rollenspiel ist, im Gegensatz zu lesen, sehen, erzählt bekommen etc. eine besonders gute Möglichkeit der Vermittlung von unmittelbarer Erfahrung. Die klassische Gegenposition dazu ist, so wie ich sie in den letzten Wochen mehrfach von AusstellungsgegnerInnen höre: Deutsche, abgesicherte, privilegierte StaatsbürgerInnen können niemals nachvollziehen, was es bedeutet, auf

der Flucht vor unerträglichen Lebensbedingungen und auf Aufnahme in einem rassistischen Staat angewiesen zu sein.

Beide Positionen stellen sich in einer Debatte um Projekte wie diese Ausstellung polarisiert dar. Sie lassen sich dennoch auf eine gemeinsame Voraussetzung zurückführen: die Annahme von der prinzipiellen Unvergleichlichkeit "unserer" Situation mit der der "anderen" (in diesem Fall die der politischen Flüchtlinge), nur, dass diese Kluft den AusstellungsmacherInnen mit dem Mittel des Rollenspiels überwindbar scheint und den KritikerInnen solcher Projekte nicht, weder mit diesem Mittel noch mit irgendeinem anderen denkbaren.

So einsichtig die Annahme der prinzipiellen Differenz der Erfahrung auf den ersten Blick ist, so problematisch ist sie auf den zweiten. Denn sie inszeniert die andere Erfahrung als Abgeschlossenes und Unzugängliches und damit als etwas, das letztlich relativ unberührt von den eigenen Erfahrungen autonom in einer (fremden) Landschaft steht und "uns" als ganz Anderes gegenübertritt. In dieser Inszenierung können leicht zwei Dinge von der Bühne fallen: erstens das eigene Verstricktsein mit "den Anderen" durch die eigene Positionierung innerhalb der rassistischen Ordnung (das wäre ja schließlich auch eine Form von "authentischer" Erfahrung, wenn auch irgendwie eine unschöne). Der alltägliche wie der institutionalisierte Rassismus bleibt dann wiederum das Problem seiner Opfer und natürlich noch das "des Staates" oder auch "der Gesellschaft". Inwiefern Rassismus aber elementarer Bestandteil meiner "weißen" Biografie und Erfahrung ist, muss ich mich nicht mehr fragen.

Und zweitens gibt es gar keine reine und gesellschaftsfreie Erfahrung. Wenn Erfahrung immer sozial hervorgebracht ist, dann gibt es in einer Gesellschaft, die durch strukturelle Gewalt konstituiert ist, auch immer wieder Möglichkeiten der Annäherung an und Einfühlung in Gewalterfahrungen, die (bislang) noch nicht "meine eigenen" sind. Selbstverständlich ist die Biografie von Leila, der sie das Haus und die Freundin abgebrannt haben, nicht im Ansatz gleichzusetzen mit meinem behüteten deutschen Mittelschichtslebenslauf. Gäbe es aber überhaupt keine "Anschlussmöglichkeiten", könnte ich keinen Bericht über Folter, Terror, Vergewaltigung auch nur dem Sinn nach begreifen.

Es ist durchaus möglich, es zu wagen sich vorzustellen, wie es wäre wenn, ohne mir anzumaßen, zu wissen, wie es wäre wenn. Dieser feine Unterschied geht aber in der Ausstellung leider flöten. Suggeriert wird, man könne die Erfahrung der Flucht vollständig begreifen. Die Frage ist außerdem, ob die Ausstellung nicht eher dazu beiträgt, Möglichkeiten der Einfühlung zu verhindern, indem sie mir - zumindest im ersten Teil der Flucht-Inszenierung - nur die Alternative zwischen Angst oder Abwehr lässt. So bleiben pädagogisch wertvolle Aha-Effekte aus. Na ja, denke ich, mir ist das Ganze ja auch nicht neu. Aber für SchülerInnen, eh die größte BesucherInnengruppe dieser Ausstellung, ist das trotzdem vielleicht unheimlich wertvoll. Das bestätigt mir dann auch eine 15-jährige Informantin nach Besuch der Ausstellung mit ihrer Klasse: "Das war voll geil, dass die Jungs da mal einen auf'n Deckel gekriegt haben, die sind echt voll fertig gemacht worden da an der Grenze, das war so cool ..."

Ob diese Form der "authentischen Erfahrung" dann notwendigerweise zu (sinnvollem) politischen Handeln führt, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Was die "fertiggemachten Jungs" und die vier Mädchen aus der Klasse, die mittendrin das Rollenspiel abgebrochen haben - "das war denen zu heftig, die haben das nicht mehr ausgehalten" - mit ihrer Ausstellungserfahrung machen und wie sie sie in Verbindung setzen zur Situation von Flüchtlingen hier, wer weiß das schon.

Mir als Leila auf der Flucht erschien das Rollenspiel darüber hinaus nicht unbedingt als das Mittel der Wahl für eine Lektion in Antikulturalismus. Dafür ging mir der Identitätentausch zu glatt und zu einfach. Leilas Geschichte hat an keinem Punkt mein rudimentäres Halbwissen über Algerien und algerische Frauen in Frage gestellt. Die erste und dringlichste Frage des algerischen Beamten, der meinen Pass ausstellt, "Warum bist du nicht verschleiert, Leila?" passt, wie ihre ganze Fluchtgeschichte, eins zu eins in meine Bildersammlung. Sie leuchtet mir vollständig ein, und das irritiert mich, denn ich werde den Verdacht nicht los, dass es sich hier um eine merkwürdige Übereinstimmung handelt zwischen der Perspektive, in der die Ausstellung konzipiert ist und meinem (weiß-deutsch-hegemonialen) Blick. In diesen Blick passt auch hervorragend die Diskrepanz zwischen den Tätern des ersten Teils der Ausstellung ("Heimatland" = korrupte, willkürliche, sadistische Pass- und Grenzbeamte) und des zweiten Teils (Deutschland = gründliche, korrekte, zynische Staatsdiener).

Die Fremde als unzivilisierte Prämoderne, je nach Gebrauch positiv oder negativ besetzt, ist ein tragendes Motiv traditioneller und neuerer rassistischer Argumentationen. Unverschleierte, "moderne" Frauen wie Leila gehören in solchen Konstruktionen eigentlich eher zu "uns", und vielleicht erscheint es deswegen besonders skandalös, dass ihr Asylantrag nicht anerkannt wird. Könnte Leila auch beispielsweise eine islamische Fundamentalistin sein, die vor der Verfolgung durch eine konkurrierende Gruppe flieht? Oder würde die beabsichtigte Identifizierung dann problematisch?

Nicht nur die Fluchtmotive, sondern auch das Ausmaß an Gewalt im Heimatland werden offenbar in direkten Zusammenhang gesetzt zum Grad der in Deutschland erfahrenen Ungerechtigkeit. Verschwiegen wird dadurch, dass es viele mögliche Gründe für die Entscheidung gibt, ein Land zu verlassen; staatlicher oder gesellschaftlicher Terror ist nur einer. Das, in einer Ausstellung darzustellen, ist vielleicht schwierig. Dann müsste diese fehlende Differenzierung aber zumindest in der im Programm integrierten Vor- und Nachbereitung nachgeholt werden, sonst wird wiederum nur bestätigt, was "man" hier eh schon weiß: dass es "wahre" und "unwahre" Flüchtlinge gibt. Der Sinn der Ausstellung bestünde dann darin zu beweisen, dass es viel mehr "wahre" Flüchtlinge gibt, als es zum Beispiel die rot-grüne Abschiebekoalition behauptet.

Ist ja auch schon mal was, könnte man zu Recht einwenden. Ja - aber spätestens, wenn ich im Vorraum der Ausstellung eine Fotoserie mit Bildern von hier lebenden Flüchtlingen/MigrantInnen (die "rechtsstaatliche" Definition steht Menschen bekanntlich nicht auf der Stirn geschrieben) sehe, die allesamt untertitelt sind mit dem Satz: "Wir sind nicht freiwillig hier", wird mir schlecht. Freiwillig hier sein zu wollen, ist anscheinend schon mal irgendwie verdächtig, sagt mir dieser Satz und weiter: Heimat ist ein schützenswertes Gut, glücklich die, die nicht gezwungen sind, sie zu verlassen. Sich zu entscheiden, die Heimat zu verlassen, um dauerhaft in der "Fremde" zu leben, ist irgendwie unnatürlich. "Wir" und die Flüchtlinge können also nur froh sein, wenn dieser unfreiwillige Zustand so bald wie möglich beendet wird und alle wieder dahin zurück kehren, wo sie hergekommen sind. Das ist, ohne den TexterInnen dieses Slogans unterstellen zu wollen, sie hätten diese Bedeutungszuweisung bewusst beabsichtigt, kultureller Rassismus.

Viele der Problematiken dieser Ausstellung betreffen vorrangig ihren ersten Teil. Für den zweiten Teil, die Ankunft in Deutschland, ist das Mittel des Rollenspiels sehr viel sinnvoller. Zwar nicht überrascht, aber beeindruckt bin ich doch noch mal von der Ausweglosigkeit der deutschen "Recht"sprechung und die Erfahrung, wie mir jedes Wort im Hals stecken bleibt, weil klar ist, dass es auf jeden Fall gegen mich verwandt wird, macht die alltägliche Situation, den perfiden und kaum kaschierten Rassismus in deutschen Behörden sehr plastisch. Diese Szenerie kann man SchülerInnen, LehrerInnen und anderen, glaube ich, nicht nachdrücklich genug nahe bringen. Hier wird nicht in derselben Weise wie im ersten Teil der Ausstellung ein Konglomerat aus Klischees, Ängsten und Vereinfachungen "bespielt", sondern konkrete Situationen werden nachgestellt, von deren "Echtheit" man sich wohl in jeder Ausländerbehörde jederzeit überzeugen kann.

Schade dann wiederum, dass der dritte Teil, also der, in dem die vorübergehende Doppel-Identität der AusstellungsbesucherInnen nochmal Gelegenheit zur Thematisierung bekommen hätte - wie ist es, in einer rassistischen Gesellschaft zu leben, wie wird dieser Rassismus unsichtbar gemacht und wie profitieren "wir" als deutsche StaatsbürgerInnen davon - nur noch aus Texttafeln besteht. Der Alltag ist vielleicht nicht abenteuerlich genug, um eigens zum Zwecke der authentischen Erfahrung schauspielerisch aufbereitet zu werden - vielleicht ist er aber auch gefährlich nahe an dem dran, was auch diese Ausstellung letztendlich verdeckt: dass die Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen in unmittelbarem und direktem Sinne das Problem der Mehrheitsgesellschaft ist.

So ist Leila auch im Rückblick das Opfer eines mysteriösen weltumfassenden Unrechts, das zugleich individuelles Schicksal bleibt. Möglichkeiten zu handeln hat sie eigentlich kaum, Subversion erscheint unmöglich, Solidarität mit anderen Flüchtlingen auch. Das ist an der Oberfläche vielleicht nah an der Realität. In der Konsequenz bedeutet es aber, dass die beabsichtigte Politisierung nicht zu viel mehr führen kann als zu einer karitativen Anteilnahme für Fürsorge-Objekte. Und so habe ich wiederum das pädagogische Lernziel verfehlt. Die angestrebte Identifizierung misslingt nicht zuletzt, weil ich mich nicht als passive Einschreibfläche für Rassismus begreifen kann: Leila bleibt eine Schablone und damit für vielfältige Zwecke einsetzbar.

Fazit: Der Versuch, die Situation von Flüchtlingen in die Mitte der Gesellschaft hineinzuthematisieren, ist grundsätzlich begrüßenswert. Biografien von Flüchtlingen mit dem Ziel, eine authentische Erfahrung zu

ermöglichen, zu Objekten der politischen Bildung zu machen, ist aber in dieser Form der Umsetzung reichlich problematisch.

Stefanie Gräfe

Ausstellung "Unerwünscht - eine Reise wie keine andere", Hamburger Museum der Arbeit, Maurienstr. 19.

8.11.99 - 19.12.99

Mo-Fr 9-16 Uhr, Sa/So, 12-18 Uhr.

Alle Zitate entnommen aus der Homepage der Ausstellung:

www.unerwuenscht.de

"Selbst eine Erfahrung machen, ist häufig

mehr wert als tausend Worte"

"Ein Rollenangebot für Besucher:

zum Kennenlernen und Erleben, zum Mitfühlen

und nachdenklich werden"

"... erleben zu lassen, wie man sich als Flüchtling in Deutschland fühlt."

"Asylbewerber liegen der Gesellschaft nicht auf

der Tasche. Die Ausgaben für ihre Versorgung

sind minimal"

41. "Die Waffe Mensch" - Kultur und Politik erinnern an Holger Meins

Autor: Libertad!, Berlin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:17

Den 25. Todestag des RAF-Gefangenen Holger Meins nahm die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin in diesem Jahr zum Anlass, mit einer politischen Stellungnahme für die Freilassung der noch immer einsitzenden Gefangenen aus der RAF an die Öffentlichkeit zu treten (siehe Dokumentation) und einen Abend zu dieser Thematik zu gestalten. Die Erklärung, die ohne politische Distanzierung auskommt und 67 bekannte Theaterleute als ErstunterzeichnerInnen zählt, ist als offene Stellungnahme zur Situation der Gefangenen aus der RAF heute eine eher überraschende Initiative.

Der Abend in der Volksbühne, der die politische Geschichte in Form einer Collage thematisierte, war von dem Regisseur Hans Werner Krösinger und der Dramaturgin Sabine Zielke konzipiert worden. Innerhalb des breiten Angebots von Veranstaltungen sollten die BesucherInnen sich bewusst entscheiden müssen, welche spezifischen Ausschnitte sie wahr- und welche Perspektiven sie einnehmen wollten (siehe Interview mit Hans-Werner Kroesinger).

Die Initiative Libertad! beteiligte sich an diesem Abend mit einer Gesprächsrunde unter dem Titel "Die RAF ist Geschichte - was bleibt? Öffentliches Gespräch über revolutionären Kampf und Geschichte, über Gefangenschaft und Solidarität". Das Interesse war unerwartet groß. Zu diesem Gespräch eingeladen waren der Schriftsteller Christian Geissler, die ehemalige RAF-Gefangene Sieglinde Hofmann und der Aktivist der Autonomen Antifa(M) aus Göttingen, Peter Germann.

Christian Geissler war in den 60er Jahren Mitglied der illegalen KPD, von Anfang an im Komitee gegen Isolationshaft und Folter und über Jahrzehnte kritischer Diskussionspartner der RAF-Gefangenen. Sieglinde Hofmann, Mitglied im Sozialistischen Patienten Kollektiv (SPK) und ebenfalls im Komitee gegen Isolationshaft und Folter, organisierte sich später in der RAF, wurde 1980 verhaftet und im Mai 1999 aus der Haft entlassen. Peter Germann, Jahrgang 1968, besuchte Anfang der 90er Jahre die RAF-Gefangene Eva Haule. Die Autonome Antifa (M) versuchte damals, einen gemeinsamen Organisierungsprozess der antiimperialistischen Linken, ehemaligen Gefangenen und der Antifa zu initiieren. Die drei GesprächspartnerInnen stammten also aus verschiedenen (politischen) Generationen und repräsentierten verschiedene Bereiche der linken Geschichte der BRD.

Thema des "öffentlichen Gesprächs" war nicht allein die Lage der Gefangenen, sondern der Versuch, anhand von Bruchstücken linker Geschichte eine öffentliche Diskussion zwischen verschiedenen Spektren der Linken zu eröffnen. Im Gespräch sollten Schlaglichter auf für die Linke historisch einschneidende Daten geworfen worden. Zum Jahr 1974 stellte sich die Frage, welche Bedeutung der Tod von Holger Meins für die Komitees gegen Isolationshaft und Folter hatte und wie sich das Verhältnis zu den Gefangenen und zur Guerilla entwickelte.

15 Jahre später war der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten durch den Mauerfall offen sichtbar. 1989 war aber auch das Jahr des zehnten und letzten kollektiven Hungerstreiks der RAF-Gefangenen. Eine der zentralen Forderungen dieses Hungerstreiks war die nach freier Kommunikation und einem offenen Diskussionsprozess mit allen gesellschaftlichen Gruppen, mit dem Ziel der Neuformierung von Widerstand und als Grundlage für den Prozess zur Freiheit.

Dieses war und ist jedoch keine einfache Angelegenheit. Wie die Versuche einer konstruktiven, solidarischen, aber auch kritischen Kommunikation zwischen draußen und drinnen mit hartem Abbruch der Auseinandersetzung einhergingen, benannte Christian Geissler. Er hatte sich lange intensiv für die Gefangenen eingesetzt. Auf Grund seiner Bitte um ein Innehalten flog er allerdings damals "aus (...) allen Zusammenhängen von heut auf morgen raus wegen eines Textes, der aus meinem Bewusstsein kommunistisch, solidarisch aus unser Geschichte geschrieben war. Ich habe es nicht erlebt, dass wir die offene Diskussion führen konnten." Leider auch an diesem Abend nicht.

Nicht nur bezogen auf die Gefangenen und ehemaligen Gefangenen ist, so denken wir, das "offene Gespräch" über die politischen Entwicklungen und Unterschiede wichtig. Denn auch der "Resthumanismus", den die Volksbühne in ihrem Aufruf einfordert, ist nicht selbstverständlich und muss erkämpft werden. Um die Gefangenen aus der Vergessenheit zu holen, muss die Sprachlosigkeit überwunden werden. Eine Erfahrung der Veranstaltung war allerdings, dass der Willen zur offenen, solidarischen Auseinandersetzung bisher nicht vorhanden ist.

Geht es um praktische Initiativen für die Freiheit der Gefangenen, so braucht es viel mehr Stimmen als nur jene der Volksbühne. Dies besonders an diejenigen, denen Erklärung und Veranstaltung nicht revolutionär genug erschienen - eine der Kritiken vor, während und nach dem 9. November. Es gab keine linke Gruppe, die dem bei vielen BesucherInnen spürbaren Bedürfnis, etwas für die Gefangenen zu tun, einen Rahmen und eine Richtung geben konnte. Es ist daher zu wünschen, dass linksradikale Stimmen über Kritik hinaus selbst aktiv Initiativen oder Kampagnen für die Freiheit der Gefangenen aus der RAF umsetzen.

Libertad! (Berlin)

42. Aufruf zur Freilassung der letzten Gefangenen aus der RAF. Eine Erklärung zum 9. November 1999

Autor: Libertad!, Berlin · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:19

Der 9. November ist der 25. Todestag von Holger Meins. Das soll nicht vergessen werden, auch wenn dieser Tag an noch so viele andere Ereignisse erinnert. Holger Meins starb an den Folgen eines Hungerstreiks, mit dem die RAF-Gefangenen die Isolationshaft bekämpfen wollten. Vieles deutet darauf hin, dass es sich hier um einen "staatlich kalkulierten Tod" handelte. Der damalige Anwalt von Holger Meins, Otto Schily, nannte die Isolationshaft "legale Folter" und "Verwesung bei lebendigem Leib".

Dies geschah zu einer Zeit, in der nicht nur Studenten glaubten, für die westlichen Gesellschaften gäbe es nur die Alternative Sozialismus oder Barbarei, und ein neuer Faschismus in Deutschland sei nur durch revolutionären Kampf zu verhindern. Zu den damaligen Revolutionären gehörten neben Mitgliedern der RAF auch viele Menschen, die heute staatstragenden Professionen nachgehen, u. a. der heutige Außenminister, der heutige Innenminister und ein bisschen auch der heutige Bundeskanzler. Deren Einschätzung des "kapitalistischen Unterdrückungszusammenhangs" unterschied sich damals kaum von den Überzeugungen der RAF. Es war ein schmaler Grat, der die militanten Revolutionäre von anderen Linksradikalen trennte. Damals schien es eine notwendige Folge humanistischen Denkens, sich dem wissenschaftlichen Sozialismus zu verschreiben und für die revolutionäre Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft zu kämpfen. Wenn Heiner Müller nicht nur ironisch sagte "Der Molotowcocktail ist das letzte bürgerliche Bildungserlebnis", konnte er mit mehr als nur klammheimlicher Zustimmung rechnen.

Heute ist das Geschichte und ohne politische Relevanz. Die fortschreitende Globalisierung, das Ende des Ostblocks, der neue Rechtsradikalismus und nicht zuletzt die Erfahrungen der militanten Bewegungen selbst haben die damaligen Überzeugungen und Strategien relativiert. Die RAF ist spätestens nach ihrer Selbstauflösung kein Thema mehr. Und so kommt es, dass auch die Häftlinge der RAF, die z. T. seit über 20 Jahren im Knast sitzen, aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden sind. Man hat sie einfach vergessen. Die ehemaligen Mitstreiter und Anwälte, die jetzt zu den politischen Entscheidungsträgern des Staates gehören, schweigen zu diesem Thema, vielleicht, weil sie nicht an ihre eigene Vergangenheit erinnert werden wollen. Das führt dazu, dass Entlassungsverfahren, die in Deutschland jedem langzeitinhaftierten Kriminellen zustehen und die auch lebenslänglich Verurteilten nach zwölf oder 15 Jahren die Freiheit wiedergeben, für diese Häftlinge nicht angewandt werden. Diese offensichtliche Strafverschärfung für Verbrechen mit einer moralisch- politischen Motivation entspricht zwar der marktwirtschaftlichen Denkweise, die nur den privaten Egoismus gelten lässt, ist aber durch kein Gesetz begründet und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz.

Die Unterzeichner fordern die Freilassung der noch einsitzenden Häftlinge der RAF, von denen viele seit Jahren schwer krank sind. Es ist dies ein Gebot des Resthumanismus, ohne den auch diese Gesellschaft nicht existieren kann. Eigentlich ist die Forderung 25 Jahre nach dem Tod von Holger Meins und in einer völlig veränderten Situation nicht mehr als eine Selbstverständlichkeit.

Wer diesen Aufruf unterstützen will, sollte eine entsprechende Mittelung an folgende Adresse senden:

Libertad! (Berlin),

Yorckstr. 59,

10965 Berlin,

Fax: 030/78899902.

43. "Die Widersprüche sind nach wie vor da." Interview mit H.-W. Krösinger über Geschichtsarbeit und die RAF im Theater

Interview über Geschichtsarbeit und die RAF im Theater

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak433/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:18

Das hier gekürzt wiedergegebene Gespräch mit dem Regisseur Hans-Werner Krösinger von der Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz führten zwei Mitglieder der Initiative Libertad! Anfang Dezember 1999 in Berlin.

Libertad!: Du hast die Veranstaltung zu Holger Meins am 9. November an der Volksbühne gemacht. Welchen Sinn hatte das für dich?

Hans-Werner Kroesinger: Ich hatte ja schon zuvor zu dem Themenkomplex gearbeitet, d.h. ein paar dokumentarische Stücke gemacht, die sich teilweise mit der Geschichte der RAF beschäftigt haben. (...) Dieser 9. November ist ein Tag , der sich prima instrumentalisieren lässt zum Besetzen von Geschichte. Das war in diesem Jahr in erster Linie natürlich der 10. Jahrestag der Maueröffnung.

Was mir gefallen hat an der Idee, etwas zu Holger Meins zu machen, ist, dass - ausgelöst durch diesen Breloer Film "Todesspiel" - die RAF 20 Jahre nach dem Deutschen Herbst flächendeckend abgefeiert ist. Man weiß jetzt scheinbar alles darüber. Da ist es ein guter Moment, sich noch einmal mit einem ganz bestimmten Aspekt dieser Geschichte zu beschäftigen. Nämlich: was ist eigentlich mit den Gefangenen passiert, als sie dann inhaftiert waren.

Das ist ein Aspekt, der völlig ausgeblendet wird. Die Haftbedingungen und der Kampf gegen sie haben viele Leute veranlasst, in die RAF hineinzugehen. Das hat zu der Eskalation in der Auseinandersetzung mit diesem Staat sehr wesentlich beigetragen. Und da ist jemand wie Meins für mich als Theatermacher (...) interessant, weil er angefangen hat als Künstler, der versucht hat, sich in die Gesellschaft über Kunst einzubringen.

Der Medienrummel "20 Jahre deutscher Herbst", das "Todesspiel" sind jetzt zwei Jahre her. Nach dem Ende der RAF gab es die Möglichkeit, darüber zu schreiben, Theater zu machen, Filme, die zur besten Sendezeit ausgestrahlt werden, was zuvor in der Weise nicht möglich gewesen wäre. Es gab das Tanztheater von Kresnik über Ulrike Meinhof, oder im Berliner Ensemble das "Projekt RAF" auf Grundlage der Briefe aus dem info.

Da stellt sich doch die Frage: Was wird mit der Geschichte gemacht? Wird eine Veranstaltung zu Holger Meins nicht als Teil jener Geschichte eingemeindet, über die man jetzt eben sprechen kann, weil es den realen Widerspruch nicht mehr gibt?

Die Widersprüche sind nach wie vor da. Die Geschichte geht ja weiter. Du kannst sie nicht ad Acta legen. Der Abend in der Volksbühne war so konzipiert, dass du als Zuschauer von vornherein keine Chance hattest alles wahrzunehmen. Weil es bei einer Beschäftigung mit dieser Geschichte immer Dinge geben wird, die du nicht herausfindest. Das Eigenkompositionsprinzip dieses Abends war, das Publikum sofort in eine Situation zu bringen, wo du diese schwarzen Löcher hast. Dass du dich also entscheiden musst, welchen Teil der Geschichte du kennen lernen möchtest (...). Durch die Entscheidung für den einen Ausschnitt würdest du auf einen anderen Ausschnitt verzichten.

Im Foyer war diese Ausstellung von Hans Peter Feldmann: "Die Toten von 1967 bis 14. Sept. 1999 ", mit dem vorläufig letzten Toten in Wien (...). Weiter gab es die Schlingensief-Box mit den grafischen Arbeiten von Holger Meins, aus seiner Zeit an der Kunstakademie. Im Theatersaal wurden für alle die Filme von ihm gezeigt und von Haroun Farocki kommentiert. (...) Wenn du hörst: "25. Todestag des Untersuchungshäftlings Holger Meins, der RAF zugehörig", weißt du nicht, dass der ein Filmemacher ist. Durch diese Filme sahst du auch etwas über die Zeit, in der er sich bewegt hat und was er sichtbar machen wollte. (...)

Danach musste sich das Publikum entscheiden: du hattest die Option auf drei Lesungen: "Öffentlichkeit", "Justiz" oder "Der Gefangene". Es gab das Gespräch von euch. Dann die Fotoinstallation von David Baltzer

und Regine Dura, die vier Fotos aus der Geschichte der RAF verschiedenen Leuten gezeigt und deren Reaktionen auf Tonband aufgenommen hatten. Du merktest einfach, was diese Fotos auslösen bei Leuten, die sie kennen. Also wie tief sich das auch in unser emotionales Gedächtnis eingebrannt hat. (..) Weiter gab es die bildnerischen Arbeiten von Rob Moonen, die eher abstrakter Art waren, die Skulpturen "camera silens" und "splendid isolation" auf dem Marmor der Reichskanzlei, (...) oben im Foyer das Hörspiel von Paul Plamper "schreibt auf unsere haut" und die Video Installation "Zwei Protokolle" mit dem Interview mit Karl Heinz Roth, wo du an der Stimme hören konntest, was mit jemand passiert, der in Isolationshaft ist. Dazu dann die Klanginstallationen im Treppenhaus von Flori Reifenberg, auf die du eher zufällig gestoßen bist. Zum Schluss konntest du noch aufs Konzert - um noch einmal eine andere Situation für das Publikum zu schaffen, am Ende des Abends eine Gruppensituation.

Es ging dir mit dem Konzept mehr darum Fragen aufzuwerfen, als etwas abzubilden, was 25 Jahre her ist.

So ein Abend kann ja nur dann gut werden, wenn er Fragen aufwirft. Dass er Lust macht, sich weiter damit zu beschäftigen. Es handelt sich ja nicht um ein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte der BRD. Abbilden - das kann ich gar nicht, weil ich nicht dabei war. 1974 war ich 12 Jahre alt.

Die Veranstaltung war verknüpft mit einer Erklärung für die Freilassung der Gefangenen. Für mich war sehr erstaunlich, wie breit diese unterstützt wurde.

Die Volksbühne - dafür kann man ihr sehr dankbar sein - ist das Risiko eingegangen, diese Erklärung zu veröffentlichen. Damit hat sie sich sehr eindeutig positioniert. Und die politische Situation in der neuen Hauptstadt ist nicht einfach. Denn die Volksbühne hängt am Subventionstropf und man ist davon leichter abgedreht als man denkt. Das entscheiden letztendlich nur eine Hand voll Politiker nach den Vorgaben des Feuilletons. Da darf man sich nichts vormachen. Aber dadurch, dass Castorf sagte, wir machen diese Veranstaltung, (...) unser Theater schafft Öffentlichkeit dafür, subventionierte Künstler der Republik sagen, das ist nicht in Ordnung an diesem Jubeltag. (...) Es gibt immer noch Leute, die unter diesen Haftbedingungen sitzen, die nicht gerade zum Schmuck der Bundesrepublik gehören.

Die Erklärung und die Veranstaltung haben eine recht große Öffentlichkeit hervorgerufen, in der "bürgerlich-demokratischen" Öffentlichkeit wie der "UnterstützerInnenszene" und bei den Gefangenen. Solche Veranstaltungen gibt es ja insgesamt nicht so viele. Da werden dann natürlich von vielen Seiten Ansprüche angemeldet, wie es denn sein muss. Wie geht ihr mit den Reaktionen um?

Es ist klar, dass Leute Ansprüche anmelden. Aber ich mache eine künstlerische Arbeit, ich konzipiere ein Spannungsfeld, indem ich einen Raum schaffe, wo Fragen gestellt werden können. Ich gebe keine Antworten. Und wenn es gelingt, so einen Komplex aufzubrechen, wenn Leute sich mit der Problematik weiter beschäftigen, dann ist das für mich ein gelungener Abend (...)

Aber wenn du nicht deine Verantwortung als Zuschauer wahrgenommen, nicht entschieden hast, was du sehen wolltest, dann hast du nichts gesehen. Die Funktion des Abends ist auch eine Schärfung deiner Wahrnehmung für die Gesellschaft, in der du lebst. Wenn du merkst, dass ein Ereignis viel komplexer ist als das, was du darüber zu wissen glaubtest, fängst du an, die Gesellschaft, in der du dich bewegst, anders anzuschauen. (...) Wenn eine Arbeit es leisten kann, dich dafür mehr zu sensibilisieren, dann ist das ein vernünftiger Beitrag.

Ich sehe einen Widerspruch. Das Konzept ist so angelegt, dass man die Geschichte, die ganze Konfrontation, aus verschiedenen Blickwinkeln sehen kann und auch muss. Gleichzeitig ist ein Ergebnis dieser 25 Jahre auch, dass Leute immer noch im Knast sitzen. Da nehmt ihr dann aber eindeutig Stellung und sagt, das ist nicht richtig. Da sagt ihr ja nicht, das kann man so oder auch anders betrachten.

Das ist teilweise richtig. Das eine ist der Abend zum Verschwinden eines Menschen - Geschichte, die stattgefunden hat, das andere die Folgen davon. Du siehst, welche Leute da noch sitzen und wofür. Es gibt ein juristisches Instrumentarium, (...) in einigen Fällen ist es angewendet worden und in anderen Fällen nicht. Du fragst dich, warum wird es nicht angewendet.

Und vor allen Dingen fragst du dich, Leute, die damals ja nicht nur peripher beteiligt waren, also jemand wie Fischer oder auch Schily, sind jetzt verdiente Funktionsträger unserer Gesellschaft. Es ist doch irritierend, dass ein Teil der Biografien dann abgeschnitten wird und teilweise ein erstaunliches Verhalten an den Tag gelegt

wird in Bezug auf Positionen, die man früher mal vertreten hat. Klar entwickeln sich Menschen, aber es ist immer die Frage, wohin und was sie dann tun. So ein Aufruf ist eine Möglichkeit, Biografien ins öffentliche Bewusstsein zu rücken (...) Das ist eine ganze Menge. Du hast Ende der 90er eine Situation, in der das, was nicht medial präsent ist, nicht stattgefunden hat. Du kannst es so brutal sagen: wenn du nicht mehr in den Medien repräsentiert bist, existierst du nicht mehr, jedenfalls nicht in politischen Zusammenhängen. (...) Da ist der Aufruf schon eine Leistung, egal wie differenziert oder undifferenziert er ist.

Im Publikum waren auch viele junge Leute, die die Zeit gar nicht erlebt haben. Für die bildet sich in so einem Abend genauso wie durch das "Todesspiel" eine Wahrheit ab. Das ist problematisch.

Ja, aber der Abend ist ganz anders als das "Todesspiel". Breloer hat mal sehr gute Filme gemacht, aber dieser ist mit Sicherheit keiner davon, in seiner verquasten Vermischung von Dokumentar- und Spielszenen (...). Das "Todesspiel" blendete die Realität aus. Wenn du jetzt mit Leuten redest, die Anfang 20 sind, die nur diesen Film gesehen haben, die nehmen das - wenn sie nur wenig über Politik wissen - so wahr, als ob Realität abgebildet worden sei. Aber jeder, der ein bisschen mehr kennt von der Geschichte, weiß, so war es nicht.

Der Anspruch des Volksbühne-Abends ist nicht so allumfassend. Du begreifst als Zuschauer, ich werde Ausschnitte erfahren. Keiner, der diesen Abend gemacht hat, maßt sich an, ein umfassendes Bild zum Tod von Holger Meins oder aber gar der Geschichte der RAF als Ganzes zu zeichnen. Das wäre falsch. Aber was du merkst: die Geschichte hat immer zu tun mit Auslassungen und mit Entscheidungen.

44. Quelldatei 39.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:39

AUFGEBLÄTTERT

Südosteuropa

Hintergrundinformation, statistisches Material und Fachartikel zu Spezialthemen findet mensch im aktuell erschienenen Südosteuropa-Handbuch (C.H.Beck-Verlag). Die AutorInnen berücksichtigen die jüngere Geschichte bis zum Ende der NATO-Bombardements Mitte 1999. Einige Schlaglichter aus dem Inhalt: Eine historisierende Deutung der Balkan-Konflikte wird abgelehnt. Hingegen finde man in Südosteuropa die "Folgen einer ausgesprochen aktuellen und explizit ‚nationalen Erinnerungskultur`, die nun aufwendige Pflege erfuhr." Die westlichen militärischen und nichtmilitärischen Interventionen der 90er Jahre werden kritisch betrachtet. Es sei nicht auszuschließen, dass diese zu "mehr Unsicherheit in der Region" beigetragen hätten. Von einem bürgerlich-wissenschaftlichen Standpunkt aus wird zudem eine "Neigung zu einseitig anti-jugoslawischen und anti-serbischen Interpretationen und Geschichtsbildern" bei vielen Fachkollegen bemängelt. Die "ideologische Wende vom Staatsdirigismus zum Neo-Liberalismus" habe die südosteuropäischen Gesellschaften völlig unvorbereitet getroffen und nachhaltig gelähmt. Manchmal zu hörende linke Thesen von einer besonders widerständigen Rolle Serbiens im Bereich der Ökonomie werden in den entsprechenden Abschnitten des Buchs nicht bestätigt. Aus marktwirtschaftlicher Sicht ist Serbien/Jugoslawien offenbar keineswegs besonders "reformfeindlich" oder gar antikapitalistisch ausgerichtet. Das Land konkurriert nach dem jüngsten Krieg mit Albanien und Bosnien-Herzegowina um den letzten Tabellenplatz in der Region und ist somit mittel- bis langfristig in wirtschaftlicher Hinsicht weitgehend uninteressant für den Westen.

Magarditsch Hatschikjan und Stefan Troebst (Hrsg.): Südosteuropa. Ein Handbuch. C.H.Beck Verlag, München, 570 Seiten, 78 DM

Brauner Osten

Schon vor sechs Jahren hatten AntifaschistInnen eine Broschüre mit dem Titel "Hinter den Kulissen..." veröffentlicht, um über Organisationsstrukturen und politische Praxis von Neofaschisten im Land Brandenburg zu informieren. Sie konfrontierte die große Koalition des Verschweigens aus Sicherheitsbehörden, Medien, Kommunen und Landtagsfraktionen mit Fakten über die Fortführung der verbotenen Nationalistischen Front (NF) und die Vernetzung der rechten Subkultur. Heute, da sich die Tatsachen nicht mehr unter den Teppich kehren lassen und so mancher potenzielle Investor absagte, treten Landespolitiker die Flucht nach vorn an. Über fast jeden rassistischen Vorfall wird nun relativ offen berichtet - stets verbunden mit dem Verweis auf die "zivilgesellschaftlichen" Anstrengungen, welche im Rahmen des Programms "Tolerantes Brandenburg" unternommen werden. Dass Straßenfeste, Unterrichtsstunden mit Ausländern, Plakatkampagnen und Sonntagsreden ihre Wirkung auf den rechten Mainstream verfehlen, belegt die neue Broschüre "Hinter den Kulissen...". Im Mittelpunkt stehen Situationsberichte aus 13 brandenburgischen Städten. Sie zeigen auf, wo die Ursachen für den rechten Straßenterror liegen: Gerade für Jugendliche ist die rechte Alltagskultur allgegenwärtig, und in den letzten neun Jahren sind neofaschistische Strukturen gewachsen. Herausgearbeitet wird, wie sich in vielen kleinen und mittleren Städten ein harter Kern von neonazistischen Skinheads bildete, der nach und nach Treffpunkte okkupierte, Gewalt ausübte, ein immer größeres Umfeld gewann und schließlich als Mainstream-Jugendkultur das Straßenbild dominierte. Beispiele wie Guben oder Königswusterhausen zeigen außerdem die Verquickung der rechten Szene mit dem Rotlichtmilieu und zeigen den Unwillen von Staatsanwaltschaft und Polizei, Straftaten aus der rechten Szene in einen politischen Kontext zu stellen. Ergänzt werden die Städteberichte durch jeweils einen Überblicksartikel zu Strukturen und Wahlkampfführung der NPD/JN und der DVU. Unter der Überschrift "Was tun!" geben die AutorInnen praktische Tips für den Aufbau einer kontinuierlichen Antifaarbeit unter erschwerten Bedingungen.

Antifaschistisches AutorInnenkollektiv: "Hinter den Kulissen..." Faschistische Aktivitäten in Brandenburg, Update '99: eine Broschüre über Hinter- und Vordergründe der brandenburgischen Neonaziszene; Bezug: AJF Versand, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin; 94 Seiten, 4 DM (plus Porto)

Zehn Jahre Avanti

Übersehen werden kann diese Zeitschrift nicht. Auf dem Titelblatt die obligatorisch geballte Männerfaust in Originalgröße vor einem bombastischen Feuerwerk, auf der Rückseite ein Rosa-Luxemburg-Zitat über einem Fake des Ford-Logos: Avanti. Die tun was. Nach fünf Jahren Pause ist im November eine neue Ausgabe von Avanti erschienen, Zeitschrift des gleichnamigen Zusammenschlusses ehemaliger autonomer und antiimperialistischer Gruppen aus dem Raum Schleswig Holstein, die sich als "organisierter Teil der radikalen Linken" verstehen. Es ist gleichzeitig die Jubiläumsausgabe des Projekts, das pünktlich zum "Mauerfall" entstand, den "Niedergang der westdeutschen Linken" vor Augen. Ähnlich wie die Berliner Gruppe fels entwickelten Lübecker und Kieler Zusammenhänge aus einer Kritik an der selbstisolationistischen Politik der Autonomen ein eigenes Selbstverständnis: verbindlichere Organisierung, auch auf überregionaler Ebene, verstärkte Bündnispolitik, Einbeziehung aktueller sozioökonomischer Analysen in die politische Praxis. Ziel ist die Entwicklung einer sozialen Gegenmacht von unten. Die neue Nummer eins der Zeitschrift, die nun zweimal im Jahr erscheinen soll, bietet zunächst einen selbstkritischen Rückblick auf die politische Arbeit der Gruppe in den vergangenen zehn Jahren. Die weiteren Themen spiegeln die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen wider, in denen Avanti versucht zu intervenieren: die deutsche Atompolitik und die Militarisierung der Außenpolitik sowie die Diskussionen um ein Existenzgeld für alle. Aber auch innerlinke Debatten werden aufgegriffen. So geht es gleich am Anfang um patriarchale Strukturen in der "Szene", angenehmerweise ohne peinliche Nabelschau à la interim zu betreiben. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Spagat zwischen Sozialarbeit und Politik in der Flüchtlingsarbeit und mit selbstverwalteten linken Zentren. Das alles liest sich angenehm wenig abgehoben. Nur das Layout nervt. Weniger platte revolutionäre Symbolik hätte gut getan.

Avanti - Projekt undogmatische Linke. Nr. 1. November 1999. Kontakt: J. Schneider, Schweffelstraße 6, 24118 Kiel; 48 Seiten, 5 DM

Umweltbildung von unten

Die Ö-Punkte sind keine augenfreundliche Kost - Bleiwüsten, unübersichtliches Layout, winzige Adressenangaben und fingernagelgroße Bilder laden nicht gerade zum Lesen ein. Allerdings werden die geneigten LeserInnen für ihre Mühe mit einer Fülle von Informationen, Terminen und Adressen aus dem Bereich "Ökologie von unten" belohnt. Die Winterausgabe hat den Schwerpunkt Umweltbildung. Im Mittelpunkt steht die Kritik an der Ökopädagogik, die sich mittlerweile nur noch im Rahmen der Agenda 21 bewegt. Selbstbestimmte, von staatlicher Förderung unabhängige Umweltbildungsprojekte sind rar geworden. Die Redaktion trägt verschiedene Ansätze der Umweltbildung zusammen und durchleuchtet sie kritisch. Sie hat zudem ihre Anforderungen an eine Veränderung von Umweltbildung entwickelt. Ein weiteres Highlight ist die komplette Übersicht über die bisher geplanten Aktivitäten gegen die Expo 2000. In der neuen Rubrik "Widerstand international" kommen die Themen Weltwirtschaft und Neoliberalismus zur Sprache. In den weiteren Rubriken wie beispielsweise Gentechnik, Anti-Atom, ökologischer Landbau oder local economy nehmen die AutorInnen auch immer wieder die großen Naturverbände unter die Lupe und kritisieren deren Schmusekurs.

Ö-Punkte. Infodienst für aktive Umweltschützerinnen, BIs und Umweltgruppen. Winter 1999/2000. Institut für Ökologie e.V., Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/903283, e-mail: oe-punkte@gmx.de; 64 Seiten, 5 DM

45. Neulich in der Redaktion ...

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:43

Schon beim Öffnen der Stahltür bemerkte ich ein eigenartiges Glitzern. Irgendwie funkelte es von den Wänden und dem Fußboden. Irritiert ging ich in den Layout-Raum. Als ich das Licht einschaltete, flammte es nicht wie sonst grell von der Decke. Nein, an den Wänden und vor den Fenstern hatte irgendjemand bunte Lichterketten angebracht. Der Raum war in dem blinkenden roten, grünen, blauen und gelben Licht kaum wieder zu erkennen. Ich begriff nicht, was hier passierte. Vorsichtig ging ich in den Computerraum. Alle Geräte waren eingeschaltet. Von den Monitoren flimmerten kreisende Adventskränze. Lächerlich, diese Bildschirmschoner. Irgendwer musste sich hier einen ganz dummen Scherz mit mir machen, dachte ich, als ich den Redaktionsraum betrat. Was war hier los?

Als ich den Lichtschalter betätigte, blieb ich fassungslos und wie angewurzelt stehen. In der Ecke stand ein mächtiger Tannenbaum voller brennender Kerzen, dicht behängt mit bunten Postkarten, die an kleinen Streifen Zierband einzeln in die Zweige gehängt waren, so dass der Baum fast dahinter verschwand. Ringsum standen kleine Jutesäcke, allesamt scheinbar mit weiteren Karten gefüllt, einige waren herausgefallen und lagen verteilt auf dem Boden. Aus einem bunten Lauflicht vor dem Fenster spielte ein kleiner Chip Jingle Bells. Grotesk. Ich sah mich um und erwartete, dass spätestens jetzt jemand aus dem Vertriebsraum springen würde. Doch nichts geschah. Nur leise fiepte die Lichterkette.

Also trat ich näher an den Tannenbaum, streckte meine Hand aus, nahm eine der Karten in die Hand, drehte sie hin und her. Überrascht stellte ich jetzt fest, dass es eine Abo-Karte war. Auf ihrer Rückseite hatte jemand seine Adresse eingetragen und ein Häkchen in der Spalte "Jahresabo mit kostenloser akArchiv.-CD" gemacht. Ich nahm eine weitere Karte. Der Absender stammte aus Würzburg, ebenfalls ein Jahresabo. Was war hier los? Hektischer werdend, ergriff ich nun eine Karte nach der anderen und immer wieder war es das Gleiche: Jahresabo, Jahresabo, Jahresabo ... Hunderte von Karten, säckeweise und alle, alle bestellten ein Jahresabo. Wahnsinn! Sicherheitshalber überprüfte ich jetzt den Poststempel. Die waren wirklich von der Post. Und während es leise im Hintergrund weiter Jingle Bells piepste, das bunte Licht den Raum in immer neue Farben tauchte, blätterte, ja wühlte und sudelte ich in lauter neuen Abobestellungen. Ich kniete vor den Säcken nieder. Glückseligkeit stieg in mir auf, hemmungslose Freunde befiel mich, - als es jetzt plötzlich anfing zu schneien. Verblüfft sah ich zur Decke, aus der sanft die Schneeflocken hervorquollen und langsam herniederrieselten. Doch was war das? Ein strenges Piepen drang an mein Ohr. Nichts mehr mit Jingle Bells. War der Chip kaputt? Und wieso sah ich plötzlich meine Nachttischlampe? Wieso sah ich die grünen Ziffern auf meinem Radiowecker? Es war acht Uhr morgens. Das konnte nicht angehen, denn so früh war ich nie in der Redaktion.... Ich hatte nur geträumt. Es war ekelhaft, als ich das begriff. Hätte es nicht wahr sein können?

Hunderte begeisterte Menschen, die unbedingt unsere neue akArchiv.-CD haben wollen und dafür ein Jahresabo für schlappe 60 / 90 DM (plus 5 DM Porto) in Kauf nehmen? Ja, hätten es nicht wenigstens tonnenweise Bestellungen des grandiosen Schnupper-Abos sein können, bei dem es satte drei aks für lächerliche 10 DM gibt? Und aus dem nur dann ein Jahresabo wird, wenn wir nicht nach der zweiten Ausgabe eine Nachricht bekommen, dass man das doch nicht will. Alles nur ein Traum? Es war acht Uhr morgens und der Tag war schon versaut.

Doch eines stimmte: Es gibt sie, diese neue Postkarte von und über ak, und das sogar vollkommen zur Jahreszeit passend - in vielen bunten Farben. Und wie es sich zu Weihnachten gehört, auch die verschenken wir.

Die könnt ihr Freunden und Bekannten schenken, als Lesezeichen verwenden, während des Festmahls als Dekoration über dem Tisch aufhängen, vielleicht sogar zum Eis kratzen an der Windschutzscheibe verwenden und vor allem: Damit können auf die bequemste Weise und mit nur einer Mark Porto die beliebten Jahresabos mit kostenloser akArchiv-CD bestellt werden.

Ihr könnt die Karte (und später das Abo) auf den bekannten Wegen bestellen. Wenn ihr das zu Hunderten macht, kaufen wir auch keinen Tannenbaum. Versprochen!

46. 60.000 DM für ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:44

Der Blick auf die novemberliche Gehaltsabrechnung löst gemischte Gefühle aus. Warum kann nicht immer Weihnachten sein? Der Betrag, der unten als Netto ausgewiesen ist, übersteigt auf liebliche Weise die in den anderen Monaten aufgedruckten Werte. Doch schon fällt der Blick auf die Zeile, vor der das harmlose Wörtchen Brutto steht. Waaas? Das darf doch nicht wahr sein. Das muss doch ein Witz sein. Da schuftet man wie blöde, und am Ende ziehen die einem fast alles wieder ab. Naja, nützt ja nichts, das Netto ist doch einfach schön ...

Aber halt! Bevor ihr nun in den nächsten Gedankengang schaltet. Jetzt kommt der wichtigste Punkt: Wie geht es anderen? Braucht nicht irgendein linkes Projekt am Rande des Abgrundes meine Hilfe? Kann und muss ich da nicht etwas tun? Und da, - hört ihr die Stimme einer euch wohl bekannten Redaktion? Hört sie flüstern: Spende für ak, Spende für ak ... Ja, sagt ihr euch. Das ist es! Richtig! Jetzt sind wir an der richtigen Stelle angekommen.

Der Herausgeber von ak - analyse & kritik, der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik, ist dringend auf eure Unterstützung angewiesen. Um seine vielfältige politische Tätigkeit auch in Zukunft weiter betreiben zu können, braucht der Verein für das kommende Jahr 60.000 DM. Da der Verein über den Status der Gemeinnützigkeit verfügt, kann er für die von euch gespendeten Beträge Spendenbelege ausstellen. Dadurch habt ihr den Vorteil, dass ihr Spenden an den ak-Herausgeber steuerlich absetzen könnt. So kommt euch eine Spende also billiger bzw. - was viel besser ist - ihr könnt den Spendenbetrag höher ansetzen, da ihr später ja über die Steuererklärung einen Teil zurückerhaltet. Das ist nicht nur prima, sondern sollte auch großzügig genutzt werden.

Ohne diesen Verein und dessen Unterstützung ist die Fortsetzung von ak kaum denkbar. Deshalb bitten und fordern wir euch auf: Spendet 60.000 DM für das Jahr 2000! Füllt den beiliegenden Überweisungsträger aus, schickt uns Schecks oder tragt das Geld persönlich hierher - jeder Weg ist erlaubt, Hauptsache er füllt den Topf der 60.000 DM mit auf!

Aber wir sitzen nicht nur hier und betteln euch an, wir arbeiten an Veränderungen, die ak lesefreundlicher und hoffentlich auch interessanter machen. Die erste Ausgabe von ak im neuen Jahrtausend soll im veränderten Outfit erscheinen: So werden wir den Zeilenumfang einer Seite etwas verringern. Dadurch wird das Layout hoffentlich etwas weniger "bleiwüstig" und damit ansprechender. Zwei neue Redakteurinnen mit neuen Ideen werden zukünftig die Arbeit der Redaktion unterstützen, dadurch kann in die Bearbeitung der einzelnen Artikel mehr Zeit gesteckt werden. Damit wollen wir nicht nur erreichen, dass wir über bestimmte Ereignisse noch genauer berichten und informieren können. Wir wollen auch der linken Debatte mehr Gewicht geben.

So sollte es möglich werden, ak für einen größeren Teil der Linken interessanter zu machen und möglicherweise ja auch etwas für steigende Abozahlen zu tun. Und schließlich gibt es jetzt die neue akArchiv.-CD, die wir für jedes neue Jahresabo verschenken.

ak-Redaktion

Spendenkonto:

E. Seidel, Postbank Hamburg,

Konto: 116 838 203, BLZ: 200 100 20. Verwendungszweck: Spende Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik.

W.Sch., BERLIN 250,00

M.-D.B., xy 500,00

A.F., RIEDERING 100,00

R.O., KASSEEDORF 50,00

W.H., HAMBURG 300,00

B.W., FRANKFURT 500,00

J.H., xy 100,00

P.P.K., KASSEL 60,00

H.E.W., SANKT AUGUSTIN 50,00

A.B., MÜNCHEN 50,00

W.R.+G.K-R., BONN 1.000,00

H.-H.B., xy 50,00

D.M., xy 200,00

D.K., BERLIN 50,00

W.W., BERLIN 300,00

P.P., HAMBURG 50,00

R.M., OLDENBURG 100,00

J.L., HOMBERG-MAULBACH 50,00

H.F., HAMBURG 1.000,00

P.P., GÜTERSLOH 100,00

M.G., BERLIN-LICHTERFELDE 50,00

W.L., xy 10,00

St.St., xy 1.000,00

H.H., WARDENBURG 100,00

C.R., STAMMBACH 40,00

U.B., BERLIN 1.000,00

Th.K., HAMBURG 1.100,00

M.S., MÜNCHEN 100,00

Th.H., REMSECK 50,00

E.W., HAMBURG 50,00

B.Sch., NÜRNBERG 300,00

H.R., DORTMUND 200,00

D.St., HERDECKE 100,00

Z/GÖ 500,00

J.N., HAMBURG 2.000,00

Summe bis 13.12.99 11.460,00

47. Quelldatei 46.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:46

KALENDER

Drei Kulturvermittler der 80er Jahre

Die Ausstellung "Unmittelbare Vergangenheit - Unterbrochene Karrieren - Christian Borngräber, Wolfgang Max Faust und Manfred Salzgeber" will die Leistung und Kreativität der drei Künstler und Kulturschaffenden, die an AIDS verstorben sind, vergegenwärtigen und AIDS und seine Folgen in unserem Bewusstsein gegenwärtig halten. Die Künstler haben im Bereich Möbeldesign, gestische Malerei und schwul-lesbischer Film gearbeitet.

Berlin, vom 11. Dezember bis 23. Januar, Neue Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Oranienstr. 25, täglich 12 bis 18.30 Uhr

Traditionelle Knastdemo

Silvesterkundgebung vor dem Knast in Moabit

Berlin, 31. Dezember, ca. 22.30 Uhr Treffpunkt U-Bahnhof Turmstraße

Stopp Globalisierung!

Eine Ausstellung über den internationalen Agrarhandel zwischen Süd und Nord zeigt die BUKO Agrar-Koordination. Es werden Einblicke in zentrale Probleme des Welthandels mit Agrarprodukten vermittelt und die vielfältigen Proteste gegen die Welthandelsordnung gezeigt.

Hamburg, 3.1. bis 21.1., Foyer der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Von-Melle-Park 9. Ab Anfang 2000 auch im Internet unter www.bukoagrar.de

Antifaschismus nach dem Jugoslawienkrieg

Das 5. Antifa-Jugendtreffen des Bundes der Antifaschisten und der VVN/BdA will die Möglichkeiten und Perspektiven für antifaschistische Arbeit unter den derzeitigen Bedingungen diskutieren.

Berlin-Pankow, 8. Januar, Rosa-Luxemburg-Gymnasium, 13 bis 18 Uhr. Anmeldung und Information: BdA (Dachverband), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. 030/29784190, E-Mail: bda.dachverband@t-online.de

Die 68er Bewegung

Die Anti-Elite als Avantgarde. Zum uneingestandenen Führungsanspruch der 68er-Bewegung. Vortrag von Wolfgang Kraushaar. Die Veranstaltung des Hamburger Instituts für Sozialforschung findet statt im Rahmen der Reihe: "Macht und Deutungsansprüche. Eliten im 20.Jahrhundert."

Hamburg, 10. Januar, 20 Uhr im Hamburger Institut für Sozialforschung, Mittelweg 36

Militäreinsätze auf dem Balkan

Der Historiker Kurt Pätzold referiert über "Deutsche Kriegshandlungen auf dem Balkan im 20. Jahrhundert". Die ursprünglich für das Begleitprogramm zur inzwischen zurückgezogenen Wehrmachtsausstellung geplante Veranstaltung hat bereits im Vorfeld zu kommunalpolitischen Auseinandersetzungen geführt. Veranstalter ist das Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers Wiesbaden.

Wiesbaden, 14. Januar, 20 Uhr, GMZ Gewerbeschule (Bürgersaal), Wellritzstr. 38 A

Am zweiten Tag seines Wiesbaden-Aufenthaltes spricht Kurt Pätzold über die "Memoiren der Generäle als Quelle der Legende von der

sauberen Wehrmacht".

Wiesbaden, 15. Januar, 16 Uhr, GMZ Gewerbeschule (Jugendcafé), Wellnitzstr. 38

Anti-EXPO-Treffen

Weitere Aktionen gegen die Weltausstellung EXPO 2000 sollen auf dem 5. bundesweiten Anti-Expo-Treffen koordiniert werden.

Hannover, 14. bis 16. Januar. Informationen: Anti-EXPO-AG c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover

Perspektiven einer Nord-Süd-Drogenpolitik

In der Nord-Süd-Drogenpolitik wird mit zweierlei Maß gemessen. Unter dem Verdikt der Illegalisierung von Kokain und Heroin schwankt die Politk, je nachdem, wer sie wo macht, zwischen Repression und Schadensbegrenzung. Welche Perspektiven gibt es angesichts der derzeit praktizierten Politik? Wie kann eine kohärente Nord-Süd-Drogenpolitik aussehen? Diese Fragen sollen auf einem Tagesseminar diskutiert werden.

Bonn, 18. Januar im Haus der Evangelischen Kirche, Adenauerallee 37, Information und Anmeldung: Informationsstelle Lateinamerika e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. 0228/658613, E-Mail: ila@link-lev.de

Jazz, Propaganda, Politik im Nationalsozialismus

Die Hamburger marxistische Abendschule lädt ein zu einem Vortrag von Hartwig Vens. Er referiert über die höchst widersprüchliche Jazzpolitik der Nazis und beleuchtet die Potentiale von Popmusik für die Zwecke von Propaganda und politischer Macht.

Hamburg, 19. Januar, 19 Uhr im Pferdestall, Universität Hamburg

Das Recht auf Atomausstieg

Öffentlicher IPPNW-Kongress mit folgenden Referenten: Martin Forwood (Sellafield), Ulrich Wollenteilt (Hamburg), Veit Bürger (Greenpeace), Alfred Körblein (München), Edmund Lengfelder (München) u.a. Ab 16 Uhr wird zur Podiumsdiskussion geladen: Jürgen Trittin (Bundesumweltminister), Claus Möller (Energieminister Schleswig-Holstein) und die Referenten.

Kiel, 22. Januar im Gewerkschaftshaus, Legiensaal, Legienstr.22, um 9.30 Uhr, Eintritt frei

Veranstalter: Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges - IPPNW - Ärzte in sozialer Verantwortung, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030/6930244, E-Mail: ippnw@vlberlin.comlink.de

48. Krieg bald ohne USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/eu-macht.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:eu-macht

Der Kosovo-Krieg hat für die Regierungen in den EU-Staaten eine klare und für sie bittere Erkenntnis gebracht. Ohne die USA sind sie militärisch nicht einmal in Europa handlungsfähig, geschweige denn an anderen Orten der Welt. Seit dem Frühjahr haben daher vor allem die Regierungen Frankreichs, Englands und Deutschlands ihre Bemühungen um eine eigenständige Militärpolitik der EU massiv verstärkt.

In Abgrenzung von der vermeintlichen "Hau-drauf"- Mentalität der nordamerikanischen Politik betonen die EU-Europäer ihre mehr auf zivile Konfliktregulierung ausgerichtete Politik. Das hält sie jedoch nicht davon ab, jetzt den Aufbau einer Eingreifstreitmacht für Krisenreaktionseinsätze voranzutreiben. Dabei hat die rot-grüne Bundesregierung kräftig mitgeholfen.

Auf dem EU-Gipfel, der bei Redaktionsschluss in Helsinki begann, soll die "autonome Fähigkeit" zu EU-geführten Militäroperationen weiter entwickelt werden.

Seite 7

49. Bürgerrechte auf Sparflamme

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/kronen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:kronen

Was nichts bringt, kann man auch abschaffen. Nach diesem Motto haben sich die Grünen gegen die SPD "durchgesetzt": Die Kronzeugenregelung in Terrorismusprozessen und für bestimmte organisiert begangene Straftaten wird zum Jahresende auslaufen. Damit zieht die vermeintlich hochmotivierte Bürgerrechts-Regierung die Konsequenz aus deren Nutzlosigkeit. Doch trotz der Erkenntnis, dass Kronzeugen eher einem "Anreiz zu falschen Verdächtigungen und Denunziation" erliegen, bleibt die Regelung nach dem Betäubungsmittelgesetz bestehen. Einzelheiten dazu auf Seite 26

Brutal gescheitert sind die Grünen bei der sog. "Altfallregelung" für geduldete Flüchtlinge. Ohne Asylstatus werden diese auf Grund der Situation in ihren Ländern und der Genfer Flüchtlingskonvention für jeweils maximal ein halbes Jahr "geduldet". Sie sind permanent von Abschiebung bedroht. Wer hoffte, dass Rot-Grün mehr zu Stande bringen würde als 1996 die Kohl-Regierung, wurde bitter enttäuscht. Nicht nur, dass für "Altfälle" nur wenig erreicht wurde. Im Gegenzug wurde die "Rückführung" von ca 180.000 Kosovo-AlbanerInnen bis Ende 2000 von den Innenministern beschlossen. Seite 31

50. "... Oh wie schön ist Panama... ?"

CD-Datei: daten/aksuche/ak433/pana.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:433:pana

"... In Panama", sagte er, "ist alles viel schöner. Panama ist das Land unserer Träume, Tiger. Wir müssen sofort morgen nach Panama". "Sofort morgen", sagte der kleine Tiger, "denn wir brauchen uns doch vor nichts zu fürchten, Bär. Aber meine Tigerente muss auch mit."

Ganz so war es zwar nicht, aber ähnlich legendär, als die USA Anfang des Jahrhunderts Panama zum "Land ihrer Träume" machten, um sich die Kontrolle der Transportwege in Lateinamerika zu sichern. Damals gab es Panama nämlich noch gar nicht. Die Region war Teil Kolumbiens und dessen Regierung weigerte sich, den USA die schmale Landbrücke zwischen Zentral- und Südamerika für den Bau eines Kanals zu "vermieten", der Atlantik- und Pazifikküste verbindet. So begannen die USA eine bis dahin unbedeutende sezessionistische Bewegung für einen eigenen Staat Panama militärisch zu unterstützen. Zwei Wochen nach der Unabhängigkeitserklärung der Panamaer 1903 begann der Kanalbau.

Nach fast einem Jahrhundert offizieller Präsenz der USA geht für Panama nun eine historische Epoche zu Ende. Am 1. November übergab der US- Botschafter in Panama der panamaischen Präsidentin Mireya Moscoso feierlich einen riesigen Plastikschlüssel als Symbol für die Übergabe der Luftwaffenbasis Fort Howard. Bis zum Jahresende müssen auch alle weiteren US-Truppen aus Panama abziehen. Eines steht allerdings fest: Der Abzug der US-Armee aus Panama bedeutet nicht, dass die USA ihr Interesse an der strategisch so wichtigen Region verloren hätten.

Was die USA alles zur weiteren Sicherung ihres Einflussbereichs in Lateinamerika planen und warum die Panamaer trotz des Plastikschlüssels sauer auf die Yankees sind,

auf Seite 11